

Universität
Rostock



Traditio et Innovatio



Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.)

Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung

Heft 33

Universität Rostock

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2014

HERAUSGEBER: Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jörn Dosch
Prof. Dr. Nikolaus Werz

IN ZUSAMMENARBEIT MIT: Hansestadt Rostock, Büro des Präsidenten der Bürgerschaft

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE: Jan Müller
Christian Nestler
Nicole Peter
Sarah Schütt

CIP-KURZTTITELAUFNahme: Christian Nestler/Christopher Scheele: Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern. – Rostock, Univ., Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 2014. – 152 S. – (Rostocker Information zu Politik und Verwaltung; 33)

ISSN 0947-3025
ISBN 978-3-86009-421-1

©Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock
Tel.: +49-381-498-86 37
Fax: +49-381-498-86 32
E-Mail: maria.schumacher@uni-rostock.de

Universität Rostock
Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
Ulmenstr. 69, 18057 Rostock
Tel.: (0381) 498-44 44
Fax: (0381) 498-44 45

Bürgerschaft der Hansestadt Rostock
Büro des Präsidenten
Tel.: (0381) 381 1611
Fax: (0381) 381 1320

DRUCK: ODR, Rostock

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
----------------------	----------

TEIL I: Überblick

Christian Nestler/ Christopher Scheele

Einleitung – Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern	9
--	----------

Christian Nestler/ Sarah Schütt

Die Europawahl 2014	17
----------------------------------	-----------

TEIL II: Die Kommunalwahlen in den Landkreisen und Schwerin

Tino Höfert

Landkreis Nordwestmecklenburg	35
--	-----------

Mandy Hupe/ Josefin Roggenbuck/ Robert Rusch

Landkreis Rostock	49
--------------------------------	-----------

Franziska Pietsch/ Christopher Scheele

Landkreis Vorpommern-Rügen	59
---	-----------

Carlo Eckert/ Tobias Müller

Landkreis Vorpommern-Greifswald	71
--	-----------

Jan Müller/ Sarah Schütt

Landkreis Ludwigslust-Parchim	82
--	-----------

Maria Annemüller/Florian Lemke

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	93
--	-----------

Philipp Huchel

Landeshauptstadt Schwerin	104
--	------------

TEIL III: Die Wahl zur Bürgerschaft in der Hansestadt Rostock

Karina Jens

Grußwort zum Abschluss der 5. Wahlperiode der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock	119
--	------------

Nikolaus Werz

Zur Entwicklung der Bürgerschaft in einer Hansestadt	122
---	------------

Christopher Scheele

Herausforderungen der kommunalen Ebene am Beispiel der Hansestadt Rostock	129
--	------------

Timm Flügge/Benjamin Hein

Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2014	135
---	------------

Kartenanhang	143
---------------------------	------------

Publikationen der Arbeitsgruppe	147
--	------------

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“	149
---	------------

Die Autorinnen und Autoren	151
---	------------

Vorwort

Die Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ legt mit dieser Studie zum vierten Mal eine Dokumentation der Kommunalwahlen im Bundesland vor. Damit kehrt sie gewissermaßen zu ihren Wurzeln zurück. Denn nachdem die Arbeitsgruppe 2001 am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften gegründet wurde, war die Analyse von „Kommunalen Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ ihre erste Publikationsleistung in den Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung. An diese Tradition knüpft der vorliegende Band an. Insbesondere die Ergebnisse der Studie von 2009 zu den letzten landesweiten Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern sollen dadurch weitergeführt und vergleichbar gemacht werden. Um dies zu leisten, folgt diese Publikation grundsätzlich dem Aufbau dieser Studie gliedert sich jedoch in drei Teile. Alle Beiträge sind inhaltlich vor dem 10. Juli 2014 abgeschlossen worden.

Die Beiträge des ersten Teils bilden den Rahmen der gesamten Veröffentlichung. Auf der einen Seite wird in der Einleitung das Ergebnis der Kommunalwahlen im Landesquerschnitt betrachtet und so das Abschneiden der Parteien vor dem Hintergrund der Kreisgebietsreform 2011, der Gleichzeitigkeit von Kommunalwahlen und der Landtagswahl im selben Jahr sowie dem Abschneiden der rechtsextremen NPD erörtert. Demgegenüber werden im zweiten Artikel dieses ersten Abschnittes die Landesgrenzen überschritten und die 2014 zeitgleich stattfindende Europawahl analysiert. Von dieser Basis aus werden im zweiten Teil die Kommunalwahlen in den sechs Landkreisen und der kreisfreien Stadt Schwerin in den Dimensionen Ausgangslage, Wahlkampf und Wahlergebnis dargestellt. Der dritte Teil befasst sich mit der Rostocker Bürgerschaft. Die Darstellung im Stil der anderen Kommunalwahlartikel wird hier um die Beiträge von der 2009 bis 2014 amtierenden Bürgerschaftspäsidentin Karina Jens, Prof. Dr. Nikolaus Werz und Christopher Scheele erweitert. Diese waren im Rahmen einer Festveranstaltung am 18. Juni 2014 im Rostocker Rathaus zur Feier des Endes der alten und dem Beginn der neuen Wahlperiode gehalten worden. Zum Abschluss der 5. Wahlperiode hat sich die Bürgerschaft freundlicherweise entschieden, die langjährige gute Zusammenarbeit mit dem Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock zu nutzen und die Beiträge zusammen mit den kontinuierlich erscheinenden Wahlanalysen der Arbeitsgruppe Politik und Wahlen im Mecklenburg-Vorpommern – gewissermaßen aus einer Hand – erscheinen zu lassen. Die Beiträge zu dieser Veranstaltung waren mit einer gewissen Tradition 2005 und 2009 noch in der Reihe „Neue Demokratie“ (Hrsg. Hansestadt Rostock) veröffentlicht worden.

An der Arbeitsgruppe beteiligen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Absolventinnen und Absolventen sowie Studierende des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Letztere werden dadurch schon während des Studiums an die Forschung herangeführt. Ohne Ihre Mitarbeit wäre eine Studie in diesem Umfang nicht möglich gewesen. Ihnen gilt somit neben den anderen Autoren ein besonderer Dank. Weiterhin möchten sich die Herausgeber bei Prof. Dr. Nikolaus Werz, dem Leiter der Arbeitsgruppe, für die fortwährende Unterstützung und fachliche Beratung bedanken. Die inhaltlichen Impulse von Dr. Gudrun Heinrich, Dr. Conchita Hübner-Oberndörfer und Dr. Steffen Schoon sowie die organisatorische Hilfe von Martin Koschkar haben zum erfolgreichen Gelingen beigetragen. Zudem wäre ohne die Endredaktion von Jan Müller, Nicole Peter und Sarah Schütt eine Drucklegung in diesem Zeitrahmen nicht möglich gewesen. Allen sei hier noch einmal herzlich gedankt.

Christian Nestler, M.A.

Christopher Scheele, M.A.

Rostock, Juli 2014

TEIL I: Überblick

Einleitung – Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2014

Christian Nestler/Christopher Scheele¹

1 Einführung

Bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 25. Mai 2014 waren etwas mehr als 1,3 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, über die künftige Zusammensetzung der sechs Kreistage, der zwei Volksvertretungen der kreisfreien Städte, über die mehr als 800 Gemeindevertretungen und über das Europäische Parlament zu bestimmen. Hinzu kam die Landratswahl in Nordwestmecklenburg und die Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Dabei waren auch 33.637 Jugendliche ab 16 Jahren aufgerufen, erstmals kommunal ihre Stimmen abzugeben. Die gleichzeitige Wahl der supranationalen Vertretung in Strasbourg führte dabei nicht nur zu sehr umfangreichen Stimmzettelpaketen, sondern in einigen Orten zu einer Europäisierung des Kommunalwahlkampfes – mancher Orts wurde gar die Kanzlerin auf Wahlplakaten gesichtet und später in der Wahlkabine von Wahlberechtigten vergeblich auf den Stimmzetteln gesucht. Insbesondere mit Blick auf die Landtagswahlen 2016 wurde die Kommunalwahl als erster Stimmungstest bewertet,² dies ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass die Demokratie den Nordosten kaum im Blick hat und Wahlumfragen nur mit sehr großen Abständen durchgeführt und publiziert werden. In anderen Bundesländern ist dies meist alle sechs Monate der Fall.³

Im Folgenden soll daher, in der gebotenen Kürze, der Frage nachgegangen werden, wie das Wahlergebnis vor diesem Hintergrund zu bewerten ist, welche Stimmenentwicklung die Parteien im Einzelnen zu verzeichnen haben, was für Besonderheiten es gibt und wie sich die Ergebnisse in das bisherige Wahlverhalten Mecklenburg-Vorpommerns einordnen lassen.⁴

2 Rahmenbedingung und Ausgangslage

Seit der Landtagswahl 2011 sind gut zweieinhalb Jahre vergangen. Halbzeit in der Fortsetzung der großen Koalition von SPD und CDU.⁵ Die Herausforderungen für das Bundesland bleiben dabei ungeachtet der aktuellen Entwicklung:⁶

¹ Die Autoren danken Gudrun Heinrich und Steffen Schoon für die wertvolle Unterstützung bei der Erstellung dieser Einleitung.

² Vgl. Christopher Scheele, Die Kommunal- und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 123–134.

³ So sind im Bundesland seit der Landtagswahl 2011 lediglich zwei Umfragen mit gerade ausreichender N-Zahl veröffentlicht worden. TNS Emnid hatte vom 6.09. bis 10.09.2013 genau 750 Personen befragt und Infratest Dimap hatte 1.000 Personen zwischen dem 2.05. und dem 5.05.2014 nach ihren Wahlabsichten gefragt.

⁴ Vergleichend können hierzu die in der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“ erschienenen Wahldokumentationen der Arbeitsgruppe Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern hinzugezogen werden: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011; Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009; Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004; dies. (Hrsg.), Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2006: Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006; Nikolaus Werz/u. a., Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001; sowie eine aktuelle Übersicht Politik, Gesellschaft und Verwaltung im Bundesland: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013.

⁵ Ein interessanter Aspekt, über den es bisher allerdings noch keine belastbaren Zahlen bzw. wissenschaftlichen Arbeiten gibt, sind mögliche Veränderungen in der Parlamentskultur in Schwerin. So wird die grundsätzlich nur bedingt ausgeprägte Streitkultur, durch eine verschiedentlich als „Arroganz der Macht“ bezeichnete Praxis verstärkt. Hierbei werden Anträge der demokratischen Opposition pauschal durch die Regierungsparteien abgelehnt und gar nicht erst in die Ausschüsse überwiesen. Siehe u. a.: Johannes Saalfeld, Transparenz scheitert im Land an

- der demographische Wandel,
- der auslaufende Solidarpakt 2019,
- die sinkenden Mittel aus dem europäischen Strukturfonds,
- die in der Landesverfassung festgeschriebene Schuldenbremse,
- die geringe gesellschaftliche Verankerung der Parteien,
- der verfestigte Rechtsextremismus im östlichen Landesteil, mit wenigen mecklenburgischen Hochburgen,
- und eine im Bundesschnitt immer noch hohe Arbeitslosigkeit.

Auf der kommunalen Ebene stellen sich viele dieser Fragen nicht in dieser Art, gleichwohl bleibt der Wahlakt ein Stimmungstest für die Parteien im Schweriner Schloss. Die Kommunalwahlen 2014 standen im Bundesland darüber hinaus gleich aus drei Gründen unter besonderer Beobachtung:

Zuerst einmal waren es die ersten Kommunalwahlen nach der Kreisgebietsreform von 2011. Diese führte zu einer Zusammenlegung von Landkreisen mit divergierender politischer Kultur. Bei den ersten Wahlen in den Großkreisen war es zu einer deutlichen Überlagerung durch die gleichzeitig stattfindende Landtagswahl gekommen. Dieser Effekt war vor allem dem mitte-links Lager zu Gute gekommen. In ihren Diasporagebieten konnte besonders die SPD gegenüber der CDU merkliche Stimmgewinne verzeichnen. Wegen des Überlagerungseffektes durch die Landesebene waren nennenswerte Abweichungen für 2014 erwartet worden, gleichzeitig stellte sich jedoch auch die Frage, inwieweit die plötzliche Stärke gerade der SPD in ihren traditionellen Diaspora-Gebieten dazu beitragen könnte, dass die Sozialdemokraten dort neue Wählergruppen erschließen könnten und somit eine Auflösung der Diaspora möglich wäre.

Zweitens lagen die Kommunalwahlen zusammen mit der Europawahl in der Mitte der Legislaturperiode des Mecklenburg-Vorpommerschen Landtags und galten somit als Stimmungstest für die Regierung unter Erwin Sellering. Gleichzeitig war die Wahl auch ein Test für den CDU-Landesvorsitzenden Lorenz Caffier, der nach der Wahlniederlage 2011 keine persönlichen Konsequenzen gezogen hatte und nun unter dem Druck stand, dass die CDU wieder zu alter kommunaler Stärke zurückkehren müsse.

Drittens ist das „Land am Rand“ medial als NPD-Hochburg bekannt geworden und stellt mit Udo Pastörs, NPD-Abgeordneter im Schweriner Landtag, sogar den NPD-Bundesvorsitzenden. Gerade im ländlichen Raum des Nordostens unserer Republik befürchteten nicht wenige, dass die Rechtsextremisten sich kommunal weiter in der Gesellschaft verankern würden. Dazu zählte auch das Szenario, dass die rechts-extremen Kameradschaften losgelöst von der NPD als scheinbar harmlose Wählergemeinschaften antreten und so abermals die Tarnung der bürgerlichen Kümmerer verwenden könnten.

3 Wahlergebnis

Schaut man auf die etablierten Parteien im Einzelnen, so bietet sich der Vergleich zwischen dem landesweiten kommunalen Ergebnis und dem Abschneiden bei der Europawahl an. Der Blick auf die Ergebnisse in den einzelnen Landkreisen und den beiden kreisfreien Städten wird hier nur angerissen (siehe Tabelle 1) und in den entsprechenden Artikeln in Teil II dieser Publikation im Detail präsentiert.

Die **CDU** konnte gegenüber 2011 deutlich hinzugewinnen und ihre traditionelle Rolle als kommunal stärkste Partei abermals beanspruchen. Vor drei Jahren „litt“ sie unter der Beliebtheit des SPD-Ministerpräsidenten Sellering und den fehlenden Machtoptionen – Mittellage der SPD – auf Landesebene. Dabei gereichen der CDU vor allem die Mitgliederstärke sowie die damit verbundene höhere Kandidaten-

Arroganz der Macht, abrufbar unter: http://gruene-fraktion-mv.de/parlamentsarbeit/reden/volltext-reden/article/802014_saalfeld_transparenz_scheitert_im_land_an_arroganz_der_macht/ (Stand: 28.07.2014).

⁶ Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele, Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern – Politik und Parteienwettbewerb im Spiegel der Transformation, in: dies. (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 11–23, hier: S. 12–18.

dichte im Vergleich zur SPD im ländlichen Raum zum Vorteil. Bei der Europawahl schnitt die Partei sogar noch etwas besser ab (+1,6 pp).

Die **SPD** verlor erwartungsgemäß landesweit an Zustimmung, hier besonders stark im vorpommerschen Landesteil, wo verfestigte Diaspora-Gebiete der Sozialdemokraten liegen. Verglichen mit den Kommunalwahlergebnissen der letzten 20 Jahre kann dies jedoch nicht als Überraschung, sondern vielmehr als Normalisierung der 2011 verzerrten Ergebnisse angesehen werden. Regional wies die SPD große Probleme im Bereich des Generationswechsels auf; so schickte die SPD im Rostocker Süden allein 42,9 Prozent Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen, die über 65 Jahre alt waren, dabei waren 28,6 Prozent der SPD-Bewerberinnen und Bewerber dort sogar über 74 Jahre. Für das Europaparlament wurde die SPD zweitstärkste Kraft und lag über dem kommunalen Ergebnis (+1,3 pp).

Die LINKE konnte nochmals von ihrer verfestigten und gut organisierten Stammwählerklientel profitieren. Dabei ließ jedoch die demographische Zusammensetzung dieser Klientel – Altersstruktureffekt – zusammen mit der nicht erfolgten Öffnung der Policy-Ebene für jüngere Gruppen einen stärkeren Stimmenzugewinn nicht zu. Verglichen mit früheren Jahren muss von einer sehr guten Mobilisation der Stammwählerschaft ausgegangen werden. Die Struktur der Wähler- und Mitgliederbasis der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, 68 Prozent der Mitglieder sind über 65 Jahre, wird bei einem gleichbleibenden Kurs der Partei binnen der nächsten 15 Jahre massive Veränderungen in der politischen Landschaft im Nordosten zeitigen (natürliche Fluktuation). Für die Europawahl ergibt sich nahezu dasselbe Landesergebnis für die Partei. Im Parteienwettbewerb zeichnet sich auch bei dieser Wahl die typische Gemengelage des ostdeutschen Parteienwettbewerbs ab: Die LINKE ist eine regionale/ostdeutsche Volkspartei.

Bündnis 90/Die Grünen konnten nach der Fukushima- und Stuttgart 21-induzierten bundesweiten Erfolgswelle ihr landesweites Ergebnis konsolidieren. In den urbanen Zentren des Landes gelang es den Bündnisgrünen, leichte Zugewinne zu erzielen, insgesamt muss jedoch festgestellt werden, dass die Träume von einer ökologischen Volkspartei im Bundesland an der Ostsee deutlich verfrüht waren. Bei der Europawahl lag die Partei unter dem kommunalen Landesschnitt (-0,7 pp).

Die **FDP** erlebte nach 2011 bereits ihr zweites Debakel auf der kommunalen Ebene. Dabei konnten die Liberalen selbst in ihren Hochburgen keine Achtungserfolge erringen und verloren nun in allen Landkreisen und kreisfreien Städten den Anschluss an die politische Konkurrenz. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen schnitt die FDP bei der Europawahl sogar noch schwächer ab (-1,4 pp). Die internen Querelen, der Verlust der Landtags- und Bundestagsfraktion sowie eine schwache Mitgliederstruktur und damit einhergehende Verankerung in der Bevölkerung lassen dabei aktuell keinen positiven Trend für die Partei erkennen. Einzig das etwas stärkere Abschneiden auf der kommunalen Ebene gegenüber der Europawahl spricht für eine gewisse Bekanntheit des vorhandenen Personals.⁷

Tab. 1: Die Wahlergebnisse der Parteien in Kreisen und Städten im Überblick (in %)

Wahl/Partei	CDU	SPD	Die LINKE	B 90/ Grüne	FDP	AfD	NPD	WG	EB
NWM	28,6	24,9	18,0	5,3	3,5	4,8	2,5	10,4	1,0
LUP	32,0	25,5	17,8	4,1	3,9	2,9	3,5	12,4	0,7
LRO	38,3	19,0	18,8	5,4	3,7	3,6	2,8	5,4	2,9
MSE	35,1	20,3	21,3	5,4	3,3	4,1	3,3	5,9	1,3
VR	41,1	13,4	16,9	5,6	3,6	4,6	2,5	10,9	1,4
VG	34,6	13,3	17,7	4,0	2,3	4,9	6,6	16,0	0,4
Rostock	20,5	17,0	26,4	11,4	2,5	4,4	1,7	15,0	1,0
Schwerin	24,8	19,5	24,6	7,8	3,0	5,9	-	18,8	1,4
Gesamt	33,0	18,9	19,7	5,8	3,3	4,2	3,2	9,8	1,2

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin.

⁷ Vgl. Christian Nestler, Quo vadis FDP in Mecklenburg-Vorpommern? In: MV Liberal, Nr. 2 (2014), S. 18–19, abrufbar unter: http://www.fdp-mv.de/files/1467/MV-Liberal_2-2014.pdf (Stand: 28.07.2014).

Zu den besonderen politischen Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern gehört eine landesweite Verankerung des organisierten Rechtsextremismus durch eine gut organisierte **NPD**. Ihr ist es gelungen, die eher bewegungsförmigen Strukturen der Kameradschaften in den Regionen des Landes unter dem Partei-Label zusammenzuführen. Die seit 2006 bestehende Landtagsfraktion bildet zum einen eine Ressourcen gebende Dachstruktur und andererseits eine Plattform zur Profilierung und ideologischen Strukturierung.⁸

Bei der Kommunalwahl 2014 musste die Partei jedoch klare Verluste hinnehmen. Insgesamt konnte sie mit landesweit nur 3,2 Prozent 17 Mandate gewinnen – neun weniger als bei den vorausgegangenen Wahlen. Im Gegensatz zu 2011 bzw. 2009 war sie nur in den sechs Landkreisen und in der Hansestadt Rostock angetreten. In Schwerin war es ihr nicht gelungen, mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten auf dem Wahlzettel zu erscheinen.

Das Wahlergebnis ist eine herbe Niederlage, zumal sie damit ihren Fraktionsstatus im Kreistag der Landkreise Ludwigslust-Parchim sowie Mecklenburgische Seenplatte verlor. Lediglich in ihrer Hochburg Vorpommern-Greifswald konnte sie ihren Fraktionsstatus verteidigen: dort verlor sie allerdings ebenfalls 2,6 Prozentpunkte gegenüber 2011. Damit gingen der Partei nicht nur Mandate und damit politischer Einfluss, sondern auch nicht unerhebliche Ressourcen aus zwei Fraktionen verloren.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse auf Gemeindeebene relativiert diese Niederlage: Nach Angaben von ENDSTATION RECHTS. erzielt die NPD mit insgesamt 32 Mandaten in Stadt- und Gemeindevertretungen nur geringfügig weniger als 2009 und 2011 (34). Dabei war sie auch diesmal wieder nicht in allen Gemeinden angetreten.⁹

Die Namensliste der NPD Kandidatinnen und Kandidaten bzw. der gewählten Vertreterinnen und Vertreter weist vor allem alt-vertraute Namen auf. Die Verzahnung von Landes- und Kommunalebene sowie von Partei und Landtagsfraktion sollte erneut über die Kandidatur zahlreicher Mitarbeiter der Landtagsfraktion auf den Listen erreicht werden. Das Durchschnittsalter der Kandidierenden war mit 38,5 Jahren relativ jung. Mit nur fünf Frauen von 55 Kandidatinnen und Kandidaten belegt die NPD erneut, welchen Stellenwert sie Fragen der Gleichstellung beimisst.¹⁰

Die bundespolitischen Rahmenbedingungen waren für die Partei im Mai 2014 eher schlecht: Im Dezember 2013 war der Verbotsantrag des Bundesrates beim Bundesverfassungsgericht eingereicht worden. Ende 2013 zog sich der damalige Bundesvorsitzende Holger Apfel aus der NPD zurück, Skandalgeschichten um den Generalsekretär der Bundespartei Peter Marx führten zu dessen Rücktritt und nicht zuletzt litt die Partei unter massiven Finanznöten, da ihr die staatlichen Zuweisungen aufgrund eines fehlerhaften Rechenschaftsberichtes gestrichen worden waren.¹¹

Die gleichzeitig zur Kommunalwahl stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament beeinflusste die Chancenstrukturen auch für die rechtsextreme NPD. Durch den Fall der Fünf-Prozent-Hürde stiegen die Chancen der NPD; inwieweit die Wählerinnen und Wähler diese „Gelegenheit“ genutzt haben ist indes

⁸ Siehe hierzu: Gudrun Heinrich/Steffen Schoon, Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 145–167.

⁹ So beispielsweise nicht in der Hansestadt Greifswald: O. A., OB erleichtert: NPD ohne Kandidaten, OZ Greifswald, 22.03.2014.

¹⁰ Dabei waren drei der fünf Kandidatinnen Ehefrauen bekannter Kader (Marianne Pastörs, Janette Krüger und Fanny Arendt).

¹¹ Siehe hierzu allgemein: Viola Neu, Hidden champions oder ewige Verlierer? Die „sonstigen“ Parteien bei der Bundestagswahl, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2013: Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2014, S. 295–312; Michael Oswald, Verbot trotz Bedeutungslosigkeit? Die NPD, ihre Strategie und die Erfolgsaussichten des neuen Verbotsantrags, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 2 (2014), S. 440–460; und zum Land: DPA/AFP, Gericht verurteilt NPD zu Millionenstrafe, Zeit-Online, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-05/npd-rechenschaftsbericht-strafzahlung> (Stand: 15.07.2014); Endstation Rechts (Hrsg.), Am Rande des Ruins – NPD arm wie eine Kirchenmaus, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/artikel/am-rande-des-ruins-npd-arm-wie-eine-kirchenmaus.html> (Stand: 15.07.2014).

nicht zu verifizieren, da 2009 die DVU anstelle der NPD zur Europawahl angetreten war. Andererseits trat mit der Alternative für Deutschland eine Euro-kritische Partei mit Vehemenz auf die politische Bühne.¹² Inwieweit die AfD bei der Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern den Rechtsextremen Stimmen abziehen konnte, bleibt in Ermangelung von Wählerwanderungsbilanzen auf dieser Ebene Spekulation. Die NPD selbst hat die Herausforderung für sich jedoch bereits angenommen. So erklärte der stellvertretende Landesvorsitzende, David Petereit: „Wir werden unseren Weg unbeirrt fortsetzen und zeigen, wer die wahre Alternative ist. Will sich aber der eine oder andere AfDler uns anschließen, werden wir ihm nicht die Tür vor der Nase zuschlagen.“¹³

Auf der Ebene der Wahlen zu den Gemeindevertretungen war nicht an allen Orten die NPD selbst angetreten.¹⁴ In Ueckermünde (Landkreis Vorpommern-Greifswald) erschien die vom NPD-Landesvorstandsmitglied Marko Müller geführte Wählergemeinschaft „Wir von hier“ auf dem Wahlzettel. Müller war 2012 wegen fehlender Verfassungstreue nicht als Bürgermeisterkandidat in Ueckermünde zugelassen worden.¹⁵ Die Wählergemeinschaft konnte das NPD Ergebnis von 2011 (12,1 Prozent) mit 14,1 Prozent übertrumpfen. In Strasburg (Landkreis Vorpommern-Greifswald) errang die Wählergemeinschaft „Schöneres Strasburg“, hinter der die im Verfassungsschutzbericht 2011 erwähnte „Interessengemeinschaft Schöneres Strasburg“¹⁶ steht, 15 Prozent der Stimmen und damit drei Sitze im Gemeinderat. Ein Vertreter der Partei „Alternative für Torgelow“, die mit zwei Kandidaten zu der Gemeinderatswahl in Torgelow angetreten war, hat 8,7 Prozent erzielt, wehrt sich allerdings aktuell gegen den Vorwurf, Rechtsextremist zu sein. Ursprung der Anschuldigung war die Teilnahme an einer Demonstration gegen den sogenannten „Asylmissbrauch“ auf der der Kommunalpolitiker mit einem Transparent fotografiert worden war.¹⁷

Ob diese drei Beispiele von erfolgreichen Wählergemeinschaften bereits ein Teil einer Mimikry-Strategie von Rechtsaußen sind, ist offen. Immerhin gibt es Alternativen zum Parteilogo der NPD, was angesichts eines drohenden Parteienverbotes durchaus zur strategischen Option werden kann.

Insgesamt ist die NPD deutlich hinter ihren eigenen Erwartungen geblieben.¹⁸ Sie hat mit dem Verlust von zwei Fraktionen und 9 Mandaten auf Kreisebene erhebliche Ressourcen eingeübt. Vor allem verliert sie eine Machtposition in für sie ohnehin schlechten Zeiten.

Ein Strohalm für die Partei sind hingegen ihre bisherigen Hochburgen. In den Gemeinden mit den höchsten NPD Stimmenanteilen (Zweitstimmen) bei der Landtagswahl 2011 konnte die NPD erneut Ergebnisse zwischen 27,2 Prozent (Besewitz) und 22,3 Prozent (Postlow) oder 21 Prozent (Neuenkirchen) erzielen. Damit bleibt der Landkreis Vorpommern-Greifswald der Anker für die rechtsextremen Kameradinnen und Kameraden (siehe auch Tabelle 4).¹⁹

¹² Siehe hierzu den Beitrag von Nestler/Schütt in diesem Band.

¹³ NPD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Wahlvorhaben teilweise erreicht, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=3327&mid=8> (Stand: 13.07.2014).

¹⁴ Vgl. Marc Brandstetter, NPD Tarnlisten punkten bei Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/artikel/npd-tarnlisten-punkten-bei-kommunalwahl-in-mecklenburg-vorpommern.html> (Stand: 13.07.2014); Horst Freires, NPD-nahe Tarnorganisationen: Blick nach rechts, abrufbar unter: www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/npd-nahe-tarnorganisation (Stand: 16.04.2014).

¹⁵ Vgl. Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Pressefassung, Schwerin 2013, S. 43.

¹⁶ Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Schwerin 2012, S. 39.

¹⁷ Siehe hierzu u. a.: Fred Lucius/Robert Kiesel, NPD in Vorpommern mimt den Wolf im Schafspelz, Nordkurier, 28.03.2014; Thomas Krause, Wegen Verleumdung! Patrick Dahlemann angezeigt, Nordkurier Anklam, 08.07.2014.

¹⁸ Siehe hierzu u. a. die Pressemitteilung des Landesvorsitzenden Stefan Köster, der darin deutlich macht: „Festzustellen ist, daß [sic!] wir unsere Wahlziele weitgehend nicht erreicht haben.“ NPD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Wir danken unseren Wählern, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=3289> (Stand: 13.07.2014).

¹⁹ Siehe hierzu: Gudrun Heinrich, Kernwählerschaft mobilisiert – Die NPD, in: Koschkar/Scheele, Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 77–89; Steffen Schoon, Gefestigt und Begrenzt – Die NPD in

Grundsätzlich ist die lokale Verankerung für die Partei ein wesentliches Scharnier ihrer Strategie. Die Aktivitäten von Landtagsfraktion, Partei und den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf kommunaler Ebene weisen viele Gemeinsamkeiten auf. Informationen von der einen Ebene werden dabei bewusst in der anderen eingesetzt. Personal der Partei kann über Fraktionsgelder finanziert werden und ist damit vielseitig einsetzbar. So kann der Verlust von zwei Kreistagsfraktionen und einiger kommunaler Mandate die Partei nachhaltig schwächen.

Dennoch sollte der Abgang auf eine starke NPD in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht angestimmt werden. 17 Mandate in den Kreistagen und über 30 in den Gemeindevertretungen bleiben ein erhebliches Pfund, mit dem die Partei zu wuchern gewillt ist. Dass sinkende Wahlerfolge für Rechtsaußen darüber hinaus kein Indiz für einen zurückgehenden Rechtsextremismus in der Bevölkerung sein müssen, ist ohnehin lange bekannt.

4 Regionale Unterschiede und Strukturmuster

Die CDU konnte traditionell in den kleinen Gemeinden stärkere Ergebnisse erzählen als in den größeren Städten. Die SPD hingegen kann aus dieser Schwäche der Christdemokraten keine Vorteile für sich ableiten, auch sie schneidet in den größeren Gemeinden tendenziell schwächer ab. Galten die Sozialdemokraten einstmals als Stadtpartei, so konnte dies zumindest 2014 nicht zum Ausdruck gebracht werden. Im Vergleich beider Regierungsparteien bleibt die Trennung zwischen Mecklenburg und Vorpommern bestehen. Die LINKE hingegen konnte ihre strukturell verankerte Stammwählerklientel mobilisieren und besondere in den größeren Gemeinden, darunter auch die ehemaligen Bezirksstädte der DDR, ihr Ergebnis auf hohem Niveau halten. Die Stagnation zeigt jedoch auch, dass trotz scheinbar guter Voraussetzungen kein besseres Ergebnis erzielt werden konnte, was darauf hindeutet, dass die Wählerbasis aus Alterssicht zunehmend begrenzt ist. Bündnis 90/Die Grünen profitieren vor allem von urbanen Strukturen und dem ansässigen Bildungsbürgertum, welches die Bündnisgrünen noch immer als eine ihre Hauptwählerschicht besitzen. Das Verhältnis zwischen urbanen Zentren und ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern ist insofern auch ein strukturelles Hindernis für die Bündnisgrünen. Die Liberalen hingegen profitieren im Land eher von kleinteiligen Strukturen, in denen die persönliche Bekanntheit einen Vorteil im politischen Wettbewerb ausmachen kann und die an die Tradition des lokalen Honoratiorentums anknüpft. Die NPD hat weiterhin ihren Schwerpunkt in Vorpommern, wobei sie hier vor allem in mittelgroßen Gemeinden mit größerer sozialer Durchmischung profitiert.

Auffällig bei der regionalen Verteilung sind die Aufweichung von Hochburgen und Diaspora-Gebieten und ihr langsames Verwischen. Das mag zum einen für die regionale Stärke der jeweiligen Parteien sprechen, gleichzeitig kann es aber auch Zusammenhänge mit einer weiter abnehmenden Bindung zwischen Parteien und Wählern sowie dem Generationenwechsel auf der kommunalen Ebene geben; Kommunalwahlen sind in besonderer Weise auch immer Personenwahlen.

Die eingehendere Analyse der NPD-Ergebnisse zeigt zwei generelle Ergebnisse. Erstens konnten die Rechtsextremen in bislang schwach verankerten Regionen gegenüber der Kommunalwahl 2009 zulegen und gleichzeitig ihr Ergebnis der Landtags- und Kommunalwahl 2011 in diesen Regionen leicht verbessern. Dies deutet daraufhin, dass die NPD hier durch die 2011 erstmals flächendeckende Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten, Stammwähler requirieren konnte, die auch fernab des medialen Ereignisses einer Landtagswahl mobilisiert werden können.

Zweitens verliert die NPD immer mehr Protestwähler und schrumpft auf ihre Stammwählerschaft. In schwachen Regionen profitieren die Rechten noch davon, dass 2009 deutlich weniger Landkreise abgedeckt werden konnten, und können deshalb im Vergleich zulegen, gegenüber 2011 sind wiederum Verluste zu erkennen. Je stärker die NPD vor Ort verankert ist, desto höher waren die Verluste. Daraus

kann man zum einen schließen, dass die NPD tendenziell auf der kommunalen Ebene ein Mobilisierungsproblem hat, zum anderen aber auch, dass offensichtlich durch das Auftreten der AfD als bürgerlicher Protestpartei, gerade dort, wo die NPD durch große Präsenz bislang Proteststimmen gewinnen konnte, die unzufriedenen Wählerinnen und Wähler abgewandert sind. Auch der Vergleich zu 2009 legt diese Interpretation der Zahlen nahe.

Tab. 2: Ergebnisse der Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2014 in regionalen Kontexten (Mittelwerte der Stimmenanteile und Differenzen in Prozent bzw. Prozentpunkten)

		WBT	CDU	SPD	Die LINKE	B 90/Die Grünen	FDP	NPD*	WG
Ergebnis KW 2014	Mecklenburg	46,4	30,2	21,4	21,2	6,5	3,3	2,8	8,3
	Vorpommern	46,2	37,6	13,6	17,7	4,7	2,9	4,5	12,8
	bis 2.000 E.	50,7	35,5	20,0	17,9	4,5	3,4	3,8	8,9
	bis 8.000 E.	48,1	37,3	19,6	18,6	4,2	3,8	3,5	7,4
	bis 20.000 E.	41,4	34,8	16,4	20,3	4,3	2,5	5,1	9,4
	über 20.000 E.	40,8	25,6	17,9	23,8	9,2	2,7	2,2	12,1
Gewinne/Verluste KW 2014 zu KW 2011	Mecklenburg	-1,2	4,9	-7,4	0,8	-1,9	-1,3	-1,9	3,9
	Vorpommern	0,6	5,3	-5,9	-1,1	-1,8	-1,3	-2,9	2,5
	bis 2.000 E.	2,0	4,3	-5,1	0,1	-2,6	-0,8	-2,3	3,0
	bis 8.000 E.	1,5	6,7	-7,2	-0,1	-1,8	-2,9	-1,9	3,8
	bis 20.000 E.	-2,5	7,1	-9,1	-1,3	0,5	-1,6	-2,6	4,0
	über 20.000 E.	-9,7	4,1	-10,1	1,0	-0,9	-0,6	-0,9	3,7
Gewinne/Verluste KW 2014 zu KW 2009	Mecklenburg	-3,4	0,6	0,4	0,1	0,4	-5,8	-0,4	0,8
	Vorpommern	-1,1	0,0	0,8	-3,4	0,8	-5,0	-0,7	1,4
	bis 2.000 E.	-5,6	-1,8	2,3	-1,0	-0,3	-5,1	-0,6	1,0
	bis 8.000 E.	-1,1	1,8	0,3	-1,2	0,4	-7,7	-0,2	2,5
	bis 20.000 E.	0,4	2,8	-2,1	-3,8	1,5	-6,3	-0,3	1,0
	über 20.000 E.	-0,5	1,9	-1,0	-0,3	1,4	-4,8	0,2	0,2

Berechnungen von Steffen Schoon. Datengrundlage Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern. Gemeindeebene (N=753); gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2014. * Für 2009 ohne die Alt-Kreise Wismar, Greifswald, Rügen, Demmin und Mecklenburg-Strelitz. Für 2014 ohne Schwerin.

Tab. 3: Varianzerklärung durch die Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen (Determinationskoeffizient R*)

KW 2014 abhängig von	CDU	SPD	Die LINKE	B 90/Die Grünen	FDP	NPD ¹	WG
KW 2009	0.30	0.23	0.25	0.23	0.08	0.28	0.26
KW 2011	0.18	0.20	0.21	0.18	0.04	0.27	0.23
LTW 2011	0.16	0.18	0.04	0.06	0.12	0.26	-
BTW 2013	0.27	0.12	0.25	0.37	0.02	0.18	-

Berechnungen von Steffen Schoon. Datengrundlage Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern. Gemeindeebene (N=753); gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2014. * Für 2009 ohne die Alt-Kreise Wismar, Greifswald, Rügen, Demmin und Mecklenburg-Strelitz. Für 2014 ohne Schwerin. Lesehilfe: Die regionale Verteilungsstruktur (Verhältnis von Hochburgen und Diasporagebieten) des CDU-Ergebnisses von 2014 erklärt sich zu 30 Prozent aus der regionalen Struktur des Ergebnisses von 2009.

Tab. 4: NPD-Ergebnisse der Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2014 in politischen Kontexten (Mittelwerte der Stimmenanteile und Differenzen in Prozent bzw. Prozentpunkten)

Quartile	Ergebnis KW 2014 in den Quartilen 2014	Gewinne/Verluste KW 2014 zu KW 2009 in den Quartilen 2009*	Gewinne/Verluste KW 2014 zu KW 2011 in den Quartilen 2011
I (niedrig)	1,5	1,5	0,3
II	2,7	0,8	-1,1
III	4,0	-0,2	-2,1
IV (hoch)	8,4	-2,3	-6,0

Berechnungen von Steffen Schoon. Datengrundlage Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern. Gemeindeebene (N=753); gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2014. * Für 2009 ohne die Alt-Kreise Wismar, Greifswald, Rügen, Demmin und Mecklenburg-Strelitz. Für 2014 ohne Schwerin. Quartil I: Das Viertel aller Gemeinden mit den niedrigsten NPD-Wahlergebnissen; Quartil IV: Das Viertel aller Gemeinden mit den höchsten NPD-Wahlergebnissen; Lesehilfe: Die NPD hatte 2014 in dem Viertel der Gemeinden mit ihren höchsten Ergebnissen bei der Kommunalwahl 2011 die größten Verluste (durchschnittlich sechs Prozentpunkte) zu verzeichnen.

5 Fazit und Ausblick

Die Kommunalwahlen und die Europawahl 2014 waren mehr als nur ein Stimmungstest für die Landesregierung, sie boten die Chance für eine erste Bestandsaufnahme nach der Kreisgebietsreform. Die Tatsache, dass die bisherigen politischen Strukturen der Altkreise in den neuen Großkreisen überdauerten und bei den Wahlen 2014 nachgewiesen werden konnten, deutet daraufhin, dass auch in der neuen Wahlperiode keine nachhaltigen Änderungen zu erwarten sind. Zu nah sind die neuen Landkreise bei der Wahl 2014 an die Stimmenverhältnisse von 2009 herangerückt. Die CDU profitiert dabei spürbar von der Zusammenlegung von urban geprägten Regionen, die eher der SPD zu Gute kamen, mit großen Teilen des ländlichen Raumes, der traditionell die CDU bevorteilt. In der Summe gereicht diese Konstellation in der Mehrzahl der Fälle der CDU als Kommunalpartei zum Vorteil. Die SPD konnte hingegen in den vergangenen drei Jahren ihre Diasporagebiete nicht auflösen und muss erwartungsgemäß auch weiterhin auf der kommunalen Ebene der CDU den Vortritt lassen. Die LINKE konnte ihre Stammwählerklientel stark mobilisieren, aufgrund der Altersstruktur von Mitgliederbasis und Wählerschaft könnte dies in Zukunft zunehmend schwieriger werden. Die Bündnisgrünen werden mit der Rückkehr auf den Status quo die Aufbauarbeit im Land vorantreiben müssen, ein zweistelliges Ergebnis im Bundesland kann ein Fernziel bleiben. Die FDP konnte bei der Kommunalwahl zumindest eine personelle Basis erhalten, die für eine Erneuerung der Partei genutzt werden könnte. Der aktuelle Aderlass bei den Ressourcen der Liberalen deutet jedoch auf schwierige Voraussetzungen bei den nächsten Wahlen im Nordosten hin. Die neu ange-tretene AfD wird die Langfristigkeit des Projektes in den nächsten Jahren vor allem zwischen Wahlsonntagen beweisen müssen, die in der Geschichte schon häufig neu aufstrebenden Parteien aufgrund von Streitigkeiten zum Verhängnis wurden. Die Tatsache, dass die AfD als Protestphänomen sowohl bei der Europa- als auch der Kommunalwahl Stimmen ziehen konnte, hat ebenfalls Auswirkungen auf die Einordnung des Wahlergebnisses der NPD. Diese hat über die Jahre den Status eines Protestvehikels Zug um Zug verloren, damit müssen allerdings die NPD-Wählerinnen und -wähler des Jahres 2014 als Stammwählerschaft eingeordnet werden. Dies unterstreicht einmal mehr, dass auch mit Blick auf die Problematik der Wahlbeteiligung, dass (politische) Bildung kein Feld für Aktionismus, sondern Langzeitprojekt auf viele Jahre ist.

Die Europawahl 2014

Christian Nestler/Sarah Schütt^A

1 Einleitung

1.1 Einführung

Europa hat gewählt. Am Sonntag, den 25. Mai 2014, hatten rund 400 Millionen Wahlberechtigte aus den Mitgliedsstaaten die Chance, ein neues Europäisches Parlament zu bestimmen. Mit einer Beteiligung von 43,09 Prozent hat hiervon zwar weniger als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht, aber in der Geschichte der Direktwahl ist es das erste Mal, dass die Teilnahme im Vergleich zum vorhergehenden Urnengang nicht weiter absinkt.² Dieser positive Befund verschleiert dabei die Disparitäten der Partizipation in den einzelnen Ländern. So haben in Belgien und Luxemburg – beide Länder haben Wahlpflicht – 90 Prozent und in der Slowakei nur 13 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner mit abgestimmt. Die Stabilisierung der Wahlbeteiligung wurde zentral durch die bevölkerungsstarken Länder Deutschland (47,9 Prozent, +4,6), Frankreich (43,5 Prozent, +2,9), Italien (60 Prozent, -5) und die traditionell „aktiven“³ skandinavischen Mitglieder der Union getragen.⁴

Nichts zeigt die Ambivalenz der Europäischen Union (EU) und ihres Parlaments – welches deren einzige direkt injizierte Legitimitätsquelle⁵ ist – deutlicher als die relativ niedrige Mobilisierung. Die Wahl war darüber hinaus bereits Monate im Voraus als Kampf eines Elitenprojekts und dessen neueste Idee, europaweite Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Parteienverbünde, gegen eine wachsende Phalanx der Antieuropäer⁶ medial abgestempelt worden.⁷

Das Wahlergebnis sieht die Fraktion der Europäischen Volksparteien (EVP) deutlich geschmälert aber weiterhin als stärkste Kraft vor der leicht geschrumpften Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D). Zusammen mit der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), Die Grünen/Freie Europäische Allianz (Grünen/EFA), den Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR)⁸ und Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (VEL) verliert der etablierte demokratische Kern des Parlaments 51 Sitze im Vergleich zu 2009 an

¹ Die Autoren danken Nikolaus Werz für die freundliche Unterstützung bei der Erstellung des Beitrages.

² Europäisches Parlament (Hrsg.), Ergebnisse der Europawahl 2014: Wahlergebnisse, abrufbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/election-results-2014.html> (Stand: 26.05.2014).

³ Diese Länder liegen regelmäßig deutlich über dem EU-Durchschnitt. Allerdings gehen 25 bis 30 Prozent weniger Menschen zur Wahl als bei den nationalen Parlamentswahlen.

⁴ Europäisches Parlament (Hrsg.), Ergebnisse der Europawahl 2014: Wahlbeteiligung, abrufbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (Stand: 26.05.2014).

⁵ Das Europäische Parlament wird seit 1979 direkt durch die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten gewählt. Alle anderen Institutionen setzen sich aus den Parlamenten bzw. Regierungen dieser zusammen und werden wegen des schwierigen und komplexen Aushandlungsprozesses bei der Ämterverteilung nicht selten als „Postengeschacher“ verunglimpft.

⁶ Zur Auseinandersetzung mit der vom englischen „euroscepticism“ abgeleiteten Begrifflichkeit siehe 1.2.

⁷ Vgl. o. A., Europe's far right: This monster called Europe, in: *The Economist*, Nr. 46 (2013), S. 27–28. Ungeachtet bilden diese Parteien dann in der Realität das aus, was die Wissenschaft in ihren Typologisierungsbemühungen als rechtspopulistische bzw. eurokritische Parteienfamilie bezeichnet. Siehe hierzu die Beiträge von Frank Decker/Marcel Lewandovsky und Florian Hartleb in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.), *Parteienfamilien: Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?* Opladen 2012, S. 268–281 u. 302–325. Für eine differenzierte Betrachtung der Wahlaussichten siehe: Cas Mudde, *Rechtsaußen, die Große Rezession und die Europawahlen 2014*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 12 (2014), S. 16–24.

⁸ Die EKR dient der EVP hin und wieder als Mehrheitsbeschaffer. Tabelle 5 erinnert allerdings daran, dass Parteien die rechts der Mitte stehen in dieser Fraktion eine tragende Rolle spielen.

randständige Parteien und Gruppierungen, die zum Teil extreme Interessen vertreten. Allerdings haben sie mit 651 von 751 Sitzen immer noch eine eindeutige Mehrheit.⁹

Tab. 1: Sitzverteilung im Europäischen Parlament

Wahl/Partei	EVP	S&D	ALDE	Grüne/ EFA	EKR	VEL	EFDD*	Fraktionslos
EPW 2009	274	196	83	57	57	35	31	33
EPW 2014	221	191	67	50	70	52	48	52

Quelle: The Economist, Nr. 22 (2014), S. 21. * Europa der Freiheit und der direkten Demokratie; 2014 als EFDD.

Der vorliegende Artikel richtet seinen Blick gewissermaßen nach Innen. Mit dem Gesamtergebnis im Blick wird das Abschneiden der deutschen Parteien im ostdeutschen Flächenbundesland Mecklenburg-Vorpommern analysiert. Wesentlich sind hierbei – wie für Deutschland insgesamt – der Wegfall der Sperrklausel, die Gleichzeitigkeit von Kommunalwahlen und der Europawahl sowie der Einfluss des deutschen Spitzenkandidaten Martin Schulz (SPD) im Wahlkampf und sein möglicher Einfluss auf die gestiegene Wahlbeteiligung. Abgerundet wird die Betrachtung von der Frage nach dem Rang Mecklenburg-Vorpommerns bei der Entsendung von Abgeordneten in das Parlament in Straßburg. Dieser steht in einem offensichtlichen Widerspruch zur gegenwärtigen Prominenz bei der Besetzung der deutschen Staatsführung.¹⁰

1.2 „Euroscepticism“ in der Forschung

Euroskeptizismus ist ein Terminus, dessen wissenschaftliche Aufarbeitung zurück geht auf die zunächst journalistische Verwendung in Großbritannien. Daher ist die Debatte um die Definitionsmöglichkeiten vorwiegend vom anglo-amerikanischen Begriffsverständnis geprägt, die ganz allgemein unter Euroskeptizismus die ablehnende Haltung gegenüber der EU in Teilen wie im Ganzen verstehen, sich also sprachlich nicht auf den Euro beschränken, sondern Europa wie die EU mit einbeziehen.¹¹ Dabei kann davon ausgegangen werden, dass sich Parteien dann euroskeptisch ausrichten, wenn sie auf eine gewisse Stimmungslage in der Bevölkerung zurückgreifen können, wenn sich also die öffentliche Meinung bezüglich der EU in Teilen negativ darstellt. Da diese Situation in vielen europäischen Staaten nach dem Vertrag von Maastricht 1992 zu erkennen war – man spricht in diesem Sinne von der Abkehr des *permissiven consensus* – entstanden die ersten Parteien, die ihren Markenkern in der Ablehnung der EU sahen.¹² In Deutschland blieben diese Kräfte jedoch weitestgehend unerfolgreich, obschon sich mit dem Bund Freier Bürger und der PRO DM zwei Parteien in den 1990er Jahren gründeten, die sich dezidiert gegen die europäische Vergemeinschaftung aussprachen.¹³ Mit dem Aufkommen und den ersten Erfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) zeigt sich unter Umständen auch für Deutschland eine gewisse Abkehr der durchweg pro-europäischen Haltung der Parteien.

Parteien, die sich euroskeptisch positionieren, können nach verschiedenen Ansätzen klassifiziert werden. So gehen Paul Taggart und Aleks Szczerbiak davon aus, dass man zwischen weichen und harten Euroskeptikern unterscheiden könne, wobei sich die weichen durch eine partielle Ablehnung der EU und

⁹ Europäisches Parlament (Hrsg.), Ergebnisse der Europawahl 2014: Wahlergebnisse, abrufbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/election-results-2014.html> (Stand: 26.05.2014).

¹⁰ Sowohl Joachim Gauck, Rostock, als auch Angela Merkel, Wahlkreis in Stralsund, kommen aus dem Bundesland.

¹¹ Vgl. Cécile Leconte, *Understanding Euroscepticism*, Basingstoke 2010, S. 5–7.

¹² Vgl. Simon Usherwood/Nick Startin, *Euroscepticism as a Persistent Phenomenon*, in: *Journal of Common Market Studies*, Nr. 1 (2013), S. 1–16, hier: S. 4.

¹³ Vgl. Charles Less, *The Limits of Party-Based Euroscepticism in Germany*, in: Aleks Szczerbiak/Paul Taggart (Hrsg.), *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Bd. 1, Oxford 2008, S. 16–37, hier: S. 17–19.

die harten durch eine generelle Ablehnung dieser auszeichneten.¹⁴ Da die Unterscheidung zwischen diesen beiden Ausprägungen uneindeutig ausfallen kann, haben sowohl Cas Mudde und Petr Kopecký wie auch Christopher Flood versucht, ein mehrstufiges Kontinuum an ablehnenden Haltungen aufzubauen, welches jedoch noch kleinteiligere Untergliederungen vornimmt und somit wiederum mit Schwierigkeiten in der Zuordnung behaftet ist.¹⁵ Die Vielfalt an Möglichkeiten, die bereits angeboten wurden und die jede für sich an Komplexität gewonnen hat, soll im Folgenden ein vereinfachender Vorschlag hinzugefügt werden. Dies erscheint schon deshalb geboten, weil die Ableitung aus der journalistischen Ursprungsverwendung eine Geschichte als Kampfbegriff hat, schwingt diese beim wissenschaftlichen Gebrauch ebenfalls mit. Weiterhin bietet die deutsche Sprache, ihre Semantik und die tradierte Begriffsverwendung die Chance einer dreidimensionalen syntaktischen Darstellung.

Man kann daher davon ausgehen, dass sich Parteien nicht nur danach unterscheiden, ob sie Teilbereiche der EU oder diese im Ganzen ablehnen, sondern auch danach, welche Ebene der EU sie angreifen. Eine Partei könnte die derzeitige Vergemeinschaftung der EU ablehnen und sich hier gegen zentrale Politikbereiche stellen; demnach wäre sie als *EU*-skeptisch zu betiteln. In diese Gruppe kann ohne die Implikation von negativen Intentionen die Masse aller etablierten Parteien gezählt werden.¹⁶ Dagegen können Parteien, die sich vor allem gegen den Euro als gemeinsame Währung aussprechen wie es beispielsweise die AfD tut, als *Euroskeptisch* gelten können. So könnte eine Partei generell gegen die internationale Zusammenarbeit sein und damit die Idee Europas im Ganzen ablehnen, sich also *Europaskeptisch* darstellen. Dies trifft im Regelfall für stark nationalistische und oder ethnopluralistisch argumentierende Organisationen zu. In diesem Sinne wäre es als ein neuer Ansatz anzusehen, statt von Euroskeptizismus als englischer Übersetzung des Euroscepticism vom „EU(ro)(pa)skeptizismus“ zu sprechen.

Mit diesem Vorschlag wird kein wissenschaftlicher deutscher Sonderweg beschritten, die Dreiseitigkeit ist problemlos übersetzbar und aus der subjektiven Wahrnehmung der Autoren in ihrem steigenden Kritik- bzw. Ablehnungsgehalt intuitiv verwendbar.

2 Gesetzliche Rahmenbedingungen und Kontext der Europawahl 2014

2.1 Allgemein

Das Europäische Parlament ist im Prozess der Integration der Staaten Westeuropas ein frühes Beiwerk – 1952 als parlamentarische Vertretung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet, übernahm es allerdings erst über den Wechsel von der Entsendung hin zur Direktwahl seiner Mitglieder 1979 seine gegenwärtige Rolle als Legitimationswerkzeug der EU.¹⁷ Um diese Aufgabe glaubwürdig realisieren zu können, wurden über die diversen Verträge, zuletzt Lissabon 2007, die Rechte

¹⁴ Vgl. Aleks Szczerbiak/Paul Taggart, Researching Euroscepticism in European Party Systems, in: dies. (Hrsg.), *Opposing Europe?*, 2008, S. 1–27, hier: S. 2.

¹⁵ So unterscheiden Kopecký und Mudde vier Formen der Haltung bezüglich der EU, die sowohl die pro-europäisch eingestellten Euroenthusiasten, wie die Europragmatisten, die den Status Quo erhalten wollen, einschließt, wie auch die Eurorejectionisten und Euroskeptizisten. Vgl. Petr Kopecký/Cas Mudde, *The Two Sides of Euroscepticism: Party Positions on European Integration in East Central Europe*, in: *European Union Politics*, Nr. 3 (2002), S. 297–326. Flood hingegen entwickelte 2002 ein sechsstufiges Kontinuum an Haltungen gegenüber der EU, welches von den pro-europäischen Maximalisten bis zu den euroskeptischen Eurorejectionisten reicht. Vgl. Christopher Flood, *Euroscepticism: A Problematic Concept*, abrufbar unter: <http://uaces.org/documents/papers/0201/flood.pdf> (Stand: 01.06.2014).

¹⁶ Diese Feststellung resultiert aus der Tatsache, dass der Prozess der europäischen Integration bisher nicht abgeschlossen ist. Daher ist eine bejahende aber kritische Haltung an sich wünschenswert.

¹⁷ Siehe Einführend: Siegmund Schmidt/Wolf Schünemann, *Europäische Union: Eine Einführung*, Baden-Baden 2013.

und Kompetenzen des Parlaments erweitert.¹⁸ Mit der Wahl 2014 wurden die wesentlichen Veränderungen des Vertrages implementiert. So darf das Parlament nun maximal 750 Mitglieder haben, pro Staat mindesten sechs und maximal 96, hinzu kommt der Präsident.¹⁹ Damit besetzt es inzwischen die prototypischen Funktionen die für seine nationalen Pendants benannt wurden.²⁰ Allerdings sind die Gesetzgebungs-, Kontroll-, Kommunikations- und Wahlfunktion nicht in vollem Umfang ausgeprägt und klassische Merkmale wie Regierung und Opposition fehlen völlig.²¹

Der Unterschied in der Ausgestaltung der Parlamentsarbeit in Strasbourg im Vergleich zu nationalen Parlamenten darf dabei nicht davon ablenken, dass diese Institution bisher noch nie so viel Gestaltungsmacht besessen hat.²² Zusammen mit der Regelung, dass die erstmals aufgestellten Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Parteienverbünde, entsprechend des Ergebnisses nach der Wahl, ein Vorrecht auf das Amt des Kommissionspräsidenten haben, steigt der Bedeutungsgrad des Wahlaktes.²³

Der Kontext der Finanz- und Eurokrise seit 2007/08 sollte diese Aussage stützen, führt jedoch zu neuen Konflikten. Diese findet ihren Ausdruck im weiteren Erstarken euro- und europaskeptischer Kräfte sowie der Feststellung, dass zum ersten Mal in der Geschichte des europäischen Projekts mehr Integration – wie etwa eine Banken- und oder Schuldenunion – nur bedingt als Lösung einer Krise mehrheitsfähig ist.²⁴ Ausgehend von den Krisenphasen in der EU verschlechterten sich zum einen die Situation der öffentlichen Haushalte in vielen Mitgliedsstaaten, aber auch die Zustimmungswerte in der Bevölkerung erreichten in südeuropäischen Staaten wie Griechenland und Spanien Tiefstwerte.²⁵ Unter diesem Umständen kann die Lage in Deutschland vor der Europawahl als vergleichsweise gut bezeichnet werden: Die wirtschaftliche Situation war während der Krisenphase stabil mit kleinen Wachstumsraten und so stellte sich die CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung als Vorbild für den Rest Europas dar.²⁶ Nach der Bundestagswahl im September 2013 kann sich zumindest die CDU weiterhin auf ihren Ruf als die Partei stützen, die mit Kanzlerin Angela Merkel einen sicheren Kurs durch die Eurokrise fand und gleichzeitig eine gewisse Machtposition innerhalb der Union über die tragende Rolle unter den Staats- und Regierungschefs erreichte.²⁷ Gleichzeitig spielt diese Ausgangslage der CDU insofern in die Hände, als dass sie von ihrem starken Bundestagswahlergebnis gestärkt in die neue Regierungsperiode ging und sich vor den

¹⁸ Zuvorderst sind die Erweiterung der Rechte in der Haushaltsverabschiedung, Gleichberechtigung mit dem Europäischen Rat bei ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, maximal Anhörung oder Zustimmung bei besonderen Gesetzgebungsverfahren und die großzügige Interpretation das die Spitzenkandidaten der Parteienverbünde zur Europawahl bei Erfolg ein Primat auf den Posten des Kommissionspräsidenten haben. Hierzu: Vertrag von Lissabon: Vertrag über die Europäische Union (EUV), 2007, Artikel 14, Abs. und Artikel 17, Abs. 7.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Siehe Einführend: Stefan Marschall, *Parlamentarismus: Eine Einführung*, Baden-Baden 2005.

²¹ Vgl. Richard Corbett/Francis Jacobs/Michael Shackleton, *The European Parliament*, London 2011, S. 9.

²² Eine praxis- und erfahrungsgeleitete Einsicht hierzu gab Hans-Gert Pöttering nach der Wahl im Deutschlandradio Kultur: Die Europäer haben gewählt: Und nun?, abrufbar unter: http://www.deutschlandradiokultur.de/europawahl-erfolg-der-rechtspopulisten-besorgniserregend.1008.de.html?dram:article_id=287410 (Stand: 30.06.2014); Im Vorfeld der Wahl gab es auch Stimmen die den derzeitigen Status quo und die zu große Macht des Parlaments für die Fehlentwicklungen in der EU verantwortlich machten. Hierzu: O. A., *Electing, yet strangely unaccountable*, in: *The Economist*, Nr. 20 (2014), S. 18–20.

²³ Hieraus erwächst ein Zugzwang für den Rat und die europäischen Staats- und Regierungschefs. Denn selbst wenn sie den Spitzenkandidaten nicht befürworten könnten sie ihn nur mit einem Glaubwürdigkeits- und Legitimitätsverlust umgehen.

²⁴ Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit: Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 392–410.

²⁵ Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.), *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*, in: *Standard-Eurobarometern* Nr. 80 (2013).

²⁶ So auch in ihrem Wahlprogrammen zur Europawahl. Vgl. CDU (Hrsg.), *Gemeinsam erfolgreich in Europa: Europapolitischer Beschluss des 26. Parteitags der CDU Deutschland*, S. 9–10, abrufbar unter: <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf>. (Stand: 07.07.2014). Dabei ist diese Haltung in der europäischen Öffentlichkeit sehr ambivalent rezipiert worden. Gerade in Griechenland wurde dieser Habitus Merkels und der Bundesregierung mit einem „faschistischen Austeritätsdiktat“ gleichgesetzt.

²⁷ Kritisch zur Stellung Deutschland in der Krisenphase der EU, vgl. Ulrich Beck, *Das deutsche Europa*, Frankfurt am Main 2012.

Europawahlen noch kein Midterm-Blues abzeichnet. Für die SPD stellte sich die Ausgangslage ähnlich dar, wobei als Juniorpartner in der Großen Koalition bereits die Europawahl ein wichtiger Gradmesser für die öffentliche Wahrnehmung auf dem Weg zu einer potentiellen Regierungsübernahme ist.

Hingegen entsteht durch den Wegfall der Sperrklauseln in Deutschland eine neue Situation, die erstmals den kleinen und Kleinstparteien eine realistische Chance auf den Einzug in das Europaparlament bietet. Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Februar des Jahres 2014, die Fünf- und die Drei-Prozenthürde für verfassungswidrig zu erklären, konnten Parteien mit ca. einem Prozent der Stimmen einen Sitz im kommenden Europaparlament erringen. Der Wegfall der Prozenthürden begründete das Verfassungsgericht damit, dass das Europäische Parlament bereits aus über 160 Parteien bestünde, die sich in Fraktionen zusammenschließen müssten, um die Funktionsfähigkeit zu gewährleisten. Daher sei es nicht begründbar, in Deutschland eine Fünf- oder Dreiprozenthürde aufrecht zu erhalten.²⁸ Für neue und Kleinstparteien entsteht so ein Sprungbrett welches zukünftig die Etablierung erleichtern könnte. Schließlich entsteht durch das Fehlen der Hürde sehr wahrscheinlich eine größere Mobilisierung – nicht zuletzt weil die Gefahr, dass die eigene Stimme nicht zählt, weil die gewählte Partei an der Sperrklausel scheitert, wegfällt – und eine strukturelle Verankerung die mit nennenswerten finanziellen Mitteln verbunden ist.²⁹

In anderen Staaten bestehen dem gegenüber andere Regelungen, die das Wahlrecht betreffen. Zwar gibt es europaweit koordinierende Regeln, z.B. den Wahlzeitraum und die Verhältniswahl, jedoch kann jeder Staat in einem gewissen Rahmen seine nationalen Besonderheiten in das Wahlrecht einfließen lassen. So herrscht in Belgien, Griechenland, Luxemburg und Zypern Wahlpflicht, was zu einer relativ hohen Wahlbeteiligung von bis zu 90 Prozent führt. Eine Sperrklausel besteht in einigen Staaten, diese darf jedoch nicht über 5 Prozent betragen. Weiterhin kann das aktive und passive Wahlalter divergieren, die Listenform der Kandidatur, der Einsatz von Präferenzstimmen sowie die Verrechnungsverfahren.³⁰

Schlussendlich bleibt die Frage ob diese Gesamtentwicklung im Wahlvolk reflektiert wird. Dies ist aus vier Gründen unwahrscheinlich:

1. Das Fehlen einer gesamteuropäischen (Medien-)Öffentlichkeit.
2. Ein nicht wissenschaftlicher – daher weitestgehend objektiv kritischer – sondern opportunistischer EU-skeptizismus in den nationalen Regierungen und Parlamenten, wenn man unbeliebte Entscheidungen als von Brüssel „erzwungen“ darstellen kann.
3. Die Stimmung in den nationalen Elektoraten hat sich in den vergangenen sechs Jahren contra Europäisches Parlament und pro nationale Parlamente entwickelt.³¹
4. Der weiterhin vorhandene Variantenreichtum beim Wahlrecht und das bisherige Fehlen von echten europäischen Parteien.³²

²⁸ Vgl. Bundesverfassungsgericht: Entscheidung 2 BvE 2/13, 26.2.2014, Absatz-Nr. (1 – 86), abrufbar unter: http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20140226_2bve000213.html (Stand: 29.05.2014).

²⁹ Siehe hierzu allgemein und für MV: Uwe Kranenpohl/Oskar Niedermayer, Kleinstparteien, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 663–681; Christian Nestler, Die Kleinstparteien in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 169–185.

³⁰ Siehe beispielsweise: Jo Shaw, *The Transformation of Citizenship in the European Union: Electoral Rights and the Restructuring of Political Space*, Cambridge 2007; Manfred Unglaub/Franz Lehmler, *Europawahlrecht: Ein Wegweiser für die Europawahl*, Neustadt an der Weinstraße 2009.

³¹ Wichtig ist bei dieser Darstellung, dass der Level des Vertrauens im Durchschnitt aller Länder in das Parlament weiterhin höher ist, als in die nationalen Parlamente. Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.), *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*, S. 48–49, 76. Gleichwohl leistet die Zuschreibung von Werten zur Europäisch Union ein Beitrag zu Ausprägung von EU-Vertrauen. „Damit die Union aber als Orientierungs- und Sinnstifter wahrgenommen werden und wirken kann, muss das politische Handeln der EU-Eliten die angesprochenen Ideal glaubhaft verkörpern.“ Hierzu: Tuuli-Marja Kleiner/Nicola Bücker, *Kulturelle Grundlagen der EU-Unterstützung: Der Einfluss von Wertzuschreibungen auf supranationales politisches Vertrauen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 2 (2014), S. 295–319, hier: S. 315. Die Bewertung des Instruments Eurobarometer wird aktuell sehr kritisch reflektiert, hierzu: Sylke Nissen, *Beobachtung oder Intervention: Das Eurobarometer im Prozess der europäischen Integration*, in: *Zeitschrift für Politik*, Nr. 1 (2014), S. 3–21.

2.2 Besonderheiten in Mecklenburg-Vorpommern

Neben den obigen Ausgangsbedingungen kommt für Mecklenburg-Vorpommern die Besonderheit der Gleichzeitigkeit der Europawahl und der Kommunalwahlen hinzu. In diesem Bezug war sie nicht einzigartig, denn in neun weiteren Bundesländern wurden Wahlen auf der kommunalen Ebene abgehalten. Der Umstand wird trotzdem ein verquicken der Themen zwischen den Ebenen im Bemühen der Parteien um Wählerstimmen nach sich ziehen. Dies ist vor allem deshalb zu erwarten da beides Nebenwahlen sind, bei der die Parteien der Erfahrung nach zumindest die finanziellen Mittel dosiert einsetzen.

Bei der Listenbesetzung der Parteien zur Europawahl fällt auf, dass Kandidatinnen und Kandidaten aus Mecklenburg-Vorpommern eher wenige und mittlere bis hintere Positionen einnehmen. Während die CDU mit eigenen Landeslisten antrat und dort Werner Kuhn auf Listenplatz eins setzte – es gab allerdings auch nur zwei Plätze –, findet sich bei der SPD erst auf Listenplatz 26 die Kandidatin aus Mecklenburg-Vorpommern, Iris Hoffmann. Die anderen Parteien stellen wenn, dann nur einen Platz für Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Bundesland zur Verfügung. So kandidiert bei der AfD auf Platz 26 Thomas de Jesus Fernandes, bei den Bündnisgrünen Ska Keller (Platz 3) und Reinhard Bütikofer, bei Die LINKE auf Platz 15 Ida Schillen und Cécil Bonnet bei der FDP auf Platz 8.

Interessant ist darüber hinaus der Frauenanteil der Listen zur Europawahl: Hier besetzen die Bündnisgrünen und Die LINKE die Hälfte ihrer Plätze paritätisch, während alle anderen Parteien mehr Männer als Frauen auf ihren Listen platzieren. Dabei versucht z. B. die FDP durch einen Frauenüberhang unter den ersten zehn Listenplätzen diesen Umstand auszugleichen, wobei als Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidat nur bei den Linken und Bündnis90/Die Grünen eine Frau gesetzt ist (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Frauenanteil und Stellung der Mecklenburg-Vorpommerischen Kandidaten auf den Europalisten

Partei	Plätze	Frauen Top 10	Frauen insgesamt	Höchster Listenplatz MV	Plätze MV gesamt
CDU/CSU*	90	-	27	-	2
SPD	96	5	49	26	1
B 90/Die Grünen	26	5	13	18	1
Die LINKE	20	5	10	15	1
AfD	28	2	6	26	1
FDP	20	6	8	8	1
PIRATEN	12	4	4	-	0
NPD	11	4	4	-	0

Quelle: Eigene Darstellung nach den Europalisten der Parteien. * Die Unionsparteien traten zur Europawahl 2014 mit einzelnen Landeslisten an.

Die Rolle Mecklenburg-Vorpommerns in den Parteien lässt sich damit insgesamt als randständig bezeichnen. Dies lässt sich größtenteils mit dem kleinen Anteil an der Gesamtbevölkerung und den damit einhergehenden zum Teil sehr kleinen Landesverbänden begründen. Die Verbindung zwischen der Besetzung der höchsten Staatsämter, Bundeskanzlerin und Bundespräsident, ist in keiner Weise an eine bestimmte regionale Herkunft gekoppelt. Nichtsdestotrotz ist das Bundesland an der Ostsee auch in dieser Hinsicht „Laboratorium“.³²

³² Eine interessante Lektüre zum Ist-Stand in diesem Prozess ist hier: Thomas Poguntke/Martin Morlok/Heike Merten (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer europäischen Parteiendemokratie, Baden-Baden 2013.

³³ Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele, Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern – Politik und Parteienwettbewerb im Spiegel der Transformation, in: dies. (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 11–23, hier: S. 12.

3 Der Wahlkampf in Deutschland

Die Europawahlen zeigen im Vergleich zu nationalen Wahlen einige Besonderheiten, die sich auch in deren Wahlkämpfen widerspiegeln. In Deutschland kamen 2014 einige weitere Umstände hinzu, so fanden in mehreren Bundesländern gleichzeitig Kommunalwahlen statt und die letzte Bundestagswahl lag gerade einmal acht Monate zurück. Zudem nominierten bei diesen Wahlen erstmals alle Parteien Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten, wovon man sich eine steigende Wahlbeteiligung und Stimmenmaximierung für die nationalen Mitglieder der entsprechenden Parteienverbünde versprach.³⁴ Der generelle Eindruck einer Krisenphasen in der europäischen Union wurde in der deutschen Öffentlichkeit nur über Meldungen aus den Staaten Südeuropas wahrgenommen, in der eigenen Lebenswirklichkeit spielte die Krise keine Rolle.

Vor diesem Hintergrund verfolgten die einzelnen antretenden Parteien in Deutschland unterschiedliche Strategien: So stellten die meisten von ihnen ihr Programm und ihre Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten Anfang des Jahres 2014 vor,³⁵ während andere, wie die CSU, ihr Europawahlprogramm erst einen Monat vor der Wahl verabschiedete.³⁶ Auch die Ausrichtung auf die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten erfolgte in unterschiedlichem Maße, wobei vor allem die Rolle der SPD und CDU in diesem Zusammenhang erwähnenswert ist. Die SPD nominierte, gemeinsam mit den anderen Parteien ihres Parteienverbundes, den bisherigen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, als den europaweiten Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten. Somit verschafften sie sich im nationalen Wahlkampf den Vorteil, mit einem deutschen und gleichzeitig europäischen Kandidaten um das Amt des Kommissionspräsidenten streiten zu können. Bei der CDU, in diesem Sinne der einzig wirklichen Konkurrenzpartei zur Besetzung dieses Spitzenamtes, trat als europaweiter Kandidat für die EVP Jean-Claude Juncker, ehemaliger Chef der Euro-Gruppe und Ministerpräsident Luxemburgs, an. Die CDU sekundierte diesen „Überkandidaten“ mit David McAllister auf Listenplatz eins für die Bundesrepublik. Der geschiedene Ministerpräsident Niedersachsens hatte im Januar 2013 bei den Landtagswahlen sein Amt an Stefan Weil von der SPD abgeben müssen. Weiterhin trat die CDU als Zugeständnis an die CSU wiederum als einzige Partei mit Landeslisten an, alle anderen Parteien gingen mit Bundeslisten ins Rennen.³⁷ Die Landesliste der CDU platzierte in Mecklenburg-Vorpommern auf Platz eins Werner Kuhn, der bereits in der Wahlperiode 2009-2014 als einziger Abgeordneter für das Land Mecklenburg-Vorpommern im Europaparlament vertreten war. Wie sich im Wahlergebnis zeigt, ist dieser auch im kommenden Europaparlament der einzige CDU-Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern.³⁸

Der Verlauf des Wahlkampfes war in der Folge durch mehrere Aspekte, Themen und Besonderheiten geprägt. Als erster Aspekt sei die Bundestagswahl aus dem September 2013 erwähnt, welche noch gewisse Nachwirkungen zeigte. Sie hatte dazu geführt, dass die FDP erstmals nicht mehr im Bundestag vertreten war und somit mit der medialen Abwesenheit umgehen musste, wie sie auch inhaltlich zur anstehenden Europawahl grundsätzlich ihre pro-europäische Haltung hinterfragte.³⁹ Des Weiteren trat erstmals die

³⁴ Zur möglichen Steigerung der Wahlbeteiligung durch Spitzenkandidaten siehe Matthias Krupa, Wir entscheiden, in: Die ZEIT, 12/2013.

³⁵ Überblicksweise zu den Spitzenkandidaten und Terminen siehe: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Europawahl Baden-Württemberg abrufbar unter: <http://www.europawahl-bw.de/kandidaten.html> (Stand: 28.06.2014).

³⁶ CSU, Bayern – Vorbild für alle!, abrufbar unter: <http://www.csu.de/aktuell/meldungen/mai-2014/kleiner-parteitag-nuernberg-europa/> (Stand: 28.06.2014).

³⁷ Für die einzelnen Landeslisten der CDU siehe: CDU Kreisverband Brüssel-Belgien, Kandidaten von CDU und CSU für die Europawahl 2014. URL: <http://www.cdu-bruessel.org/index.php?ka=1&ska=1&idn=212>, Stand: 28.06.2014.

³⁸ Vgl. Bundeswahlleiter (Hrsg.), Alphabetisches Verzeichnis der Gewählten nach Parteien: CDU, abrufbar unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/gewaelhte/partei/gewaelhte_partei_2.html (Stand: 28.06.2014).

³⁹ Siehe hierzu die Debatte, die Frank Schäffler 2011 in der FDP auslöste als er die Partei zu einem Mitgliederentscheid über die Euro-Rettungspolitik bewegte. Vgl. Frank Schäffler, Mitgliederentscheid am Ziel, abrufbar unter: <http://www.frank-schaeffler.de/mitgliederentscheid-am-ziel-2/> (Stand: 28.06.2014).

neugegründete Euro-skeptische Partei, die Alternative Für Deutschland (AfD), bei Wahlen auf dieser Ebene an und erzielte ein verhältnismäßig gutes Ergebnis. Gleichzeitig konnte die CDU ein starkes Ergebnis erreichen und sich im Vorfeld der Europawahl darauf verlassen, mit Kanzlerin Angela Merkel als vermeintliche „Krisenkanzlerin“ eine starke Unterstützungsfigur zu haben.⁴⁰

Grundsätzlich versuchten die Parteien in ihren Europawahlprogrammen die vergangene Krisenphase seit 2009 zu reflektieren und daraus Ideen für die Umgestaltung der Europäischen Union zu entwickeln. Die im Bundestag beschlossenen Rettungsmaßnahmen und institutionellen Veränderungen der Union hätten dabei im Wahlkampf ein noch relevanteres Thema werden können, wobei sich eine wirkliche Konfliktlinie zwischen den beiden Volksparteien SPD und CDU Parteien kaum abzeichnete.⁴¹ Waren die Positionen in den Wahlprogrammen zwischen ihnen zwar unterschiedlich formuliert, so stimmte man generell in einer pro-europäischen Haltung überein.⁴² Diesen Habitus teilten auch die meisten anderen deutschen Parteien, wie die Bündnisgrünen, die Piratenpartei und die FDP, während sich die CSU und Die LINKE in Teilen kritischer positionierten. Dabei argumentierte die CSU aus bayrischer Perspektive für weniger europäische Regelungen und war in den Medien vor allem mit ihren zuwanderungskritischen Forderungen präsent.⁴³ Dem gegenüber plädierte Die LINKE für mehr Solidarität und Zusammenarbeit, unter anderem durch einen Ausgleichsfond, der wirtschaftlich starke Länder beschneiden würde.⁴⁴ Als vor allem gegen den Euro positioniert zeigt sich die AfD, welche in der Europa- und Kommunalwahlen die Chance sah, nach der Bundestagswahl ihre ersten Parlamentssitze zu erreichen. Daher fokussierte man sich im Wahlprogramm auf die Kritik an der Währungsunion, betonte aber auch, das ein Europa souveräner Nationalstaaten, welches für die „Ideale der Aufklärung sowie dem streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie [...] und die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises“ als Idee zusammen mit dem gemeinsamen Binnenmarkt erhaltenswert sei.⁴⁵

Im Wahlkampf, dessen heiße Phase gut einen Monat vor der Wahl begann, beschränkte sich die CDU auf Forderungen, die einem „Weiter So“ gleichkamen und setzte auch in ihrer Plakatierung auf Kanzlerin Merkel. Dieser Umstand führte zu einigen Verwirrungen und Kritik, denn Angela Merkel kandidierte nicht für einen Sitz im Europaparlament. Daher warf ihr Martin Schulz vor, „Wählerverdummung“ zu betreiben, da man eigentlich Jean-Claude Juncker oder David McAllister plakatieren müsste, was allerdings erst in der letzten Wahlkampfphase in sehr geringem Umfang geschah.⁴⁶ Die SPD geriet jedoch ebenso in die Kritik, als sie ihre Sonderstellung mit einem deutschen Spitzenkandidaten für ein europäisches Amt ausnutzte, in dem sie kurz vor der Wahl großflächige Plakate mit dem Foto Martin Schulz und der Aufschrift „Nur wenn Sie Martin Schulz und die SPD wählen, kann ein Deutscher Präsident der EU-Kommission werden“, aufstellte. Diese Formulierung mit nationalistischer Schattierung passte wenig in das an sich pro-europäische Auftreten der Partei im Wahlkampf.⁴⁷

⁴⁰ Zur Krisenkanzlerin als medialer Begriff, vgl. Sabine Kinkartz, Angela Merkel – Die Krisenkanzlerin, in: Deutsche Welle, 27.10.2011, abrufbar unter: <http://www.dw.de/angela-merkel-die-krisenkanzlerin/a-15492386>, (Stand: 28.06.2014).

⁴¹ Zur möglichen Konfliktlinie Europa, vgl. Cesáreo Rodríguez-Aguilera de Prat, Euroscepticism, Europhobia and Eurocriticism: The Radical Parties of the Right and Left vis-à-vis the European Union, Brüssel 2013, S. 44.

⁴² Pro-EU Haltung der Parteien, vgl. Less, The Limits of Party-Based Euroscepticism in Germany, 2008.

⁴³ Vgl. o. A., CSU-Chef Horst Seehofer und die Zuwanderungsdebatte, in: Spiegel Online, 05.01.2014, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-chef-horst-seehofer-und-die-zuwanderungsdebatte-a-941886.html>, (Stand: 28.06.2014).

⁴⁴ Vgl. Die Linke (Hrsg.), Europa geht anders: sozial, friedlich, demokratisch, S. 19–20, abrufbar unter: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2014/download/europawahlprogramm2014_deutsch/europawahlprogramm-2014_langfassung.pdf (Stand: 25.04.2014).

⁴⁵ Vgl. Alternative für Deutschland (Hrsg.), Mut zu Deutschland: Für ein Europa der Vielfalt: Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, S. 2–4, abrufbar unter: <http://alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf> (Stand: 25.04.2014).

⁴⁶ Vgl. o. A., Europawahlkampf kommt in Fahrt, in: FAZ Online, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/europa-wahlkampf-kommt-in-fahrt-12933874.html> (Stand: 28.06.2014).

⁴⁷ Vgl. Kathrin Haimerl, Schulz aus Schland, in: Süddeutsche Online, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/aufregung-im-netz-um-spd-spitzenkandidaten-schulz-aus-schland-1.1974191> (Stand: 28.06.2014).

Der Beginn der Hochphase war durch außenpolitische Ereignisse, vor allem die Ukraine Krise, überlagert. Dies führte dazu, dass die mediale Aufmerksamkeit an den Wahlen erst gut zwei Wochen vorher größer wurde und bis zu diesem Zeitpunkt die meisten Menschen kaum Interesse an den anstehenden Wahlen äußerten.⁴⁸ Des Weiteren führte die Ukraine Krise dazu, dass sich zumindest Deutschland, Frankreich und Polen wiederholt in einer gewissen Einigkeit zeigen konnten und so die brisanten Themen und offenen Fragen aus der Krisenphase der Union in den Hintergrund rückten. Erst mit näher rückendem Wahltermin nahm die Aufmerksamkeit an konkreten Positionen der Parteien in den Medien zu.⁴⁹ Dazu trugen auch die erstmals ausgetragenen TV-Duelle bei, bei denen sich vor allem Juncker und Schulz aber auch die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der kleineren Parteienverbünde, wie Guy Verhofstadt (ALDE) und Ska Keller (Grüne/EFA) gegenüberstanden. Am 8. Mai wurde das erste Duell übertragen, dessen Deutung sich anschließend weniger um die Frage drehte, welcher der Kandidaten gewonnen habe, als vielmehr, welche Unterschiede zwischen Schulz und Juncker zu finden seien.⁵⁰ Auch im zweiten Aufeinandertreffen der beiden konnte festgestellt werden, dass sich die Kandidaten persönlich sehr schätzen und durch ihre pro-europäische Haltung in ähnliche Richtungen argumentierten. Ihre durchaus unterschiedlichen Positionen bei Sachthemen gerieten hingegen in den Hintergrund und wurden in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.⁵¹

In Mecklenburg-Vorpommern verlief der Wahlkampf der Parteien nach der von der Bundesebene vorgegebenen Strategie, Untertöne wurden durch den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlkampf ausgeprägt. Einige Parteien organisierten europapolitische Veranstaltungen und luden ihre Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten in den Nord-Osten ein. So nahm Angela Merkel an einem Infostand in Greifswald teil und sprach in Güstrow, wo neben ihr David McAllister und Werner Kuhn auftraten. Die SPD organisierte ein Europafest in Wismar und ließ dort Martin Schulz, aber auch Erwin Sellering und Manuela Schwesig sprechen. Die LINKE setzte hingegen in Rostock auf das Zugpferd Gregor Gysi, sowie den Europaabgeordneten Helmut Scholz, der die Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern seit 2009 im Europaparlament vertritt, sowie auf die Rostocker Bürgerschaftsabgeordnete und dortige Fraktionsvorsitzende Eva Maria Kröger. Auch die AfD lud ihr Spitzenpersonal – und gleichzeitig Spitzenkandidaten zur Europawahl – Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel und Beatrix von Storch nach Mecklenburg-Vorpommern ein, die in Stralsund, Neubrandenburg und Schwerin auftraten. Bei Bündnis 90/Die Grünen war die Grüne Jugend für die Präsenz im Europawahlkampf zuständig, diese fuhr an acht Tagen durch acht Städte im Land um dort für die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament Werbung zu machen, während die FDP mit ihrer auf Bundeslistenplatz acht platzierten Kandidatin aus Mecklenburg-Vorpommern, der jungen Cécile Bonnet, eine Europawahlkampftour durchführte.

Insgesamt bleibt abschließend zu fragen, inwiefern es sich hier um einen europäischen Wahlkampf handelte. Zwar haben alle Parteien neben der anstehenden Kommunalwahl im Land zum einen europapolitisch plakatiert und Wahlkampfveranstaltungen abgehalten, jedoch scheinen mehrere Umstände der Idee eines europäischen Wahlkampfes entgegenzustehen. Zum Ersten ist die Idee der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten nur in Teilen aufgegangen: Für SPD und CDU mag dieses Konzept von Bedeutung sein, denn de facto haben nur diese beiden Parteien in ihren Europa-Fraktion die Möglichkeit, den Kommissionspräsidenten zu bestimmen. Die im Anschluss an die Wahl andauernden Querelen um die tatsächliche Umsetzung dieser Idee könnten aber bei den Wählerinnen und Wählern auch einen gegenteiligen Effekt haben: Dann hätte ihre Stimme und das Versprechen der Parteien vor der Wahl, keinerlei Bedeutung. Zweitens schienen

⁴⁸ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer April 2014, abrufbar unter: http://www.forschungsgruppe.de/-Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2014/April_2014/ (Stand: 28.06.2014).

⁴⁹ Vgl. Infratest Dimap, ARD EuropaTREND Mai 2014: Interesse an der Europawahl, abrufbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/europatrend/2014/mai-ii/> (Stand: 28.06.2014).

⁵⁰ Vgl. o. A., Schulz und Juncker liefern sich TV-Duell ohne Attacks, in: ZEIT Online, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/2014-05/europawahl-juncker-schulz-tv-duell> (Stand: 28.06.2014).

⁵¹ So unterscheiden sich die Parteien auf Basis ihrer Programme in ihrer Haltung zum TTIP-Abkommen, zum europaweiten Mindestlohn, zur Frauenquote und zur Rolle Deutschlands in den Verhandlungen um den Beitritt der Türkei. Siehe CDU 2014, S. 80, S. 24, S. 13; SPD (Hrsg.), Europa eine neue Richtung geben. Wahlprogramm für die Europawahl am 25. Mai 2014, S. 12, S. 13, S. 8, S. 9, abrufbar unter: <http://www.spd.de/scalableImageBlob/114930/data/wahlprogramm-data.pdf> (Stand: 25.04.2014).

sich einige Parteien selbst im Wege zu stehen bei ihrer europapolitischen Ausrichtung. Die CDU setzte klar auf Kanzlerin Merkel, die sich dann nach der Wahl allerdings nicht klar zu Juncker als Kommissionspräsident positionierte. Die SPD unterstellte der CDU Wählerbetrug durch die Plakatierung von Merkel und warb gleichzeitig explizit mit Schulz als Deutschem. Drittens zeigt sich, dass in den konkreten Positionen und Forderungen der Parteien, wie sie diese in ihren Wahlprogrammen formuliert hatten, mehr Themen und konträre Auffassungen gelegen hätten. Diese Aspekte wurden im Wahlkampf nicht ausreichend präsentiert sondern in Teilen der Personalisierung oder grundlegenden Positionierung für „mehr“ oder „weniger“ Europa geopfert. So konnte trotz der dringenden Fragen der Fortentwicklung der Europäischen Union dieser Wahlkampf nur wenig Visionen und Ideen aufzeigen, obschon diese durchaus bei den Parteien zu finden sind.

4 Das Wahlergebnis

4.1 Das Abschneiden der Parteien in Deutschland

Die Europawahl 2014 brachte einige Überraschungen mit sich, zu denen zunächst die Steigerung der Wahlbeteiligung in Deutschland von 43,4 auf 48,1 Prozent zu zählen ist. Dies könnte auf der einen Seite mit den Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten erklärt werden, die zu einer stärkeren Personalisierung beitrugen, aber möglicherweise auch mit dem stärkeren Bewusstsein in der Öffentlichkeit für die EU durch die Krisenphasen seit 2009. Gleichzeitig muss bei der Betrachtung der gewonnenen bzw. verlorenen Sitze im Europäischen Parlament bedacht werden, dass Deutschland insgesamt drei Sitze weniger als bei den Wahlen 2009 erhält (96 statt 99 Sitze) und durch die Reduzierung der traditionellen Sperrklausel auf eine natürliche Hürde, mehr Parteien als jemals zuvor die Chance auf einen Sitz hatten.

Bei der Betrachtung der einzelnen Parteien fällt auf, dass vor allem die SPD hinzu gewinnen konnte, wobei sie im Jahr 2009 ihr schlechtestes Europawahlergebnis seit Einführung der Direktwahl erhalten hatte. Die AfD erreichte aus dem Stand 7,0 Prozent und steigerte sich damit scheinbar zu Bundestagswahl des letzten Jahres. Der Blick auf die absoluten Zahlen zeigt, dass sie ihr Ergebnis konserviert hat und von der relativ niedrigeren Wahlbeteiligung profitierte.⁵² Nichtsdestotrotz sprach Spitzenkandidat Bernd Lucke nach der Wahl davon, dass man zu einer kleinen Volkspartei herangereift sei.⁵³ Dabei konnte die AfD wahrscheinlich erneut von dem schlechten Abschneiden der FDP profitieren, die sich acht Monate nach der Bundestagswahl noch nicht wieder regenerieren konnte und starke Verluste hinnehmen muss. Die CDU hält ihr Ergebnis, jedoch verliert die Schwesterpartei CSU relativ deutlich, was an dem eigenen und sehr kritischen Programm zur Europawahl gelegen haben mag. Des Weiteren ist durch den Wegfall der fünf beziehungsweise drei Prozenzhürde, neben den im Bundestag vertretenen Parteien auch Kleinstparteien wie ödp, Familien-Partei, Piratenpartei, Freie Wähler, Tierschutzpartei, Die Partei und die rechtsextreme NPD der Einzug in das Europaparlament gelungen. Diese sind in der kommenden Legislaturperiode mit je einem Abgeordneten in Strasbourg vertreten. Somit ziehen insgesamt 14 Parteien aus Deutschland in das Europaparlament ein, wovon sieben nur einen einzigen Abgeordneten entsenden (siehe Tabelle 3). Aus einer wissenschaftlichen Perspektive ist dieser Fakt sehr interessant: Die Kleinen werden wahrscheinlich bemüht sein, sich Fraktionen anzuschließen um ihren Wählern nach den fünf

⁵² Bei der Europawahl erhielt die Partei 2.070.014 Stimmen, bei der Bundestagswahl 2.056.985 Stimmen. Vgl. Bundeswahlleiter (Hrsg.): Endgültiges Endergebnis der Bundestagswahl 2013, abrufbar unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/ (Stand: 01.06.2014); Bundeswahlleiter (Hrsg.), Endgültiges Endergebnis der Europawahl 2014, abrufbar unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html (Stand: 26.06.2014).

⁵³ So Lucke unter anderem im ZDF Heute Journal am 25.05.2014. Vgl. ZDF Heute Journal, Lucke (AfD): „Neue Volkspartei“, in: ZDF, abrufbar unter: [http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2162028/Bernd-Lucke-%2528AfD%2529#/beitrag/video/2162028/Lucke-\(AfD\)-Neue-Volkspartei](http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2162028/Bernd-Lucke-%2528AfD%2529#/beitrag/video/2162028/Lucke-(AfD)-Neue-Volkspartei) (Stand: 29.05.2014). Diese Äußerung bezog er nach dem Folgenden belustigten Medienecho auf die Gleichmäßigkeit mit der seine Partei in allen Wählerschichten vertreten war.

Jahren eine Bilanz vorweisen zu können. Die Rückwirkungen auf Bundes- und Landesebene über die nun vorhandene strukturelle Verankerung wird zu beobachten sein. Im Falle von Martin Sonneborn, der Abgeordnete für Die Partei, wird man sich eine hochgradig „investigative“ – also satirische – Berichterstattung erwarten können. Dies wurde bereits aus seinen ersten Verlautbarungen in seiner neuen Berufung deutlich: „Wir melken also die EU wie ein kleiner südeuropäisches Land.“⁵⁴

Tab. 3: Bundesergebnis zur Europawahl 2009 und 2014 im Vergleich

Partei	EPW 2009 in %	EPW 2009 Sitze	EPW 2014 in %	EPW 2014 Sitze
CDU	30,7	34	30,0	29
CSU	7,2	8	5,3	5
SPD	20,8	23	27,3	27
Die LINKE	7,5	8	7,4	7
B 90/Die Grünen	12,1	14	10,7	11
FDP	11,0	12	3,4	3
AfD	-	-	7,0	7
NPD*	-	-	1,0	1
PIRATEN	0,9	-	1,4	1
Tierschutzpartei	1,1	-	1,2	1
FAMILIE	1,0	-	0,7	1
Die PARTEI	-	-	0,6	1
ödp	0,5	-	0,6	1
FREIE WÄHLER	1,7	-	1,5	1

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten des Bundeswahlleiters. * 2009 trat bei der EPW in Absprache mit der NPD nur die DVU an.

Im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich ein ähnlicher Trend im Europawahlergebnis wie im Bund, wobei leichte Abweichungen festzustellen sind (Vergleich zu 2009 siehe Tabelle 4). So gewinnt die CDU hier 2,3 Prozentpunkt im Vergleich zu 2009 hinzu, während Die LINKE Verluste in Höhe von 2,9 Prozentpunkten hinnehmen muss, dabei jedoch immer noch auf 19,6 Prozent kommt und somit auf einem wesentlich höheren Niveau als im Bundesdurchschnitt liegt. Wenig überraschend bewahrt sie ihren Charakter als ostdeutsche Volkspartei. Der positive Trend der SPD zeigt sich auch in Mecklenburg-Vorpommern, sie gewinnt 4,5 Prozent hinzu, liegt damit allerdings noch hinter dem Bundesergebnis. Unter den etablierten Kräften liegen des Weiteren die Bündnisgrünen unter ihrem Bundesergebnis, verlieren sowohl im Bund wie auch im Land einige Prozentpunkte. Trotzdem gelingt es ihnen sich über der für das Bundesland so wichtigen Grenze von fünf Prozent festzusetzen, was mit Blick auf die Landtagswahl 2016 von Bedeutung ist. Die stärksten Verluste muss die FDP hinnehmen, die wahrscheinlich auch hier einige Stimmen an die AfD verloren hat. Diese erreichte wie im Bund glatte sieben Prozent und erzielt somit die höchsten Zugewinne, weil sie das erste Mal antrat, aber auch im Vergleich zum Bundestagswahlergebnis im Bundesland gelang ihr ein Zugewinn.

Die Kleinstparteien erreichen in Mecklenburg-Vorpommern zum Teil abweichende Ergebnisse zum Bundesdurchschnitt; so ist die ödp schwächer, da sie vor allem im süddeutschen Raum verankert ist. Die Familien-Partei erreicht ein wesentlich besseres Ergebnis als im Bund, was an dem Spitzenkandidaten Arne Gericke liegen kann, der im Land lebt und nun für dieses ins Europaparlament einziehen wird. Dabei wird sich die Familien-Partei der EKR-Fraktion anschließen, also gemeinsam mit der AfD und den britischen Tories arbeiten. Die NPD erzielte im Land ein wesentlich besseres Ergebnis als im Bundesdurchschnitt, da sie hier stärker verankert ist und mit wenig Konkurrenz durch weitere Rechtsaußenparteien umzugehen

⁵⁴ Vgl. Gregor Peter Schmitz, Sonneborn hält an Massenmandat für EU-Parlament fest, Spiegel Online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/die-partei-sonneborn-will-weiter-60-mitglieder-nach-bruessel-holen-a-972789.html> (Stand: 08.07.2014).

hatte. Der Vergleich mit 2009 ist nicht möglich, weil sie damals zu Gunsten der DVU verzichtet hatte. Nichtsdestotrotz zeigt sich an ihrem relativ schwachen Ergebnis bei den Kommunalwahlen (siehe Tabelle 5), dass die AfD möglicherweise die Protestwähler von der NPD abzieht.

Tab. 4: Landesergebnisse zur Europawahl 2009 und 2014 im Vergleich

Partei	EPW 2009 (in %)	EPW 2014 (in %)	Veränderung (in pp)
CDU	32,3	34,6	+2,3
SPD	16,7	21,2	+4,5
Die LINKE	23,5	19,6	-3,9
B 90/Die Grünen	5,5	5,1	-0,4
FDP	7,6	1,9	-5,7
AfD	-	7,0	+7,0
FAMILIE	2,4	1,6	-0,8
REP	1,4	0,3	-1,1
Tierschutzpartei	1,3	1,2	-0,1
PIRATEN	0,8	1,2	+0,4
FREIE WÄHER	0,7	0,7	±0,0
Volksabstimmung	0,4	0,5	+0,1
AUF	0,2	0,3	+0,1
DKP	0,2	0,2	±0,0
PBC	0,2	0,1	-0,1
ödp	0,1	0,2	+0,1
CM	0,1	0,1	±0,0
PSG	0,1	0,1	±0,0
BüSo	0,1	0,1	±0,0
BP	0,1	0,1	±0,0
PRO NRW	-	0,1	+0,1
MLPD	-	0,1	+0,1
NPD*	-	3,0	+3,0
Die PARTEI	-	0,6	+0,6

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin MV. * 2009 trat bei der EPW in Absprache mit der NPD nur die DVU an.

Da die Europawahlen gleichzeitig mit den Kommunalwahlen 2014 stattfanden, soll abschließend ein Blick auf die Ergebnisse im Vergleich geworfen werden (siehe Tabelle 5). Hierbei fällt auf, dass die CDU, die LINKE, die SPD, die Bündnisgrünen und auch die NPD bei der Kommunal- und Europawahl 2014 ähnliche Ergebnisse erzielten. Deutlicher sind die Abweichungen bei der AfD, die auf der kommunalen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern schlechter abschneidet als bei der Europawahl, was damit erklärt werden kann, dass sich die Partei hauptsächlich auf die Kritik an der EU bzw. dem Euro ausrichtet und daher von den Wählerinnen und Wählern eher als Akteur auf der Europaebene wahrgenommen wird.

Tab. 5: Landesergebnis zu den Kommunalwahlen und der Europawahl 2009 und 2014 (in %)

Wahl/Partei	Die B 90/							
	CDU	Die LINKE	SPD	Die Grünen	AfD	FDP	NPD*	Sonstige
KW 2009	31,8	21,6	19,3	5,0	-	8,7	3,2	10,5
EPW 2009	32,3	23,5	16,7	5,5	-	7,6	-	14,3
KW 2014	33,0	19,7	18,9	5,8	4,2	3,3	3,2	11,9
EPW 2014	34,6	19,6	21,2	5,1	7,0	1,9	3,0	7,6

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin MV. * 2009 trat bei der EPW in Absprache mit der NPD nur die DVU an.

4.2 Der Blick über den Tellerrand – „Gegen Europa nach Strasbourg“

Die Erfolge der rechten Parteien sind in einigen Ländern, namentlich: Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien und Österreich durchaus frappierend. Le Figaro titelte nach dem Wahlsieg des Front National (FN) von einem Erdbeben,⁵⁵ in Großbritannien macht sich die United Kingdom Independence Party (UKIP) Hoffnungen auf Parlamentsmandate bei der Wahl zum Unterhaus 2015⁵⁶ und in Dänemark erreichte die Dänische Volkspartei (DV) ebenfalls das beste Ergebnis im nationalen Parteienwettbewerb. Dabei ist der Wahlkampf von Morten Messerschmidt „Ja zur EU aber weniger von ihr“ ein Indikator für die Heterogenität im sogenannten rechten Parteienspektrum.⁵⁷

Tab. 6: Ergebnisse der rechten Parteien und ihr Sitzanteil im EP 2014-2019

Land	Partei	Kürzel	Stimmen (in %)	Sitze	Fraktion
DK	Dänische Volkspartei	DV	26,6	4	EKR
D	Alternative für Deutschland	AfD	7,0	7	EKR
	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	1,0	1	fraktionslos
FIN	Basisfinnen	PS	12,9	2	EKR
F	Front National	FN	24,9	23	Rechtsf.*
GR	Goldene Morgenröte	X. A.	9,4	3	fraktionslos
GB	United Kingdom Independence Party	UKIP	26,8	24	EFDD
I	Fünf-Sterne-Bewegung	M5S	21,1	17	EFDD
	Lega Nord	LN	6,1	5	fraktionslos
NL	Partei für die Freiheit	PVV	13,3	4	Rechtsf.*
A	Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	19,7	4	Rechtsf.*
PL	Kongress der Neuen Rechten	KNP	7,1	4	Rechtsf.*
	Recht und Gerechtigkeit	PiS	31,2	19	EKR
S	Schwedendemokraten	SD	9,7	2	EFDD
H	Jobbik	-	14,7	3	fraktionslos

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten des Europäischen Parlaments. * geplante Rechtsfraktion (siehe FN 56).

Primäre Erklärung für das starke Abschneiden der EU(ro)(pa)skeptiker ist die Tatsache, dass Europawahlen weiterhin als Nebenwahlen (second-order-elections) angesehen werden.⁵⁸ Die niedrige Wahlbeteiligung, welche für sich schon ein Beleg ist, bietet den Mobilisierungsstarken populistischen Parteien einen Vorteil. Hinzu kommt, dass vor dem Hintergrund der Finanz- und Eurokrise die Kritik an Europa und das Vertrauen in dessen Institutionen im Vergleich zu den nationalen Institutionen seit 2008 gesunken ist. Letztlich bietet dieses Setting die Chance für die Bürgerinnen und Bürger eines Landes, mit ihrer eigenen Regierung abzurechnen (Protestwahlen). Die Implikationen für kommende nationale Wahlen dürfen Angesichts dieser Gemengelage nicht überbewertet werden. Nichtsdestotrotz sollten die etablierten Parteien das Ergebnis als Weckruf verstehen.

Fraglich ist und bleibt, wie die Euro- und Europa-skeptischen, rechts positionierten Parteien in der kommenden Legislatur auf Grund ihrer Heterogenität zusammenarbeiten werden. Da sie sich in

⁵⁵ Séisme, Le Figaro, 26.05.2014.

⁵⁶ Ihr dominantes Thema ist Großbritanniens Austritt aus der EU. Dabei war sie am 25. Mai 2014 die erste britische Kleinstpartei, welche bisher keine Mandate im Unterhaus hat, die mit 27,5 Prozent stärkste Kraft bei einer nationalen Wahl wurde. Vgl. o. A., The People's Army, in: The Economist, Nr. 22 (2014), S. 28.

⁵⁷ Cas Mudde differenziert deshalb vier Gruppen von rechten Parteien: 1. populistische rechtsradikale Parteien (FN, DV), 2. rechtsextreme Parteien (X. A., NPD), 3. neoliberal populistische Parteien (Team Stronach, Forza Italia) und 4. Offen euroskeptische und/oder populistische Parteien (AfD, M5S). Hierzu: Vgl. Mudde, Rechtsaußen, die Große Rezession und die Europawahlen 2014, 2014, S. 17–18.

⁵⁸ Geprägt wurde der Begriff von: Karlheinz Reif/Hermann Schmitt, Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Rules, in: European Journal of Political Research, Nr. 1 (1980), S. 3–44. Es gibt Autoren die sogar von third-order-elections sprechen: Christina Holtz Bach/Jacob Leidenberger, Europawahl 2009: Wahlkampf im Schatten der Bundestagswahl oder doch eine eigene Kampagne?, in: Christina Holtz Bach (Hrsg.), Die Massenmedien im Wahlkampf 2009, Wiesbaden 2010, S. 22–41, hier: S. 25.

verschiedenen Fraktionen zusammenschließen bzw. fraktionslos bleiben, kann nicht davon ausgegangen werden, dass ihr Einfluss auf die europäische Politik wesentlich zunehmen wird, auch wenn sie im Vergleich zu 2009 Sitze hinzugewinnen konnten. Der Versuch von Marine Le Pen und Geert Wilders eine gemeinsame Rechtsfraktion zu bilden ist vorerst gescheitert, da man nicht die erforderliche Anzahl an Abgeordneten aus mindestens sieben Mitgliedsstaaten zusammenbringen konnte. Wenige Wochen nach der Wahl hatte es zunächst geheißen, dass dies gelungen sei, aber letztlich gab Wilders bekannt, dass die Zusammenarbeit mit dem polnischen Abgeordneten der KNP aufgrund antisemitischer und frauenfeindlicher Aussagen nicht möglich sei.⁵⁹ Diese Parteien werden zunächst fraktionslos bleiben. In der kommenden Legislaturperiode können daher vor allem die Fraktionen EFDD (Europa der Freiheit und Direkten Demokratie), die aus der EFD hervorging und dort als stärkste Kräfte die UKIP und die Fünf-Sterne-Bewegung aus Italien vereint, sowie die EKR mit der AfD aus Deutschland als rechts und EU(ro)(pa)skeptisch positioniert gelten.

5 Fazit: „State of the Union“?

Europa hat gewählt. Aber welche Aussichten ergeben sich aus dem Wahlergebnis und dem neuen Vorgehen der Parteien, gemeinsame Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten aufzustellen, für die EU?

Zunächst führte das Benennen gemeinsamer Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten nach der Wahl zu einer mehrwöchigen Debatte unter den Staats- und Regierungschefs der Union, die das Ergebnis der Europawahl nicht einfach umsetzen wollten und sich so zunächst nicht deutlich für oder gegen Jean Claude Juncker als künftigen Kommissionspräsidenten aussprachen, auch wenn er in der kommenden Legislatur die stärkste Fraktion im Parlament hinter sich vereinigen kann. Obschon selbst die S&D Fraktion ihre Niederlage eingestand und die SPD schließlich Junckers Kandidatur unterstützte, zeigte sich Kanzlerin Merkel zurückhaltend.⁶⁰ Sie berief sich hierbei auf die Verträge, namentlich den Vertrag über die Europäische Union, Artikel 17, Absatz 7. Dieser besagt, dass der Europäische Rat das Ergebnis der Wahlen bei seinem Vorschlag des Kommissionspräsidenten an das Europäische Parlament berücksichtigen müsse, jedoch finden die Spitzenkandidaten hier keine Erwähnung. In den Medien wurden die Aushandlungsprozesse der Politikerinnen und Politiker als „Postengeschacher“ bezeichnet und damit das europäische System in ein schlechtes Licht gerückt.⁶¹ Schlussendlich wurde Martin Schulz am 1. Juli 2014 erneut als Präsident des Europäischen Parlaments gewählt und nach dem Gipfel-Treffen der Staats- und Regierungschef Ende Juni wurde die Einigung dieser auf Jean Claude Juncker als neuen Kommissionspräsidenten bekannt gegeben.

In diesem Zusammenhang und durch dieses Vorgehen nach der Wahl zeigen sich einige Grundprobleme, die die EU in Zukunft angehen sollte, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit und Legitimation erhalten beziehungsweise verbessern will:

⁵⁹ Vgl. o. A., Europaparlament: Rechtspopulisten scheitern bei Fraktionsbildung, in: Spiegel Online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-parlament-rechte-scheitern-mit-fraktionsbildung-der-eu-feinde-a-977031.html> (Stand: 24.06.2014).

⁶⁰ Nach der Wahl beanspruchten zunächst Juncker wie Schulz das Amt des Kommissionspräsidenten für sich, wobei Schulz wenige Tage nach der Wahl seinen Verzicht ankündigte und auf den Vizeposten kandidieren wollte. Währenddessen beriet Kanzlerin Merkel mit einigen ihrer Amtskollegen, unter anderem David Cameron, die Personalie. Schließlich konnte man sich unter den Staats- und Regierungschefs auf Juncker als Kommissionspräsidenten einigen sowie auf Seiten Deutschlands für Günther Öttinger als Kommissar. Vgl. Gregor Peter Schmitz, Mini-Gipfel in Schweden: Auf der Suche nach Europas Zukunft, in: Spiegel Online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/angela-merkel-jean-claude-juncker-eu-kommission-europawahl-a-974160.html> (Stand: 07.07.2014); Matthias Kurpa, Auch die EU hat verloren, in: ZEIT Online, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/eu-juncker-cameron-kommentar> (Stand: 07.07.2014).

⁶¹ Vgl. Deutschlandfunk, Presseschau: „Eiertanz um EU-Posten ist mega-peinlich“, abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/presseschau-eiertanz-um-eu-posten-ist-mega-peinlich.1818.de.html?dram:article_id=289741 (Stand: 07.07.2014).

Erstens muss es in Europa zu einem Dialog über die Zielvorstellungen der Gemeinschaft kommen. An diesem Dialog sollten nicht nur Spitzenpolitikerinnen und Politiker beteiligt sein, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, der Medien und der Öffentlichkeit. Eine gemeinsamen Vision für Europa bleibt allerdings alleine dadurch unwahrscheinlich, dass Staaten wie Großbritannien offen den Austritt aus der EU für möglich erklären und in einem – noch nicht endgültig festgelegten – Referendum im Jahr 2017 über den Verbleib in der Union abstimmen wollen. Die Eurokrise hat deutlich gemacht, dass eine Entscheidung für mehr oder weniger Zusammenarbeit in der Union dringend geboten ist – jedoch wurden diese grundlegenden Debatten und Entschlüsse bis dato nicht in Angriff genommen. Dabei bleibt es fraglich, inwiefern das Europäische Parlament in der kommenden Legislaturperiode zu den Fragen der Finalität der Gemeinschaft einen Beitrag leisten kann. Denn innerhalb des institutionellen Systems der EU konnte sich das Parlament zwar immer mehr Kompetenzen erstreiten, hat seinen begrenzten Handlungsspielraum allerdings unter anderem in der Eurokrise einräumen müssen.⁶² Hier wurde durch das Handeln der Staats- und Regierungschefs besonders deutlich, wo die Kompetenzen für kurzfristige und weitreichende Entscheidungen liegen.

Zweitens muss an diesen Punkt anschließend die EU in ihrer (möglichen) Reformdebatte Fragen nach ihrer eigenen Erweiterungsfähigkeit stellen. Damit soll nicht gemeint sein, dass Europa keine weiteren Mitgliedsstaaten aufnehmen soll oder kann. Vielmehr sollte bedacht werden, inwiefern bis dato Erweiterungsrounds dazu genutzt wurden, eine Vertiefung der Integration in der bestehenden Gemeinschaft zu umgehen und so den Ausbau zu einer politischen Union hinauszuzögern.⁶³ Diese Frage stellt sich auch in Anbetracht der Rolle, die die EU in außenpolitischen Belangen einnimmt. Prominenteste Beispiele sind die Auswirkungen des nicht unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der Ukraine und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Nicht nur für das Europäische Parlament sondern für die gesamte Union steht in der nahen Zukunft die Sicherheit des Kontinents im Mittelpunkt.⁶⁴ Die Situation in der Ukraine, die im besonderen Maße den ursprünglichen Anlass der europäischen Integration – nie wieder Krieg – in Erinnerung ruft, kann dabei eine Chance zum Zusammenrücken sein. Die Frage nach einem Türkei-Beitritt erhitzt seit fast zehn Jahren die Gemüter und wurde durch die jüngsten Proteste am Taksim-Platz wiederbelebt. Dabei betonen die Argumente gegen die Mitgliedschaft der Türkei in der Union die Grenzen, die Europa geografisch und kulturell habe. In den Augen einiger zeichnet sich Europa durch sein christliches Weltbild und die hierauf fußende Tradition und Kultur aus, die für eine Partnerschaft, aber gegen die Mitgliedschaft der Türkei sprechen.⁶⁵

Drittens muss sich Europa nach der Wahl die Frage stellen, wie man mit dem Erstarken der Rechtsaußenparteien umgehen will und welchen Einfluss diese in der kommenden Legislaturperiode erhalten werden. Zwar haben diese deutliche Stimmenzuwächse im Vergleich zu 2009 verzeichnen können, jedoch kann man von einem begrenzten Einfluss auf die europäische Politik ausgehen. Zum einen, weil keine Rechtsfraktion gebildet wurde, zum anderen, weil die verstreuten Parlamentarierinnen und Parlamentarier als Fraktionslose oder zum Teil als Angehörige anderer Fraktionen, im Rahmen des Europäischen Parlaments nicht nur nicht die Mehrheit stellen werden, sondern ihr Einfluss bei

⁶² So durch die Untersuchung der Tätigkeit der Troika, die durch den Europäischen Rat, die EZB und den IWF zusammengestellt wurde, durch das Europäische Parlament. Vgl. Europäisches Parlament, Aktuelles: Auswertung der Troika Arbeit, Anhörungen und Delegations-Besuche, abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20140110STO32308/html/Auswertung-der-Troika-Arbeit-Anh%C3%B6rungen-und-Delegations-Besuche> (Stand: 07.07.2014).

⁶³ Zur Integrationsdebatte vgl. Johanna Birk, Die EU und ihre Nachbarn – Integrationsmodelle zwischen Nachbarschaftspolitik und Vollmitgliedschaft, in: Gudrun Hentges/Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.), Europa – quo vadis?, Wiesbaden 2011, S. 43–66.

⁶⁴ Zur Frage der Sicherheit in Europa siehe aktuell u. a.: Stefan Meister, Lehren aus der Krise: Die Ukraine, Russland und die EU, in: Osteuropa, Nr. 5-6 (2014), S. 332–331; O. A., Charlemagne: What Price Neutrality?, in: The Economist, Nr. 25 (2014), S. 28; O. A., The Siege, in: The Economist, Nr. 28 (2014), S. 12. Nikolaus Werz, „Wasser verbindet, Land trennt“ – Kalter Krieg und Transformation im Ostseeraum, in: AGOS aktuell, Nr. 8 (2014), S. 3–8.

⁶⁵ Zur Argumentation zum Beitritt der Türkei vgl. Angelos Giannakopoulos, Europa-Türkei-Identität: Der „ewige Kandidat“ und die EU seit der Zollunion, Wiesbaden 2012.

Abstimmungen marginal sein wird. Als Auslöser für das gute Abschneiden der Rechtsaußenparteien könnte zwar die vergangene Krisenphase in der EU als Erklärung herangezogen werden, jedoch sollte nicht vereinfacht davon ausgegangen werden, dass eine verschlechterte ökonomische Lage zu einer Protestwahl von extremen rechten Kräften führen kann.⁶⁶ Vielmehr muss bedacht werden, dass viele Euro- und Europa-skeptische und rechts gerichtete Parteien allgemein bei dieser Europawahl von den bestehenden Funktionsdefiziten der EU profitierten, die objektiv schwer bestreitbar sind.⁶⁷ Gleichzeitig konnten sie in einigen Staaten wie Frankreich die Unzufriedenheit mit der nationalen Regierung nutzen, um ihre sehr guten Wahlergebnisse zu erzielen. Will Europa langfristig den Euro-skeptischen Kräften etwas entgegensetzen, so müsste sie akzeptieren, dass weniger diese Parteien die EU in ihren Grundfesten bedrohen, als es die EU mit ihrer derzeitigen Ausgestaltung und ihrem Habitus selbst tut.

⁶⁶ Vgl. Mudde, Rechtsaußen, die Große Rezession und die Europawahlen 2014, 2014, S. 19–22.

⁶⁷ Zur Kritik an der institutionellen Ausgestaltung der EU nach dem Vertrag von Lissabon vgl. Andreas Hoffmann/Wolfgang Wessels, Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon – ein weiterer Schritt auf der Suche nach Problemlösungsfähigkeit und demokratischer Legitimität, in: Gudrun Hentges/Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.), Europa – quo vadis?, Wiesbaden 2011, S. 15–41.

TEIL II: Die Kommunalwahlen in den Landkreisen und Schwerin

Landkreis Nordwestmecklenburg

Tino Höfert

1 Einleitung

Die Kommunalwahlen 2014 in Nordwestmecklenburg (NWM) unterschieden sich in einem wesentlichen Punkt von den Wahlen in den anderen Landkreisen: Durch den Karrieresprung von Birgit Hesse zur neuen Sozialministerin im Kabinett von Erwin Sellering wurde der Posten der Landrätin vakant. Sieben Kandidatinnen und Kandidaten warben um die Stimmen der 132.555 Wahlberechtigten. Das Duell zwischen Gerhard Rappen und Kerstin Weiss deutete früh an, dass es dabei um mehr als nur die Besetzung des Verwaltungsvorsitzes ging – sondern um die Frage, ob sich NWM zu einem Landkreis mit CDU- oder SPD-Dominanz entwickelt.

Die zurückliegende Legislaturperiode war personell sozialdemokratisch dominiert: Dem SPD-geführten Landratsamt stand – anders als noch im Altkreis – keine CDU-Mehrheit mehr im Kreistag gegenüber. Die ersten Wahlen im neuen Landkreis am 4. September 2011 gaben der nordwestmecklenburgischen SPD beträchtlichen Aufwind, im neugebildeten Kreistag hatten die Sozialdemokraten mit 22 Sitzen einen komfortablen Vorsprung gegenüber den anderen Parteien. Die Bezeichnung Wismars als „kommunale[r] Leuchtturm für die Sozialdemokratie“¹ schien sich dahingehend zu bestätigen, obwohl die Kommunalwahlen 2009 noch als Indiz dafür galten, dass eben jener Leuchtturm zunehmend an Strahlkraft verliere: Von der ursprünglichen absoluten Mehrheit im Jahr 1994 dezimierte sich die SPD von Legislatur zu Legislatur, bei den Bürgerschaftswahlen 2009 erreichte sie 34,4 Prozent. Für die CDU sind die ländlichen Gebiete des Altkreises von Bedeutung, in denen sie seit 1999 traditionell mehr Stimmen als die SPD und alle anderen Parteien gewinnt.²

Bei der Betrachtung der Kommunalwahlen 2014 in Nordwestmecklenburg sind drei Fragen von Interesse: Welche Auswirkungen zog die Kreisgebietsreform im neuen Landkreis nach sich? Welche Themen bestimmten die zurückliegende Legislaturperiode, den Wahlkampf und insbesondere die Landratswahl? Und gelingt es der SPD, sich kommunalpolitisch im gesamten Landkreis zu etablieren und von der „Leuchtturmstrahlung“ aus Wismar zu profitieren?

2 Ausgangslage

Durch die am 4. September 2011 in Kraft getretene Kreisgebietsreform wurde der bereits zuvor bestehende Landkreis Nordwestmecklenburg mit der Hansestadt Wismar zusammengelegt. Wismar mit seinen 42.188 Einwohnerinnen und Einwohnern³ verlor damit den Status als kreisfreie Stadt. Der neue Landkreis unter dem unveränderten Namen Nordwestmecklenburg, der sich mit 62,8 Prozent Zustimmung gegen die Alternative „Ostseekreis Wismar“ durchsetzte,⁴ vergrößerte sich so auf und eine Fläche von 2.117 km² und eine Bevölkerung von 155.312 Einwohnerinnen und Einwohnern.⁵ Damit ist Nordwestmecklenburg der mit Abstand kleinste, zugleich aber mit 73 Einwohnerinnen und Einwohnern pro km² am dichtesten bevölkerte Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern.

¹ Steffen Schoon, Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004, S. 6–20, hier: S. 12.

² Vgl. Martin Koschkar, Die Kommunalwahlen 2009 in der Hansestadt Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg, in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 69–79.

³ Vgl. Statistisches Landesamt MV, Stand: 30.09.2013.

⁴ Vgl. Kreiswahlleiter NWM, Endgültiges Ergebnis zum Bürgerentscheid über den zukünftigen Kreisnamen am 4. September 2011.

⁵ Vgl. Statistisches Landesamt MV, Stand: 30.09.2013.

Die strukturellen Veränderungen der Kreisgebietsreform hatten einen weit geringeren Einfluss als auf die anderen Neukreise. Wismar als neue Kreisstadt hatte bereits zuvor als sechstgrößte Stadt im Land eine wirtschaftlich und kulturell hohe Bedeutung für die Region. Das westlich gelegene, wesentlich kleinere Grevesmühlen wurde als Kreisstadt abgelöst, hier sitzt weiterhin ein Großteil der Verwaltung. Der neugebildete Kreistag tagte – ähnlich der Praxis wie in den anderen Neukreisen – abwechselnd in der Grevesmühler Malzfabrik und im Wismarer Zeughaus.

Der rotierende Tagungsort des Kreistags steht sinnbildlich für den politischen Machtwechsel, der sich 2011 im neuen Landkreis vollzog: Die Sozialdemokraten gingen mit 36,3 Prozent als Wahlsieger hervor und setzten sich deutlich von der CDU mit 24,2 Prozent ab. Verglichen mit den akkumulierten Ergebnissen der Kommunalwahlen vom 7. Juni 2009 verbesserte sich die SPD somit um 10,2 Prozent, die CDU verlor 5 Prozent und damit ihre Mehrheit im Kreistag. Zugewinne verzeichneten die Grünen (+3,2 pp) und die NPD (+1,8 pp), Verluste dagegen die FDP (-5,3 pp), Die LINKE (-1,9 pp) und die Wählergemeinschaft „Ländlicher Raum, Umwelt und Landwirtschaft“ (-0,8 pp), die aus Mandatsträgern des Bauernverbandes hervorging. Die Freien Wähler sicherten sich bei ihrer ersten Kandidatur im Landkreis ein Mandat.

Aus den Wahlen gingen fünf Fraktionen hervor, darunter auch eine gemeinsame Fraktion von FDP und LUL. Die Abgeordneten von NPD und Freien Wählern blieben fraktionslos. Als Kreistagspräsident wurde der SPD-Mann Christian Albeck gewählt.⁶

Tab. 1: Wahlergebnis 2011 für den Landkreis Nordwestmecklenburg

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2011		
	Absolut	Prozent	Sitze
SPD	71.656	36,3	22
CDU	47.729	24,2	15
Die LINKE	36.192	18,3	11
Bündnis 90/Die Grünen	14.118	7,2	4
NPD	8.448	4,3	3
FDP	7.698	3,9	3
LUL	6.247	3,2	2
Freie Wähler NWM	3.801	1,9	1
Rentner	1.196	0,6	-
EB Tino Schroeter	148	0,1	-
Wahlbeteiligung	51,5 %		

Quelle: Kreiswahlleiter NWM, eigene Darstellung.

Tab. 2: Wahlergebnisse 2009 für den Landkreis Nordwestmecklenburg und für die Bürgerschaft Wismar

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2009 Altkreis NWM		Wahlergebnis 2009 Wismar		Wahlergebnis 2009 Akkumuliert
	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent	Prozent
CDU	45.763	31,7	9.613	21,1	29,2
SPD	33.861	23,5	15.655	34,4	26,1
Die LINKE	29.332	20,3	8.990	19,8	20,2
FDP	12.140	8,4	5.359	11,8	9,2
Bündnis 90/Die Grünen	5.477	3,8	2.045	4,5	4,0
NPD	4.784	3,3	-	-	2,5
Wählergemeinschaften	8.832	6,1	-	-	4,7
Einzelbewerber	4.034	2,8	3.795	8,8	4,1
Wahlbeteiligung	51,0 %		42,6 %		48,7 %

Quelle: Landeswahlleiterin, eigene Darstellung.

⁶ Vgl. Kreistag NWM: Protokoll der konstituierenden Kreistagssitzung vom 13.10.2011.

Für den starken Stimmengewinn der SPD sind im Wesentlichen drei Faktoren zu berücksichtigen: Erstens fanden die Kommunalwahlen 2011 zusammen mit der Landtagswahl statt, welche die SPD kommunalpolitisch deutlich stärkten.⁷ Vom „Ministerpräsidentenbonus“⁸ profitierten auch die Sozialdemokraten in Nordwestmecklenburg. Verglichen mit anderen Landesteilen fuhr die SPD hier Ergebnisse auf konstant hohem Niveau ein: Die Direktmandate der Landtagswahlkreise 10, 27, und 28 (Wismar, NWM I und NWM II) sicherten sich die Abgeordneten Tilo Gundlack, Heike Polzin und Martina Tegtmeier. Die Zweitstimmenergebnisse lagen zwischen 40,5 und 44,3 Prozent.⁹

Tab. 3: Wahlergebnisse der Landratswahlen 2001, 2008 und 2011 in Nordwestmecklenburg

Wahlvorschlag	SPD		CDU		Sonstige		WB
	Kandidat/in	%	Kandidat/in	%	Kandidat/in	%	
06.05.2001 (Hauptwahl)	Erhard Bräunig	35,4	Hans-Heinrich Uhlmann	30,6	G. Marth (Bv) A. Bluhm (PDS) H.-D. Frey (EB)	15,4 14,9 3,8	33,1
22.05.2001 (Stichwahl)	Erhard Bräunig	56,9	Hans-Heinrich Uhlmann	43,1	–	–	23,8
13.04.2008 (Hauptwahl)	Birgit Hesse	65,0	Ulrich Born	35,0	–	–	31,1
04.09.2011 (Hauptwahl)	Birgit Hesse	76,0	Erhard Huzel	24,0	–	–	51,5

Quelle: Kreiswahlleiter NWM, eigene Darstellung.

Zweitens stellt die SPD seit 2001 den Landrat bzw. die Landrätin, zuletzt wurde das Landratsamt durch Birgit Hesse geleitet. Mit zwei Wahlsiegen setzte sich die Juristin deutlich gegen ihren CDU-Kontrahenten durch. 2008 als jüngste Landrätin Deutschlands berühmt geworden, bewarb Hesse ihren Landkreis als das „industrielle Herz von Mecklenburg-Vorpommern“¹⁰ und genoss hohe Sympathiewerte. So attestierte ihr die Ostsee-Zeitung, dass sie das bundesweite Gesicht zum Landkreis-Slogan „... wo die Seele lächelt“ sei.¹¹ Die verwaltungserfahrene SPD-Politikerin schärfte ihr politisches Profil, indem sie offen die Landesregierung kritisierte, beispielsweise bei den Kosten der Kreisgebietsreform.¹² Anfang 2014 folgte Hesse dem Ruf nach Schwerin als Nachfolgerin von Manuela Schwesig im Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales.¹³ Die Entscheidung, auf eine junge Ministerin eine junge Ministerin folgen zu lassen, fügt sich nahtlos ins Konzept der „ungewöhnlichen Selleringschen Personalpolitik“¹⁴.

Drittens profitierte die SPD durch die Neuordnung der Kreise. Wismar bekam als „rote Bastion“¹⁵ mit rund 27 Prozent der Kreisbevölkerung deutliches Gewicht für das politische Kräfteverhältnis. Bei den Kreistagswahlen 2011 konnte die SPD in den Wismarer Wahlbezirken durchschnittlich 48,4 Prozent der Stimmen

⁷ Vgl. Christopher Scheele, Die Kommunal- und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 123–134.

⁸ Martin Koschkar, Mecklenburg-Vorpommern im Wahljahr 2011, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 8–17, hier: S. 15.

⁹ Vgl. Landeswahlleiterin, Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 04.09.2011, endgültiges Ergebnis im Wahlkreis 10 - Wismar; vgl. dies., Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 04.09.2011, endgültiges Ergebnis im Wahlkreis 27 - Nordwestmecklenburg I; vgl. dies., Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 04.09.2011, endgültiges Ergebnis im Wahlkreis 28 - Nordwestmecklenburg II.

¹⁰ Zitiert nach: Sylvia Kartheuser, Mischung aus Wehmut und Stolz; OZ, Wismarer Zeitung, 31.01.2014.

¹¹ Vgl. Michael Prochnow, Die Landrätin verabschiedet sich in Richtung Schwerin, in: OZ, Wismarer Zeitung, 27.12.2013.

¹² Vgl. Michael Prochnow, Land wehrt sich gegen Hesse-Kritik, in: OZ, Wismarer Zeitung, 17.01.2013.

¹³ Vgl. Stefan Ludmann, Hesse folgt auf Schwesig im Sozialministerium, NDR.de, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/schwesig255.html> (Stand: 16.12.2013).

¹⁴ Martin Machowecz, Trio Grande, Zeit Online, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2014/13/mecklenburg-vorpommern-junge-minister> (Stand: 22.03.2014).

¹⁵ Marcus Helwing, Wismar – Die rote Bastion: Warum die SPD freie Wahlen in der Hansestadt seit der Weimarer Republik dominiert, Hamburg 2014.

gewinnen¹⁶ und somit an frühere Wahlerfolge in der Hansestadt anknüpfen. Die sozialdemokratische Tradition Wismars bestätigte sich zudem in der Bürgermeisterwahl am 25. April 2010: SPD-Kandidat Thomas Beyer setzte sich mit 63,1 Prozent deutlich gegen fünf weitere Mitbewerberinnen und -bewerber durch und trat die Nachfolge von Rosemarie Wilcken an, die 20 Jahre lang das Amt als Bürgermeisterin innehatte.¹⁷ Beyer engagierte sich in Vorbereitung auf die Kreisgebietsreform für eine engere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis, beispielsweise durch die Fusion der Jobcenter.¹⁸ Nach der Reform forderte der SPD-Bürgermeister ein „stärkeres Bekenntnis“ des Landkreises für Wismar als neue Kreisstadt.¹⁹

Nordwestmecklenburg kann im Gegensatz zu anderen Landesregionen eine stabile Wirtschaftsentwicklung vorweisen und gilt mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl von Erwerbstätigen im sekundären Sektor als einer der „wirtschaftlichen Kernräume Mecklenburg-Vorpommerns“²⁰. Die Arbeitslosenquote im Landkreis liegt seit Jahren unter dem Landesdurchschnitt: 2013 betrug sie 9,9 Prozent und verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr so stark wie in keinen anderem Kreis.²¹ Wismar weist im Vergleich zum Altkreis eine leicht höhere Arbeitslosenquote von zuletzt 13,2 Prozent auf.²² In einem Ranking der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ von 2009 belegte Nordwestmecklenburg den dritten Platz innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns, Wismar dagegen lediglich Platz 11.²³

Wie Ludwigslust-Parchim²⁴ ist auch Nordwestmecklenburg in der vergangenen Legislaturperiode der „Metropolregion Hamburg“ beigetreten.²⁵ Mit dem Beitritt wolle man signalisieren, auch über die Landkreis- und Landesgrenzen hinaus als wirtschaftlich bedeutsame Region, als „Hamburgs Strand und Garten“²⁶ wahrgenommen zu werden. Zu dieser Orientierung passt ebenso die Kooperationsvereinbarung mit der Hansestadt Lübeck im Bereich der Wirtschaftsförderung.²⁷

Wirtschaftliche Themen prägten auch die überregionale Berichterstattung über Nordwestmecklenburg: Bundesweite Aufmerksamkeit erzielte insbesondere das Insolvenzverfahren der Wadan-Werft, die 2009 durch den russischen Investor Witali Jussufow übernommen und in „Nordic Yards“ umbenannt wurde.²⁸

¹⁶ Eigene Berechnungen, vgl. Kreiswahlleiter NWM, Endgültiges Ergebnis: Wahl des Kreistags am 04.09.2011 im Wahlkreis 74.

¹⁷ Vgl. Landeswahlleiterin, Direktwahl der Landräte der Landkreise sowie der Oberbürgermeister/Bürgermeister der kreisfreien Städte, abrufbar unter: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/kommunalwahlen/Direktwahlen/2000-2010/_DW-Wahlergebnisse/_DW-Ergebnisuebersicht/index.jsp (Stand: 21.06.2014); vgl. Manja Nowitzki, Wismar: Beyer zum Bürgermeister ernannt, SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/lokales/wismar-beyer-zum-buergermeister-ernannt-id4871651.html> (Stand: 19.07.2010).

¹⁸ Vgl. Manja Nowitzki, Kreis und Wismar wachsen zusammen, SVZ.de, abrufbar unter: <http://www.svz.de/lokales/kreis-und-wismar-wachsen-zusammen-id4981271.html> (Stand: 31.12.2010).

¹⁹ Vgl. Thomas Schwandt, "Eine virtuelle Kreisstadt gibt es nicht", NNN, abrufbar unter: <http://www.nnn.de/lokales/rostock/eine-virtuelle-kreisstadt-gibt-es-nicht-id4308451.html> (Stand: 25.11.2011).

²⁰ Amt für Raumplanung und Landesplanung Westmecklenburg, Rahmenplan für den Stadt-Umland-Raum Wismar vom 09.08.2011, S. 28.

²¹ Vgl. Sylvia Kartheuser, Arbeitslose: Nordwestmecklenburg hat landesweit größten Rückgang, in: OZ, Wismarer Zeitung, 29.01.2014.

²² Vgl. Statistikstelle der Hansestadt Wismar, Stand: Oktober 2013.

²³ Vgl. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, INSM-Regionalranking 2009: Gesamtranking Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: http://www.insm-regionalranking.de/2009_bl_mecklenburg-vorpommern_i_ins-gesamt.html (Stand: 21.06.2014).

²⁴ Vgl. den Beitrag zum Landkreis Ludwigslust-Parchim von Schütt/Müller in diesem Band.

²⁵ Vgl. Kreistag NWM: Beitritt zur Metropolregion Hamburg, Beschluss Nr. 044-02/11 vom 08.12.2011.

²⁶ Birgit Hesse, zitiert nach: Sven-Michael Veit, Strand und Garten der Metropole, in: taz, 30.04.2013.

²⁷ Vgl. Kreistag NWM: Zusammenarbeit der Hansestadt Lübeck und des Landkreises Nordwestmecklenburg in Fragen der Wirtschaftsförderung, Beschluss Nr. 045-02/11 vom 08.12.2011.

²⁸ Vgl. Hendrik Ankenbrand, Russisch Roulette in Wismar; FAZ, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/wadan-werften-russisch-roulette-in-wismar-1827839.html> (Stand: 11.07.2009); vgl. o. A., Wadan-Werft geht an russischen Investor, Zeit Online, <http://www.zeit.de/online/2009/34/wadan-werften-russe> (Stand: 17.08.2009); vgl. Dirk Böttcher, Weg vom Rost, in: brand eins, Nr. 7 (2014), S. 51–56.

Das Werftpersonal reduzierte sich von ursprünglich 2.400 auf 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter²⁹. Zusätzliches Echo erhielt der Umbruch der Wismarer Werft durch Dieter Schumanns preisgekrönten Dokumentarfilm „Wadans Welt – Von der Würde der Arbeit“³⁰.

In die vergangene Legislaturperiode fällt zudem die juristische Aufarbeitung zur Schließung des Dassower CD-Werkes, in deren Folge 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Anstellung verloren.³¹ Das „Pleitedesaster“³² führte zu Debatten darüber, inwiefern die Subventionen in Höhe von über 30 Millionen Euro gerechtfertigt seien. Die drei Geschäftsführer der Optical Disc Service GmbH wurden im April 2013 wegen Kreditbetruges zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Werkshallen wurden 2012 durch ein Medizintechnikunternehmen übernommen, sodass 700 Arbeitsplätze mittlerweile wieder besetzt sind.³³

Für landesweite Aufmerksamkeit sorgte die Debatte um neue Asbest-Transporte zur Sondermülldeponie Ihlenberg. Mit einem einstimmigen Beschluss sprach sich der Kreistag gegen die geplanten Transporte aus,³⁴ ein von Sellerings Kabinett in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten bestätigte die Rechtswidrigkeit.³⁵ Umweltschützerinnen und -schützer und Bürgerinitiativen machen seit Jahren auf gesundheitliche Risiken und ein erhöhtes Krebsrisiko für Deponiemitarbeiterinnen und -mitarbeiter aufmerksam.³⁶ Nach letztem Stand ist eine Schließung zum Jahr 2035 geplant.³⁷

Die Umsetzung der Kreisgebietsreform wurde auch in Nordwestmecklenburg kontrovers diskutiert. Die Landrätin artikulierte mehrfach ihr Unverständnis in Richtung Schwerin, dass die Landesregierung die Kreise mit den Kosten der Verwaltungsreform alleine lasse. Hesse bekam Rückendeckung aus dem Kreistag: In einer Resolution forderten die Fraktionen das Land zu „verbindlichen Verhandlungen“ auf, um die angespannten Kommunalhaushalte zu entlasten und in einem „Zukunftsvertrag“ die „auskömmliche Finanzausstattung zur Aufgabenerfüllung“ zu regeln.³⁸ Zuvor wurde bereits der Kreisumlagesatz von 40,7 auf 42,17 Prozent erhöht – im landesweiten Vergleich noch ein relativ niedriger Schnitt.³⁹

Zu den praktischen Schritten der Umsetzung gehörte unter anderem die Vermögensauseinandersetzung mit Wismar, die im Dezember 2013 beidseitig beschlossen wurde. Durch den Kompromiss sei der Kreishaushalt nicht belastet worden.⁴⁰ Zudem wurden mehrere Eigenbetriebe zusammengefasst und aus Mitteln der Anschubfinanzierung der Bau der neuen Kreisverwaltung begonnen – mit der Zielsetzung, die Malzfabrik Grevesmühlen weiterhin als Standort zu erhalten.

Insgesamt gestaltet sich die Kreisgebietsreform für NWM weniger einschneidend als für die anderen Großkreise: So war der Haushalt durch Rücklagen aus vorherigen Jahren insgesamt ausgeglichen. Erst ab 2014 ist mit sogenannten echten Fehlbeträgen zu rechnen gewesen. NWM ist zudem der einzige Land-

²⁹ Vgl. o. A.: Zwei Jahre Nordic Yards – eine Bilanz, NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/nordicwerft103.html> (Stand: 15.08.2011).

³⁰ Vgl. Gebrüder Beetz Filmproduktion, Wadans Welt – Von der Würde der Arbeit, abrufbar unter: <http://www.gebrueder-beetz.de/produktionen/wadans-welt> (Stand: 21.06.2014).

³¹ Vgl. Koschkar, Die Kommunalwahlen 2009 in der Hansestadt Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg, 2009, S. 72.

³² Torsten Roth, Glücksfall nach dem Pleitedesaster; SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/nachrichten/-themen/cd-werk-dassow/gluecksfall-nach-dem-pleitedesaster-id4004716.html> (Stand: 16.04.2013).

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. Kreistag NWM, Asbest-Transporte nach Nordwestmecklenburg stoppen, Beschluss Nr. 056-02/11 vom 08.12.2011.

³⁵ Vgl. Staatskanzlei MV, Landesregierung lehnt geplante Asbest-Transporte auf Deponie Ihlenberg ab, Pressemitteilung 04/2012 vom 10.01.2012.

³⁶ Vgl. Bürgerinitiative „Stoppt die Deponie Schönberg!“, abrufbar unter: <http://www.stoppt-deponie-schoenberg.de/> (Stand: 21.06.2014).

³⁷ Vgl. o. A., Wann schließt die Deponie Ihlenberg?, LN-Online, abrufbar unter: <http://www.ln-online.de/Lokales/Luebeck/Wann-schliesst-die-Deponie-Ihlenberg> (Stand: 11.02.2014).

³⁸ Kreistag NWM, Forderung nach einer angemessenen, aufgabenbezogenen Finanzausstattung von den Fraktionen SPD, CDU, Die LINKE, FDP/LUL und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2013.

³⁹ Vgl. Kreistag NWM, Haushaltssatzung des Landkreises Nordwestmecklenburg für das Haushaltsjahr 2012, Beschluss Nr. 073-04/12 vom 19.04.2012.

⁴⁰ Vgl. Kreistag NWM, Protokoll der 12. öffentlichen Kreistagssitzung vom 05.12.2013, S. 8–9.

kreis, der keine zusätzliche Aufwandsentschädigung pro gefahrenen Kilometer für Kreistagsmitglieder beschlossen hat.⁴¹

Kreistagspräsident Albeck sah den neuen Landkreis zum Abschluss der ersten Legislaturperiode auf „einem guten Weg“. Gemeinsam sei es gelungen, „die Problematik der Landkreisneuordnung zu meistern“, um Nordwestmecklenburg und Wismar zusammenwachsen zu lassen.⁴²

Zusammengewachsen sind die demokratischen Fraktionen des Kreistages bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Akteuren. Bundesweit geriet die Region durch Jamel in die Schlagzeilen.⁴³ Die drei NPD-Abgeordneten, die 2011 in den Kreistag einzogen, stammen allesamt aus dem „nationalsozialistischen Musterdorf“⁴⁴, das sich zu einem der wichtigsten Orte der rechtsextremen Szene im Land entwickelt hat.

In Anlehnung an den „Schweriner Weg“ unterzeichneten die demokratischen Abgeordneten eine fraktionsübergreifende Vereinbarung, um ihre „kommunalpolitischen Möglichkeiten gemeinsam für eine Stärkung der demokratischen Grundordnung zu nutzen und extremistisches Handeln zu verhindern“⁴⁵. Dazu gehörte, dass alle NPD-Anträge geschlossen abgelehnt wurden. Zudem unterstützten die Fraktionen die Initiativen „Neugierig. Tolerant. Weltoffen.“⁴⁶ und „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“⁴⁷. Als Indizien für eine gewachsene demokratische Kultur sprechen zudem die Einführung vom „Kinder- und Jugendparlament Wismar“⁴⁸ – ein in dieser Form landesweit einmaliges Gremium zur Partizipation von jungen Menschen – sowie lokale Beteiligungsprojekte wie der „BürgerBahnhof Grevesmühlen“⁴⁹ oder das „Beteiligungslabor“⁵⁰ im Wismarer Stadthafen.

3 Wahlkampf

Zur Kreistagswahl traten 14 Parteien und Wählergruppen sowie drei Einzelbewerber an. Alle acht Parteien aus der vorherigen Legislaturperiode des Kreistages stellten sich zur Wiederwahl, ebenso kandidierte erneut die RENTNER Partei Deutschland (Rentner). Als neue Wahlvorschläge kamen die Alternative für Deutschland (AfD) und die Piratenpartei Deutschland (Piraten) hinzu. Insgesamt 284 Personen kandidierten um einen Sitz im Kreistag – genauso viele wie bereits zur Wahl 2011.⁵¹ 2009 kandidierten im Altkreis 232 Personen um ein Mandat im Kreistag.⁵²

Die meisten Kandidatinnen und Kandidaten wurden von der SPD ins Rennen geschickt, gefolgt von der CDU, Die LINKE und der FDP. Bemerkenswert ist die Mobilisierung bei den Wählergemeinschaften:

⁴¹ Vgl. Landtag MV: Erster Bericht der Landesregierung zum Fortgang der Umsetzung der Landkreisneuordnung Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/2093 vom 05.08.2013.

⁴² Zitiert nach: Kreistag NWM, Protokoll der 15. öffentlichen Kreistagssitzung vom 08.05.2014, S. 6.

⁴³ Vgl. Marcus Stöcklin, Allein unter Nazis, in: OZ, 11.02.2011; Thomas Trappe: Hakenkreuze sieht man besser, FAZ, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/neonazis-hakenkreuze-sieht-man-besser-11924876.html>. (Stand: 16.10.2012).

⁴⁴ Vgl. o. A., Jamel rockt den Förster, abrufbar unter: <http://www.forstrock.de/> (Stand: 21.06.2014).

⁴⁵ Kreistag NWN, Gemeinsame Erklärung der demokratischen Mitglieder und Fraktionen des Kreistages Nordwestmecklenburg, Beschluss Nr. 030-03/11 vom 08.12.2011.

⁴⁶ Vgl. Kreistag NWM, Beitritt des Landkreises Nordwestmecklenburg zur Kampagne "Neugierig – Tolerant – Weltoffen" der Hansestadt Wismar, Beschluss Nr. 065-03/12 vom 02.02.2012.

⁴⁷ Vgl. Kreistag NWM, Erwerb einer "Demokratieaktie" durch den Landkreis Nordwestmecklenburg, Beschluss Nr. 215-15/14 vom 08.05.2014.

⁴⁸ Vgl. Hansestadt Wismar, Kinder- und Jugendparlament Wismar, abrufbar unter: <http://www.kijupa-wismar.de/> (Stand: 21.06.2014).

⁴⁹ Vgl. Stadt Grevesmühlen, Bürger Bahnhof, abrufbar unter: <http://www.bahnhof-grevesmuehlen.de/buergerbahnhof-1/> (Stand: 21.06.2014).

⁵⁰ Vgl. Sofie Wagner, Beteiligungslabor, <http://beteiligungslabor.blogspot.de/> (Stand: 09.11.2012).

⁵¹ Vgl. Landeswahlleiterin MV, Pressemitteilung 3/2014 vom 24.04.2014.

⁵² Vgl. Koschkar, Die Kommunalwahlen 2009 in der Hansestadt Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg, 2009, S. 74.

Mit 31 Bewerberinnen und Bewerbern sticht LUL hervor. Auffällig ist auch die – in Relation zum Vorwahlergebnis von 1,9 Prozent – hohe Kandidatenanzahl der Freien Wähler.

Der Frauenanteil liegt bei 25 Prozent. Signifikant sind hierbei einzelne Unterschiede: Auffällig wenig Kandidatinnen sind für LUL (13 %), die NPD (14 %) und die SPD (19 %) angetreten. Unter den etablierten Parteien ist die Frauenquote bei den Bündnisgrünen (54 %), der Partei Die LINKE (34 %) und der FDP (29 %) überdurchschnittlich hoch. Bei den Wahlvorschlägen zum Posten im Landratsamt ist die Geschlechterverteilung ähnlich einseitig: Eine Frau trat gegen sechs Männer an.

Parteispezifische Unterschiede zeigen sich auch beim Vergleich des Durchschnittsalters: Die jüngsten Kandidatinnen und Kandidaten sind bei der NPD, den Piraten und Bündnis 90/Die Grünen zu finden. Signifikant hoch ist der Altersdurchschnitt bei den Wählergemeinschaften und Einzelbewerbern sowie bei Die LINKE, der AfD und der FDP.

Tab. 4: Kandidatinnen und Kandidaten für den Landkreis Nordwestmecklenburg

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2014			
	Gesamt	davon männlich	davon weiblich	Durchschnitts-alter in Jahren*
CDU	53	41	12	51,1
SPD	63	51	12	53,4
Die LINKE	49	32	17	56,2
Bündnis 90/Die Grünen	11	5	6	44,4
NPD	7	6	1	41,0
FDP	31	22	9	55,0
Rentner	3	1	2	53,0
AfD	7	5	2	55,9
Freie Wähler NWM	18	13	5	52,9
LUL	31	27	4	50,4
Piraten	4	2	2	42,8
Wählergemeinschaften**	4	4	–	58,5
Einzelbewerber	3	3	–	55,3
Gesamt	284	212	72	51,5

Quelle: Kreiswahlleiter NWM, eigene Darstellung. * Durchschnitt nach Angabe der Jahrgänge in der öffentlichen Bekanntmachung der Wahlvorschläge. ** Wählerinitiative Ostseebad Boltenhagen, Wählergemeinschaft der Gemeinde Bernstorf, Wählergruppe Upahl-Hanshagen.

Zu den 282 Kandidatinnen und Kandidaten zählen auch landespolitische Gesichter: So traten für die SPD die Landtagsabgeordneten Martina Tegtmeier und Tilo Gundlack und der Bundestagsabgeordnete Frank Junge an, ebenso Wismars Bürgermeister Thomas Beyer. Die Reihen der Liberalen wurden durch den ehemaligen FDP-Landtagsangeordneten Hans Kreher unterstützt.

Der Wahlkampf um die Kreistagsmandate überschneit sich inhaltlich und personell deutlich mit dem Wahlkampf um das Landratsamt. Sieben Personen kandidierten um die Nachfolge von Birgit Hesse – so viele wie bei keiner Wahl zuvor. Bereits früh deutete sich ein „Duell der Stellvertreter“⁵³ an: Der 59-jährige CDU-Mann Gerhard Rappen, 1. Stellvertreter, gegen die 48-jährige SPD-Bewerberin Kerstin Weiss, 2. Stellvertreterin der Landrätin.

Der Diplomagraringenieur Rappen ist seit 1994 als stellvertretender Landrat tätig, 2001 und 2008 wurde er in dieser Funktion wiedergewählt. Unter dem Slogan „*Aufs richtige Pferd setzen*“ hob Rappen vor allem seine 20-jährige Verwaltungserfahrung hervor und inszenierte sich als betont bürger- und familiennah. So warb er unter anderem für ein „lebenswertes Nordwestmecklenburg“ mit einer familienfreundlichen Infrastruk-

⁵³ Michael Prochnow, Das Duell der Stellvertreter, in: OZ, Grevesmühlen Zeitung, 30.01.2014.

tur, einer harmonischen Tourismusentwicklung, vielseitigen Sport- und Kulturangeboten und der stärkeren Vermarktung regionaler Produkte.⁵⁴

Die Diplomlehrerin Kerstin Weiss kann wie ihr CDU-Gegenkandidat eine Karriere in der Kreisverwaltung vorweisen: Seit 1991 ist Weiss hier tätig, zunächst im Jugendamt, dann als Fachbereichsleiterin und seit 2008 als 2. Stellvertreterin mit der Zuständigkeit für die Bereiche Jugend, Bildung, Kultur und Soziales. Weiss ist in Dassow beheimatet, wo sie mehrere Jahre als Bürgermeisterin und Stadtvertreterin aktiv war. „*Kerstin Weiss, wie es vorangeht*“ – unter diesem Motto gestaltete sie ihren Wahlkampf mit klassischen Wirtschafts- und Sozialthemen: Die SPD-Frau warb für eine „Wohlfühlkultur“ für regionale Unternehmen, um die „Attraktivität des Wirtschaftsstandortes NWM im Dreieck Lübeck-Schwerin-Rostock weiterhin zu erhöhen“⁵⁵. Zu weiteren Zielen gehörten die Fachkräftesicherung, „gut entlohnte“ Arbeitsplätze, die Verbesserung der Kinderbetreuung und der Erhalt lokaler Schulstandorte.⁵⁶

In wesentlichen Punkten waren keine Differenzen zwischen Rappen und Weiss zu erkennen: Beide wollen Wismar als neuen Kreissitz und wirtschaftliches Zentrum des Landkreises stärken, ebenso aber auch die Malzfabrik in Grevesmühlen als Verwaltungsstandort erhalten und voll auslasten. Beide sprechen sich auch für einen „attraktiven“ Nahverkehr aus. Aufgrund der Tatsache, dass dem Landkreis weiterhin ein neues ÖPNV-Konzept fehlt, ist dies als einziges „Streit“-thema auszumachen, zu dem sich nahezu alle Kandidatinnen und Kandidaten äußern.

Handelte es sich bei den letzten Direktwahlen 2008 und 2011 noch um ein reines SPD-CDU-Duell,⁵⁷ schickten zur Wahl am 25.05.2014 fünf weitere Parteien ihre Landratskandidaten ins Rennen.⁵⁸

Für Die LINKE kandidierte der Vorsitzende der Kreistagsfraktion und stellvertretende Landesvorsitzende Björn Griese. Der Politikwissenschaftler setzte thematische Schwerpunkte auf bezahlbare Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie den Erhalt des wohnortnahen Schulnetzes.⁵⁹

Die FDP stellte ihren Landesgeneralsekretär Johannes Weise auf – eine Entscheidung, die angesichts der Tatsache, dass Weise weder in Nordwestmecklenburg lebt noch kommunalpolitisch verankert ist, überraschen mag.⁶⁰ Die Liberalen versprachen sich, dass Weise „mit einem unverstellten Blick von außen frischen Wind in den Kreis bringen kann“⁶¹. Zu den Zielen des Politikwissenschaftlers und Pflegeunternehmers gehörten eine geringere Belastung der Kommunalhaushalte durch Sozialausgaben, eine serviceorientiertere Verwaltung und die Begrenzung kommunaler Eigenbetriebe.⁶²

Für Bündnis 90/Die Grünen trat Tino Schwarzrock aus Wismar an. Der Versicherungs- und Finanzmakler trat politisch bisher als Geschäftsführer der Kreistagsfraktion und in der Wismarer Bürgerschaft in Erscheinung. Mit 30 Jahren ist Schwarzrock der jüngste Bewerber. Im Mittelpunkt seines Wahlkampfes standen Transparenz, Bürgerbeteiligung und die zeitnahe Umsetzung des ÖPNV-Konzepts.⁶³

Der junge Kreisverband der Alternative für Deutschland (AfD) kandidierte mit Christoph Grimm. Der Rechtsanwalt aus Darmshagen – der nach 33 Jahren SPD-Mitgliedschaft aus Protest zur AfD wechselte –

⁵⁴ Vgl. CDU NWM, Gerhard Rappen: Mit viel Erfahrung für ein starkes Nordwestmecklenburg, Grevesmühlen 2014; vgl. Gerhard Rappen, Homepage, abrufbar unter: <http://www.gerhardrappen.de/> (Stand: 21.06.2014).

⁵⁵ Vgl. SPD NWM-Wismar, Unsere Kandidaten für den Kreistag Nordwestmecklenburg, Wismar 2014, hier: S. 2.

⁵⁶ Vgl. Kerstin Weiss, Meine Ziele, abrufbar unter: <http://www.kerstin-weiss-nwm.de/meine-ziele/> (Stand: 21.06.2014).

⁵⁷ Siehe Tab. 3.

⁵⁸ Vgl. Kreiswahlleiter NWM: Öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahl der Landrätin oder des Landrates am Sonntag, den 25. Mai 2014 im Landkreis Nordwestmecklenburg vom 24.04.2014.

⁵⁹ Die LINKE NWM, Björn Griese: Sozial. Gerecht. Kompetent., Wismar 2014.

⁶⁰ Vgl. FDP MV, FDP nominiert Dr. Johannes Weise als Landratskandidat in Nordwestmecklenburg, abrufbar unter: <http://www.fdp-mv.de/fdp-nominiert-dr-johannes-weise-als-landratskandidat-in-nordwestmecklenburg/1350c214-9i1p28/index.html> (Stand: 10.02.2014).

⁶¹ Ebd.

⁶² Vgl. Johannes Weise, Homepage, abrufbar unter: <http://www.johannes-weise.de/> (Stand: 21.06.2014).

⁶³ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen NWM-Wismar, Tino Schwarzrock: Miteinander gestalten, Wismar 2014.

übersetzt die programmatische Linie der „Anti-Euro-Partei“ auf die kommunalpolitische Ebene: In seinem Blog⁶⁴ schreibt Grimm in unregelmäßigen Abständen über „Risiken und Nebenwirkungen einer gescheiterten Gemeinschaftswährung“. An gleicher Stelle berichtet er über das Fest der Demokratie in Wismar, das aus seiner Sicht die AfD diffamiere und von „scheinheiligen Demokraten“ in Kooperation mit „aktiven Feinden der Demokratie“ organisiert werde.⁶⁵ Angesprochen auf die Frage, was er als Landrat zuerst anpacken werde, antwortete Grimm: „Geplante teure Verwaltungsneubauten stoppen.“⁶⁶

Dennis Klüver, Landratskandidat der Piratenpartei, antwortete auf die gleiche Frage, er „würde als Erstes dafür sorgen, dass sich der Landkreis wieder an Gesetze und Urteile hält“⁶⁷. Klüver ist Politikwissenschaftler, ehemaliger Leiter des Volkskundemuseums Schönberg, Blogger⁶⁸ und engagiert sich im Aktionsbündnis Bahnluckenschluss Rehna–Schönberg.⁶⁹ Kommunalpolitisch trat er als Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion in Erscheinung, bis es 2011 zum Streit und Parteiaustritt kam.⁷⁰ Zu seinen Forderungen zählen Verwaltungsmodernisierung und „Schluss mit der Hinterzimmerpolitik“⁷¹. Sein Wille zu mehr Transparenz zeigte sich unter anderem in seinem Versuch, die Kreistagssitzungen per Video aufzunehmen – was von einer großen Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt wurde.⁷²

Zusätzlich zu den eigenen Publikationen und Internetseiten der Landratskandidaten veröffentlichten die Kreisverbände von SPD, Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen jeweils eigene Programme für die Kreistagswahlen.

Unter dem Motto „*Der Kurs stimmt!*“ legten die Sozialdemokraten ihren Fokus auf die Bereiche Wirtschaftsförderung, eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, Mobilität für alle Generationen und höhere Bildungsausgaben.⁷³

Die Linken setzten mit dem Versprechen „*Gemeinsam packen wir's!*“ Schwerpunkte auf die Stärkung von sozialer Gerechtigkeit, flächendeckenden Bildungsangeboten, sozial-ökologischer Wirtschaft und demokratischer Kultur.⁷⁴

„*Mehr Grün für Nordwestmecklenburg und Wismar*“ versprach das Programm der Bündnisgrünen. Zu den Hauptzielen gehörten der Ausbau kultureller Angebote, die Förderung erneuerbarer Energien, alternative Mobilitätsangebote und die Verbesserung der Bürgerbeteiligung durch Internetangebote.⁷⁵

Die Union veröffentlichte lediglich zur Bürgerschaftswahl in Wismar ein eigenes Programm mit den Schwerpunkten Wirtschaftspolitik, Tourismus- und Stadtentwicklung sowie Familienpolitik.⁷⁶

Wie auch in anderen Landkreisen war die öffentliche Wahrnehmung des Wahlkampfes geprägt durch Gemeindetouren, Stände und klassische Plakate, die sich auf die Landratskandidatinnen und -kandidaten

⁶⁴ Vgl. Christoph Grimm, eurodämmerung, abrufbar unter: <http://eurodaemmerung.wordpress.com/> (Stand: 21.06.2014).

⁶⁵ Ders., Die scheinheiligen Demokraten von Wismar, abrufbar unter: <http://eurodaemmerung.wordpress.com/2014/05/02/die-scheinheiligen-demokraten-von-wismar/> (Stand: 02.05.2014).

⁶⁶ Zitiert nach: o. A., Landrats-Kandidaten ganz persönlich: Christoph Grimm, in: OZ, Wismarer Zeitung, 10.05.2014.

⁶⁷ Zitiert nach; o. A.: Landrats-Kandidaten ganz persönlich: Dennis Klüver, in: OZ, Wismarer Zeitung, 08.05.2014.

⁶⁸ Vgl. nwmbote, abrufbar unter: <https://nwmbote.wordpress.com/> (Stand: 21.06.2014).

⁶⁹ Vgl. Dennis Klüver, Privates, abrufbar unter: <http://www.denniskluever.de/Privates.htm> (Stand: 21.06.2014).

⁷⁰ <https://www.svz.de/lokales/gadebusch-rehnaer-zeitung/kluerver-steigt-ins-landrats-rennen-ein-id5771701.html>

⁷¹ Siehe Fußnote 54.

⁷² Vgl. Protokoll der 7. öffentlichen Sitzung des Kreistages Nordwestmecklenburg vom 06.12.2012, S. 5.

⁷³ Vgl. SPD NWM-Wismar, Unsere Kandidaten für den Kreistag Nordwestmecklenburg, 2014, hier: S. 10-11.

⁷⁴ Vgl. Die LINKE NWM, Für ein sozial gerechtes und lebenswertes Nordwestmecklenburg, Wismar 2014.

⁷⁵ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen NWM-Wismar, Kommunalwahlprogramm 2014, Wismar 2014.

⁷⁶ Vgl. CDU Wismar, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl am 25.05.2014, Wismar 2014.

konzentrierten.⁷⁷ Hervorzuheben ist der Besuch von Martin Schulz, SPD-Spitzenkandidat der Europawahlen, in Wismar.⁷⁸

Potentiale sind beim Internetwahlkampf zu erkennen: Von den angetretenen Parteien besitzen nur sieben Kreisverbände eine eigene Homepage. Bei den Landratsbewerbern besitzt immerhin die Mehrheit eine Website bzw. einen Blog, Ausnahmen bilden hier Tino Schwarzrock und Björn Gries. Social-Media-Profile haben nur eine marginale Bedeutung.⁷⁹

4 Wahlergebnis

Bezogen auf die akkumulierten Ergebnisse des Vergleichszeitraum 2009-2014 ergibt sich für die etablierten Parteien eine ernüchternde Bilanz: CDU (-0,6 %), SPD (-1,2 %), Linke (-2,2 %) und FDP (-5,7 %) haben allesamt Wählerinnen und Wähler verloren. Ebenso bemerkenswert: Die Wahlbeteiligung in Wismar ist rückläufig, dagegen aber in den ländlichen Regionen leicht gestiegen.

Stärkste Kraft im Landkreis ist die CDU. Verglichen mit 2011 konnten sich die Christdemokraten deutlich verbessern – jedoch ist es ihnen nicht gelungen, ihre Dominanz in der ländlichen Region auszubauen: Im Vergleich zu 2009 haben sie im Altkreis mehr Wählerinnen und Wähler verloren als in Wismar. In Wismar ist die Union zweitstärkste Partei.

Für die SPD ist festzustellen, dass das herausragende Ergebnis von 2011 ein Ausnahmefall war, der auf die hohen Zustimmungswerte im Zuge der Landtagswahl zurückzuführen ist. 2014 liegt die Nordwestmecklenburg-SPD mit 24,9 Prozent im Landesvergleich auf Platz zwei nach Ludwigslust-Parchim und somit immer noch über den Landesdurchschnitt von 18,9 Prozent. In Wismar konnten sie sich von 2009 zu 2014 um 1,4 Prozent verbessern. In der längerfristigen Entwicklung zeigt sich, dass der „rote Leuchtturm“ keine überregionale Strahlkraft besitzt: Bei keiner anderen Partei ist die Stimmendiskrepanz zwischen Wismar und Altkreis so groß wie bei den Sozialdemokraten.

Die LINKE hat gleichermaßen in Wismar und im Altkreis Wählerinnen und Wähler verloren. Mit 18,0 Prozent bewegt sich die Partei damit knapp unter dem Landesdurchschnitt, bleibt aber weiterhin die drittstärkste Partei.

Der starke Einbruch der FDP geht einher mit dem bundes- und landesweiten Abwärtstrend der Liberalen. Als „Hoffnungsschimmer“ kann noch das leicht überdurchschnittliche Abschneiden in Wismar bewertet werden, was auf eine stabile Kernwählerschaft in der Hansestadt schließen lässt.

Aus Sicht der Bündnisgrünen sind die Entwicklungen der Wahlergebnisse positiv zu bewerten: Obwohl sie nicht an ihren Erfolg von 2011 anschließen konnten, sind sie diejenige Partei, die mit 3,0 Prozent von 2009 zu 2014 den stärksten Zugewinn in Wismar hatte. Im Altkreis verbesserten sich die Grünen um 0,9 Prozent. Im Gegensatz zu 2011 haben sie jedoch ihren eigenständigen Fraktionsstatus verloren.

Bemerkenswert ist die Entwicklung von LUL: Innerhalb einer Legislaturperiode konnte das Bündnis sein Ergebnis fast verdoppeln und ist nun viertstärkste Kraft im Kreis. Wenig überraschend ist – auch aufgrund der agrarwirtschaftlich geprägten Kandidatenklientel – die deutliche Diskrepanz zwischen ländlicher und städtischer Zustimmung.

Sechs Sitze wurden von Parteien gewonnen, die 2009 noch nicht an der Kreistagswahl teilnahmen bzw. noch nicht existierten: Jeweils ein Mandat sicherten sich Freie Wähler, Piraten und Rentner, die AfD zieht

⁷⁷ Vgl. Foto „Porträtchaos“ zu folgenden Beitrag: Vera Kämper, Kommunalwahlen in Deutschland: Wichtig ist auf'm Rathausplatz, Spiegel Online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kommunalwahlen-entscheidung-ueber-buergermeister-und-kreistage-a-971301.html> (Stand: 25.05.2014).

⁷⁸ Vgl. Nicole Hollatz, EU-Präsident Martin Schulz ist Wismar-Fan, in: OZ, Wismarer Zeitung, 05.05.2014.

⁷⁹ Stichprobenartig wurden die Anzahl der Fans („Gefällt mir“) einzelner Facebook-Pages von Kreisverbänden und Kandidaten verglichen: Kerstin Weiss/SPD: 140; Bündnis 90/Die Grünen: 105; Die LINKE: 79; CDU: 71 (Aburdatum: 20.06.2014).

mit drei Sitzen ein. Für die rechtskonservative, in Teilen rechtspopulistische Partei ist dies ein Achtungserfolg, der undenkbar ohne die zeitgleichen Europawahlen wäre. Unklar ist, welche thematischen Akzente sie im Kreistag setzen will.

Tab. 5: Wahlergebnis 2014 für den Landkreis Nordwestmecklenburg

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2014			
	Absolut	Prozent	Sitze	Vergleich 2011 in Prozent
CDU	52.373	28,6	18	+ 4,4
SPD	45.579	24,9	15	- 11,4
Die LINKE	33.013	18,0	11	- 0,3
LUL	11.171	6,1	4	+ 2,9
Bündnis 90/Die Grünen	9.791	5,3	3	- 1,9
AfD	8.810	4,8	3	–
FDP	6.340	3,5	2	- 0,4
NPD	4.644	2,5	2	- 1,8
Freie Wähler NWM	4.145	2,3	1	+ 0,4
Piraten	2.583	1,4	1	–
Rentner	1.921	1,0	1	+ 0,4
Wählergemeinschaften	1.030	0,6	0	–
Einzelbewerber	1.836	1,0	0	+ 0,9
Wahlbeteiligung	48,4 %			

Quelle: Kreiswahlleiter NWM, eigene Darstellung.

Tab. 6: Wahlergebnisse 2014 im Vergleich zu 2009, unterteilt nach Altkreis Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Wismar

Wahlvorschlag	2014 in Prozent			2009 in Prozent		
	Altkreis NWM	Wismar	akkumuliert	Altkreis NWM	Wismar	akkumuliert
CDU	30,8	21,0	28,6	31,7	21,1	29,2
SPD	21,7	35,8	24,9	23,5	34,4	26,1
Die LINKE	18,2	17,5	18,0	20,3	19,8	20,2
LUL/Bauernverband	7,6	1,1	6,1	5,3	–	4,0
Bündnis 90/Die Grünen	4,7	7,5	5,3	3,8	4,5	4,0
AfD	4,6	5,4	4,8	–	–	–
FDP	3,0	5,1	3,5	8,4	11,8	9,2
NPD	2,6	2,4	2,5	3,3	–	2,5
Freie Wähler NWM	2,7	0,8	2,3	–	–	–
Piraten	1,3	1,8	1,4	–	–	–
Rentner	1,0	1,1	1,0	–	–	–
Wählergemeinschaften	0,7	0,1	0,6	0,8	–	0,6
Einzelbewerber	1,2	0,4	1,0	2,8	8,3	4,1
Wahlbeteiligung	51,4	40,5	48,4	51,0	42,6	48,7

Quelle: Kreiswahlleiter NWM, eigene Darstellung.

Die Rückkehr der NPD auf 2,5 Prozent ist als Indiz dafür zu sehen, dass die verfassungsfeindlichen Rechtsextremen lediglich ihre Stammwählerschaft mobilisieren konnten. Fehlende Themensetzung und Personifizierung im Wahlkampf sprechen stark dafür, dass es der selbsternannten „Heimatpartei“ an einer

kommunalpolitischen Verankerung mangelt.⁸⁰ Unter diesen Umständen überrascht es nicht, dass eine gewählte NPD-Kandidatin ihr Mandat gar nicht erst annahm.⁸¹

Aus der konstituierenden Sitzung des Kreistages mit 61 Abgeordneten aus 11 Wahlvorschlägen gingen sechs Fraktionen hervor.⁸² Die wichtigste Veränderung liegt im Rollenwechsel von SPD und CDU: Das SPD-geführte Landratsamt wird nun nicht mehr von einer SPD-Mehrheit gestützt, sondern muss sich mit einer erstarkten CDU-Fraktion arrangieren. Als neuer Kreistagspräsident wurde mit großer Zustimmung der Unionsabgeordnete Klaus Becker gewählt, Vorgänger Christian Albeck ist nun 1. Stellvertreter.⁸³

Tab. 7: Wahlergebnisse 2014, 2011 und 2009 im Vergleich, akkumuliert für das Wahlgebiet des Landkreises Nordwestmecklenburg

Wahlvorschlag	Wahlergebnisse in Prozent		
	2009	2011	2014
CDU	29,2	24,2	28,6
SPD	26,1	36,3	24,9
Die LINKE	20,2	18,3	18,0
FDP	9,2	3,9	3,5
Bündnis 90/Die Grünen	4,0	7,2	5,3
LUL/Bauernverband	4,0	3,2	6,1
NPD	2,5	4,3	2,5
Freie Wähler NWM	–	1,9	2,3
Rentner	–	0,6	1,0
AfD	–	–	4,8
Piraten	–	–	1,4
Wählergemeinschaften	0,6	–	0,6
Einzelbewerber	4,1	0,1	1,0
Wahlbeteiligung	48,7	51,5	48,4

Quelle: Kreiswahlleiter NWM, eigene Darstellung.

Durch den Aufschwung der LUL sowie den Stimmenverlusten von Bündnis 90/Die Grünen und den Liberalen zeichnete sich eine „ungewöhnliche Konstellation“⁸⁴ ab: Die zwei FDP-Mandatsträger schlossen sich verschiedenen Fraktionen an. Jörg Autrum führt die Zusammenarbeit mit LUL fort. René Domke dagegen schließt sich zusammen mit der Rentner-Abgeordneten den Bündnisgrünen an, um die Fraktion „Grüne/Liberale/Familie“ zu bilden.⁸⁵ Der Grund für diese Kooperationen liegt weniger im inhaltlichen Konsens als vielmehr in den Gestaltungsmöglichkeiten: Im neuen Kreistag benötigt eine Fraktion mindestens fünf Abgeordnete, um in allen Ausschüssen mitwirken zu können.

Die dritte, parteiübergreifende Fraktion bildeten AfD und Freie Wähler. Die AfD-Abgeordneten sorgten bereits zur ersten Kreistagssitzung für einen kleinen Eklat, indem sie sich weigerten, die parteiübergreifende Positionierung gegen die NPD zu unterzeichnen.⁸⁶

⁸⁰ Vgl. Oliver Cruzcampo, Kreistagswahlen in M-V enden für NPD im Fiasko, Endstation Rechts, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/artikel/kreistagswahlen-in-m-v-enden-fuer-npd-im-fiasko.html> (Stand: 26.05.2014).

⁸¹ Vgl. Kreiswahlleiter NWM, Feststellung des Übergangs des Sitzes des Wahlvorschlags der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands – NPD – für den Wahlbereich 2 im Kreistag Nordwestmecklenburg auf die Ersatzperson gem. § 46 Landes- und Kommunalwahlgesetz, Bekanntmachung vom 24.06.2014.

⁸² Vgl. Ulrike Oehlers, Kreistag positioniert sich gegen NPD und Fremdenfeindlichkeit, in: OZ, Wismarer Zeitung, 03.07.2014.

⁸³ Vgl. ebd.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Vgl. Grüne NWM-Wismar, Fraktionsbildung der Fraktion Grüne/Liberale/Familie im Kreistag NWM, abrufbar unter: <http://www.gruene-nordwestmecklenburg.de/Details.2284+M5de87e2b49e.0.html> (Stand: 03.07.2014).

⁸⁶ Vgl. Oehlers, Kreistag positioniert sich gegen NPD und Fremdenfeindlichkeit, OZ; vgl. Andreas Speit, Alternative zum NPD-Boycott, taz.de, abrufbar unter: <http://www.taz.de/!142194/> (Stand: 10.07.2014).

Bei der Wahl zum Landratsposten kam es zum erwarteten Patt: Weiss und Rappen waren etwa gleichauf, mit einem kleinen Plus von 325 Stimmen lag die SPD-Frau vorne. Die fünf Gegenkandidatinnen und -kandidaten haben deutlich weniger Stimmen auf sich vereinen können. Insbesondere Griesse und Weise bleiben unter den Erwartungen. Beachtenswert ist der Wert von AfD-Kandidat Grimm, dessen Kandidatur noch mehr Prozent als die Kreistagswahl erzielte.

Tab. 8: Zusammensetzung des Kreistages Nordwestmecklenburg nach der konstituierenden Sitzung am 02.07.2014

Fraktionen	Sitze	Fraktionsvorsitz
CDU	18	Thomas Grote
SPD	15	Wolfgang Glaner
Die LINKE	11	Björn Griesse
LUL/FDP*	5	Dietmar Hocke
Grüne/Liberale/Familie**	5	Regina Groß
AfD/Freie Wähler	4	Christoph Grimm
Fraktionslos	Sitze	Abgeordnete
NPD	2	David Böttcher, Rainer Schütt***
Piraten	1	Dennis Klüver
Gesamt	61	

Quelle: Kreistag NWM, eigene Darstellung. * LUL (4), FDP (1). ** Bündnis 90/Die Grünen (3), FDP (1), Rentner (1). *** Die gewählte Bewerberin Janette Krüger und der Nachrücker Tino Streif haben den Sitz nicht angenommen.

Im Zuge der Stichwahl entschieden die Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE, die Kandidatur von Weiss zu unterstützen.⁸⁷ Der Vorstoß vom LINKE-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Helmut Holter, dass seiner Partei im Gegenzug ein Stellvertreterposten angeboten werden solle, wurde von mehreren Seiten als „Kungelei“ und „Postengeschacher“ kritisiert.⁸⁸

In der Stichwahl konnte sich Kerstin Weiss deutlich mit 57 zu 43 Prozent von ihrem CDU-Kontrahenten absetzen. Die niedrige Wahlbeteiligung von lediglich 22,4 Prozent wurde angesichts eines Legitimationsdefizits kritisch beurteilt – unter anderem von Innenminister Lorenz Caffier, der den Sinn der Direktwahl von Landräten anzweifelte.⁸⁹

Tab. 9: Wahlergebnisse 2014 für die Landratswahl Nordwestmecklenburg

Kandidat/in, Wahlvorschlag	Hauptwahl 25.05.2014		Stichwahl 15.06.2014	
	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent
Kerstin Weiss, SPD	20.957	33,4	16.728	57,0
Gerhard Rappen, CDU	20.632	32,9	12.624	43,0
Björn Griesse, Linke	9.836	15,7		
Christoph Grimm, AfD	5.204	8,3		
Tino Schwarzrock, Grüne	3.420	5,4		
Dennis Klüver, Piraten	1.390	2,2		
Johannes Weise, FDP	1.321	2,1		
Wahlbeteiligung		48,4		22,4

Quelle: Kreiswahlleiter NWM, eigene Darstellung.

⁸⁷ Vgl. Robert Niemeyer, Kungelei? SPD und Linke weisen Kritik der CDU zurück, in: OZ, Wismarer Zeitung, 11.06.2014.

⁸⁸ Vgl. ebd.

⁸⁹ Vgl. o. A., Nur jeder Fünfte ging zur Stichwahl, SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/nachrichten/newsticker-nord/nur-jeder-fuenfte-ging-zur-stichwahl-id6863481.html> (Stand: 16.06.2014).

5 Fazit und Ausblick

Was bleibt von den Kommunalwahlen 2014 in Nordwestmecklenburg? Kurz gefasst: Die Kräfteverhältnisse haben sich relativiert, die politische Landschaft ist deutlich heterogener geworden.

Die CDU hat sich den Landkreis „zurückerobert“ – und das ohne eigenes Wahlprogramm. Im Vergleich zu vorherigen Kommunalwahlen erfuhr die Union in den ländlichen Regionen jedoch deutlich weniger Zuspruch. In Wismar dagegen – wo die CDU programmatische Schwerpunkte setzte – konnte sie ihr Ergebnis halten. Die Schlappe ihres erfahrenen Landratskandidaten Gerhard Rappen spricht dafür, dass die Schwerpunktsetzung auf eher „weiche“ Themen nicht aufging. Die schwache Mobilisierung bei der Stichwahl offenbarte, dass es der Union an parteiübergreifender Unterstützung mangelt.

Für die SPD bestätigte sich 2014, was sich bereits nach den Kommunalwahlen 2009 andeutete: Die Sozialdemokraten gehen „geschwächt“ aus der Kreisgebietsreform hervor, der „Leuchtturm‘ Wismar“ ist „nur noch von lokaler Bedeutung“⁹⁰. Auffällig ist die eher CDU-typische, im Falle der SPD aber umgekehrte „Stadt-Land-Bruchlinie“⁹¹: 14,1 Prozent liegen zwischen den Stimmen aus Wismar und aus dem Altkreis. Um sich dauerhaft im politischen Gefüge im Landkreis verankern zu können, ist es für die SPD in Zukunft unerlässlich, ihr Potential in den ländlichen Regionen stärker auszuschöpfen. Dennoch schaffte sie es, mit Kerstin Weiss den Landratsposten zu halten. Mit ihrem wirtschaftsnahen Auftreten, ihrer Verwurzelung im Westen des Landkreises und letztlich auch der Tatsache, dass sie eine Frau ist, bildet Weiss einen sinnbildlichen Gegensatz zur männerdominierten SPD-Hochburg Wismar. Die Legislaturperiode 2014–2019 wird zeigen, inwiefern sich Weiss bei strittigen Themen wie dem Nahverkehrskonzept gegen die CDU-Mehrheit behaupten kann und auch, welche Rolle ihr langjähriger Kollege und Stellvertreter Gerhard Rappen dabei einnehmen wird.

Bemerkenswert ist die Entwicklung der Kleinparteien und Wählergemeinschaften: LUL hat sich im Landkreis personell und thematisch etabliert. AfD, Freie Wähler, Piraten und Rentner, die 2009 weder in Wismar noch in NWM antraten, erreichten 2014 zusammengerechnet 9,5 Prozent der Wählerstimmen. Wenngleich FDP, Freie Wähler und Rentner nur jeweils 1 oder 2 Mandate im Kreistag innehaben, agierten sie als „Königsmacher“, um LUL, Bündnisgrünen, Liberalen und der AfD zum Fraktionsstatus zu verhelfen bzw. zu verstärken. Inwiefern diese Kooperationen funktionieren und von dauerhaftem Nutzen sein können, bleibt abzuwarten.

Der gestiegene Zuspruch für die „Sonstigen“ kann als Hinweis dafür gelten, dass auch in Nordwestmecklenburg die traditionelle Parteienbindung weiter schwindet. Die politische Landkarte wird somit vielfarbiger und vielseitiger. Zugleich tragen die Erfolge von Kandidaten wie Christoph Grimm oder Dennis Klüver ein gewisses Risiko in sich, dass die politische Kultur anstelle von sachbezogener Kooperation verstärkt von Populismus beeinflusst werden könnte.

Für die Frage, wie sich die Kreisgebietsreform auf Nordwestmecklenburg ausgewirkt hat, kann das Fazit gezogen werden, dass Wismar und der Altkreis noch nicht zusammengewachsen sind. Für die neue Landrätin Kerstin Weiss ist aber klar: „Das Wichtigste ist: Wir müssen wirklich EIN Landkreis sein.“⁹² Ob dies bis 2019 gelingt, wird ganz wesentlich davon abhängen, ob sich der politische Wille, Wismar als Zentrum zu fördern und Grevesmühlen als Standort zu erhalten, praktisch in der Lebenswirklichkeit der Nordwestmecklenburger durchsetzt.

⁹⁰ Koschkar, Die Kommunalwahlen 2009 in der Hansestadt Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg, 2009, S. 79.

⁹¹ Christopher Scheele, Die kommunale Ebene in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 269–299, hier: S. 294.

⁹² Kerstin Weiss, Meine Ziele, abrufbar unter: <http://www.kerstin-weiss-nwm.de/meine-ziele/> (Stand: 21.06.2014).

Landkreis Rostock

Mandy Hupe/Josefin Roggenbuck/Robert Rusch

1 Einleitung

Nachdem im Jahre 2011 das erste Mal ein einheitlicher Kreistag für den neuen Großkreis gewählt und über den Namen desselben abgestimmt wurde, fand am 25. Mai 2014 die zweite Kommunalwahl im noch jungen Landkreis Rostock statt. Bei der Zusammenlegung der vorherigen Gebiete Bad Doberan und Güstrow war der Name des neuen Kreises kein allzu großes Streitthema: Mit 55,5 Prozent setzte sich die Bezeichnung „Landkreis Rostock“ gegen den Vorschlag „Güstrow-Bad Doberan“ durch.¹ Da zum Namen aller neu gebildeten Kreise jeweils noch der Zusatz „Landkreis“ hinzukam, hieß der Kreis rechtlich gesehen nun „Landkreis Landkreis Rostock“. Diesen Fehler bei der Namensgebung behob der neue Kreistag daraufhin in seiner konstituierenden Sitzung, indem man die Doppelung im Kreisnamen aufhob.²

Der neu entstandene Landkreis weist eine Fläche von 3.421 km² auf und umfasst 210.732 Einwohnerinnen und Einwohner. Auch hier ist der demografische Wandel, wie in großen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns ein bestimmendes Thema in der Bevölkerungsstruktur: Zwischen 2006 und 2012 gingen dem aktuellen Kreis bereits 4,7 Prozent der Einwohnerzahl verloren. Bis 2020 sieht die Prognose einen weiteren Verlust von 4,4 Prozent vor.³ Der Altkreis Güstrow ist von dieser Entwicklung stärker betroffen als die Region Bad Doberan, da neben einer negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Verhältnis von Geburten und Sterbefällen) auch der Migrationssaldo schlechter ausfällt.⁴ Dies könnte mit der ebenfalls unterschiedlichen Wirtschaftslage beider Altkreise zusammenhängen. So ist etwa der niedrigere Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in und um Güstrow ebenso auffällig wie die um 1.500 Euro geringere Kaufkraft pro Einwohnerinnen und Einwohner.⁵ Zurückzuführen sind diese Differenzen sicherlich auf die Nähe des Altkreises Bad Doberan zur Regiopole Rostock, die über 16.500 Pendlern einen Arbeitsplatz bietet, während dies nur für etwa 2.500 Bewohner des ehemaligen Landkreises Güstrow gilt.

Insgesamt ist der Landkreis Rostock geprägt durch kleine und mittelständische Unternehmen, von denen viele als Zulieferbetriebe für die maritime Wirtschaft im Rostocker Hafen und in der Windenergiebranche tätig sind. Die Wirtschaft des Landkreises profitiert unter anderem auch von der Lage Rostocks in seiner Mitte, denn sämtliche Industrie- und Gewerbegebiete der Hansestadt gehören schon zum Landkreis Rostock. Aufgrund der besonderen Lage zwischen Ostseeküste und Mecklenburgischer Schweiz kommt auch der Tourismus- und Gesundheitsbranche eine wirtschaftlich wichtige Rolle zu. Gefördert wird die regionale Wirtschaft unter anderem durch eine kreiseigene Gesellschaft, die „Wirtschaftsförderung Landkreis Rostock GmbH“. Die Arbeitslosenquote liegt mit 9,5 Prozent unter dem Landesdurchschnitt.⁶

Auf die Tatsache berufend, dass die Metropolen Hamburg, Kopenhagen und Berlin in nicht einmal 200 Kilometer Entfernung liegen, bezeichnet sich der Landkreis selbst als einen „Verkehrsknotenpunkt in Europa“.⁷ Neben dem Schienen- und Straßennetz spielt dabei der Flughafen Rostock-Laage eine wichtige

¹ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung, Abstimmungen über die künftigen Kreisnamen, abrufbar unter: http://www.lpb-mv.de/cms2/LfpB_prod/LfpB/de/the/w11/Abstimmungen_ueber_die_kuenftigen_Kreisnamen/index.jsp (Stand: 30.05.2014).

² Vgl. Kommune Teterow, Bericht des Bürgermeisters auf der 20. Sitzung der Stadtvertretung Teterow am 26. Oktober 2011, abrufbar unter: <http://www.teterow.de/26-10-2011.588.0.html> (Stand: 30.05.2014).

³ Vgl. Landkreis Rostock, Strukturanalysen und Entwicklungstrends bis 2025, abrufbar unter: http://www.landkreis-rostock.de/landkreis/daten_fakten/Praesentation-Press-08-04-2014.pdf (Stand: 05.06.2014).

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. Landkreis Rostock, Statistische Daten zum Landkreis Rostock, abrufbar unter: http://www.landkreis-rostock.de/landkreis/daten_fakten/datenspiegel_2014.html (Stand: 05.06.2014).

⁷ Landkreis Rostock, Verkehr, abrufbar unter: http://www.landkreis-rostock.de/regionales/wirtschaft_verkehr/ (Stand: 05.06.2014).

Rolle, der allerdings zum wiederholten Male wegen seiner finanziellen Situation und angeblicher Ungeheimheiten in den Monaten vor der Wahl für landesweite Schlagzeilen sorgte.⁸

Vor der Zusammenlegung der neuen Kreise gab es einige Streitpunkte. Dazu gehörte unter anderem die Frage, wo der neue Kreistag zusammentreten solle. Letztlich fiel die Entscheidung mit Güstrow zugunsten der größten Stadt des Landkreises. Skeptisch waren die Politikerinnen und Politiker des Kreises Bad Doberan auch hinsichtlich der Finanzen, da Güstrow von jeher mit einem größeren Defizit im Haushalt zu kämpfen hatte,⁹ was nicht zuletzt auch mit der schwächeren Konjunkturlage zusammenhängen dürfte.

2 Ausgangslage

Entgegen aller Befürchtungen gestalteten sich die Fusion und die Schaffung einer gemeinsamen Arbeitsweise zu einem gemeinschaftlichen Kreistag eher unproblematisch. Gründe dafür waren etwa die schon bestehenden Kooperationen zwischen den vorherigen Landkreisen und „die Bereitschaft der meisten Mitglieder des Kreistages ehrlichen Herzens am Zusammenwachsen der Regionen [...] zu arbeiten.“¹⁰ Lediglich die Abstimmung auf der Ausschussebene funktioniert bisher noch nicht reibungslos.¹¹ Die mit der Kreiszusammenlegung verbundenen Einsparungsziele sind allerdings bislang nicht erreicht worden, da das nun doppelte Personal nicht komplett entlassen werden konnte. Somit werden die Personalkosten nur schrittweise reduziert. Darüber hinaus bringt der Anpassungsprozess zweier Landkreise auch eine zusätzliche temporäre finanzielle Belastung mit sich.

Für die Region Güstrow sind allerdings schon finanzielle Vorteile aus der Fusion mit Bad Doberan entstanden. So konnte unter diesen Vorzeichen 2014 erstmals ein ausgeglichener Haushalt für die Regionen aufgestellt werden.¹²

Bis 2011 bestanden in Güstrow und Bad Doberan eigenständige Kreistage, in denen jeweils 53 gewählte Vertreterinnen und Vertreter saßen. Bei der ersten gemeinsamen Wahl des Großkreises wurden Abgeordnete für die 69 Sitze im gemeinsamen Güstrower Kreistag gewählt. Aus dieser Wahl resultierten im Vergleich zum Ergebnis von 2009 vor allem Verschiebungen zugunsten der SPD, die 9,5 Prozentpunkte hinzugewinnen konnte, während die CDU 5 Prozentpunkte verlor. Dieses verbesserte Ergebnis der SPD ist in erster Linie mit der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl zu erklären, bei der die SPD – dank des positiven Landestrends und der populären Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Erwin Sellering – mit 35,6 Prozent ein gutes Ergebnis erreichte. Dieses Abschneiden der SPD im Landkreis Rostock ist also auf den sogenannten „Sellering-Effekt“ zurückzuführen. Hinzu kommt, dass sich die schlechten Ergebnisse der SPD 2004 und 2009 – hervorgerufen auch durch den negativen Bundestrend der Partei – bei der Wahl 2011 normalisierten.¹³

Abgesehen von der FDP, die circa 14.800 Wählerstimmen und damit 6 Prozentpunkte verlor, verbuchten die weiteren Parteien keine allzu großen Differenzen zu ihrem Wahlergebnis von 2009 in den damals noch getrennten Landkreisen. Die LINKE verbesserte ihr Ergebnis lediglich um 0,5 Prozentpunkte und Bündnis 90/Die Grünen gewannen 2,4 Prozentpunkte hinzu.

⁸ Vgl. NDR, Passagierzahlen von Rostock-Laage geschönt?, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Passagierzahlen-von-Rostock-Laage-geschoent,laage163.html> (Stand: 05.06.2014).

⁹ Vgl. Stefan Posselt/Roman Stieler/Phillip Stolzenberg, Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Mittleres Mecklenburg: Bad Doberan und Güstrow, in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 80–86, hier: S. 80.

¹⁰ O. A., Noch langer Weg zum Großkreis, Güstrower Anzeiger, abrufbar unter: <http://www.svz.de/lokales/guestrower-anzeiger/noch-langer-weg-zum-grosskreis-id6377711.html> (Stand: 20.05.2014).

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Vgl. Interview mit Kreistagspräsidentin Ilka Lochner-Borst. 06.05.2014.

¹³ Vgl. Christopher Scheele, Die Kommunal- und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 123–134, hier: S. 124.

Auffällig sind zudem die Stimmverluste der Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber. Konnten diese 2009 noch circa 12.000 Stimmen und damit 4,7 Prozent aller Stimmen auf sich vereinen können, waren es bei der ersten Wahl im Großkreis nicht einmal mehr 5.000 Stimmen und somit nur noch 1,8 Prozent. In den alten Kreistagen in Güstrow und Bad Doberan hatten zuvor noch jeweils zwei Einzelbewerber einen Sitz erhalten. In den gemeinsamen Kreistag gelang 2011 nur noch Dr. Reinhard Dettmann, dem Bürgermeister von Teterow, der Einzug.

Neben den etablierten Parteien und Dettmann zogen 2011 auch zwei Vertreter der Freien Wähler, drei Bewerber der NPD und ein Kandidat der AUF¹⁴ in den neuen Kreistag ein. Als einzige Partei erreichte die APD¹⁵ nicht die nötige Stimmenanzahl, um einen Sitz zu erringen.

Tab. 1: Ergebnis der Kommunalwahl 2009 und 2011 im Landkreis Rostock

Wahlvorschlag	2011 Prozent	2011 Sitze	2009 Prozent
CDU	28,9	20	33,3
SPD	30,0	21	20,5
Die LINKE	19,6	13	19,1
Bündnis 90/Die Grünen	7,4	5	5,0
NPD	4,0	3	3,2
FDP	4,7	3	10,7
AUF	1,0	1	0,7
APD	0,3	0	0,2
Freie Wähler	2,5	2	1,5
Einzelbewerber ¹⁶	1,8	1	4,7
Wahlbeteiligung	52,7 %		48,5 %

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Darüber hinaus ist die Wahlbeteiligung im Landkreis Rostock ein auffälliges Charakteristikum, da diese sich in den Altkreisen stark unterschied. Güstrow bildete mit seiner niedrigen Wahlbeteiligung von 43,7 Prozent bei der Wahl 2004 und 43,5 Prozent im Jahr 2009 jeweils das Schlusslicht. In keinem anderen Landkreis in ganz Mecklenburg-Vorpommern gingen in den Jahren prozentual weniger Bürgerinnen und Bürger zur Wahl. Im ehemaligen Kreis um Bad Doberan traten hingegen 49,4 Prozent (2004) und 52,9 Prozent (2009) der Wahlberechtigten den Gang zur Urne an. Damit war Bad Doberan 2009 sogar der Landkreis mit der stärksten Wahlbeteiligung. Im Landkreis Rostock beteiligten sich 2011 52,7 Prozent der Wahlberechtigten an der Kommunalwahl. Allerdings ist diese verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung im Kontext der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl zu sehen, die stets eine größere Mobilisierungskraft auf die Bürgerinnen und Bürger ausübt.

3 Wahlkampf

3.1 Parteien und Wählergemeinschaften

Im Mai 2014 stand neben den etablierten Parteien auch wieder die AUF zur Wahl, die mit neun Kandidatinnen und Kandidaten antrat. In ganz Mecklenburg-Vorpommern ist die „Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland“ nur auf den Wahlzetteln im Landkreis Rostock zu finden gewesen. Die Wählergemeinschaft „Freie Wähler Landkreis Rostock“ stellte 42 Kandidatinnen und Kandidaten in den 13 Wahlbereichen auf.

¹⁴ Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland.

¹⁵ ArbeiterInnen Partei Deutschlands.

¹⁶ Zu berücksichtigen ist, dass 2009 noch 20 Kandidatinnen und Kandidaten antraten, 2011 lediglich 9.

Die APD, die noch 2011 zur Wahl des Kreistages angetreten war, aber keinen Sitz erringen konnte, kandidierte im Mai 2014 nicht mehr. Neu war hingegen die AfD auf dem Wahlzettel, für die fünf Mitglieder kandidierten. Die NPD stellte sieben Kandidatinnen und Kandidaten auf, darunter die drei Mitglieder des Kreistags der vergangenen Legislaturperiode, einen Mitarbeiter der Landtagsfraktion¹⁷ sowie den Landtagsabgeordneten David Petereit. Um Letzteren gab es im Vorfeld der Kommunalwahl mediales Aufsehen, da seine Immunität am 15. Mai vom Landtag aufgehoben wurde. Im Zuge der Ermittlungen aufgrund des Vorwurfes wegen Volksverhetzung wurden auch seine Privat- und Geschäftsräume durchsucht.¹⁸

Insgesamt standen in den 13 Wahlbereichen des Landkreises 318 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl, unter ihnen 59 Frauen. In absoluten Zahlen stellten die Christdemokraten mit 14 Frauen die meisten zur Wahl auf. Im Kandidatenverhältnis liegt die CDU mit ihrem Frauenanteil jedoch nicht vorn: Die 14 weiblichen Kandidatinnen bilden unter den 89 Kandidaten insgesamt nur einen Anteil von knapp 16 Prozent. Die höchsten Frauenquoten waren dagegen bei der Partei Die LINKE und der AUF zu finden. Letztere stellte unter ihren neun Wahlvorschlägen fünf Frauen auf. Die LINKE erreichte mit elf weiblichen von 30 Kandidaten insgesamt eine Frauenquote von 36,6 Prozent. Die AfD stellte als einzige Partei keine Frau auf.

Interessant war zudem die Kandidatenauswahl der SPD, die bemüht war, eine Reihe junger Bewerberinnen und Bewerber ins Rennen zu schicken. Mit dem Geburtsjahr 1996 war Alexander Kieslich aus Wahlbereich 9 ihr jüngster Kandidat. Im Altersdurchschnitt lag die SPD jedoch mit 52,6 Jahren über den Wahlvorschlägen der CDU.¹⁹ Noch größere Schwierigkeiten mit einem Generationenwechsel hat Die LINKE, von deren Bewerberinnen und Bewerbern niemand jünger als 42 war und die ein Durchschnittsalter von 57 Jahren aufwiesen.

Tab. 2: Durchschnittsalter und Frauenanteil in den Wahlvorschlägen

Wahlvorschlag	Durchschnittsalter in Jahren	Frauenanteil in Prozent
CDU	51,0	15,7
SPD	52,6	13,0
Die LINKE	57,0	36,7
Bündnis 90/Die Grünen	55,2	27,7
NPD	33,6	28,6
FDP	54,3	12,5
AUF	58,1	55,6
AfD	51,2	0
Freie Wähler	55,4	19,1
Gesamt	52,0	23,1

Quelle: eigene Darstellung.

Der Wahlkampf selbst verlief überwiegend ruhig, was vor allem darin begründet lag, dass es kein übergeordnetes Thema im Landkreis gab. Selbst der problembehaftete Flughafen in Laage entwickelte sich nicht zum bestimmenden Thema des Wahlkampfes, da es sich dabei eher um ein lokal begrenztes Problem handelt.

¹⁷ Vgl. Oliver Cruzcampo, Dokumentation: Die NPD zur Kommunalwahl in M-V, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/dokumentation-die-npd-zur-kommunalwahl-in-m-v.html> (Stand: 31.05.2014).

¹⁸ Vgl. o. A., Gewaltaufruf bringt NPD-Mann um Immunität, Nordkurier 15.05.2014, abrufbar unter: <http://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/npd-mann-petereit-kann-wieder-strafrechtlich-verfolgt-werden-156978005.html> (Stand: 31.05.2014).

¹⁹ Bei der Berechnung wurde zur Vereinfachung davon ausgegangen, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten in diesem Jahr bereits Geburtstag hatten.

Auch die Wahlprogramme der Parteien trugen nicht dazu bei, bestimmende Themen auf die Tagesordnung des Wahlkampfes zu bringen. Ein eigenes Wahlprogramm für den Landkreis präsentierte nur die SPD, allerdings war dieses insgesamt recht unspezifisch gestaltet. Das achtseitige Dokument betonte lediglich, dass man den Landkreis Rostock „zu einem attraktiven, demokratisch organisierten und nachhaltig wirtschaftenden Wohn-, Kultur- und Gewerbestandort“²⁰ machen wolle.

Die weiteren Parteien beriefen sich im Wahlkampf auf ihre kommunalen Wahlprogramme beziehungsweise Leitsätze für ganz Mecklenburg-Vorpommern.

Die CDU griff den Slogan „Die Region stärken“ auf.²¹ Damit bezog sie sich vorwiegend auf die Punkte Wirtschaft, Städtebelebung und Jugend. Dennoch setzte jeder Gemeindeverband seine eigenen regionalen Prioritäten. Unter anderem ging es in der Region Doberan vorwiegend um die Entwicklung des Tourismus, da das Gebiet stark touristisch geprägt ist. In der Umgebung von Güstrow bezogen sich die Christdemokraten stärker auf die Entwicklung der Infrastruktur sowie die Themenfelder Kinder, Jugend und Sport.

Die FDP hängte rund 800 Personenplakate im Landkreis Rostock auf, Schwerpunkte in der Verteilung gab es nicht. Vielmehr wollte man die Menschen wieder erreichen und ihnen aufzeigen, welche Position die Partei grundsätzlich vertritt.²² Demnach wurden auf den Flyer und in der Wahlwerbung die allgemeinen Leitsätze der Bundes-FDP verarbeitet.

Mit Infoständen in Güstrow, Kühlungsborn und Kröpelin warben Bündnis 90/Die Grünen für sich. Sie sprachen vor Ort ihre parteispezifischen Themen wie Natur- und Umweltschutz an, wandten sich aber auch den speziellen kommunalen Problemen der Bürgerinnen und Bürgern zu.²³

Ebenfalls mit einem Flyer warben die Freien Wähler für sich. Sie präsentierten darauf einige ihrer Kandidatinnen und Kandidaten und betonten vor allem ihre Parteilosigkeit. Thematisch setzten sie sich für eine Stärkung der Gemeinden ein, indem sie sich etwa gegen erzwungene Gemeindefusionen und Privatisierung der Trink- und Abwasserversorgung positionierten. Zudem warben sie hinsichtlich der Kreistagswahl mit einer Verkleinerung des Kreistages um 20 Prozent sowie einem Mitwirkungsverbot von Mitgliedern des Landtages in ehrenamtlichen Kreistagen. Die Plakatwerbung oblag den einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten in eigener Verantwortung, weshalb über die genaue Anzahl und Verteilung an dieser Stelle keine Aussagen getroffen werden können.

Im Vergleich der Parteien ist generell festzustellen, dass überall auf eine vollständige räumliche Verteilung der Plakate statt auf einzelne Schwerpunkte gesetzt wurde.

Die NPD plakatierte in den meisten Gemeinden diesmal nicht mehr so aggressiv wie noch bei vorherigen Wahlen.²⁴ Grund hierfür mag die derzeit angespannte finanzielle Lage der Partei sein, sodass sie Plakate der Bundes- und Landtagswahlen quasi recycelten und wiederverwendeten. Sowohl die Anzahl lies nach, als auch neue Wahlsprüche.

In den Medien gab es anlassbezogen wiederholt Berichte über den Flughafen Rostock-Laage, was von den Parteien jedoch nicht weiter aufgegriffen wurde. Interessant scheint ansonsten lediglich eine gewisse Häufung von Artikeln zu Windkraftanlagen. Auch das Antreten der „Bürgerinitiative gegen neue Windkraftanlagen“²⁵ zur Gemeinderatswahl in Satow verrät eine grundsätzliche Skepsis in Teilen der Bevölkerung. Die

²⁰ SPD Landkreis Rostock, Zukunft beginnt vor Ort: SPD Wahlprogramm für den Landkreis Rostock, abrufbar unter: <http://www.spd-landkreis-rostock.de/wp-content/uploads/2014/03/Kreis-Wahlprogramm-2014.pdf> (Stand: 31.05.2014).

²¹ Vgl. Interview mit CDU Kreisgeschäftsführerin Kathrin Röwert. 06.06.2014.

²² Vgl. Interview mit FDP Kreisvorsitzende Petra Benkenstein, 06.06.2014.

²³ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, Unser Wahlkampf im Landkreis, abrufbar unter: <http://www.gruene-landkreis-rostock.de/Detail.2283+M5061af54207.0.html> (Stand: 06.06.2014).

²⁴ Vgl. Interview mit Kreistagspräsidentin Ilka Lochner-Borst. 06.05.2014.

²⁵ O. A., Satow: Freie Wählergruppe tritt zusammen mit Bürgerinitiative an, Norddeutsche Neueste Nachrichten, abrufbar unter: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A20&T_FORMAT=5&DOKM=67894_NNN_0&TREFFER_NR=6&WID=-53852-7510804-61824_15 (Stand: 08.06.2014).

Freien Wähler positionierten sich auf ihrem Flyer gegen die Errichtung von Windkraftanlagen ohne Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger.

3.2 Einzelbewerber und Bürgermeister

Neben den Parteien und der Wählergemeinschaft der Freien Wähler stellten sich 2014 auch neun Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber zur Wahl, nachdem es bei der vorherigen Wahl nur fünf waren, von denen wiederum nur einer den Sprung in den Kreistag schaffte. Von diesen genannten traten nun vier wieder an. Wolfgang Wehrmann und Thorsten Semrau jedoch nicht mehr als Einzelbewerber, sondern der erstgenannte für die AfD und der letztere für die CDU. Unter den neun Einzelbewerbern befanden sich unter anderem auch die Bürgermeister von Teterow, Dr. Reinhard Dettmann, und Stäbelow, Toni Reincke.

Erstgenannter sitzt seit 1990 im Kreistag und stützte sich im Vorfeld der Wahl auf seine Bekanntheit. Sein Wahlkampf war eigenen Aussagen zufolge reduziert, indem er lediglich durch eine Annonce in der Zeitung und einige Plakate auf seine erneute Kandidatur aufmerksam machte.²⁶ Auch die anderen Einzelbewerber wollten die Gunst der Wähler durch ihre regionale Popularität gewinnen, sodass sie sich auf einen verhaltenen Wahlkampf mit vereinzelt Porträts beschränkten.

Desweiteren ist die Anzahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern insofern von besonderem Interesse, als dass sich unter den 69 Vertretern im Kreistag in der abgelaufenen Legislaturperiode 13 von ihnen befanden. Zur Kommunalwahl 2014 standen inklusive der erwähnten Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber nun sogar 25 haupt- und ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf den Wahlzetteln. Wie es auch in anderen Landkreisen der Fall ist, sieht sich der Güstrower Kreistag deshalb dem Vorwurf ausgesetzt, ein „Bürgermeisterparlament“ zu sein. Der Kern der Kritik richtet sich auf die Problematik, dass Interessenskonflikte zwischen den beiden Ämtern auftreten und Vorhaben des Kreistages gezielt durch die Gemeinde- und Ortsvorsteherinnen und -vorsteher blockiert werden können.²⁷

Im Übrigen war das Geschlechterverhältnis unter den Bürgermeisterkandidaten und Bürgermeisterkandidatinnen stark unausgeglichen. 2 Bürgermeisterinnen standen 24 Bürgermeister bei der Wahl gegenüber.

4 Wahlergebnisse

4.1 Parteien und Wählergemeinschaften

Dem Landestrend folgend ging mit 38,3 Prozent die CDU als klarer Sieger aus der Kommunalwahl hervor. Dies bedeutete einen Zugewinn von 9,5 Prozentpunkten, ein Erfolg, den sie in dieser Größenordnung in keinem anderen Landkreis erzielen konnte. Somit erreichte die CDU im Landkreis Rostock ihr zweitstärkstes Ergebnis hinter dem Landkreis Vorpommern-Rügen. Konträr zu dieser positiven Entwicklung konnte die SPD ihren Wahlerfolg von 2011 nicht wiederholen. Sie verlor 11,2 Prozentpunkte, sodass sie lediglich 18,8 Prozent erreichte. Nur in Nordwestmecklenburg hatte sie höhere Verluste zu verzeichnen. Infolgedessen ist die CDU nun mit 26 Mandaten stärkste Fraktion, die SPD hingegen kommt nur noch auf 13 Sitze. Für diese Verschiebungen können drei Gründe angeführt werden:

Erstens fiel die Kommunalwahl 2014 nicht mit einer Landtagswahl zusammen und somit der „Selling-Effekt“ nicht ins Gewicht. Zweitens fand die Kommunalwahl in der Mitte der Legislaturperiode des Landes statt, wodurch das Ergebnis der SPD möglicherweise mit dem sogenannten „midterm blues“ zusammenhängt. Verluste der Regierungsparteien zur Mitte ihrer Amtszeit sind in der Politik nichts Ungewöhnliches. Drittens haben die Sozialdemokraten ihren Generationenwechsel zu spät eingeläutet. Bekannte Gesichter traten nicht mehr zur Wahl an, die junge, nachfolgende Generation verfügt aber noch nicht über

²⁶ Vgl. Interview mit Dr. Reinhard Dettmann. 30.04.2014.

²⁷ Vgl. Interview mit Kreistagspräsidentin Ilka Lochner-Borst. 06.05.2014.

die Popularität, um auf Kommunalebene Stimmen zu gewinnen. „Die müssen sich vor Ort bekannt machen, damit sie gewählt werden“, schätzt auch Erwin SELLERING ein.²⁸

Vom schlechten Abschneiden der SPD profitierte trotz leichter Verluste Die LINKE, die mit 19 Prozent die zweitmeisten Stimmen erhielt und somit weiterhin 13 Abgeordnete stellt. Für ihre Verhältnisse schmerzhaft Verluste mussten Bündnis 90/Die Grünen (-2,0 Prozentpunkte) und FDP (-1,0 Prozentpunkte) hinnehmen, die damit einhergehend jeweils einen Sitz verloren. Ihr Ergebnis nahezu verdoppeln konnten die Freien Wähler, die nun 4,9 Prozent der Stimmen und somit drei statt wie bisher zwei Sitze erhielten. Die Wählergemeinschaft AUF, erhielt mit 0,8 Prozent der Stimmen ebenfalls einen Sitz.

Überraschend war der hohe Verlust der NPD mit 1,2 Prozentpunkten. Mit David Petereit hatte ein Politiker der Landesebene kandidiert, sodass man davon ausging, dass dieser der rechtsextremen Partei weitere Stimmengewinne zuführen könnte. Allerdings gelang nur Nils Matischewitz und Dirk Sussemihl der Einzug in den Kreistag, Petereit konnte hingegen bloß 17,9 Prozent der NPD Stimmen für sich gewinnen und erlangte damit keinen Sitz in Güstrow. Als Erklärung dafür könnte zum einen die Anklage der Volksverhetzung gegen Petereit und die damit einhergehende mediale Berichterstattung über seine Person herangezogen werden. Während dies die Stammwählerschaft nicht abgeschreckt, sondern womöglich sogar motiviert haben mag, bestärkten die Schlagzeilen bei den Protestwählern eventuell die Vorsicht. Insgesamt scheint es so, als hätten die Rechtsextremen zwar ihre Stammwählerinnen und -wähler mobilisieren können, doch das Protestpotenzial, das ihnen sonst zu besseren Ergebnissen verholfen hat, scheinen sie bei dieser Wahl nicht für sich gewonnen zu haben.

Es kann vermutet werden, dass sich diese Klientel dieses Mal für die AfD entschieden hat. Dies lässt sich zwar nicht belegen, könnte aber auch eine Erklärung für die 3,6 Prozent darstellen, die die AfD bei ihrer ersten Kandidatur im Landkreis Rostock auf kommunaler Ebene erreichte. Mit der AfD scheint eine Konkurrenz für die NPD gewachsen zu sein, die vor allem die bürgerlichen Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen konnte.

Zudem ist die bereits erwähnte angespannte finanzielle Situation und die daraus resultierende Budgetbeschränkung für die Kommunalwahlkampf der NPD eine weitere Erklärungsmöglichkeit.

Tab. 3: Ergebnis der Kommunalwahl 2014

Wahlvorschlag	2014 Absolut	2014 Prozent	2014 Sitze
CDU	94.986	38,3	26
SPD	46.538	18,8	13
Die LINKE	47.158	19,0	13
Bündnis 90/Die Grünen	13.335	5,4	4
NPD	6.977	2,8	2
FDP	9.091	3,7	3
AUF	1.974	0,8	1
AFD	9.030	3,6	3
Freie Wähler	12.084	4,9	3
Einzelbewerber	6.931	2,9	1
Wahlbeteiligung	47,7 %		

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Vergleicht man das Ergebnis der Kommunalwahl 2014 mit dem von 2009, da jene nicht mit einer Landtagswahl zusammen fiel, lassen sich drei Richtungen erkennen. Erstens kann die CDU sowohl in den Wahlgebieten 1 bis 7 (ehemals Kreis Doberan) als auch in den Wahlgebieten 8 bis 13 (ehemals Kreis Güstrow) Gewinne von 4,5 und 6,0 Prozentpunkten verzeichnen. Damit bestätigt sich der landesweite Trend auch in Bezug auf die Altkreise. Zweitens verliert die SPD in beiden Altkreisen. Diese Verluste sind

²⁸ Lisa Kleinpeter/Thomas Volgmann, Gute Laune nur bei der Union, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten, 26.05.2014.

jedoch nicht so hoch wie in Relation zu den Ergebnissen von 2011. In Doberan kommen die Sozialdemokraten auf 18,1 Prozent, ein Ergebnis leicht unter dem Landkreisschnitt. In Güstrow hingegen erreichen sie 19,7 Prozent, was über dem Ergebnis der SPD für den gesamten Landkreis liegt. Sie verlieren zwar 2,2 bzw. 1,0 Prozentpunkte, was einerseits den „Selling-Effekt“ von 2011 nochmals bekräftigt, andererseits aber auch eine Normalisierung aufzeigt. Die Ergebnisse gleichen sich an, die Kommunalwahl 2011 ist demnach eher als Ausnahmeerscheinung zu verstehen. Ähnlich verhält es sich auch bei den Parteien Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben verglichen mit 2009 im Altkreis Doberan leichte Gewinne (1,2 und 0,9 Prozentpunkte) und im Altkreis Güstrow leichte Verluste (1,8 und 0,2) erzielt. Drittens ist der größte Verlierer in den beiden alten Kreisen die FDP. Ihre hohen Stimmenanteile 2009 von 13,4 Prozent in Doberan und 6,9 Prozent in Güstrow können auf den damaligen Bundestrend zurückgeführt werden. Die jetzigen Verluste von 9,5 und 3,6 Prozentpunkten bestätigen jenen ebenso.

Tab. 4: Vergleich der Kreistagswahlen 2009 und 2014

Wahl- vorschlag	2009 Landkreis Doberan		2009 Landkreis Güstrow		2014 ehemals Landkreis Doberan		2014 ehemals Landkreis Güstrow	
	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent
CDU	50029	32,8	36125	33,9	53678	37,3	41308	39,6
SPD	30914	20,3	22045	20,7	26010	18,1	20528	19,7
Die LINKE	29679	19,5	19677	18,5	29767	20,7	17391	16,7
Bündnis 90/ Die Grünen	9004	5,9	3890	3,7	9735	6,8	3600	3,5
NPD	4909	3,2	3385	3,2	3784	2,6	3193	3,1
FDP	20406	13,4	7344	6,9	5646	3,9	3445	3,3
AUF	-	-	1776	1,7	767	0,5	1207	1,2
AfD	-	-	-	-	5773	4,0	3257	3,1
Freie Wähler	-	-	3785	3,6	6440	4,5	5644	5,4

Quelle: eigene Darstellung.

Beim Ergebnis von Bündnis 90/Die Grünen ist zusätzlich noch auffällig, dass sie in den alten Kreisen von Bad Doberan und Güstrow stark unterschiedliche Ergebnisse erzielten. Das um 3,3 Prozentpunkte bessere Ergebnis kann vermutlich auf die räumliche Nähe zur Hansestadt Rostock zurückgeführt werden.

Ein ähnliches Stadt-Land-Gefälle lässt sich zum wiederholten Male auch bei der CDU beschreiben.²⁹ Vorwiegend in größeren Städten des Landkreises wie Bad Doberan und Güstrow konnten die Christdemokratinnen und Christdemokraten nur unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.

Neben den Wahlergebnissen bleibt im Landkreis Rostock auch die Wahlbeteiligung ein interessanter Aspekt. Es wählten 47,7 Prozent der Wahlberechtigten, womit die Beteiligung etwas über dem landesweiten Durchschnitt liegt. Aufgeschlüsselt auf die ehemaligen Kreise Bad Doberan und Güstrow, ergibt sich folgendes Bild: die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den Wahlbereichen 1 bis 7 liegt bei 50,13 Prozent. Auffällig ist der Wahlbereich 4 (Amt Warnow West), in dem mit 58,2 Prozent die höchste Wahlbeteiligung im Landkreis erzielt wurde. Auch der Wahlbereich 7 konnte eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung erreichen. 52,6 Prozent der Wahlberechtigten hier gaben ihre Stimme ab. Bemerkenswert ist, dass beide Wahlbereiche direkt an die Stadt Rostock grenzen. Hingegen liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den Wahlbereichen 8 bis 13, die 2009 noch den Landkreis Güstrow bildeten, bei 44,22 Prozent. Auffällig sind die Wahlbereiche 9 und 10 (Güstrow Stadt 1 und 2), da dort lediglich 35,3 und 35,6 Prozent der Wahlberechtigten wählten, was die niedrigste Wahlbeteiligung im gesamten Landkreis bedeutet. Insgesamt bestätigt sich damit der bekannte Unterschied aus den alten Kreisen Bad Doberan und Güstrow.

²⁹ Vgl. Posselt/Stieler/Stolzenberg, Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Mittleres Mecklenburg, in: Schoon/Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009. S. 80.

Im Güstrower Kreistag sind nach der Wahl 15 der 69 Sitze von Frauen besetzt, in der vorherigen Legislaturperiode waren es 12. Etwas mehr als ein Fünftel der Abgeordneten im Kreistag sind somit weiblich. Selbst auf den bei weitem nicht geschlechterparitätisch besetzten Kandidatenlisten der Parteien fand sich ein höherer Frauenanteil. Deshalb muss womöglich auch das Stimmverhalten der Wählerinnen und Wähler kritisch betrachtet werden. Die LINKE entsendet von nun an mit Abstand die meisten Frauen zu den Kreistagssitzungen: Auf sieben der 13 Plätze sitzen weibliche Vertreter. Von den beiden anderen „großen“ Parteien, CDU und SPD, schafften es nur drei beziehungsweise zwei Vertreterinnen in den Kreistag. Die Christdemokraten haben mit 11,5 Prozent den niedrigsten Frauenanteil aller Fraktionen, in denen Frauen vertreten sind.

4.2 Einzelbewerber und Bürgermeister

Von den neun Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern konnte sich erneut lediglich Dettmann durchsetzen. Als Bürgermeister von Teterow vereinte er im Wahlbereich 11 13,1 Prozent aller gültigen Stimmen auf sich, doch auch in den umliegenden Gemeinden punktete er mit seiner Popularität. Mit insgesamt 4.150 Stimmen erhielt er die anderthalbfache Anzahl der Stimmen der anderen acht Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern zusammengekommen. Hatten die fünf Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern, die 2011 antraten, insgesamt 1,8 Prozent der Stimmen auf sich vereint, so konnten sie im Mai 2014 zusammen 2,9 Prozent der Stimmen gewinnen, der größte Anteil entfiel mit 1,7 Prozent auf Herrn Dr. Dettmann.

Tab. 5: Wahlergebnis der Einzelbewerber

Einzelbewerber	KMW 2014 Prozent	KMW 2014 Absolut	KMW 2014 Sitze
Brotsch, Erwin	0,1	283	0
Dr. Dettmann, Reinhard	1,7	4150	1
Heinrich, Siegfried	0,1	179	0
Neick, Wilfried	0,1	184	0
Nelson, Rosemarie	0,1	321	0
Reincke, Toni	0,4	909	0
Röse, Matthias	0,2	406	0
Schroeder, Ronny	0,0	96	0
Sell, Kevin	0,2	403	0

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Auch andere Persönlichkeiten des Landkreises konnten mit ihrer Bekanntheit die Ergebnisse ihrer Parteien steigern. Dies gilt vor allem für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, wie ein Blick auf die einzelnen Wahlbereiche zeigt. Unter anderem erzielte die CDU in Wahlbereich 8 ihr mit Abstand höchstes Ergebnis von 49 Prozent, was mit den hohen Stimmengewinnen von Laages Bürgermeisterin, Ilka Lochner-Borst, und dem zugleich neugewählten Bürgermeister von Gnoien, Lars Schwarz, zusammenhängt. Ähnliches kann man in Wahlbereich 5 beobachten, dort erreichten die Freien Wähler 16,2 Prozent und damit ein 11,3 Prozentpunkte höheres Ergebnis als im gesamten Landkreis Rostock. Über 1.800 Stimmen konnte Matthias Schauer, Bürgermeister von Schwaan, dort auf sich vereinen. Das beste Ergebnis der FDP im Wahlbereich 6, das um 3,6 Prozentpunkte höher ist als das Ergebnis im gesamten Landkreis, lässt sich ebenso mit der Bekanntheit einer Person erklären: Joachim Hünecke, der Bürgermeister von Sanitz, gewann dort 6,6 Prozent für die FDP. Auch Bündnis 90/Die Grünen profitierten von der Bekanntheit eines ihrer Kandidaten. Der Bürgermeister von Kirch Mulsow, Thomas Jenjahn, erhielt in seinem Wahlbereich 5,6 Prozent der Stimmen. Insgesamt hatte die Partei dort mit 9,8 Prozent eines ihrer besten Wahlergebnisse im Landkreis erreicht. Die Aufstellung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern hatte offensichtlich einen positiven Effekt auf das Wahlergebnis. Besonders die CDU scheint von der Bekanntheit ihrer Kandidatinnen und Kandidaten in diesem Amt profitiert zu haben, da diese größtenteils viele Stimmen für die Partei ziehen konnten. Von nun an werden elf haupt- und ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Güstrower Kreistag vertreten sein und somit zwei weniger als in der abgelaufenen Legislaturperiode. Sieben von ihnen gehören der Fraktion der Christdemokra-

tinnen und Christdemokraten an. Dies zeigt, dass die CDU ihren Konkurrenten nicht nur in der Anzahl der Kandidaten und Kandidatinnen, sondern auch hinsichtlich deren Popularität überlegen ist.

Ein weiterer Hinweis darauf, dass bekannte Politiker der Landes- und Bundesebene Stimmengewinne ermöglichen, zeigen die Resultate von Prof. Dr. Wolfgang Methling in Wahlbereich 4, wo Die LINKE ihr höchstes Ergebnis von 25,2 Prozent erzielte. Die Linkspartei war als einzige Partei mit einem landkreisweiten Spitzenkandidaten in die Kommunalwahl gezogen. Methling, ehemaliger Landtagsabgeordneter und stellvertretende Ministerpräsident sowie zum Zeitpunkt der Wahl im Bundesvorstand seiner Partei, konnte auch in anderen Wahlbereichen mit seiner Bekanntheit und Popularität viele Stimmen für Die LINKE ziehen. Er gewann insgesamt 21.478 Stimmen und somit allein 8,6 Prozent im Landkreis Rostock. Auch Peter Stein, MdB, konnte in Wahlbereich 7 über 40 Prozent der CDU-Stimmen auf seine Person vereinen.

5 Fazit

Bei einer abschließenden Bewertung der Kommunalwahlen im Landkreis Rostock ist zum einen der ruhige und schwach ausgeprägte Wahlkampf im Großkreis auffällig. Die nicht vorhandenen Streitthemen sind eine Erklärung. Aber auch die Popularität der Kandidaten und Kandidatinnen vor Ort, und die damit nicht notwendige Bekanntmachung jener in Form von zahlreichen Wahlplakaten, kommt noch hinzu.

Im Vergleich der Ergebnisse der großen Parteien mit denen von 2009, als noch in den Kreisen Doberan und Güstrow gewählt wurde, lässt sich eine Normalisierung beobachten. Die Wahl 2011, bei der die Sozialdemokraten durch die Gleichzeitigkeit mit der Landtagswahl und dem damit einhergehenden „Selling-Effekt“ ein überdurchschnittlich starkes Resultat erreichen konnte, ist im Langzeit-Vergleich der Wahlen auf kommunaler Ebene ein Ausreißer. Nun scheinen sich früher vorherrschende Kräfteverhältnisse wiederhergestellt zu haben. Zunächst bedeutet dies, dass die SPD kommunal die schwächere Partei bleibt. Allerdings könnte sie wieder stärker in Erscheinung treten, wenn die neuen Gesichter in den nächsten Jahren schnell Bekanntheit erlangen.

Wie sich 2009 schon andeutete, gab es keine großen Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse trotz der 2011 durchgeführten Kreisgebietsreform. Da sich die Ergebnisse in den Altkreisen auch bei den noch getrennten Wahlen bereits ähnelten, kann man keinesfalls von einer Veränderung der politischen Kultur durch die Kreisgebietsreform sprechen.

Für die Zukunft gilt es, die Entwicklung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Kreistag und bei der Wahl weiterhin zu beobachten. Gerade durch den fortlaufenden Mitgliederschwund aller Parteien und die zunehmenden Schwierigkeiten, Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlbereiche aufzustellen, könnte sich der Trend der Ämterverwicklung von Kreistagsabgeordneten und Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sogar noch verstärken. Wie die Wahl im Mai 2014 zeigte, wirkt sich die Bekanntheit von politischem Personal vor Ort sehr positiv auf das Ergebnis der jeweiligen Partei aus.

Unmittelbar personelle Konsequenzen könnte das Ergebnis auch im Verlauf der anstehenden Legislaturperiode haben, da die Amtszeiten der drei Landkreisdezernenten ablaufen und sie sich in den Ruhestand verabschieden werden. Bisher stellt die SPD alle drei Amtsträger zuzüglich des Landrates Sebastian Consten. Die CDU hat nach ihrem Wahlerfolg bereits Ansprüche in dieser Hinsicht angemeldet.³⁰

In der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 25. Juni 2014 nahm die CDU Matthias Kohlstedt von der AUF in ihre Fraktion auf, so dass diese Gruppe nun über 27 Sitze im Kreistag verfügt. Als stärkste Fraktion schlug die CDU/AUF auch die Kandidatin Ilka Lochner-Borst als Kreistagspräsidentin vor, die einstimmig (bei Enthaltung der NPD) in dieses Amt gewählt wurde. Neben den Fraktionen der SPD und Die LINKE, entstand noch eine Fraktion aus dem Zusammenschluss der FDP und dem Einzelbewerber Dettmann. Bündnis 90/Die Grünen bildeten eine Zählgemeinschaft mit den drei gewählten Vertretern der Freien Wähler Landkreis Rostock.

³⁰ Vgl. o. A.: Nach dem Wahlsieg will die CDU Spitzen-Posten im Kreishauses. Ostseezeitung 31.05./01.06.2014.

Landkreis Vorpommern-Rügen

Franziska Pietsch/Christopher Scheele

1 Einleitung

Der 2011 gegründete Landkreis Vorpommern-Rügen ist aufgrund seiner geographischen Struktur und seiner regional unterschiedlichen Kultur ebenso eine Herausforderung wie aufgrund seiner politischen Diversität. Der ehemalige Landkreis Nordvorpommern war eine der größten CDU-Hochburgen im Land, ihr schwächstes Ergebnis erreichten die Christdemokraten dort 1994 mit 41,1 Prozent. Von 1999 bis 2009 erreichte man dort jeweils Werte im Bereich von 48,0 bis 51,3 Prozent. Gleichzeitig waren in der Raumschaft auch überdurchschnittlich viele kleine Wählergemeinschaften auf der Kreisebene aktiv, denen jedoch trotz ihrer lokalbegrenzten Zielgruppen der Einzug in den Kreistag gelang. In der Hansestadt Stralsund war die CDU ebenfalls numerisch stärkste Kraft. In der Stadt am Strelasund hatten sich über die Jahre jedoch mit dem Forum Kommunalpolitik, Adomeit und Bürger für Stralsund gleich drei Wählergemeinschaften etabliert, die zusammen über 25 Prozent der Wählerstimmen kumulieren konnten; ein typisches Stadtphänomen.¹ Auffällig war vor allem, dass trotz urbaner Kulisse die Bündnisgrünen in der Hansestadt keine Rolle spielten. Deutschlands größte Insel, Rügen, hingegen war politisch zweigeteilt. Im agrarisch geprägten Westen war die CDU stark, wohingegen an der sogenannten Goldküste Rügens, dem touristisch geprägten Ostteil, Die LINKE ihre Hochburg besaß.² Überraschend war die Stärke der Wählergemeinschaft Bündnis für Rügen, die sich hier im zweitstelligen Prozentbereich hatte etablieren können und ihre Position über mehrere Wahlperioden behauptete. Die starke Wirtschaftsorientierung der Region Rügen begünstigte zudem die Ausbildung einer Hochburg für die FDP, die ebenfalls langfristig in den alten Kreisgrenzen bestand hatte, auch gegen Landes- und Bundestrend. Die Sozialdemokraten hatten über die Jahre hinweg stabile Diaspora-Gebiete ausgebildet und mussten mancher Orts bereits mit noch zweitstelligen Ergebnissen eine gewisse Zufriedenheit entwickeln.³

Die Kreisgebietsreform von 2011 hatte indes unter dem Einfluss der gleichzeitigen Landtagswahl bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen die Kräfteverhältnisse deutlich verändert. Die Kommunalwahl 2014 musste hingegen beweisen, inwieweit sich die regionalen Gegebenheiten in der gesamten Gebietskörperschaft in den letzten drei Jahren verändert hatten oder ob Stralsund, Nordvorpommern und Rügen ihre regionale politische Kultur erhalten hatten und ohne den „Selling-Effekt“ von 2011 wieder zu Abstimmungsergebnissen wie in den Altkreisen und der kreisfreien Hansestadt zurückkehren würden. Besonders für die SPD war damit eine große Chance verbunden, sich binnen drei Jahren im ehemaligen Diaspora-Gebiete zu profilieren und damit ohne Schützenhilfe von der Landesebene im Wettbewerb um Wählerstimmen zur politischen Konkurrenz aufzuschließen. Die regional orientierten Wählergemeinschaften standen vor einer Bewährungsprobe, inwieweit konnten sie im neuen Großkreis tatsächlich „ankommen“.⁴

¹ Vgl. Christopher Scheele, Die kommunale Ebene in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nessler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 269-299, hier: S. 288.

² Vgl. Christopher Scheele: Die Kommunal- und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 123–134, hier: S. 128.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. ebd., S. 124.

2 Ausgangslage

Durch die Gleichzeitigkeit der Landtags- und Kommunalwahl 2011 kam es zu einem deutlichen Überlagerungseffekt, von dem vor allem die SPD stark profitierte. Dies wird vor allem dann deutlich, wenn man einmal die Ergebnisse der Kommunalwahl 2009 auf die Strukturen nach der Kreisgebietsreform umrechnet und sie vergleicht. So konnte die SPD rund 7,5 Prozentpunkte im neuen Landkreis hinzugewinnen, während die CDU 5,2 Prozentpunkte auf das 2009er Ergebnis verlor. Damit verfehlte Rot-Rot-Grün zwar die absolute Mehrheit um drei Mandate, jedoch bedeutete dies gerade im ehemaligen Nordvorpommern eine Zäsur, hatte die CDU hier 1999 und 2004 doch die absolute Mehrheit besessen und diese 2009 nur knapp um zwei Mandate verfehlt. Der Einfluss von Wählergemeinschaften wie Bürger für Stralsund und Bürger für Rügen wurde durch die neue Kreisaufteilung marginalisiert, die diversen Wählergemeinschaften aus Nordvorpommern waren bereits in vorauseilemdem Gehorsam einer befürchteten Niederlage gar nicht mehr zur Kreistagswahl angetreten. Vor allem die NPD hatte von den neuen Kreisstrukturen profitieren können, so konnte sie erstmals flächendeckend im neuen Landkreis kandidieren und somit ihre Personalprobleme kaschieren. Etwas überraschend konnte Michael Adomeit trotz lokaler Begrenzung auf die Hansestadt Stralsund sein Kreistagsmandat verteidigen. Die Bündnisgrünen konnten ebenfalls von der neuen Situation profitieren und mit 6,2 Prozent in Fraktionsstärke in die Kreisvertretung einziehen.⁵

Tab. 1: Ergebnis der Kommunalwahl 2014 im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2011		Veränderung zu 2009
	Prozent	Sitze	Prozentpkt.
CDU	35,1	24	-5,2
Die LINKE	19,5	14	-0,6
SPD	19,4	14	+7,5
FDP	4,8	3	-4,8
Bündnis 90/Die Grünen	6,2	4	+3,9
NPD	4,3	3	+2,1
Bauernverband	3,1	2	+1,5
Bündnis für Rügen (BfR)	2,8	2	-0,8
Bürger für Stralsund (BfS)	3,0	2	+0,2
Adomeit	1,0	1	-0,3
Einzelbewerber	0,8	-	-3,3
Wahlbeteiligung	48,1		+3,1

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, eigene Berechnungen.

Wie unterschiedlich die politische Ausgangslage in drei ehemaligen Gebietskörperschaften ist, lässt sich anhand der Landratswahl 2011 im neuen Landkreis einordnen. Die Kandidaten, Ralf Drescher für die CDU und Kerstin Kassner für Die LINKE, gingen als Amtsinhaber in den jeweiligen Altkreisen ins Rennen. Bei den Wahlen 2008 hatte Drescher mit 65,2 Prozent zu 19 Prozent des Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN das Rennen gemacht, wohingegen Frau Kassner dies mit 68,3 Prozent zu 17,8 Prozent des CDU-Kandidaten gelang. Bei der Landratswahl 2011 profitierte Drescher im ersten Wahlgang deutlich vom defekten linken Lager, als Die LINKE, SPD und Bündnisgrüne zusammen 57,5 Prozent der Stimmen erreichten. Im zweiten Wahlgang konnte sich Drescher dann mit einem Vorsprung von 2.127 Stimmen durchsetzen.⁶

Mit Blick auf die Parteien und Wählergemeinschaften stellte die neue Situation einige Herausforderungen und gleichzeitige Chancen dar. Die CDU hatte trotz aller Verluste die Position der größten Fraktion verteidigen können und stellte zudem die Verwaltungsspitze. Die Christdemokraten standen konzeptionell eher vor dem Problem drei ehemalige (Kreistags-)Fraktionen, die allesamt eine gewisse Führungsrolle gewohnt waren, zu synchronisieren, um nicht in den eigenen Reihen Machtkämpfe entstehen zu lassen.

⁵ Vgl. ebd., S. 125.

⁶ Vgl. ebd., S. 131.

Diese Machtkämpfe waren gerade bei Die LINKE ein ständiger Begleiter im Zuge der Kreisgebietsreform. Der innerparteiliche Graben zwischen Antikapitalistischer Linke (AKL) und den Pragmatikern zeigte sich deutlich bei den Strukturreformen infolge der Kreisgebietsreform. Während die Kreisverbände Nordvorpommern und Rügen sehr schnell eine Einigung bzgl. einer Fusion (Vorpommern-Rügen) unter dem Vorsitz der Pragmatikerin Kerstin Kassner fanden, widersprach der Kreisverband Stralsund unter Führung der Ex-Sozialministerin und AKL-Mitglied Marianne Linke. Vermutlich fürchtete die AKL einen massiven Verlust an Einfluss. Auch wenn der Versuch der Landespartei knapp scheiterte, Stralsund zwangsweise in den neuen Kreisverband zu integrieren, so führte diese Situation vor Ort leicht verständlich zu organisatorischen Nachteilen und weiteren Spannungen.⁷

Die SPD hingegen besaß für drei Jahre die einmalige Chance sich als politische Alternative zu den bisherigen Machtverhältnissen zu empfehlen. Zudem stand die Frage im Raum, inwieweit man den Wahlerfolg auch nützen könne, die chronisch schwache Verankerung in der Bevölkerung zu verändern. In einer ähnlichen Situation befanden sich die Bündnisgrünen, die ebenfalls mit Hilfe des Landtagswahleffektes erstmals hatten Fraktionsstärke erreichen können und nun vor denselben Aufgaben wie die Sozialdemokraten standen.

Bei der FDP musste die Strategie lauten, den Nimbus der Wirtschaftspartei im neuen Landkreis von ihrer Hochburg zunächst auf den Wirtschaftsstandort Stralsund zu transferieren und dort eine Basis zu entwickeln. Das Umfeld der Volkswerft und die Rolle Stralsunds als Mittelzentrum boten dafür eine grundsätzlich günstige Grundlage.

Die Perspektive des Bauernverbandes auf die Wahlperiode war mit Blick auf die sozioökonomischen Kennzahlen und die regionalen Strukturen eine positive. Aus einer gesicherten Stammwählerklientel heraus konnte von allen Kreistagsmitgliedern unter dem geringsten Druck agieren, die Wahrscheinlichkeit für eine Bestätigung des Ergebnisses von 2011 mit am größten war.

Für die drei lokal orientierten Wählergemeinschaften BfR, BfS und Adomeit konnte es in den drei Jahren bis zur Wahl 2014 eigentlich nur um die Stärkung ihrer Rolle vor Ort gehen und den Ausbau ihrer Position als Anwalt der Region im Großkreis.

3 Wahlkampf

Zur Wahl des Kreistags Vorpommern-Rügens traten insgesamt sieben Parteien an.⁸ Neben den etablierten Parteien CDU, SPD, die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gehörte dazu erstmals die AfD. Zwölf Wahlvorschläge reichte die Partei ein, mit zwei Frauen. (siehe Tab. 2)

Die NPD schickte in diesem Jahr sechs Kandidierende ins Rennen um die Kreistagssitze. Unter ihnen die drei Kreistagsmitglieder Karsten Münchow, Dirk Arendt und Fanny Arendt. Neu auf der Bewerberliste war Andreas Teller aus Sundhagen. Rolaf Gorgs und Tony Lomberg hingegen kandidierten im Mai 2014 nicht mehr. Letzterer wurde bereits im August 2011 wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt, woraufhin er damals seine Landtagskandidatur zurückzog.⁹

Der CDU gelang es erneut die meisten Mitglieder zu einer Kandidatur zu bewegen, 74 Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich zur Wahl, darunter sechs hauptamtliche Bürgermeister. Auch landespolitische

⁷ Vgl. Christopher Scheele, Die PDS/LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 87–108, hier: S. 106.

⁸ Vgl. Die Landeswahlleiterin, Anlage 2 zur Presseinformation Nr.3/2014, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=117565 (Stand: 05.06.2014).

⁹ Vgl. Oliver Cruzcampo, Dokumentation: Die NPD zur Kommunalwahl in M-V, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/dokumentation-die-npd-zur-kommunalwahl-in-m-v.html> (Stand: 06.06.2014).

Partei-Prominenz war mit Landeswirtschaftsministern Harry Glawe aus Grimmen und den Landtagsmitgliedern Dietmar Eifler, Burkhard Lenz und Heino Schütt auf der Kreisebene aktiv.¹⁰

Die SPD fand sich mit den zweitmeisten Kandidaturen auf den Wahlzetteln wieder, mit 60 Kandidatinnen und Kandidaten zeigt sich hier bereits ein deutlicher Unterschied zur CDU. Unter den Wahlmöglichkeiten befand sich auch Bundestagsabgeordnete Sonja Steffen, sowie die MdL Susann Wippermann und Ingulf Donig sowie der Bürgermeister der Gemeinde Barth, Dr. Stefan Kerth.

Trotz Wahlniederlage der FDP bei der Bundestagswahl 2013 und der lediglich drei Mandate im Kreistag Vorpommern-Rügen, trat die Partei mit überraschend vielen Bewerberinnen und Bewerbern im Landkreis an.¹¹ Mit 44 Wahlvorschlägen liegt die Partei damit hinter der SPD und CDU. Allerdings ist Frauenanteil im Vergleich mit den anderen etablierten Parteien bei der FDP am niedrigsten.

Nachdem die Bündnis 90/Die Grünen 2011 zum ersten Mal in den Kreistag Vorpommern-Rügen einzogen, war im Vorfeld der diesjährigen Wahl ungewiss, ob es ihnen gelingen würde den Fraktionsstatus, für welchen mindestens vier Mandaten vonnöten sind, aufrecht zu erhalten.¹² Insgesamt stellte der Kreisverband 22 Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl im Mai auf, Spitzenkandidatin war die Landesvorsitzende der Partei, Claudia Müller.

Bei der Partei Die LINKE sorgte im Vorfeld der Wahlen der Kreisverband Stralsund für Aufsehen. Im Zuge der Aufstellung der Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahl kam es zu Unregelmäßigkeiten. Nach Angabe einzelner Mitglieder wurden nicht alle Berechtigten für die Kandidatinnen- und Kandidatenwahl am 1. Februar 2014 ordnungsgemäß eingeladen. Darüber hinaus soll Marianne Linke während der Wahl, trotz eigener Kandidatur, unablässig in die Arbeit der Wahlkommission eingegriffen haben. Die Landesschiedskommission erklärte daraufhin die Wahl für ungültig und ordnete eine Wiederholung der Wahl an, welcher der Kreisverband nicht nachkam und gegen die Entscheidung Widerspruch einlegte.¹³ In Folge dessen konstituierte sich die Wahlalternative „LINKE offene Liste“ (LoL) unter Federführung von Uwe Jungnickel. Auf die Wahl der Kreistagskandidatinnen und -kandidaten hatte der lokale, parteiinterne Konflikt keinen großen Einfluss. Ausschließlich bei der Wahl des Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin für die Stralsunder Wahlbereiche 5 und 6¹⁴ fand eine Kampfkandidatur zwischen Wolfgang Meyer (der LoL nahestehend) und Marina Klatte (Die LINKE Stralsund) statt.¹⁵ Letzten Endes traten für den Kreisverband Vorpommern-Rügen 37 Bewerberinnen und Bewerber, mit dem im Vergleich höchsten Frauenanteil von 45,9 Prozent, im Wettbewerb um die Kreistagsmandate an.

Insgesamt verlief der Wahlkampf sehr ruhig. Es gab kein den Wahlkampf dominierendes Thema. In Stralsund und Umgebung stand jedoch vor allem die Frage nach der Zukunft der Volkswerft und deren Arbeiterinnen und Arbeitern im Raum. Denn etwa einen Monat vor den Wahlen, am 22. April, stimmte die Landesregierung dem letztlichen Verkauf der Werft an die Nordic Yards Gesellschaft zu.¹⁶ Sowohl CDU als auch SPD bekannten sich als Regierungsparteien des Landes, sowie des Kreises, weiterhin zu der Stralsunder Werft als Wirtschafts- und Produktionsstandort.¹⁷

¹⁰ Vgl. o. A., Landespolitiker treten in Kommunen zur Wahl an, NNN, abrufbar unter: <http://www.nnn.de/mv-uebersicht/mv-politik/landespolitiker-treten-in-kommunen-zur-wahl-an-id6338411.html> (Stand: 06.06.2014).

¹¹ Vgl. Bundeswahlleiter, Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013, abrufbar unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/ (Stand: 14.03.2014).

¹² Vgl. Jörg Köpke, Kommunalwahl: CDU will die stärkste Kraft im Land bleiben. Stralsund wählt Bürgerschaft. Im Kreistag kämpfen die Grünen ums Überleben, in: OZ Stralsunder Zeitung, 24./25.05.2014.

¹³ Vgl. Benjamin Fischer, Zerreißprobe bei Stralsunder Linken, in: OZ Lokal Hansestadt Stralsund, 14.03.2014.

¹⁴ Die Wahlbereiche unterliegen dem Wahlamt der Stadt Stralsund. Vgl. Der Landrat, Beschlussvorlage, abrufbar unter: https://ris.kreis-vr.de/sessionnet/bi_vr/getfile.php?id=33718&type=do (Stand: 19.06.2014).

¹⁵ Vgl. Interview mit Kreistagsmitglied und Mitglied des Stralsunder Kreisverbandes der LINKEN, Andreas Müller vom 09.06.2014.

¹⁶ Vgl. o. A., Viel Zustimmung für Verkauf der Volkswerft, NDR, abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Nordic-Yards-uebernimmt-Volkswerft-Stralsund,pswerften339.html> (Stand: 07.06.2014).

¹⁷ Vgl. CDU Vorpommern-Rügen, Harry Glawe: Werftstandort Stralsund mit neuer Zukunft, abrufbar unter: <http://www.cdu-vr.de/presse/aktuell.php?news=63> (Stand: 07.06.2014); SPD Vorpommern-Rügen, Kommunalwahlprogramm 2014-2019,

Außerdem beschäftigte viele Bürgerinnen und Bürger des Landkreises die Gerichtsstrukturreform, welche unter anderem die Schließung des Amtsgerichts Ribnitz-Damgarten und die Zusammenlegung des Amtsgerichts Bergen mit dem Stralsunder Amtsgericht umfassen sollte. Der Richterbund Mecklenburg-Vorpommern initiierte daraufhin ein Bürgerbegehren, für welches während der Wahlkampfzeit im Landkreis Unterschriften gesammelt wurden. Interessant im Hinblick auf den Wahlkampf der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker war die parteienübergreifende Unterstützung der Petition. So trat der CDU-Bürgermeister Ribnitz-Damgartens als einer der ersten Unterzeichner hervor und widersprach damit dem Kurs seiner landespolitisch agierenden Parteigenossinnen und Parteigenossen.¹⁸ Darüber hinaus bekannten sich die Bündnisgrünen, Die LINKE, das Bündnis für Rügen oder aber auch Einzelbewerberin Rita Falkert zu dem Volksbegehren des Richterbundes.¹⁹

Ausgenommen der CDU veröffentlichten alle großen Parteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, FDP) ein auf den Landkreis zurechtgeschnittenes, mehrseitiges Wahlprogramm. Die CDU beschloss auf ihrem Landesparteitag Anfang November 2013 in Greifswald lediglich Leitsätze christdemokratischer Kommunalpolitik, an welchen sich der Wahlkampf in den Kreisen orientieren sollte.²⁰

Alle etablierten Parteien, abgesehen von der SPD, hoben in ihren Wahlprogrammen bzw. Leitlinien, die Bewahrung der Unabhängigkeit der Gemeinden und ihrer Vertretungen hervor. Eine verbesserte finanzielle Ausstattung und Entlastung der Kommunen durch den Kreis, das Land und den Bund forderten wiederum alle. Des Weiteren waren die großen Themen der Programme: Bürgerbeteiligung, Transparenz, Bildung, Familien-/Generationenfreundlichkeit, die Probleme der Abwanderung der Jugend und Sicherung bzw. Neuschaffung von Arbeitsplätzen, sowie die damit einhergehende Förderung des Landkreises als Tourismusstandort. Die Parteien waren sich einig, dass die Bürgerinnen und Bürger vermehrt zu politischer Beteiligung motiviert werden müssen. Im Rahmen dessen unterstützten die SPD, Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP die Idee der Errichtung einer Kinder- und Jugendselbstvertretung, welche zukünftig auf den politischen Meinungsbildungsprozess im Kreistag Einfluss nehmen soll. Die CDU äußerte sich diesbezüglich nicht in ihren Leitsätzen. In den Wahlprogrammen wurden auch bundespolitisch relevante Themen, wie der demographische Wandel oder der Ausbau der erneuerbaren Energien, aufgegriffen, die jedoch gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern und dem Landkreis Vorpommern-Rügen von besonderer Relevanz sind. Demnach verlangten beispielsweise die Bündnisgrünen den Umstieg aller kommunalen Einrichtungen auf 100 Prozent Ökostrom oder die SPD, Maßnahmen zur Energieeinsparung. Der Ausbau regenerativer Energien wurde in allen Wahlprogrammen als Möglichkeit des Landkreises zur Schaffung neuer Arbeits-, sowie Ausbildungsplätze betrachtet und galt deshalb als besonders förderungswürdig. In dem Punkt Infrastruktur waren sich die Parteien insofern einig, dass ein effektiveres öffentliches Nahverkehrssystem entwickelt werden muss. Im Zuge dessen forderten die FDP, Die LINKE und die SPD die Wiederbelebung der Darß-Bahn. Die Bündnis 90/Die Grünen und die CDU äußerten sich zu dem Projekt nicht. Für die FDP war bezüglich der Infrastruktur, der Ausbau und die Erneuerung der Straßen von besonderer Bedeutung. Sie sprach sich, wie die SPD, für einen Weiterbau der B 96n ab Samtens auf Rügen aus. Die Bündnisgrünen positionierten sich strikt dagegen

abrufbar unter: http://www.spd-vorpommern-ruegen.de/index.php?mod=content&menu=11&page_id=85 (Stand: 07.06.2014).

¹⁸ Vgl. o. A., Bernsteinstadt macht mobil gegen Gerichtsreform, OZ, abrufbar unter: <http://www.ostseezeitung.de/Region-Rostock/Ribnitz-Damgarten/Bernsteinstadt-macht-mobil-gegen-Gerichtsreform> (Stand: 09.06.2014)

¹⁹ Vgl. Bündnis für Rügen, Was? Wer? Wie? Informationen zu den Wahlen am 25. Mai 2014, abrufbar unter: <http://www.buendnis-fuer-ruegen.de/> (Stand: 07.06.2014); Claudia Heiplick, Jede Stimme zählt: 690 Unterschriften übergeben, in: Ostsee Anzeiger, 07.05.2014; DIE LINKE Kreistagsfraktion Vorpommern-Rügen, Unterstützung des Volksbegehren zur Gerichtsstrukturreform, abrufbar unter: <http://www.fraktion-die-linke-kreistag-vorpommern-ruegen.de/nc/fraktionsarbeit/pressemitteilungen/detail/zurueck/pressemitteilung/artikel/unterstuetzung-des-volksbegehren-zur-gerichtsstrukturreform-kopie-1/> (Stand: 08.06.2014); Bündnis 90/Die Grünen, Für Land, Stadt und Insel: Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 25.05.2014, S.7, abrufbar unter: <http://www.gruene-vorpommern-ruegen.de/Wahlen-2014.3482.0.html> (Stand: 10.06.2014).

²⁰ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern, „Für unsere Heimat“: Leitsätze christdemokratischer Kommunalpolitik, abrufbar unter: <http://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/beschluesse.html> (Stand: 10.06.2014).

und betonten die Ausweitung des Radverkehrsnetzes, welche allerdings auch von allen anderen Parteien befürwortet wurde.²¹

Zusammenfassend betrachtet, lassen sich die Parteilinien und politischen Ausrichtungen in den jeweiligen Wahlprogrammen wiedererkennen. Während die SPD und Die LINKE ihre Schwerpunkte in den sozialen Bereichen setzten, stellten Bündnis 90/Die Grünen vergleichbar viele Lösungsansätze in den Bereichen Energieeinsparung, Umweltschonung und Naturschutz vor. Wohingegen für die FDP feststand, dass umwelt- und naturschutzbedingte Maßnahmen kein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung sein dürfen.²² Das Hauptaugenmerk der Partei lag auf dem Ausbau des Kreises als Wirtschafts- und Tourismusstandort.

In den neun Wahlbereichen standen neben den sieben Parteien, fünf Wählergruppen, sechs Einzelbewerber und eine Einzelbewerberin zur Wahl. Bis auf das Bündnis für Rügen²³ waren die Wahlvorschläge auf den Wahlzetteln aller Wahlbereiche zu finden.

Unter den Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern war Wolfgang Fröhlich der einzige, welcher sich zuvor bereits zur Kreistagswahl 2011 aufstellen ließ. Alle anderen bewarben zum ersten Mal als Einzelbewerber um Stimmen, woraus nicht zu schlussfolgern ist, dass die Bewerber keine kommunalpolitische Erfahrung aufwiesen.

So war Einzelbewerber Manfred Butter zuvor Parteiloses Mitglied der Stralsunder Bürgerschaft, dort hatte er sich der Fraktion Die LINKE angeschlossen, und bewarb sich 2014 nochmals für ein Mandat. Die einzige Frau unter den Einzelbewerbern Rita Falkert saß als Fraktionsvorsitzende der SPD in der Stadtvertretung Ribnitz-Damgartens.²⁴ Mario Galepp und Dr. Henning Heyden kandidierten beide neben der Kreistagswahl für die Wahl der Barther Stadtvertretung. Ersterer war schon in vorangegangener Legislaturperiode Mitglied des Gemeinderats. Zur Wahl 2009 trat er für die SPD an, beendete seine Amtszeit allerdings in den Reihen der CDU-Fraktion.²⁵ Auch der Einzelbewerber Sebastian Koesling von der Insel Rügen saß sowohl bis 2014 in der Garzer Stadtvertretung, als auch die letzten zwei Jahre im Kreistag für die CDU-Fraktion. Ob er noch immer politisch CDU nah zu verorten ist, ist unklar. Fakt ist jedoch, dass er sich für die Garzer-CDU in diesem Jahr nicht für die Wahl der Gemeindevertretung zur Verfügung stellte.²⁶ Kei-

²¹ Vgl. ebd.; Bündnis 90/Die Grünen, Für Land, Stadt und Insel: Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 25.05.2014, abrufbar unter: <http://www.gruene-vorpommern-ruegen.de/Wahlen-2014.3482.0.html> (Stand: 10.06.2014); DIE LINKE Kreisverband Vorpommern-Rügen, Wahlprogramm für die Kreistagswahlen am 25. Mai 2014 im Landkreis Vorpommern-Rügen, abrufbar unter: <http://www.fraktion-die-linke-kreistag-vorpommern-ruegen.de/fileadmin/kreise/musterkreis/NVP/2014-KreiswahlprogrammLkrV-R.pdf> (Stand: 10.06.2014); FDP Kreisverband Rügen, Programm zur Wahl des Kreistages des Landkreises Vorpommern-Rügen der Freien Demokratischen Partei – FDP 2014-2019, abrufbar unter: http://www.fdp-ruegen.de/wcsite.php?wc_b=23030 (Stand: 10.06.2014); SPD Vorpommern-Rügen, Kommunalwahlprogramm 2014-2019, abrufbar unter: http://www.spd-vorpommern-ruegen.de/index.php?mod=content&menu=11&page_id=85 (Stand: 07.06.2014).

²² Vgl. FDP Kreisverband Rügen, Programm zur Wahl des Kreistages des Landkreises Vorpommern-Rügen der Freien Demokratischen Partei – FDP 2014-2019, S. 7, abrufbar unter: http://www.fdp-ruegen.de/wcsite.php?wc_b=23030 (Stand: 10.06.2014).

²³ Das Bündnis für Rügen trat ausschließlich in den Wahlbereichen 5, 6, 7, 8 und 9 an. Geographisch betrachtet umfassen diese Wahlbereiche die gesamte Insel Rügen, Hiddensee und Stralsund. Vgl.: Der Kreiswahlleiter, Bekanntmachung über die Zulassung der Wahlvorschläge für die Kreistagswahl am 25. Mai 2014, abrufbar unter: http://www.lk-vr.de/media/custom/2152_1962_1.PDF?1395918312 (Stand: 06.06.2014); Der Landrat, Beschlussvorlage, abrufbar unter: https://ris.kreis-vr.de/sessionnet/bi_vr/getfile.php?id=33718&type=do (Stand: 19.06.2014).

²⁴ Vgl. Bernsteinstadt Ribnitz-Damgarten, Rita Falkert, abrufbar unter: <http://www.ribnitz-damgarten.de/de/politik-und-verwaltung/stadtvertretung/rita-falkert> (Stand: 08.06.2014).

²⁵ Vgl. Wahlleiter, Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses für die Wahl zur Stadtvertretung Barth am 25.05.2014, abrufbar unter: <http://www.stadt-barth.de/bekanntmachungen.php> (Stand: 07.06.2014); Stadt Barth, Gemeinderatswahl am 07.06.2009 in der Gemeinde Barth, Stadt, abrufbar unter: <http://www.stadt-barth.de/wahlen/wahlen2009/barth.htm> (Stand: 07.06.2014); Stadt Barth, Stadtvertretung der Stadt Barth, abrufbar unter: <http://www.stadt-barth.de/stadtvertretung.php> (Stand: 07.06.2014).

²⁶ Vgl. CDU Stadtverband Putbus-Garz, CDU Liste für Garz aufgestellt, abrufbar unter: http://www.cdu-putbus-garz.de/lokal_1_4_3_CDU-Liste-fuer-Garz-aufgestellt.html (Stand: 08.06.2014).

ner der angetretenen Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber veröffentlichte ein Wahlprogramm oder konnte gar eine Internetpräsenz vorweisen.

Das Bündnis für Rügen und der Bauernverband und ländlicher Raum bilden im Kreistag die gemeinsame Fraktion Bündnis Vorpommern-Rügen, erstellten 2014 aber erneut voneinander unabhängige Kandidatenlisten.²⁷ Das BfR hat es sich vor allem zur Aufgabe gemacht regionale Interessen im Kreistag weiter zu vertreten und kritisiert die Zusammenlegung der Kreise nach der Kreisgebietsreform 2011.²⁸

Die Stralsunder Wählergemeinschaften, Wählergruppe Adomeit und die Bürger für Stralsund traten beide ohne Wahlprogramm an. Dafür waren die BfS die einzige Wählergruppe mit einer Facebook-Präsenz, welche eigens für den Kommunalwahlkampf 2014 errichtet wurde und nach und nach die Kandidierenden vorstellte.²⁹

Tab. 2: Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistagswahl 2014 des Landkreises Vorpommern-Rügen

Partei	Kandidierende		Frauenanteil in Prozent
	Anzahl gesamt	Anzahl Frauen	
CDU	74	18	24,3
SPD	60	15	25,0
Die LINKE	37	17	45,9
Bündnis90/Die Grünen	22	6	27,3
NPD	6	1	16,7
FDP	44	8	18,2
AfD	12	2	16,7
Bauernverband	18	4	22,2
BfR	14	4	28,6
BfS	12	2	16,7
WG Wittenhagen	2	0	-
Adomeit	8	3	37,5
EB	7	1	14,3
Gesamt	309	90	29,1

Quelle: Kreiswahlleiter Vorpommern-Rügen, eigene Darstellung.

4 Wahlergebnis

Die Wahlbeteiligung sank um 3,2 Prozentpunkte, rückblickend auf die Jahre zuvor stellt dies im Wesentlichen eine Normalisierung dar. Die Anatomie des Wahlkampfes lieferte zudem keine Anhaltspunkte, die eine überdurchschnittliche Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler erwarten ließe.³⁰

Die CDU legte erwartungsgemäß kreisweit kräftig zu und konnte ein Plus von sechs Prozentpunkten und vier Mandate verzeichnen. Der neue Landkreis bietet dabei erste Anhaltspunkte, dass es sich auch hier ei-

²⁷ Vgl. Bündnis Vorpommern-Rügen, Das Bündnis, abrufbar unter: <http://www.buendnis-vr.de/index.php/bvr/dasbuendnis> (Stand: 07.06.2014).

²⁸ Vgl. Bündnis für Rügen, Was? Wer? Wie? Informationen zu den Wahlen am 25. Mai 2014, abrufbar unter: <http://www.buendnis-fuer-ruegen.de/> (Stand: 06.06.2014).

²⁹ Vgl. Bürger für Stralsund, abrufbar unter: <https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrger-f%C3%BCr-Stralsund/1450726918495313> (Stand: 09.06.2014).

³⁰ Vgl. Scheele, Die kommunale Ebene in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 282.

ne zukünftige Hochburg der Christdemokraten in traditioneller Anknüpfung an den Altkreis Nordvorpommern handeln wird. Dennoch sind die Konservativen auf Bündnispartner angewiesen, da die absolute Mehrheit deutlich um sieben Mandate verfehlt wurde. Der Blick in die ehemaligen Landkreise zeigt dabei, dass auch bei dieser Wahl die CDU in ihrer Hochburg Nordvorpommern nahezu unantastbar das Feld der Parteien anführt. Trotz veränderter Gebietsstrukturen und die Veränderungen durch zwischenzeitlich verschobene Machtstrukturen sind die Christdemokraten wieder zur Situation vor 2011 zurückgekehrt. Auch in der Hansestadt Stralsund konnte die CDU ihr Ergebnis wieder auf das Ergebnis von 2009 einstellen. Auch mit Blick auf die Konkurrenz zur LINKEN und die Schwäche der FDP ist das Ergebnis auf Rügen interessant. Auf der Insel konnten die Konservativen 3,2 Prozentpunkte hinzugewinnen. Strategisch liegt vor allem mit der strukturellen Zweiteilung der Insel Rügen für die Christdemokraten eine gewisse Chance vor, ihre elektorale Vormachtstellung nördlich des Strelasund – bei einer fortschreitenden Schwächung der LINKEN – weiter auszubauen. Eine absolute Mehrheit für die CDU ist im Großkreis perspektivisch nicht völlig unrealistisch.³¹

Die LINKE konnte ihr 2011er Ergebnis nicht halten und musste aufgrund eines Minus von 2,6 Prozentpunkten zwei Mandate abgeben. Die Gründe hierfür sind auf zwei Ebenen zu verorten. Zunächst verfügt Die LINKE über eine stabile und gut zu mobilisierende Stammwählerklientel. Da diese Klientel ebenso wie die eigene Mitgliederbasis zunehmend überaltert, greift hier der Effekt der natürlichen Fluktuation. Die fest zu kalkulierende Stimmenbasis der PDS-Erben schmilzt zunehmend ab. Auf der anderen Seite hat es Die LINKE derzeit noch nicht erreicht, dass ihre Partei in der Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler für neue Kreise thematisch geöffnet wurde. Die besondere Situation in Stralsund, wo mit dem verbliebenen Kreisverband Stralsund, eine Parteigliederung ohne strukturelle Daseinsberechtigung gegen Willen der Partei erhalten wird, trägt zudem in der Außenwahrnehmung zu keiner Besserung der Situation bei. Zumal dies auch noch dadurch befeuert wurde, dass Stralsund Rückzugsgebiet der AKL wurde.³² Die damit, inzwischen ja auch innerhalb des Kreisverbandes Stralsund auftretenden Spannungen führten zur kurios anmutenden Situation, dass Die LINKE bei der Bürgerschaftswahl in Stralsund aufgrund von Verfahrensfehlern und Streitigkeiten ohne eigene Liste antreten musste und sich ein Teil der Mitglieder mit einer Wählergemeinschaft abgespalteten, mit der Folge, dass das Ergebnis erheblich schlechter (- 7 Prozentpunkte) ausfiel. Der Blick in die Altkreise zeigt, dass zumindest die Querelen in Stralsund dort keine größere Ausstrahlung auf das Kreistagswahlergebnis hatten, denn Die LINKE verlor auch hier 1,8 Prozentpunkte. Sowohl in Nordvorpommern als auch der Altkreis Rügen fielen hier mit – 3,3 Prozentpunkte noch stärker ins Gewicht. Verglichen mit 2009 erscheint hier eine Wählerwanderung zur CDU und AfD am wahrscheinlichsten, die würde sich dabei mit bisherigen Beobachtungen decken. Gerade die Verluste in der einstigen Hochburg Rügen sollten dabei Die LINKE beunruhigen, da gerade Verluste in Hochburgen immer ein Indikator für grundsätzliche Problemstellungen sind.³³

Verglichen mit früheren Wahlen konnten die Sozialdemokraten trotz des Verlustes von sechs Prozentpunkten einen leichten Zugewinn gegenüber 2009 verzeichnen. Dennoch war es der SPD nicht gelungen weiter zur Hausmacht CDU aufzuschließen. Auch im neuen Großkreis muss von einer ausgeprägten Diaspora ausgegangen werden. Im Vergleich zur LINKEN fällt ins Gewicht, dass die SPD ebenfalls ihre Stammwählerklientel nicht erweitern konnte. Gleichzeitig blieb ein stärkerer Einbruch aus, der evtl. im Zuge einer Denkmittelwahl in Richtung der SPD geführten Landesregierung möglich gewesen wäre. Der Blick in die alten Gebietskörperschaften lässt dabei durchaus Unterschiede erkennen. Während die Sozialdemokraten in Nordvorpommern ihr 2009er Ergebnis halten konnten, gelangen gegenüber der letzten Wahl in den Altkreisen sowohl in Stralsund als auch auf Rügen Zugewinne. Damit konnte die SPD ihre

³¹ Vgl. ebd., S. 288

³² Vgl. Scheele, Die PDS/LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 106–107.

³³ Vgl. Scheele, Die kommunale Ebene in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 290.

Position zunächst einmal festigen und leicht ausbauen. Dennoch ist nicht erkennbar, dass sich durch die zwischenzeitlichen Verschiebungen nachhaltige Änderungen ergeben hätten.³⁴

Die Liberalen mussten weitere Stimmenverluste gegenüber 2011 hinnehmen und konnten trotz ehemaliger Hochburg auf Rügen keine Zugewinne verzeichnen. Auffällig ist jedoch, dass die FDP bei der gleichzeitigen Europawahl nochmals 1,8 Prozentpunkte schlechter abschneidet. Es steht also zu vermuten, dass die Liberalen aktuell noch von der Personalstruktur aus besseren Tagen auf kommunaler Ebene profitieren. Wie lange dieser Zustand anhält, ist freilich fraglich, insofern ist dieser Befund einstweilen als Situationsbeschreibung einzustufen und nicht als Gesetzmäßigkeit. Die Situation in Stralsund zeigt bereits deutlich, dass hier keine belastbare Basis vorhanden ist und auch die Vergleichssituation in Nordvorpommern zeigt sogar ein Abrutschen hinter das Ergebnis der Bündnisgrünen. Die 4,9 Prozent auf Rügen erscheinen in diesem Kontext zunächst positiv, jedoch muss hier angemerkt werden, dass das schlechteste und einzige einstellige Wahlergebnis bei Kreistagswahlen auf Rügen für die FDP aus dem Jahr 1994 datiert. Auch hier befand sich die Partei Deutschland weit in einer Krise, dennoch gelang es damals 8,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler von der Liberalen zu überzeugen. Auch aufgrund dessen muss die Lage der Liberalen in Deutschlands nordöstlichem Landkreis als ernst bezeichnet werden – von einer wirklichen Hochburg kann aktuell nicht gesprochen werden.³⁵

Die Bündnisgrünen konnten das Ergebnis der letzten Wahlen in der Schwankungsbreite konsolidieren und scheinen sich damit, wenn auch auf niedrigem Niveau, langsam in Mecklenburg-Vorpommern zu verankern. Auch der Blick zurück auf 2009 zeigt nur wenige Veränderungen. Einzig Stralsund ist auffällig, wo man jedoch im Jahr 2009 noch nicht selbst antrat. Die Tatsache, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen eher ländlich als urban geprägt ist benachteiligt die Bündnisgrünen aufgrund ihrer bisherigen, urban geprägten Wählerklientel zusätzlich.³⁶

Der Bauernverband konnte als Interessenvertretung sein Ergebnis nochmals verbessern. Diese Konsolidierung überrascht dabei nicht, da im landesweiten Vergleich der Bauernverband flächendeckend in der Politik aktiv wird und zumindest auf kommunaler Ebene nicht mehr in dem Maße die Nähe zu Parteien sucht. Der Blick in die Altkreise zeigt dabei, dass die Expansion Richtung Rügen geglückt ist und man vor allem von den agrarisch geprägten Regionen profitieren kann.

Den Bürgern für Stralsund gelangen kaum Zugewinne, dennoch zeigt der Vergleich zu 2009 eine erfolgreiche Expansion Richtung Nordvorpommern, was bei der Namensgebung etwas überraschend erscheint. Zudem konnten die BfS ihren Stimmenanteil in Stralsund annähernd stabil halten.

Dies gelang den Bürgern für Rügen nicht. Man konnte weder erfolgreich expandieren, noch konnte man das Ergebnis von 2009 halten. Verluste von 6,3 Prozentpunkten werfen die Frage auf, wie lange das Projekt BfR noch durch seinen Lokalcharakter überzeugen kann oder ob die Wählergemeinschaft nicht langfristig der Bedeutungslosigkeit entgegen steuert und zerfällt.

Die WG Adomeit als Stralsunder Spezifikum spielt auf der Kreisebene kaum eine Rolle, konnte jedoch davon profitieren, dass die Wahl 2011 bereits gezeigt hatte, dass auch in Großkreisen lokale Wählergemeinschaften nicht vollkommen chancenlos sind, so wie dies im Vorfeld vielfach angenommen worden war.³⁷

Die AfD konnte flächendeckend Stimmen binden. Dabei ist zu vermuten, dass vor allem die Verluste der NPD und der LINKEN die AfD als bürgerliche Protestpartei stark machen. Mit verantwortlich ist dabei die Gleichzeitigkeit mit der Europawahl. Hierbei zeigt sich, dass die kommunale Verankerung und damit das Wahlergebnis auf Kreisebene durchweg schwächer ist, wohingegen die Europaebene mehr Stimmen

³⁴ Vgl. Scheele, Die PDS/LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 209.

³⁵ Vgl. Scheele, Die kommunale Ebene in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 292.

³⁶ Vgl. ebd., S. 291.

³⁷ Vgl. Scheele: Die Kommunal- und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011 S. 128.

für die AfD erbrachte. Der Wert des Kommunalwahlergebnisse für die AfD wird jedoch erst in fünf Jahren bei der nächsten Kommunalwahl zu ermitteln sein.

Konnte die NPD 2011 noch von der Kreisgebietsreform profitieren und erstmals landesweit Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen schicken, so ist dieser Aufstieg 2014 nach nur drei Jahren wieder beendet. Auffällig ist dabei die Tatsache, dass die Verteilung des Wahlergebnisse annähernd homogen über die Altkreise ausfällt, so dass hier von einer Stammwählerklientel auszugehen ist, deren Ausprägung jedoch 0,7 bis 0,4 Prozentpunkte unter dem Landesschnitt liegt. Das Ergebnis in Nordvorpommern fällt trotz lokaler Hochburgen nochmals schlechter aus als auf Rügen und in der Hansestadt Stralsund.³⁸

Tab. 3: Ergebnis der Kommunalwahl 2014 im Landkreis Vorpommern-Rügen

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2014		Veränderung zu 2011	
	Prozent	Sitze	Prozentpkt.	Sitze
CDU	41,1	28	+6,0	+4
Die LINKE	16,9	12	-2,6	-2
SPD	13,4	9	-6,0	-5
FDP	3,6	3	-1,2	-
Bündnis 90/Die Grünen	5,6	4	+0,6	-
NPD	2,5	3	-1,8	-
Bauernverband	3,6	2	+1,5	-
Bündnis für Rügen	1,8	2	-1,0	-
Bürger für Stralsund	3,6	2	+0,2	-
Adomeit	1,5	1	+0,5	-
WGW	0,4	-	+0,4	-
AfD	4,6	3	+4,6	+3
Einzelbewerber	1,4	-	+0,6	
Wahlbeteiligung	44,9		-3,2	

Quelle: Kreiswahlleiter Vorpommern-Rügen, eigene Berechnungen.

Tab. 4: Ergebnis der Kommunalwahl 2014 im Altkreis Nordvorpommern

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2014	Veränderung zu 2009
	Prozent	Prozentpkt.
CDU	47,5	-0,5
Die LINKE	15,1	-3,3
SPD	13,3	+0,1
FDP	3,6	-3,8
Bündnis 90/Die Grünen	4,4	+1,6
NPD	2,4	-0,7
Bauernverband	4,6	+1,3
Bündnis für Rügen	-	-
Bürger für Stralsund	1,7	+1,7
Adomeit	0,6	+0,6
WGW	0,7	-0,1
AfD	4,0	+4,0
Einzelbewerber	2,0	+2,0
Wahlbeteiligung	48,7	+0,9

Quelle: Kreiswahlleiter Vorpommern-Rügen, eigene Berechnungen.

³⁸ Vgl. Scheele, Die PDS/LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 293.

Tab. 5: Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in der Hansestadt Stralsund

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2014	Veränderung zu 2009
	Prozent	Prozentpkt.
CDU	31,9	-0,1
Die LINKE	15,5	-1,8
SPD	14,1	+2,5
FDP	2,0	-2,9
Bündnis 90/Die Grünen	9,2	+9,2
NPD	2,8	-0,3
Bauernverband	0,8	+0,8
Bündnis für Rügen	+0,2	+0,2
Bürger für Stralsund	12,5	-0,2
Adomeit	5,1	-0,7
WGW	+0,1	+0,1
AfD	5,0	+5,0
Einzelbewerber	0,8	-1,4
Wahlbeteiligung	37,4	-2,2

Quelle: Kreiswahlleiter Vorpommern-Rügen, eigene Berechnungen.

Tab. 6: Ergebnis der Kommunalwahl 2014 im Altkreis Rügen

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2014	Veränderung zu 2009
	Prozent	Prozentpkt.
CDU	36,9	+3,2
Die LINKE	20,8	-3,3
SPD	13,3	+3,3
FDP	4,9	-9,9
Bündnis 90/Die Grünen	4,9	+1,5
NPD	2,8	+2,8
Bauernverband	4,0	+4,0
Bündnis für Rügen	6,1	-6,3
Bürger für Stralsund	+0,3	+0,3
Adomeit	0,3	+0,3
WGW	0,0	-
AfD	5,3	+5,3
Einzelbewerber	1,0	+0,5
Wahlbeteiligung	45,5	+0,5

Quelle: Kreiswahlleiter Vorpommern-Rügen, eigene Berechnungen.

5 Fazit und Ausblick

Die besondere Situation des Jahres 2011 hat zunächst keine nachhaltigen Verschiebungen ergeben. Dennoch zeichnen sich Veränderungen in der politischen Landschaft Vorpommern-Rügens ab, die spätestens 2019 offenkundig werden. Dabei steht die CDU insofern im Mittelpunkt, als dass sie langfristig ihre Hochburgen zumindest auch auf Rügen ausdehnen können. Bei weiteren Zugewinnen auf Deutschlands größter Insel wäre der Weg zu einer absoluten Mehrheit im Kreistag ein nicht allzu weiter, zumal gerade auch im ländlichen Raum die CDU als Kommunalpartei deutliche Vorteile genießt.

Für Die LINKE wird sich die Causa Stralsund vermutlich bis 2019 gelöst haben und der „Kreis-“verband im Kreisverband Vorpommern-Rügen aufgegangen sein. Ob die Gräben der aktuellen Ereignisse zugeschüttet sind, wird sich dann erst erweisen können. Die aktuellen Querelen lassen jedoch wertvolle Zeit verstreichen sich für neue und vor allem jüngere Wählerschichten zu öffnen. Das Abschmelzen der Stammwählerklientel wird in den Wahlergebnisse bereits jetzt sichtbar, der anhaltende Kampf zwischen Realos und AKL im Land lähmt die Partei auch im Jahr 2014 in Vorpommern-Rügen. Vom schwinden-

den Rückhalt für die Erben der PDS, so zeigen die Analysen anderer Wahlen, profitiert in Vorpommern vor allem die CDU. Die LINKE ist damit bis zur nächsten Situationsbestimmung bei der Landtagswahl 2016 in einer kritischen Übergangsphase, die für die Zukunft der Partei mit entscheidend sein wird.

Die SPD kann sich aktuell nur als kleine Partei in einem Bündnis profilieren. Ihre schwache Verankerung kann evtl. durch den anstehenden Generationenwechsel auf der kommunalen Ebene verbessert werden, wenn sich für jüngere Mitglieder neue Möglichkeiten zur Beteiligung ergeben. Die schwindende Bedeutung lokal begrenzter Wählergemeinschaften wie BfR kann zudem eine Chance sein hier sowohl Mitglieder als auch Wählerinnen und Wähler zu werben.

Die Bündnisgrünen werden einstweilen auf ihrem bisherigen Stand verharren und ihre Hoffnung auf die urbanen Zentren für die nächsten Bundes- und Landtagswahlen richten. Die bisherigen Zielgruppen werden bestehen bleiben, einzig durch eine stärkere Verankerung vor Ort werden die Bündnisgrünen weitere Wählerinnen und Wähler gewinnen können. Mit Blick auf die aktuellen Zielgruppe von Bündnis 90/Die Grünen (bürgerliche Mittelschicht, junge Wähler mit höherem Bildungsabschluss) wird es noch einige Jahre dauern, bis sich an einigen Orten im Land ein für die Bündnisgrünen förderlicher Generationen- und Strukturwechsel vollzogen hat.

Die FDP wird in den nächsten fünf Jahren für ihren kommunalpolitischen Bestand arbeiten müssen. Nach dem Verlust der Verankerungen auf Bundes- und Landesebene offenbart auch die kommunale Ebene Erosionserscheinungen. Dies ist für die Liberalen umso gefährlicher, da damit langfristig auch eine Rekrutierungsinstanz für eine Erneuerung der Partei verloren geht. Besonders das schlechte Ergebnis auf Rügen, einer der liberalen Hochburgen früherer Tage, mahnt zu größter Wachsamkeit, da langfristig – bei einer gleichgelagerten Entwicklung – die FDP in der Bedeutungslosigkeit verschwinden könnte.

Die Zukunft der Wählergemeinschaften Adomeit, BfR und BfS wird vor allem dadurch entschieden, ob sie durch ihr Lokalkolorit und thematische Schwerpunktsetzung den Wähler von ihrer Daseinsberechtigung in der politischen Kultur Vorpommern-Rügens überzeugen können. Kommunalwahlen sind jedoch auch immer Personenwahlen, insofern können gerade bei Wählergemeinschaften ohne parteilichen Überbau personelle Diskontinuitäten im Zweifelsfalle auch die Zukunftsfrage bescheiden. Gerade Adomeit und Bürger für Rügen befinden aktuell in der diffizilen und herausfordernden Situation mit Blick auf die nächsten Wahlen in fünf Jahren.

Die Zukunft der AfD ist vollkommen ungewiss und in keiner Art und Weise zu prognostizieren. Die kommenden Landtagswahlen - im 2014 in gleich drei ostdeutschen Bundesländern - werden ein erster Gradmesser für die Belastbarkeit der letzten Ergebnisse sein. Gleichzeitig handelt es sich um eine junge Partei, die mit ihrem Anspruch eine „neue Volkspartei“³⁹ zu sein, von den Wählerinnen und Wählern sowie deren Erwartungen überfordert werden könnte.

Die NPD hat neben einem strukturell-personellem vor allem ein gravierendes finanzielles Problem. Aufgrund dessen ist sie im Land mehr denn je auf die Unterstützung der Kameradschaften angewiesen. Durch die Abhängigkeit von den Kameradschaften und durch die Konkurrenz zur AfD hat die NPD indes ihren Nimbus als Protestpartei verloren und bleibt ideologisch in einem engen Korridor verhaftet. Auch das Verhalten im Schweriner Landtag und die Totalverweigerung in der Ausschussarbeit an vielen Stellen in den Kreistagen sind inzwischen grauer Alltag und kaum noch Anlass für Publicity. Der Entfall des bürgerlichen Protestpotential und dessen Abwanderung zur AfD führt in Folge dessen dazu, dass die NPD ihre angestrebte Erweiterung der Wählerschaft nicht wird erreichen können. Der Rückgang von Wählerstimmen ist jedoch gleichbedeutend mit finanziellen Verlusten, die wiederum die Spirale des finanziellen Niedergangs weiter drehen lassen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass sich die politische Landkarte Vorpommern-Rügens wenig verändert hat. Es sind erste Anzeichen für Veränderungen zwischen CDU und Die LINKE zu erkennen, die werden sich jedoch erst in den nächsten fünf Jahren verweisen müssen. Im Wesentlichen knüpft der Großkreis in seiner Machtverteilung jedoch dort an, wo die Einzelkreise im Jahr 2011 für drei Jahre eine Pause machten.

³⁹ Siehe hierzu Schütt/Nestler in diesem Band.

Landkreis Vorpommern-Greifswald

Carlo Eckert/Tobias Müller

1 Einleitung

„Nicht alles gut im Gute-Laune Land“ titelte die Schweriner Volkszeitung am 30. April 2014.¹ Arbeitslosenquote, verfügbares Einkommen, Produktivität oder Wirtschaftsleistung im verarbeitenden Gewerbe sind statistische Kennzahlen, die im politischen Raum Mecklenburg-Vorpommerns nur zu gut bekannt sein dürften. Im bundesdeutschen Vergleich trägt Mecklenburg-Vorpommern fast in allen genannten Kategorien die rote Laterne. Aber nicht nur im innerdeutschen Vergleich zeigen sich ein knappes Vierteljahrhundert nach der Wende teils deutliche Unterschiede sondern auch innerhalb der Landesgrenzen. Der 2011 durch die Kreisgebietsreform neu gebildete Landkreis Vorpommern-Greifswald² nimmt bei Vergleichen statistischer Kennzahlen innerhalb des Landes häufig einen der hinteren Plätze ein. Der Landkreis ist nach wie vor von einer hohen Arbeitslosigkeit, geringen Kaufkraft, niedrigen Geburtenrate, aber auch durch eine geringe Bevölkerungsdichte geprägt. So beträgt die Arbeitslosenquote im Mai 2014 13,1 Prozent, was eine um mehr als zwei Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote als im Landesdurchschnitt bedeutet.³ Die Höchste Quote an Arbeitslosen weist im Übrigen die Mecklenburgische Seenplatte mit 13,3 Prozent auf.⁴ Mit 16727 Euro stehen der Bevölkerung trotz kräftigen Anstiegs in den letzten Jahren vergleichsweise die geringsten finanziellen Mittel in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung.⁵

Durch die Zusammenführung der Kreise Ostvorpommern, Uecker-Randow und der Hansestadt Greifswald entstand der zweitgrößte Landkreis mit 3930 km² und einer Bevölkerungsdichte von 61 Einwohnern je km².⁶ Allerdings fällt laut Prognosen die Bevölkerungsentwicklung bis ins Jahr 2030 deutlich positiver aus als in anderen Kreisen. Die Anziehungskraft der Studentenstadt Greifswald beeinflusst die Bevölkerungsentwicklung positiv, sodass von einem Bevölkerungsrückgang von 8,9 Prozent bis 2030 ausgegangen wird.⁷ So ist es nicht erstaunlich, dass sich innerhalb der Wahlprogramme parteiübergreifend mit diesen Themen auseinandergesetzt wird.⁸

Die Kreisfusion brachte auch finanzielle Probleme mit sich. Die Altkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern waren bereits mit 116 Millionen Euro stark verschuldet. Für die Haushalte Vorpommern-Greifswald 2012 und 2013 war eine weitere Verschuldung von jeweils rund 38 Millionen Euro vorgesehen, sodass der Schuldenberg auf rund 155 Millionen Euro anwachsen sollte. Vor allem der Haushalt 2013 wurde vom zuständigen Innenministerium beanstandet.⁹ Zuvor hatten LINKE, CDU und die Wählergemeinschaft „Kompetenz für Vorpommern“ den Haushalt verabschiedet, während besonders von der SPD

¹ Max-Stefan Koslik, Nichts alles gut im Gute-Laune-Land, Schweriner Volkszeitung, 30.04.2014.

² Mit 63,3 Prozent fiel der Entscheid für den Namen Vorpommern-Greifswald deutlich aus. Die Alternative Ostsee-Haffkreis Vorpommern erhielt dementsprechend 36,7 Prozent der Stimmen.

³ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Informationen für: Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: statistik.arbeitsagentur.de/nn_303962/SiteGlobals/Forms/ImageMapSchnelluebersichten/ZeitauswahlSchnelluebersicht-Form.html?view=processForm&resourceId=210328&input_=&pageLocale=de®ionInd=13&year_month=201405&year_month.GROUP=1&search=Suchen (Stand: 25.06.2014).

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. Michael Bauer GmbH, Research, Kaufkraft 2013 in Deutschland: Stadt- und Landkreise – wichtigste Variablen, Nürnberg 2013.

⁶ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2013, S. 4.

⁷ Vgl. Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg – Vorpommern, Aktualisierte 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2030: Aktualisierung der 4. Landesprognose auf das Basisjahr 2010, Schwerin 2012, S. 11.

⁸ Siehe hierzu: Kapitel 3 Wahlkampf.

⁹ Vgl. o. A., „Vorpommern-Greifswald: Rote Karte für Haushalt“, NDR-online, abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/haushaltvg103.html> (Stand: 06.07.2014).

der Haushalt für nicht genehmigungsfähig kritisiert und ablehnte wurde. Im Vorfeld der Abstimmung hatte die SPD bereits die Zwangsverwaltung des Kreises gefordert, was die amtierende Landrätin Dr. Barbara Syrbe (Die LINKE) mit dem Hinweis, das letzte Heft der kommunalen Selbstverwaltung nicht aus der Hand geben zu wollen, strikt ablehnte.¹⁰

Mit der Novellierung des Landesraumentwicklungsprogramms wurden erstmalig „ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen“ definiert.¹¹ Weite Teile des Landkreises Vorpommern-Greifswald werden in dieser Kategorie erfasst. Innerhalb des Landkreises gibt es dabei deutliche Unterschiede. Zu erkennen ist ein Nord-Süd Gefälle, von der Hansestadt Greifswald bis in den Altkreis Uecker-Randow.

Teils erhebliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Betrachtung der Wahlergebnisse der Altkreise die den jetzigen Landkreis bilden. Besonderes Augenmerk muss vor allem auf die Ergebnisse der rechtsextremen NPD gelegt werden. Bei den Landtagswahlen 2011 waren es vor allem die Wahlkreise in Uecker-Randow und Ostvorpommern, in denen die NPD zwischen 10,4 Prozent und 15,4 Prozent der Stimmen erhielt. Auch die NPD-Hochburgen Koblentz, Besewitz und Postlow, in denen sogar fast ein Drittel der Bevölkerung ihr Kreuz bei der NPD machte, liegen im südlichen Teil des Landkreises Vorpommern-Greifswald.¹² Obgleich der Landkreis Vorpommern-Greifswald als Ganzes betrachtet wird, werden regionale Besonderheiten bei der Analyse des Wählerverhaltens von Bedeutung sein.

Bereits zu den Kreistagswahlen 2004 war ein Erstarken von Wählergemeinschaften in den Altkreisen Uecker-Randow und Ostvorpommern zu bemerken. Nach der Abschaffung der fünf-Prozent-Hürde war dieser Effekt zu einem gewissen Maß zu erwarten. 2004 zogen so in beiden Altkreisen je drei Wählergemeinschaften mit mindestens einem Sitz ein.¹³ Dieser Trend hat sich über die Jahre fortgesetzt und in Teilen sogar verstärkt. 2011 zogen im neu zu wählendem Kreistag Vorpommern-Greifswald insgesamt 5 Wählergemeinschaften ein. Der Wählergemeinschaft „Kompetenz für Vorpommern“ gelang dies mit sieben Sitzen sogar in Fraktionsstärke. Auch der 2006 gegründeten Piratenpartei gelang 2011 mit einem Mandat der Einzug in den Kreistag.

2 Ausgangslage

Im Vorfeld der Kommunalwahlen sorgte vor allem die Bürgermeisterwahl in Pasewalk für Aufmerksamkeit. Wegen des Todes des Bürgermeisters Rainer Dambach im November 2013, der das Amt seit 2002 innehatte, waren für den 23. März 2014 Neuwahlen angesetzt. Erstmals wurde dabei vom Kreiswahlausschuss ein NPD-Kandidat mit der Begründung, dass dieser sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung¹⁴ bekannt habe, zugelassen. Trotz eines Erlasses des Innenministeriums aus dem Jahre 2007,¹⁵

¹⁰ Vgl. David Vössing, Wegen prekärer Finanzsituation droht dem Kreis die Zwangsverwaltung, abrufbar unter: <http://webmoritz.de/2012/10/22/wegen-prekarer-finanzsituation-droht-dem-kreis-die-zwangsverwaltung/> (Stand: 06.07.2014).

¹¹ Vgl. Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, Entwurf zur Ersten Stufe des Beteiligungsverfahrens: Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2014, S. 23.

¹² Vgl. Endstation Rechts, Wahlergebnis der NPD M-V zur Landtagswahl 2011, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/landtagsfraktion/artikel/wahlergebnis-der-npd-m-v-zur-landtagswahl-2011.html> (Stand: 17.05.2014).

¹³ Vgl. Michael Koch/Christian Schwießelmann, Kommunalwahlen in Südvorpommern, in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahl 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 41–52, hier: S. 42.

¹⁴ „Als grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht genannt: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition.“ Hierzu: Bundeszentrale für politische Bildung, Freiheitliche Demokratische Grundordnung, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16414/freiheitliche-demokratische-grundordnung> (Stand: 25.06.2014).

welcher Kandidaturen rechtsextremer Bewerber verhindern soll, wurde Kristian Belz, der seit 2009 als einziges NPD- Mitglied in der Pasewalker Stadtvertretung sitzt, zugelassen.¹⁶ Da die etablierten Parteien keine eigenen Kandidaten zur Wahl stellten, unterstützten die SPD und Die LINKE die parteilose Bewerberin Sandra Nachtweih. Auch Andreas Fabian trat als parteiloser Bewerber zur Wahl an. Er erhielt Unterstützung durch die CDU. Im Ergebnis erhielt Nachtweih auf Anhieb über 60 Prozent der Stimmen, während Fabian 31,7 Prozent und Belz 7,8 Prozent der Stimmen erhielten. Besonders erwähnenswert ist, dass die Wahlbeteiligung mit 56,5 Prozent verhältnismäßig hoch war. Bei den Bürgermeisterwahlen im Jahr 2010 lag sie noch bei 47 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass die Zulassung der Kandidatur des NPD-Mannes und die damit in Verbindung stehende mehr als überdurchschnittliche Berichterstattung die Einwohner Pasewalks zusätzlich mobilisiert haben. Es bleibt insgesamt abzuwarten, ob es der NPD erneut gelingt, auch außerhalb ihrer Hochburgen neue Wähler zu aktivieren. Das gelang ihr bereits bei den Kommunalwahlen 2011 mit einem Stimmanteil von 9,0 Prozent.

Tab. 1: Ergebnis der Kommunalwahl 2009 und 2011 im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Wahlvorschlag	2011 Prozent	2011 Sitze	2009 Prozent
CDU	28,3	19	33,9
SPD	19,7	14	12,7
Die LINKE	18,7	13	23,0
KfV	9,5	7	-
NPD	9,0	6	6,3
Bündnis 90/ Die Grünen	6,1	4	4,1
FDP	3,1	2	6,8
PIRATEN	1,5	1	-
WG BV-LR	1,4	1	1,0
BG	1,1	1	1,9
Freie Wähler	1,0	1	1,4
FWG Jarmen	0,3	-	-
UWG	0,3	-	0,4
Sonstige	-	-	8,4
Wahlbeteiligung	50,3 %		47,1 %

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Der SPD gelang bei den Kommunalwahlen 2011 als zweitstärkste Kraft hinter der CDU in den Kreistag einzuziehen. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass es hier zu einem Überlagerungseffekt der kommunalen Ebene durch die gleichzeitig stattgefunden Landtagswahl gekommen ist. Gesprochen wird in diesem Zusammenhang auch vom „Selling-Effekt“. Dadurch gelang es der SPD ihre schwache Verankerung in diesem Landkreis auszugleichen. Abzuwarten bleibt, inwieweit Patrick Dahlemann als Stimmenmagnet für die SPD fungieren kann. Dieser hatte im Januar 2014 für ein bundesweites Medieninteresse gesorgt, als sein Video einer Bundestagswahlveranstaltung vom Juli 2013 veröffentlicht wurde. Wohl gemerkt handelte es sich um eine Wahlkampfveranstaltung der NPD, auf der Dahlemann zu Wort kam und für Demokratie und Toleranz warb. Deutlich mehr als 200.000 Menschen sahen in kurzer Zeit auf dem Internetportal YouTube das Video des 25 Jährigen. Darüber hinaus trat er in verschiedenen Fernsehsendungen auf, was ihm Ärger mit seiner damaligen Chefin und jetzigen Landtagskollegin Katharina Feike einbrachte, da er sich einem Verbot Feikes zu diesem Fernsehauftritt widersetzt haben soll.¹⁷ Auch die Kündigung soll Feike ihrem Wahlkreismitarbeiter nahe gelegt haben, was innerhalb der Partei, insbeson-

¹⁵ Vgl. Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung als Voraussetzung für die Ernennung zum und als Dienstpflicht des Beamten, 2007, abrufbar unter: http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/_downloads/IM/Erlass_Wehrhafte_Demokratie_Februar_07.pdf (Stand: 26.06.2014).

¹⁶ Vgl. Endstation Rechts, Kristian Belz (NPD) Bürgermeisterkandidat für Pasewalk, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/landesverband-mv/artikel/kristian-belz-npd-buergermeisterkandidat-fuer-pasewalk.html> (Stand: 25.06.2014).

¹⁷ Vgl. Jörg Foetzke, Befehl von der Chefin: Strahl‘ doch im Büro!, Nordkurier, 04.02.2014.

dere bei den Jusos für Aufregung sorgte. Demgegenüber konnte sich Dahlemann über den Besuch des Bundeswirtschaftsminister und Parteichef Siegmund Gabriel in Torgelow freuen.¹⁸ Seit April 2014 ist Dahlemann Landtagsabgeordneter, Nachrücker für den zurückgetretenen Abgeordneten und Energieminister Volker Schlotmann. Letztlich ist es seitens der SPD ein cleverer Schachzug, den jungen und wohl auch überaus bekannten Patrick Dahlemann sowohl für die Stadtvertretung in Torgelow, als auch für die Wahl zum Kreistag in den Wahlbereichen acht (Stadt Ueckermünde) und neun (Stadt Pasewalk) als Spitzenkandidat aufzustellen. Es wird sich zeigen, ob Dahlemann so als Zugpferd für die SPD in der Region agieren kann und welchen indirekten Einfluss er auf das Ergebnis der SPD in der Studentenstadt Greifswald mit einem vergleichsweise jüngeren Wahlvolk haben wird.

Die Wahlvorbereitung der Partei Bündnis 90/Die Grünen lief hingegen äußerst turbulent ab. Noch 2011 profitierten Bündnis 90/Die Grünen von den Verlusten der anderen etablierten Parteien, insbesondere der FDP. Allerdings überschatteten parteiinterne Auseinandersetzungen den Wahlkampf. Hintergrund des monatelangen Streits waren ungeklärte Fragen bezüglich der Fraktionsfinanzierung, insbesondere nicht bezahlter Sozialabgaben für den Geschäftsführerposten, den Ulrich Rose inne hat. Nachdem Waldemar Okon im Dezember 2013 die Fraktion verließ und diese damit ihren Fraktionsstatus verlor, treten die Grünen für die Kommunalwahl mit zwei getrennten Listen an.¹⁹ Die Aufspaltung der Kräfte in Bündnis 90/Die Grünen und in die Alternative Liste könnte sich maßgeblich auf das Wahlergebnis niederschlagen.

Für die Christdemokraten steht die Aufgabe, den Abwärtstrend der letzten zehn Jahre zu stoppen. Im Jahr 1999, aber auch 2004, konnte die CDU in den drei Altkreisen ihre besten Ergebnisse einfahren. Zu beachten ist, dass die CDU auf Landesebene durch Bildung der ersten rot-roten Koalition sowohl 1998, als auch 2002 in die Opposition gegangen war. Die landespolitische Konstellation konnte dementsprechend von der CDU genutzt werden. Die Kommunalwahlen 1999 hatten der CDU zu einer beinahe hegemonialen Stellung verholfen, die sich in der absoluten Mehrheit in Ostvorpommern und einem durch die CDU geführtem Landratsamt ausdrückte. Die Kommunalwahlen 2009 führte die CDU zurück auf den Stand von 1994. Dazu beigetragen hat neben der Änderung der landespolitischen Konstellation – seit 2006 koalieren SPD und CDU – auch der Wegfall der Sperrklausel und der damit einhergehenden Bedeutungssteigerung von Wählergemeinschaften und Einzelbewerbern, die bei den zurückliegenden Kommunalwahlen regional vor allem Wähler, aber auch Personal aus dem Unionslager ziehen konnten.²⁰

Für Die LINKE gilt es, sich nach 2011 wieder als zweitstärkste politische Kraft im Landkreis zu positionieren. Zwar profitierte Die LINKE bei den Wahlen 2011 wie die Bündnisgrünen von den Verlusten der anderen Parteien, dennoch konnte das Ergebnis aus dem Jahr 2009 nicht verteidigt werden. Den größten Einfluss auf dieses Ergebnis dürfte ebenfalls die Überlagerung von Landtags- und Kommunalwahl und das starke Abschneiden der SPD gehabt haben. Dennoch ist Die LINKE in diesem Landkreis sehr gut verankert, was bereits 2011 bei den Landratswahlen erkennbar wurde. So setzte sich die seit 2001 im Landkreis Ostvorpommern als Landrätin amtierende Barbara Syrbe in der Stichwahl mit 59,5 Prozent gegen die jetzige Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) durch.

3 Wahlkampf

Durch den kontinuierlichen Stimmenverlust zur Innovation gezwungen versucht die CDU sich unter dem Namen „Vorpommernpartei“ als bürgernächste Partei in Vorpommern-Greifswald zu bewerben. Unterstrichen wird dieses Bestreben durch eine im Wahlprogramm geforderte stärkere Würdigung des Pommernlieds im Schulunterricht. Dass der Initiator der Idee, Philipp Amthor, damit nicht nur Zuspruch erntet, ist dabei wenig überraschend – der Begriff „Pommern“ wird größtenteils in rechten Kreisen mit re-

¹⁸ Vgl. Gabriel Kords, Vizekanzler lockt. Chefin blockt, Nordkurier, 14.02.2014.

¹⁹ Vgl. Katharina Degrassi, Zerrissen: Grüne starten mit zwei Listen in den Wahlkampf, Ostsee Zeitung Greifswalder Zeitung, 12.03.2014.

²⁰ Vgl. Koch/Schwießelmann, Kommunalwahlen in Südvorpommern, in: Schoon/Lehmann, (Hrsg.), Die Kommunalwahl 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009, S. 48.

vanchistischer Funktion genutzt.²¹ Im Bereich der Wirtschaft stellt die CDU das Konzept des „Vorpommern-Fonds“ vor, der kleinen und mittelständischen Unternehmen nötige Anreize zum Ansiedeln in der Region bieten soll. Im Bereich der Bildungspolitik legt die Partei das Hauptaugenmerk auf die Universität, sowie Gymnasien und die Finanzierung ländlicher Grundschulen. Themen wie Inklusion oder Regional-schulen werden nicht angesprochen.²²

Bündnis90/Die Grünen, SPD und Die LINKE sprechen im Wahlkampf weitestgehend ähnliche Themen aus den Bereichen Soziales und Umweltpolitik an. Neben stärkeren Investitionen in den sozialen Sektor, einer sozialen Bildungspolitik und einem nachhaltigen Wirtschaftskonzept, wofür sich alle drei Parteien einsetzen, führen die Bündnisgrünen den stärkeren Umweltschutz und Die LINKE die Bekämpfung der in Mecklenburg-Vorpommern am stärksten verbreiteten Kinderarmut²³ als weitere Schwerpunkte an. Die SPD entscheidet sich erstmals dazu, kein eigenständiges Wahlprogramm anzufertigen, sondern stattdessen auf Wahlflyer für die einzelnen Wahlbereiche zu setzen. Der Verzicht auf ein umfassendes Programm wurde mit einem mangelnden Interesse der Wählerschaft daran begründet.²⁴

Die bereits erwähnte Alternative Liste tritt erstmalig zu Kommunal- und Bürgerschaftswahl an. Im Wahlkampf verzichtet sie auf Plakatwerbung, dafür kann man beispielsweise auf ihrer Homepage die Schwerpunkte der Initiative erfahren. Bürger- und vor allem Jugendbeteiligung sollen gefördert und im Hinblick auf die Asylpolitik eine Willkommenskultur erreicht werden, darüber hinaus steht sie auch für klassisch „grüne“ Themen, wie Ablehnung der Massentierhaltung und Ausbau der nachhaltigen Landwirtschaft.²⁵

Die auf dieser Ebene in Mecklenburg-Vorpommern auch erstmalig zur Wahl stehende „Alternative für Deutschland“ erschien im Kommunalwahlkampf eher unauffällig. Die verhältnismäßig strittigsten Positionen aus dem Wahlprogramm zum Kreistag sind die Enttabuisierung einer Bürgerwehr aufgrund der Kriminalität in grenznahen Gebieten – die AfD spricht hier von einer „Sicherheitswacht nach bayerischem oder sächsischem Vorbild“²⁶ – sowie eine vage formulierte EU-Kritik: Es sei „sich [...] auch gegen Überregulierung aus Brüssel zu wehren“²⁷. Eine Erklärung, wie die AfD dies auf kommunaler Ebene erreichen möchte, geht aus dem Programm nicht hervor.

Die Wählergemeinschaft „Kompetenz für Vorpommern“ betont Flexibilität als ihre Stärke im Parteienwettbewerb, da etablierte Parteien durch eine lange Vorgeschichte und daraus resultierenden „Ballast“ deutlich eingeschränkter und langsamer in Entscheidungsprozessen sind. Hierbei wurde als Beispiel die Befragung von Experten als Innovation aufgeführt – andere Parteien handeln „Lösungen oftmals untereinander aus, ohne andere Leute zu fragen, die wirklich etwas davon verstehen“²⁸. Des Weiteren setzt das Bündnis für den 2011 neu zusammengelegten Kreis Vorpommern-Greifswald auf eine schnellere Vereinheitlichung der Strukturen im öffentlichen Bereich. Darüber hinaus unterstreicht die KfV im Wahlkampf die Bedeutung der wirtschaftlichen Rolle des Kreises und gibt sich „unabhängig & direkt“.²⁹

Wie die KfV auch nicht erstmals zur Kreistagswahl, tritt auch die Wählergemeinschaft „Bauernverband-Ländlicher Raum“ erneut an. Nach wie vor ist der Themenschwerpunkt die Stärkung des ländlichen Raums und unter anderem die Verhinderung von Schulschließungen.³⁰

²¹ Vgl. Gabriel Kords, Pommernlied sollten alle Schüler lernen, Nordkurier, 05.03.2014, S. 18.

²² Vgl. CDU Vorpommern-Greifswald, abrufbar unter: <http://www.kommunalwahl-vg.de/> (Stand: 26.06.2014).

²³ Vgl. o. A., Kinderarmut wirkt sich im Osten stärker aus, abrufbar unter: www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/kinderarmut187.html (Stand: 10.07.2014).

²⁴ Vgl. Gabriel Kords, Auch mal eine Idee: Wahlkampf ohne Programm, Nordkurier, 17.04.2014, S. 18.

²⁵ Vgl. Alternative Liste: Themen zur Kommunalwahl, abrufbar unter: www.al-vg.eu (Stand: 06.07.2014).

²⁶ AfD Vorpommern-Greifswald: Kommunalwahlprogramm, abrufbar unter www.afd-vg.de/kommunalwahl/kommunalwahlprogramm (Stand: 06.07.2014).

²⁷ Ebd.

²⁸ Gabriel Kords, Wie Kompetent ist die „Kompetenz“?, Nordkurier, 22.05.2014.

²⁹ Vgl. Eigendarstellung der KfV, abrufbar unter: www.kfv-greifswald.de/ueber-uns/ (Stand: 05.07.2014).

³⁰ Vgl. Wahlprogramm des Bauernverbands-Ländlicher Raum: Der ländliche Raum lebt!, abrufbar unter: www.bauernverband-uer.de/fileadmin/mediapool/Waehlergemeinschaft_BV-LR/Wahl25.05.2014/WaehlergemeinschaftBVL.R.pdf (Stand: 05.07.2014).

Unter den Einzelkandidatinnen und -kandidaten fällt insbesondere das ehemalige Mitglied der Piratenpartei, Matthias Bahner auf. Dieser wurde nach Bekanntwerden seiner ehemaligen NPD-Mitgliedschaft aus seiner Partei ausgeschlossen und musste dementsprechend auch sein Kreistagmandat niederlegen.³¹ Bahner tritt für diese Wahl als Einzelkandidat Kreisweit an.

Tab. 2: Kandidaten zur Kommunalwahl 2014 in Vorpommern-Greifswald

	Zahl der Kandidaten	Anzahl Frauen	Frauenanteil Prozent
CDU	77	12	16
Die LINKE	40	15	38
SPD	71	17	24
KfV	28	4	14
NPD	55	6	11
AfD	9	1	11
Bündnis 90/ Die Grünen	18	7	39
FDP	33	5	15
BG	10	1	10
BBG	1	-	-
WG BV-LR	8	6	75
PIRATEN	2	0	-
AL	9	3	33
WGB	1	1	100
UBL 94	3	1	33
Einzelbewerber	2	-	-
Gesamt	367	79	22

Quelle: Eigene Berechnungen. Kreiswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten unterscheidet sich zwischen den antretenden Parteien hinsichtlich der Gesamtanzahl genauso wie in Bezug auf den Anteil der nominierten Frauen. Der Frauenanteil ist vor allem bei Bündnis 90/Die Grünen, den LINKEN und der Wählergemeinschaft „Bauernverband-Ländlicher Raum“ im Vergleich auffällig hoch. Allerdings muss im Gesamtblick weiterhin von einer von männlichen Kandidaten dominierten Kandidatenliste gesprochen werden, da nur jeder 5. Kandidat eine Frau ist.

4 Wahlergebnis

Nachdem am 25. Mai 2014 die Wähler ihre Stimmen abgegeben haben steht fest, dass die CDU auch in Vorpommern-Greifswald als Wahlsiegerin hervor geht. Im Vergleich zu 2011 konnten die Christdemokraten mehr als sechs Prozentpunkte zulegen. Damit hat die CDU zwar ihre Vormachtstellung nicht zurück gewonnen, konnte aber den langjährigen Abwärtstrend stoppen und sogar gegenüber den Ergebnissen von 2009 leicht zulegen. Ihr bestes Ergebnis erzielte die CDU im Peenetal/Loitz, sie mehr als 62 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Als Spitzenkandidat des Wahlbereiches 3 (Amt Jarmen-Tutow, Amt Landhagen, Amt Peenetal-Loitz) trat der amtierende Bürgermeister von Loitz, Michael Sack (CDU), an. Listenplatz zwei wurde durch den amtierenden Bürgermeister in Jarmen, Arno Karp, besetzt. Die wiederum schlechtesten Ergebnisse wurden in Strasburg mit rund 25 Prozent und in Heringsdorf mit rund 27 Prozent erreicht. Mit insgesamt 24 Sitzen, einem Zuwachs von fünf Sitzen, wird die CDU weiterhin die stärkste Fraktion stellen. Neben neuen politischen Gesichtern werden erneut vier Landtagsabgeordnete in der Fraktion vertreten sein. Sie werden sich weiterhin im Spannungsverhältnis zwischen kommunalem Mandat und Mitgliedschaft in der Regierungskoalition auf Landesebene befinden. Zuletzt brachte die öffentliche Forderung der Kreistagsfraktion nach einem Fonds für Vorpommern die Abgeordneten in eine zwiespältige Situation, als die Linksfraktion im Landtag dieses Thema in der Aprilsitzung auf die Tages-

³¹ Vgl. o. A, Piraten schließen Ex-NPD-Mitglied aus, abrufbar unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/piratenpartei-schliesst-ex-npd-mitglied-matthias-bahner-aus-a-829561.html (Stand: 05.07.2014).

ordnung setzen ließ.³² Obwohl diese Forderungen dem Beschluss der Kreistagsfraktion entsprachen und sich auch im Wahlprogramm widerspiegelten stimmten alle vier Abgeordneten in der beantragten namentlichen Abstimmung gegen diesen Antrag der Opposition.³³

Tab. 3: Ergebnis der Kommunalwahl 2009 bis 2014 im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Wahlvorschlag	2014 Prozent	2014 Sitze	2011 Prozent	2009 Prozent
CDU	34,6	24	28,3	33,9
Die LINKE	17,7	12	18,7	23,0
SPD	13,3	9	19,7	12,7
KfV	9,8	7	9,5	-
NPD	6,6	5	9,0	6,3
AfD	4,9	3	-	-
Bündnis 90/ Die Grünen	4,0	3	6,1	4,1
FDP	2,3	2	3,1	6,8
BG	1,9	1	1,1	1,9
WG BV-LR	1,4	1	1,4	1,0
PIRATEN	1,3	1	1,5	-
AL	0,9	1	-	-
BBG	0,3	-	-	-
Freie Wähler	-	-	1,0	1,4
FWG Jarmen	-	-	0,3	-
UWG	-	-	0,3	0,4
UBL 94	0,3	-	-	-
WG B	0,1	-	-	-
Bahner, Matthias	0,2	-	-	-
Schindler, Martin	0,2	-	-	-
Sonstige	-	-	-	8,4
Wahlbeteiligung	47,7 %		50,3 %	47,1 %

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Nach wie vor wird auch Rechtsanwalt Dr. Kai Krohn die Fraktion führen. Er wurde am 2. Juni 2014 erneut im Fraktionsvorsitz bestätigt.³⁴ Aufgrund der deutlichen Sitzverteilung gilt es als wahrscheinlich, dass Michael Sack weiterhin als Kreistagspräsident fungieren wird.

Die LINKE wurde zwar zweitstärkste Kraft, büßte aber einen Prozentpunkt gegenüber 2011 ein. Gegenüber 2009 beträgt der Stimmverlust mehr als fünf Prozentpunkte, sodass ein Abwärtstrend über die letzten Jahre erkennbar wird. Das schwächste Ergebnis mit deutlichen Verlusten erreichte Die LINKE in Anklam und kam auf nicht einmal neun Prozent der Wählerstimmen. Hier fuhr die Wählergemeinschaft „Kompetenz für Vorpommern“ mit Anklaams Bürgermeister Michael Galander als Spitzenkandidat und 19,5 Prozent der Stimmen ein überdurchschnittliches Ergebnis ein. In Ueckermünde konnte Die LINKE wiederum mit knappen 30 Prozent ihr bestes Ergebnis erzielen. Ueckermünde ist seit je her eine der Hochburgen der LINKEN. Seit 2013 ist Gerd Walther Bürgermeister in Ueckermünde. Walther war von 2002 bis 2006 als Landtagsabgeordneter tätig. Seine Nominierung als Spitzenkandidat im Wahlgebiet 8 (Stadt Ueckermünde, Amt „Stettiner Haff“) dürfte an dieser Stelle auch Ausschlag für dieses Ergebnis sein. Die neu gewählte Kreistagsfraktion wird dementsprechend mit zwölf, statt wie bisher mit 13 Abge-

³² Vgl. Antrag der Fraktion Die LINKE, „Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen stärken“ (Drs. 6/2828).

³³ Vgl. Plenarprotokoll Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 66. Sitzung, S. 129, abrufbar unter: <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/vorgang/21218> (Stand: 08.06.2014).

³⁴ Vgl. CDU Vorpommern-Greifswald (Hrsg.), Dr. Kai Krohn im Amt bestätigt!, abrufbar unter: <http://www.cdu-vg.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=385> (Stand: 07.06.2014).

ordneten vertreten sein. In der Fraktion werden die Landtagsabgeordneten Dr. Mignon Schwenke und Jeannine Rösler weiterhin kommunalpolitisch tätig sein.

Die SPD fährt in Vorpommern-Greifswald, gleich dem Resultat im Kreis Vorpommern-Rügen, das schwächste Wahlergebnis ein. Mit 13,4 Prozent der Stimmen liegt das Ergebnis der SPD über fünf Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt. Entgegen dem Landestrend konnte die SPD in Torgelow einen deutlichen Aufschwung verbuchen. Wie vermutet konnte die SPD deutlich durch ihr Zugpferd, Patrick Dahlemann, profitieren. Zur Stadtvertreterwahl konnten die Sozialdemokraten 1.352 Stimmen gegenüber 2009 hinzu gewinnen, während die anderen Parteien, vor allem aber das Wählerbündnis Uecker-Randow, teils deutliche Verluste hinnehmen mussten. Mit einem Stimmenanteil von 25,8 Prozent konnte die SPD ihr Ergebnis von 2009 mehr als verdoppeln und lag deutlich über dem Kreisergebnis. Wie wichtig Dahlemann für die SPD ist, zeigt sich anhand der Stimmen, die auf die einzelnen Bewerber innerhalb der SPD entfielen. Mit 1.463 Stimmen konnte Dahlemann über 1.300 Stimmen mehr auf sich vereinen als die zweitplatzierte Heike Runge. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Ergebnissen für den Kreistag ab. Im Stadtgebiet Torgelow erreichte die SPD ihr bislang bestes Ergebnis und konnte 24,4 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. Insgesamt errang Dahlemann im Amtsbereich Torgelow-Ferdinandshof 16,59 Prozent, beziehungsweise 2.706 Stimmen.

Wie die Linkspartei verbuchte die SPD in Anklam mit acht Prozent ihr schwächstes Ergebnis. Demgegenüber konnten die Sozialdemokraten in Strasburg 30 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Die deutlichen Verluste schlagen sich in gleicher Form bei der Zahl der Mandate nieder. Gleich fünf Mandate büßt die SPD gegenüber 2011 ein.

Während es der Wählergemeinschaft „Kompetenz für Vorpommern“ erneut gelang, in Fraktionsstärke in das Parlament einzuziehen und mit knapp zehn Prozent der Stimmen sieben Abgeordnete zu stellen, ist dies Bündnis 90/Die Grünen nicht gelungen. Mit vier Prozent der Stimmen gelang es lediglich drei Abgeordnete für das Kreisparlament zu stellen, womit sie weiterhin ohne Fraktionsstatus agieren müssen. Auch die Spaltung in Bündnis 90/Die Grünen und die Alternative Liste verhinderte ein höheres Wahlergebnis. Die Kandidaten, die unter der Alternativen Liste angetreten sind, konnten insgesamt 2.560 Stimmen und damit einen Sitz im neuen Kreistag für sich gewinnen. Bündnis90/Die Grünen mussten mehr als 7.000 verlorene Stimmen im Vergleich zu 2011 hinnehmen. Konnten sie 2011 noch von einer durch die Katastrophe in Fukushima erzeugten „grünen“ Stimmung profitieren und so auch in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns einziehen, fallen sie nun wieder auf ihr Ergebnis von 2009.

Auch die FDP ist von Ergebnissen weit entfernt, bei denen sie eine eigenständige Fraktion bilden könnte. In Anklam, wo die von 2006 bis 2011 als Landtagsabgeordnete Sigrun Reese antrat konnten die Liberalen mit über sieben Prozent ihr bestes Ergebnis erreichen. In den meisten Wahlkreisen mussten sie, dem anhaltendem Trend entsprechend weitere Verluste hinnehmen. Mit 2,3 Prozent konnten sie zumindest ihre bisherigen zwei Mandate retten. Mit diesem Ergebnis bröckelt allerdings auch der ohnehin geringe kommunale Unterbau der Partei und ihr stehen, wie auf allen anderen politischen Ebenen, schwere Zeiten bevor. In einigen Wahlkreisen gelang es der FDP auch nicht, mehr als ein Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen. Allerdings besteht für Christian Bartelt und David Wulff (beide FDP) erneut die Möglichkeit, sich mit dem Kandidaten der Bürgerliste Greifswald, Ulf Burmeister sowie Martin Banduch von den Piraten, die abermals ein Mandat erringen konnten, zusammenzugehen. Dies wurde bereits in der vergangenen Legislatur seit Oktober 2012 praktiziert, um so den Fraktionsstatus zu erlangen.³⁵

Dem Landestrend folgend musste die NPD deutliche Verluste hinnehmen. Auch durch die innerparteilichen Querelen fiel die NPD deutlich auf 6,6 Prozent zurück. Obwohl die Partei in ihren genannten Hochburgen gleichwohl Stimmen verloren hat, konnte sie erneut hohe zweistellige Ergebnisse in einigen Gemeinden verzeichnen, wie beispielsweise in Blesewitz mit 27,2 Prozent und das obwohl die Wahlbeteiligung mit 55,9 Prozent deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. Besonders im Kreis Vorpommern-

³⁵ Vgl. Kreistag Vorpommern-Greifswald, Bericht zur Arbeit des Kreistages Vorpommern-Greifswald: Rückblick zur Arbeit des Kreistages Vorpommern-Greifswald, S. 5.

Greifswald hat sich die NPD eine gewisse Stammwählerschaft aufgebaut. Es scheint den anderen Parteien nur schwer zu gelingen die Bevölkerung in diesen Hochburgen zu erreichen. Abermals werden die bekannten Gesichter aus der NPD Landtagsfraktion Tino Müller und Michael Andrejewski, sowie Dirk Bahlmann, ein Bauunternehmer aus Löcknitz, der im April 2014 von der Bürgermeisterwahl ausgeschlossen wurde, in den Kreistag einziehen. Neben Kristian Belz wird auch der Wahlkreismitarbeiter von Tino Müller, Enrico Hamisch, für die NPD im Kreistag sitzen.

Trotz der Warnungen der demokratischen Parteien und Organisationen gegen Rechtsextremismus vor Wählergemeinschaften, die auf ihren Wahllisten bekannte NPD-Mitglieder, beziehungsweise Sympathisanten, antreten ließen, konnten diese „Wölfe im Schafspelz“ in den Orten, in denen sie antraten, punkten. In Ueckermünde konnte die Wählergemeinschaft „Wir von hier“ 14,1 Prozent und somit zwei Prozentpunkte mehr als 2009 für die NPD, einfahren.³⁶ Somit nehmen für die Wählergemeinschaft drei Abgeordnete, unter ihnen Marko Müller, Bruder von Tino Müller, in der Stadtvertretung Platz.

Die vom Verfassungsschutz beobachtete „Interessengemeinschaft Strasburg“, die auf den Wahlzetteln als „Wählergemeinschaft schöneres Strasburg“ zu finden war, errang drei Sitze in der Stadtvertretung, da sich 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler für ein Kreuz hinter dieser entschieden haben.³⁷ Und auch in Torgelow gelang es den Rechtsextremen, unter dem Deckmantel „Alternative für Torgelow“ mit 8,7 Prozent in die Stadtvertretung einzuziehen. Die Strategie der NPD, sogar in Hochburgen auf harmlos lautende Wählergemeinschaften zu setzen, scheint somit aufgegangen zu sein. Es ist fraglich, ob die Wähler sich bewusst oder unbewusst für die rechtsextremen Kandidaten entschieden haben.

Bei der Piratenpartei gibt es wenige Überraschungen, trotz leichten Verlusten im Vergleich zu 2011 konnte erneut ein Kandidat in den Kreistag einziehen. Interessant wird es beim Einzelbewerber und ehemaligen Piraten³⁸ Matthias Bahner: Er scheint genau die 0,2 Prozentpunkte, die den Piraten gegenüber dem Ergebnis von 2011 nun fehlen, für sich gewonnen zu haben, was letztlich aber nicht für ein Mandat reichte.

Die Stimmverteilung legt außerdem nahe, dass die AfD Wähler aus dem rechten Lager abwerben konnte. Denn auch in Vorpommern-Greifswald ist die Partei weder mit einem aktiven Kommunalwahlkampf aufgefallen, noch kann über die kommunalpolitische Kompetenz der Kandidierenden geurteilt werden. Daher scheint es plausibel, dass die AfD sowohl von der Überschneidung mit der Europawahl, als auch als Protestpartei von der geringen Wahlbeteiligung profitieren konnte. In Heringsdorf konnte die AfD mit über acht Prozent der Wählerstimmen ein überraschend positives Ergebnis einfahren. Es wird sich zeigen, wie der Revisor Dr. Gunter Jess, der Richter Dr. Matthias Manthei und der Hotelier Jörg Erdmann kommunalpolitisch in Erscheinung treten. Noch ist auch unklar, wie die anderen Parteien mit der AfD umgehen werden. Dies wird nicht zuletzt vom agieren der jeweiligen Personen der AfD abhängig sein.

Insgesamt sind im neu gewählten Kommunalparlament nur wenige Mandatsträgerinnen vertreten, obwohl sich der Frauenanteil gegenüber 2011 leicht verbessert hat.

So waren 2011 lediglich 12 der 69 Abgeordneten Frauen, was einem prozentualen Anteil von rund 17 Prozent entspricht. 2014 erhöht sich die Zahl der weiblichen Abgeordneten auf 15 beziehungsweise knapp 22 Prozent. Somit ist nicht einmal jeder fünfte Sitz von einer Frau besetzt. Dabei wird die „Wählergemeinschaft ländlicher Raum“ im neu gewählten Kreistag, wie auch 2011 von Gesine Jürgens vertreten. Sie konnte sich als Spitzenkandidatin im Wahlbereich zehn den Einzug in das Parlament sichern. Bei Bündnis 90/Die Grünen sind mehr als zwei Drittel der gewählten Volksvertreterinnen Frauen. Bei der Partei Die LINKE wird die neue Fraktion zu 58 Prozent aus Frauen bestehen. Bei der Union sind lediglich drei von 24 Fraktionsmitgliedern Frauen. In der neuen Fraktion der Sozialdemokraten, die aus neun Kreistagsabgeordneten bestehen wird, wird sich keine Frau befinden.

³⁶ Vgl. Marc Brandstetter, NPD- Tarnlisten punkten bei Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/kommunale-ebene/artikel/npd-tarnlisten-punkten-bei-kommunalwahl-in-mecklenburg-vorpommern.html> (Stand: 08.06.2014).

³⁷ Vgl. ebd.

³⁸ Vgl. Gabriel Kords, Auch viele kleine Bündnisse wollen in den Landtag, in: Nordkurier, 23.05.2014, S. 21.

Tab. 4: Frauenanteil im Kreistag Vorpommern

	2014 Sitze	Anzahl Frauen	2011 Sitze	Anzahl Frauen
CDU	24	3	19	2
Die LINKE	12	8	13	6
SPD	9	1	14	1
KfV	7	-	7	1
NPD	5	-	6	-
AfD	3	-	-	-
Bündnis 90/Die Grünen	3	2	4	-
FDP	2	-	2	-
BG	1	-	1	-
WG BV-LR	1	1	1	1
PIRATEN	1	-	1	1
AL	1	-	-	-
Freie Wähler	-	-	1	0
Gesamt	69	15	69	12

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Ein Blick auf die größte Stadt des Kreises zeigt, dass bei der Wahl der Greifswalder Bürgerschaft alle etablierten Parteien außer Bündnis 90/Die Grünen Stimmenverluste hinnehmen mussten. Während die CDU (elf Sitze), die FDP (zwei Sitze) und Die LINKE (acht Sitze) je zwei Sitze verloren, konnte die SPD ihre sechs Sitze verteidigen. Allerdings zeigt sich eine signifikante Zersplitterung der Bürgerschaft. Waren es seit 2009 bereits sieben unterschiedliche Parteien beziehungsweise Wählergemeinschaften, sind es in der neuen Bürgerschaft bereits zehn. Politische Entscheidungen werden also vor allem durch Kompromisse und kurzzeitige Wählergemeinschaften herbeigeführt werden. Für eine erste Überraschung hat die Wahlniederlage des Greifswalder Bürgerschaftspräsidenten Egbert Liskow (CDU) gesorgt. Der Landtagsabgeordnete und CDU-Kreisvorsitzende hat dieses Amt bereits in den vergangenen zwei Legislaturen inne, geriet aber zunehmend in die Kritik. Vor allem werde ihm ein „Gutsherrenstil“ und „mangelnde Rücksichtnahme auf die übrigen Parteien in der Bürgerschaft“ vorgeworfen.³⁹ Neue Bürgerschaftspräsidentin ist nun die langjährige Stellvertreterin Liskows, Birgit Socher (Die LINKE), die 24 der 43 Stimmen erhielt. Besonders brüskiert sah sich die CDU durch die Wahl der Stellvertreter, Wolfgang Joecks (SPD) und Antje Steveling (KfV). Rainer Steffens, der von der CDU als Stellvertreter vorgesehen war, wurde von der Bürgerschaft ebenfalls nicht gewählt. Bei der Amtsbesetzung ist die CDU trotz des Wahlsieges nicht berücksichtigt worden.

5 Fazit und Ausblick

Im Hinblick auf die zukünftige Arbeit des Kreistages wird es sicherlich interessant, wie eine Fraktion aus KfV und Piratenpartei im politischen Alltag agiert.⁴⁰ Auf der einen Seite die KfV mit einem eindeutig wirtschaftspolitisch ausgerichteten Profil und ex-CDU-Personal, wie beispielsweise Frank Hardtke, der bereits 2012 vom CDU-Kreisverband ausgeschlossen wurde,⁴¹ auf der anderen Seite die Piratenpartei mit Plänen wie dem zur Einrichtung eines „Cannabis Social Club“ in Greifswald.⁴² Eine Fraktion in diesem Spektrum dürfte deutschlandweit nur wenige bis keine Vorgänger haben und dementsprechend nicht wenig Interesse genießen.

³⁹ Vgl. Ulrike Rosenstaedt/Gabriel Kords, Bürgerschaft serviert Liskow ab, abrufbar unter: www.nordkurier.de/greifswald/buergerschaft-serviert-liskow-ab-308031306.html (Stand: 01.07.2014).

⁴⁰ Vgl. Piratenpartei: Fraktionsbildung mit der Kompetenz für Vorpommern, abrufbar unter: piraten-hgw.de/2014/06/fraktionsbildung-mit-der-kompetenz-fuer-vorpommern/ (Stand: 04.07.2014).

⁴¹ Vgl. Jörg Foetzke, Gibt es bald eine Vorpommern-Partei?, abrufbar unter: www.nordkurier.de/greifswald/gibt-es-bald-eine-vorpommern-partei-261400808.html (Stand: 04.07.2014).

⁴² Vgl. Piratenpartei, Kommunalprogramm der Piraten für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, abrufbar unter: wiki.piratenpartei.de/MV:Kreisverband_Vorpommern-Greifswald/Kommunalprogramm-HGW (Stand: 04.07.2014).

Für weitere Ausblicke zur zukünftigen Arbeit des Kreistages bietet sich zunächst die Bilanz der Sitzverteilung im Vergleich zu 2011 an – große Änderungen lassen sich hier nur bei SPD (minus fünf Sitze) und CDU (plus fünf Sitze) feststellen. Mit Wegfall der Freien Wähler wird die Alternative Liste eventuell diesen Platz ausfüllen, oder nach gegebener Zeit mit Bündnis 90/Die Grünen kooperieren. Wie die AfD im Kreistag agieren wird ist vom derzeitigen Punkt aus nicht zu sagen.

So lässt sich abschließend zusammenfassen, dass auf Kreisebene die SPD als einzige signifikant geschwächte Partei aus den Wahlen hervorgeht. Keine andere Partei konnte Verluste von mehr als einem Sitz verzeichnen. Die parteiliche Konstellation des Kreistages wurde also, abgesehen vom Hinzukommen der AfD, nicht signifikant verändert.

Landkreis Ludwigslust-Parchim

Jan Müller/Sarah Schütt

1 Einleitung

Mit dem Inkrafttreten der Kreisgebietsreform 2011 und der ersten gemeinsamen Wahl von Kreistag und Landrat im September desselben Jahres, bietet die Kommunalwahl im Mai 2014 nun die Möglichkeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Nach der verkürzten Legislatur, der Wahltermin liegt jetzt wie vor 2011 zeitgleich mit der Europawahl, müssen sich die Parteien und Wählervereinigungen erstmals aus der neuen Perspektive des existierenden Großkreises messen. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim ist mit 4.752 km² der zweitgrößte in Mecklenburg-Vorpommern als auch in ganz Deutschland. Hier leben 216.759 Einwohner, also 46 pro km², damit zählt dieser aber zu den dünner besiedelten des Landes.¹ Auch als Südwestmecklenburg bezeichnet, grenzt er an Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg. Durch die A24 Hamburg-Berlin ist er gut mit beiden Großstädten verbunden. Dies macht sich besonders bei der im Landesvergleich relativ guten wirtschaftlichen Lage vor Ort bemerkbar, denn auch größere Unternehmen lassen sich in der Region nieder und verstärken so, neben der agrarischen Prägung, das Profil des Kreises.² Der neugeschaffene Großkreis ist Teil der sogenannten Metropolregion Hamburg, einem Zusammenschluss der Landkreise, die Hamburg und die Elbe umgeben. Damit sieht sich Ludwigslust-Parchim als Teil einer weltweit bedeutenden Wirtschaftszone.³

Mit den Wahlen 2011 entschied die Bevölkerung nicht nur über die Zusammensetzung des Kreistags und die Personalie des Landrates, sondern auch über den neuen Kreisnamen. Im umstrittenen Wahlvorschlag,⁴ der nur die Varianten Parchim-Ludwigslust bzw. Ludwigslust-Parchim beinhaltete, war der Sieger aufgrund des größeren Altkreises Ludwigslust leicht vorherzusehen, dieser gewann mit 55,4 Prozent der Stimmen.⁵ Auch Wochen nach der Wahl war der neue Name ein Streitpunkt zwischen den ehemaligen Altkreisen, Politikerinnen und Politikern sowie den Medien.⁶ Allerdings wurde von politischer Seite eine weitere Änderungen als zu umständlich angesehen. Kreisstadt wurde im Kompromiss Parchim, jedoch tagt der Kreistag abwechselnd in beiden ehemaligen Kreisstädten. Nicht nur die komplizierte Namensfindung ist Zeugnis der Schwierigkeiten, die auf den neuen Großkreis und Landrat Rolf Christiansen (SPD) zukamen. Für die politischen Parteien, die Feuerwehren, Sportverbände sowie Verkehrs- und Abfallbetriebe mussten neue Kreisstrukturen geschaffen werden; ein Prozess der in Einzelfällen immer noch andauert und oft auch politischen Streit mit sich bringt.

Die Herausforderungen für den Landkreis und seinen 162 Gemeinden unterscheiden sich kaum von denen des restlichen Bundeslandes. Vor allem der demografische Wandel, seine Auswirkungen und Folgen, sind ein ständiger Begleiter der Politik im Kreis. Im Versuch, die kommunalen Aufgaben (Schulen, Nahverkehr, Soziales, Infrastruktur) aufrecht zu erhalten, muss allerdings auf strenge Haushaltsführung geachtet, nach Möglichkeit Neuverschuldung vermieden und Schuldenabbau betrieben werden. Zudem will der Kreis eine möglichst positive Wirtschaftsentwicklung aufweisen. Die Frage des Schuldenstandes war auch bei der Fusion der beiden Kreise ein Thema: So brachte Ludwigslust aus dem Jahr 2010 einen ausgegli-

¹ Vgl. Landkreis Ludwigslust-Parchim (Hrsg.): Statistik 2012.

² Diesen Tenor tragen zumindest die optimistischen, ortsansässigen Förderer vor: Vgl. Wirtschaftsfördergesellschaft Südwestmecklenburg mbH, abrufbar unter: <http://www.invest-swm.de/index.php/de/> (Stand: 02.06.2014).

³ Vgl. Metropolregion Hamburg, abrufbar unter: <http://metropolregion.hamburg.de/> (Stand: 02.06.2014).

⁴ Vgl. Werner Mett/Heidrun Pätzold, Kreisname findet wenig Akzeptanz, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 23.09.2011.

⁵ Vgl. o. A., Kreisname Ludwigslust-Parchim umstritten, in: SVZ, 08.09.2011.

⁶ Vgl. Katharina Hennes, Neuer Kreisname: zu teuer, zu aufwändig, in: SVZ Hagenower Kreisblatt, 14.01.2012.

chenen Haushalt mit ein (Plus 2,3 Millionen), wobei die Pro-Kopf-Verschuldung bei 324 Euro lag, während die Verschuldung in Parchim wesentlich höher lag bei 644 Euro pro Kopf.⁷

Wirtschaftlich zeigt sich der Kreis mit der Anbindung an die Monopolregion Hamburg gut aufgestellt. Branchenschwerpunkte liegen in der Ernährungswirtschaft, Logistik, Tourismus und Handwerk. Die Arbeitslosenquote lag im April 2014 bei 8,7 Prozent und damit deutlich unter dem Landeswert von 11,1 Prozent.⁸

Für die Kommunalwahlen 2014 stehen folgende Fragen im Zentrum: Wie funktionierte die Fusion der Kreise in institutioneller als auch in politischer Hinsicht? Wie ist das Verhältnis zwischen Kreistag und Landrat? Welches waren die Themen, die die Legislatur und den Wahlkampf bestimmten?

2 Ausgangslage

Schon fast traditionell stellte die CDU in beiden Altkreisen bis 2011 die stärkste Fraktion. In Ludwigslust gewann sie die Kreistagswahlen 2004 mit 39,1 Prozent, mit deutlichen Verlusten konnte sie sich 2009 als stärkste Fraktion behaupten. In Parchim erhielt die CDU 2004 verhältnismäßig starke 43,4 Prozent, bei den folgenden Wahlen verlor sie zwar 6,7 Prozent, konnte aber ihren Status als stärkste Partei im Kreistag halten. In dieser Periode einer dominanten CDU in den Parlamenten waren beide Kreise jedoch in der Hand sozialdemokratischer Landräte, Rolf Christiansen in Ludwigslust und Klaus-Jürgen Iredi in Parchim. In Ludwigslust erzielte die SPD bei den Wahlen konstante Ergebnisse, die sich 2004 und 2009 bei der 26 Prozent-Marke einpendelten. Dagegen verlor die Parchimer SPD 2004 deutlich und stand bei 20,4 Prozent, ein Ergebnis welches vier Jahre später auf 23,7 Prozent verbessert werden konnte. Drittstärkste Kraft in beiden Landkreisen war die PDS/LINKE, diese holte 2004 in Ludwigslust nur schwache 15 Prozent und auch 2009 gelang ihr nur eine geringe Verbesserung. In Parchim lagen die Ergebnisse 2004 bei 18,3 Prozent und 2009 bei genau 20 Prozent. Die Bündnisgrünen und die FDP spielten eine geringere Rolle in den Parlamenten der Altkreise. 2004 holte Bündnis 90/Die Grünen in beiden Landkreisen 3,8 Prozent und steigerten sich 2009 unwesentlich auf 4,1 Prozent bzw. 4,8 Prozent. Die FDP profitierte 2009 stark vom damaligen Bundestrend und holte knapp über 8 Prozent. 2004 zogen erstmalig zwei Abgeordnete der rechtsextremen NPD in den Ludwigsluster Kreistag ein. In Parchim holte die NPD 2009, genau wie in Ludwigslust, zwei Mandate.⁹

Beide Altkreise sind stark durch die Landwirtschaft geprägt. Sie drückt der Landschaft ihren Stempel auf und ist zugleich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der Region. Auch politisch spielt die Landwirtschaft eine beachtliche Rolle in der Region. In beiden Altkreisen schafften es Wählerinitiativen und -bündnisse mit landwirtschaftlichem Hintergrund, sich in den Kreistagen zu etablieren. In Ludwigslust war seit 1999 das „Bündnis Bauern und Ländlicher Raum“, in Parchim seit 2004 das „Agrarbündnis“ Teil des Parlaments. Beide konnten auch in der folgenden Legislatur Abgeordnete entsenden. Erfolgreiche Wählergemeinschaften hat es zudem in Ludwigslust gegeben. Dort waren es 2004 die „Bürger für Boizenburg“ (BfB), die ein Mandat erhielten; ein Erfolg, der sich nicht wiederholte. Dafür gelang es 2009 den „Bürgern für Ludwigslust“ (BfL) mit einem Abgeordneten in den Kreistag einzuziehen. In Parchim gab es dieses Phänomen nicht. Allerdings schaffte es Heinrich Pressentin, dort von 1994 bis 2009 als Einzelbewerber ein Mandat zu holen.¹⁰

⁷ Vgl. o. A., Schuldenriss teilt Kreis Ludwigslust-Parchim, in: SVZ, Ludwigsluster Tageblatt, 26.09.2011.

⁸ Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Informationen für Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Mecklenburg-Vorpommern-ab-09-2011-Nav.html?year_month=201404 (Stand: 09.05.2014).

⁹ Alle Ergebnisse vor 2011 siehe: Arne Lehmann, Die Kreistagswahlen 2009 in der Region Südwestmecklenburg: Ludwigslust und Parchim, in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 87–99.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 88–89.

Tab. 1: Wahlergebnis 2009 für den Landkreis Ludwigslust

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2009			Veränderung zu 2004		
	Absolut	Prozent	Sitze	Absolut	Prozentpkt.	Sitze
CDU	49.399	31,7	17	-1.2407	-7,4	-4
SPD	26.207	26,8	14	-2.562	+0,7	±0
Die LINKE	41.856	16,8	9	+610	+1,8	+1
FDP	13.264	8,5	5	+5.935	+3,9	+3
Bd. 90/Die Grünen	6.333	4,1	2	+330	+0,3	±0
NPD	6.968	4,5	2	+1.595	+0,7	±0
BBLR	7.815	5,0	3	-1.528	-0,9	±0
BfB	1.422	0,9	0	-24	±0	-1
BfL	1.843	1,2	1	+1.843	+1,2	+1
AWK	309	0,2	0	+309	-	±0
EB	586	0,4	0	-674	-0,4	±0
Wahlbeteiligung	51,4			+0,2		

Quelle: Landeswahlleiterin 2009.

Tab. 2: Wahlergebnis 2009 für den Landkreis Parchim

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2009			Veränderung zu 2004		
	Absolut	Prozent	Sitze	Absolut	Prozentpkt.	Sitze
CDU	43515	36,7	17	-9557	-6,7	-6
SPD	28116	23,7	11	-3110	+3,3	±0
Die LINKE	23691	20,0	10	-1260	+3,3	±0
FDP	9890	8,3	4	+2627	+2,4	+1
Bd. 90/Die Grünen	5732	4,8	2	+1072	+2,4	±0
NPD	4276	3,6	2	+4276	-	+2
Agrar	1938	1,6	1	-3752	-3,1	-2
EB	1327	1,2	0	-2891	-2,2	-1
Wahlbeteiligung	49,6			+0,6		

Quelle: Landeswahlleiterin 2009.

Die Wahlbeteiligung sank für beide Kreise seit Mitte der 1990er Jahre deutlich. Sie lag 2009 in Parchim knapp unter 50 Prozent, in Ludwigslust knapp darüber. Trotzdem lagen beide deutlich über dem Durchschnitt des Bundeslandes.¹¹

Die Kreisgebietsreform von 2011 vereinigte die beiden Kreistage, die 53 (Ludwigslust) und 47 (Parchim) Abgeordnete umfassten. Der neue Kreistag besteht aus 77 Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Die erste Wahl vom September 2011 barg einige Überraschungen. Nicht so sehr auf der Ebene des Landrates, hier gewann Rolf Christiansen (Landrat seit 1994) gegen die CDU Kandidatin und Bürgermeisterin von Lübz Gudrun Stein mit 63,4 Prozent im zweiten Wahlgang.¹² Für den neuen Kreistag bewarben sich neben den etablierten Parteien auch vier Wählergemeinschaften und Dr. Olaf Hinrichs als Einzelbewerber. Dieser war 2010 aus der SPD-Fraktion in Ludwigslust ausgetreten und bewies mit seinem Wahlerfolg, dass auch in den neuen Großkreisen Einzelbewerber eine Chance besitzen. Er entschloss sich Anfang 2013, als Hospitant der Linksfraktion beizuwohnen.¹³ Von den Wählergemeinschaften konnte die Allianz Bauern und ländlicher Raum (ABLR) drei Mandate gewinnen. Die ABLR ist eine Initiative der Kreisbauernverbände, die die beiden vorher bestehenden Wählerinitiativen der Landwirte ablöste und in der Lud-

¹¹ Vgl. ebd., S. 90 u. 95.

¹² Vgl. Christopher Scheele, Die Kommunal und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011. S. 123–134.

¹³ Vgl. o. A., Erst fraktionslos, jetzt Hospitant, in: SVZ, Ludwigsluster Tageblatt, 30.01.2013.

wigsluster und Parchimer gemeinsam antreten.¹⁴ Die Freien Wähler Südwestmecklenburg (FW SWM) errungen mit Jens Prötzig ein Sitz. Stärkste Fraktion wurde, entgegen der langjährigen Trends, nicht die CDU. Die SPD profitierte deutlich von der Gleichzeitigkeit von Landtags- und Kommunalwahl, der „Selling-Effekt“ bescherte den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten 32,3 Prozent und damit 25 Sitze. Die CDU dagegen musste ein enttäuschendes Ergebnis von 27,7 Prozent und 21 Abgeordneten hinnehmen. Die LINKE (14 Sitze), Bündnis 90/Die Grünen (4 Sitze) und FDP (4 Sitze) holten die zu erwartenden Ergebnisse. Die NPD zog ebenfalls mit vier Sitzen in den Kreistag, darunter das Ehepaar Pastörs und der Landtagsabgeordnete Stefan Köster.

Tab. 3: Wahlergebnis vom 04.11.2011 für den Landkreis Ludwigslust-Parchim

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2011			Wahlergebnis 2009*
	Absolut	Prozent	Sitze	
CDU	79.379	27,7	21	33,8
SPD	92.473	32,3	25	25,5
Die LINKE	51.013	17,8	14	18,2
FDP	13.643	4,8	4	8,4
Bd. 90/Die Grünen	16.054	5,6	4	4,4
NPD	15.670	5,5	4	4,1
ABLR	9.244	3,2	3	-
AUF	1.570	0,5	0	-
BfL	1.712	0,6	0	0,7
FW SWM	3.257	1,1	1	-
Die Partei	163	0,1	0	-
EB	1.926	0,7	1	0,7
Wahlbeteiligung	54,5			50,6

Quelle: Landeswahlleiterin 2011 und 2009. *Wahlergebnis 2009 umgerechnet auf das Wahlgebiet ab 2011.

Damit hatte die SPD bereits in der Zusammenarbeit mit der LINKEN eine knappe Mehrheit, zudem stand die Kooperation mit den Bündnisgrünen und den Kreistagsmitgliedern ohne Fraktionsstatus offen. Die CDU hatte daher einen geringeren Spielraum.

Der Kreistag startete mit einer gemeinsamen Erklärung aller demokratischen Abgeordneten, nicht mit der NPD zusammenarbeiten zu wollen, diese konnte daher keinen Vertreter in die Ausschüsse entsenden. Als Kreistagspräsidentin wurde Gisela Schwarz (SPD) gewählt.¹⁵ Die erste verkürzte Legislatur des neuen Kreistags kann unter dem Arbeitsauftrag der Zusammenführung verstanden werden. Auf politischer Ebene schlossen sich die Kreisverbände der einzelnen Parteien zusammen, welches augenscheinlich ohne größere Probleme von statten ging, denn der gemeinsame Wahlkampf hatte die Zusammenarbeit schon vorbereitet.¹⁶ Trotz der nach der Fusion andauernden Debatte um den Namen des Großkreises, lässt sich mehr als zwei Jahre später festhalten, dass sich Ludwigslust-Parchim etabliert hat, ohne jedoch von allen Seiten geliebt zu werden.¹⁷ Hier kann vermutlich auch die Entscheidung zu den KfZ-Kennzeichen beige-tragen haben, den neuen Kreisnamen zu akzeptieren. Neben LUP ist nun die Rückkehr zu den seit 1994 nicht mehr existierenden Kennzeichen wie LBZ, HGN, STB sowie den bis 2011 geltenden PCH, LWL möglich.¹⁸ Für die Bürgerinnen und Bürger hat diese Frage eine nicht zu unterschätzende emotionale Bedeutung.

¹⁴ Vgl. Katharina Hennes, Bauernbündnis vor Fusion, in: SVZ, Hagenower Kreisblatt, 26.20.2011; O. A., Bauern bewerben sich um Kreistagsmandate, in: SVZ, Hagenower Kreisblatt, 01.09.2011.

¹⁵ Vgl. Udo Mitzlaff, Schulterschluss der Demokraten, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 15.10.2011.

¹⁶ Vgl. o. A., Der Kreistag ist politischer geworden, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 06.03.2012; O. A., Die SPD fusioniert zum Jahreswechsel, in: SVZ, Hagenower Kreisblatt, 15.09.2011.

¹⁷ Vgl. o. A., Vorerst bleibt Name Ludwigslust-Parchim, in: SVZ, 14.01.2012.

¹⁸ Vgl. Mayk Pohle, STB-Kennzeichen: Boom nach Wiedereinführung erst einmal vorbei, in: SVZ, Anzeiger für Sternberg, Brül, Warin, 14.01.2014.

Unter dem Thema der Zusammenführung fallen auch Sachpunkte wie die Findung einer gemeinsamen Müllentsorgungspolitik bzw. einheitlichen Abfallgebühren, die Angleichung der kreislichen Bildungsträger wie Volkshoch- und Musikschulen, die Schaffung des gemeinsamen Verkehrsverbundes „Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim“ sowie die Zusammenlegung der Kreisfeuerwehrverbände. Letzteres zeigte, dass es nicht immer leicht war, diese ähnlichen Strukturen zusammenzuführen, da hier Führungspositionen und auch Macht geteilt werden muss.¹⁹ Ein häufiger Streitpunkt bei vielen Themen war die Zusammenlegung bzw. der Wegzug von Ämtern und Institutionen. Besonders kontrovers wurde das in Parchim aufgenommen. So verließen die Polizeiinspektion, das Finanzamt und das Amt für Landwirtschaft die Stadt. Auch wenn nicht jeder dieser Schritte mit der Kreiszusammenlegung in Verbindung stand, war die Auseinandersetzung zum Teil sehr heftig.²⁰ Dies zeigte sich an der Diskussion um die Gerichtsstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern, bei der der Standort des Amtsgerichts Parchim zur Debatte stand. Für den Erhalt des Standorts Parchim sprachen sich sowohl die CDU in Person von Land- und Kreistagsabgeordneten Wolfgang Waldmüller²¹ aus, als auch die SPD und Die LINKE, die das Volksbegehren unterstützen.²² Hier wird zudem die schwierige Gemengelage von Kommunal- und Landespolitik sichtbar sowie die Auswirkungen des demographischen Wandels, der vor allem die Kleinstädte der Region hart trifft und es schwierig macht, die Dichte der Infrastruktur für den Bürger aufrecht zu erhalten.

Wie auch auf Bundes- bzw. Landesebene ist das Recht des Parlaments auf Verabschiedung des Haushaltes das Königsrecht. Bereits im Vorfeld der Fusion gab es zum Teil polemische Auseinandersetzungen, die jeweils nach den Grenzen der Altkreise geführt wurden und bei denen es um Versäumnisse der Vergangenheit ging, die die andere Seite nicht mittragen wollte. Im Konkreten ging es um die sofort zu zahlende Restschuldenlast des Altkreises Parchim, die sich auf knapp 7,6 Millionen Euro belief. Die Kommunen des Altkreises versicherten den Fehlbetrag zu leisten, um so die Gemeinden des ehemaligen Landkreises Ludwigslust nicht zu belasten.²³ Haushaltspolitisch kann die Legislatur durchaus als positiv verbucht werden. Zwischenzeitlich stand in den Beratungen des Landkreises mit den Gemeinden und Städten eine Erhöhung der Kreisumlage von 42,99 Prozent auf 45 Prozent im Raum.²⁴ Im März 2014 einigte sich der Kreistag dann auf eine Erhöhung der Kreisumlage um 0,9 Prozentpunkte auf 43,87 Prozent. Dieser Schritt wurde vor allem von der CDU stark kritisiert, da er in Verhandlungen zwischen SPD, der LINKEN und der Kreisverwaltung zustande kam, die CDU Fraktion warf dem Landrat „Gutsherrenmanner“ vor. Der Haushalt ist ausgeglichen, sodass die sogenannte „rote Null“ steht. Der Kreis verzichtet auf Neuverschuldung und setzt hohe Ziele beim Schuldenabbau, zugleich bleiben die Ausgaben im Bereich Soziales und Kultur stabil und sogar höhere Investitionen im Theater Parchim sollen getätigt werden.²⁵ Auch wenn die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sich zum Teil mit dem Kompromiss schwer tun – sie argumentieren, dass der Landkreis sich auf Kosten der Gemeinden entschuldet – besteht anscheinend in fast allen Fraktionen Einigkeit darüber, dass das Land mehr für Kreise und Gemeinde in finanzieller Hinsicht tun muss. Nach aktuellem Stand und weiter guter Wirtschaftslage wären die momentanen Schulden des Großkreises von 90 Millionen Euro in 15 Jahren abgetragen und der Kreis damit schuldenfrei.²⁶

¹⁹ Vgl. Michael-Günther Bölsche, Feuerwehren im Landkreis vereint, in: SVZ, Zeitung für Lütz, Goldberg, Plau, 28.04.2014.

²⁰ Vgl. Gerd Heuer, Ist Parchim noch zu retten?, Leserbrief, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 07.09.2013.

²¹ Vgl. Udo Mitzlaff, „Parchim hat noch nicht verloren“, in: SVZ, Zeitung für Lütz, Goldberg, Plau, 16.02.2013.

²² Vgl. Udo Mitzlaff, Ab heute das Amtsgericht retten, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 10.03.2014.

²³ Vgl. Horst Kamke, Kreis-Altschuldenstreit vom Tisch, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 28.11.2013.

²⁴ Vgl. o. A., Landkreis, Städte und Gemeinden beraten über Haushaltssituation 2014, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 24.01.2014.

²⁵ Vgl. Michael Beitien, Kommunen zahlen 72,7 Millionen, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 22./23.03.2014.

²⁶ Vgl. Udo Mitzlaff/Maik Pohle, Kreisumlage kein Hebel für Gemeindefusionen, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 02.01.2014.

3 Wahlkampf

3.1 Bestimmende Themen der etablierten Parteien

Insgesamt verlief der Wahlkampf ruhig. Es gab kein dominantes oder sehr umstrittenes Thema, die Parteien versuchten ihre Stammthemen und ihr angestammtes Wählerklientel zu bedienen.²⁷ Für die einzelnen Parteien kann bemerkt werden, dass die SPD aus einer selbstbewussten Position heraus in den Wahlkampf ging. Mit dem Landrat und der stärksten Fraktion im Rücken versuchten sie, die positive Bilanz der vergangenen Legislatur als einen Erfolg der sozialdemokratischen Politik darzustellen. Am Anfang des 26 Seiten langen Wahlprogramms der SPD werden 16 Punkte genannt, die die gute Arbeit der Partei bilanzieren. Ein Schwerpunkt des Programms liegt auf Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt als auch im gesamtgesellschaftlichen Umfeld.²⁸ Die SPD ging mit 86 Kandidatinnen und Kandidaten, darunter 25 Frauen in den Wahlkampf. Im Vergleich hierzu stellte die CDU mit 92 die meisten Kandidierenden auf, darunter aber nur 19 Frauen (siehe Tabelle 4). Das Wahlprogramm orientiert sich an den kommunalen Leitlinien der Landespartei. Es erinnert an eine PowerPoint-Präsentation und enthält 20 Folien, die jeweils einen Themenkomplex beschreiben.²⁹ Es unterscheidet sich damit deutlich vom Programm der SPD, welches ein klassisch ausformuliertes Wahlprogramm ist. Die LINKE wiederum präsentiert ein dreiseitiges, stichpunktartiges Wahlprogramm, welches die Schwerpunkte auf die Themen Bürgernähe und Transparenz, aber auch Generationengerechtigkeit und – an die Kommunalwahl angepasst – auf die Stärkung des ländlichen Raumes legt.³⁰ Des Weiteren muss bemerkt werden, dass nicht alle Parteien gleichermaßen den Zugang zu ihrem Wahlprogramm garantierten: Während es jenes der SPD für den Landkreis Ludwigslust-Parchim nur auf Anfrage gab, stellten Bündnis 90/Die Grünen für alle Landkreise bis auf diesen ein Programm online zur Verfügung.

Themen, der vorhandenen Wahlprogramme, aber auch in den Diskussionen vor der Wahl, waren unter anderem die Frage nach der Umsetzung der Energiewende durch erneuerbare Energien. Die bundesweite Debatte zur Energiewende betraf auch den Landkreis, seit langem ist die Region attraktiv für diese Branche. Auch finden auf seinem Gebiet Investitionen im Bereich der Stromtrassen statt, die die Windenergie nach Süden transportieren. Allerdings regte sich seit längerer Zeit Widerstand gegen neue Windparks, die nahe an Siedlungen oder schützenswerten Naturgebieten liegen. Um den neuen Fragen zu begegnen, schuf der Kreis den „Zeitweiligen Ausschuss für Windenergie“. Dieser legte in einer überraschenden Zusammenarbeit zwischen CDU und der LINKEN, die auch von der NPD Zustimmung erhielt, ein Papier vor, welches die Abstandsregeln deutlich verschärfte. Starke Kritik kam von der SPD und den Bündnisgrünen, die den Beschluss als Verhinderung aller neuen Windkraftanlagen sahen. Rechtlich hat der Beschluss des Kreistags noch keine Bedeutung, die CDU interpretierte ihn als Willensbekundung.³¹ In den Programmen betonten die Parteien die Bürgerbeteiligung an neuen Windeignungsgebieten verstärken zu wollen. Damit reagierten sie auf den Widerstand verschiedener Bürgerinitiativen.

Als weiteres entscheidendes Thema kann die Entwicklung des Landkreises unter den Bedingungen des demographischen Wandels gesehen werden. Die CDU-Fraktion legte viel Wert auf die Erarbeitung und die Durchsetzung eines Zukunftskonzepts für den Landkreis, welches klare Ziele und Orientierungspunkte beinhaltet. Ziel war es, bereits erarbeitete Konzepte und Leitlinien sowie Ergebnisse aus Studien zu bün-

²⁷ Vgl. Udo Mitzlaff, Wenig Lärm um die Kreistagswahl, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 21.05.2014.

²⁸ Vgl. SPD – Kreisverband Ludwigslust-Parchim: Kompetenz vor Ort, Programm zur Wahl des neuen Kreistages am 25.05.2014.

²⁹ Vgl. CDU – Ludwigslust-Parchim: Gemeinsam für unsere Heimat, Wahlprogramm Ludwigslust-Parchim Kreistagswahl 2014, abrufbar unter: <http://www.cdu-ludwigslust-parchim.de/download/Wahlprogramm-Ludwigslust-Parchim-Kreistag-2014.pdf> (Stand: 03.06.2014).

³⁰ Vgl. Die LINKE Kreisverband Südwestmecklenburg: Für einen weltoffenen, demokratischen und lebenswerten Landkreis, abrufbar unter: <http://www.die-linke-swm.de/fileadmin/kreise/musterkreis/bilder/Meldungen/Texte/KW-Programm.pdf> (Stand: 03.06.2014).

³¹ Vgl. Mayk Pohle, CDU und Linke mischen die Karten im Windspiel neu, in: SVZ, Zeitung für Lüz, Goldberg, Plau, 25.01.2014.

deln. Das Kreisentwicklungskonzept sollte festlegen, mit welchen Strategien der Kreis für Unternehmen, Touristen und Behörden attraktiv gehalten werden soll. Doch ein erster Entwurf wurde vor allem von der Kreisverwaltung und dem Landrat abgelehnt. SPD und Die LINKE entzogen sich dem Konzept mit Verweis auf die nötige Beteiligung der Bürger.³² In den letzten Wochen der Legislatur einigten sich die Verantwortlichen, ein Zukunftskonzept (LUP 2025 – Gemeinsam erfolgreich für unsere Region) vorzulegen; ein Prozess, der aber noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird.³³

Als dritter Punkt der Themen im Wahlkampf und der vergangenen Legislatur sei noch auf die Bewahrung der Mobilität und Infrastruktur hingewiesen. Der Landkreis ist, wie die Mecklenburgische Seenplatte, vom Verkehrskonzept des Landes besonders betroffen, der das Aus für einen Teil der Südbahn vorsieht. Der Abschnitt zwischen Parchim und Malchow soll ab 2015 durch einen flexiblen Busverkehr ersetzt werden, weil die Strecke nicht mehr rentabel zu betreiben ist. Damit wäre eine Bahnfahrt von Ludwigslust oder Schwerin nach Lübz oder weiter nach Neubrandenburg nicht mehr möglich. Landkreis- und fraktionsübergreifend formierte sich Widerstand aus Politik und Zivilgesellschaft gegen die Pläne der Landesregierung. Landtagsmitglied Wolfgang Waldmüller ging sogar so weit, dass kommunale Thema der Südbahn vor die Fraktionsdisziplin zu stellen. Er schloss sich einem Antrag von Bündnis 90/Grünen und Die LINKEN im Schweriner Landtag an, der den Erhalt der gesamten Südbahn forderte. Dieser wurde jedoch von der Koalitionsmehrheit abgelehnt, trotzdem wollen Kommunalpolitikerinnen und Politiker sowie Bürgerinnen und Bürger weiter für den Fortbestand der Südbahn kämpfen.³⁴

3.2 Wahlkampf der kleinen Parteien und der Einzelbewerber

Die NPD ist traditionell in diesem Landkreis eine gesetzte Kraft, da Udo Pastörs, Fraktionschef der NPD im Schweriner Landtag und gleichzeitig Parteivorsitzender, in Lübtheen lebt. Die Kleinstadt entwickelte sich damit zu einem Zentrum der Aktivitäten der rechtsextremen Partei. Die Liste der NPD in Ludwigslust-Parchim ist die zweitumfangreichste im Landesvergleich. Auffällig im Wahlkampf war, dass die NPD erstmals Plakate zeigte, die neben Anderen die Gesichter von Udo und Marianne Pastörs abbildeten. Zudem plakatierte man zeitlich sehr früh und flächendeckend sowie verstärkt wenige Tage vor der Wahl. Neben den Landtagsabgeordneten und deren Mitarbeitern kandidierte auf der Liste der NPD ebenfalls ein parteiloser Kandidat.

Die bereits mit drei Mandaten im Kreistag vertretene ABLR fiel mit einer sehr umfangreichen Kandidatenliste auf und forderte die stärkere Unterstützung der Landwirtschaft, da diese der tragende Wirtschaftssektor vor Ort sei. Sie argumentierte, dass keine andere Partei die Interessen der Bauern repräsentieren könne und dass man in der vergangenen Legislatur im Kreistag bereits erfolgreich gearbeitet habe, in dem sie mit der FDP für die Ausschussarbeit eine Zählgemeinschaft gebildet hatten.³⁵

Des Weiteren ist bei der Wahl 2014 die enorme Anzahl der kandidierenden Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber ein Novum: Insgesamt treten neun Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber zur Wahl an, wobei die Wählergruppe Wöbbelin und die „Aktive Wählergemeinschaft Dobbartin“ (AWD) de facto als Einzelbewerber zu werten sind. Unter diesen Kandidatinnen und Kandidaten finden sich insgesamt drei Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Die Motive der Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber können nicht im Einzelnen nachvollzogen werden, jedoch scheint eine gewisse Parteienverdrossenheit, Unzufriedenheit mit der Arbeit der Kreisverwaltung und das Gefühl, die dörflichen Interessen nicht mehr angemessen im Kreistag vertreten zu sehen, ausschlaggebend für viele zu sein.³⁶

³² Vgl. Udo Mitzlaff, Wo bleibt die Zukunftsperspektive?, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 10.01.2014; Udo Mitzlaff, Welchen Kurs nimmt der Landkreis?, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 22.01.2014.

³³ Vgl. Udo Mitzlaff, Zukunftskonzept für den Kreis kommt, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 14.04.2014.

³⁴ Vgl. Ilja Baatz, Nach Debatte: Kampf geht weiter, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 12.04.2014.

³⁵ Vgl. Horst Kamke, Mehr Kompetenz im Kreistag, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 14.05.2014.

³⁶ Vgl. Maria Griepentrog (Hrsg.), Warum ist mein Dorf nicht im Kreistag vertreten?, abrufbar unter: <http://mein-dorf-im-kreistag.de/> (Stand: 27.05.2014).

Daher muss an dieser Stelle die Frage aufgeworfen werden, ob das Phänomen der steigenden Zahl der Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber auch der neuen Größe des Landkreises geschuldet ist und die Vergrößerung des Kreises somit zu einer weiteren Regionalisierung der Kandidierenden führt.

Tab. 4: Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten 2011 und 2014 im Vergleich

Wahlvorschlag	Kandidaten		Veränderung zu 2011	
	Anzahl Gesamt	Anzahl Frauen	Anzahl Gesamt	Anzahl Frauen
CDU	92	19	-2	+3
SPD	86	26	+5	-1
Die LINKE	72	25	+1	+4
FDP	34	5	-7	-2
Bd. 90/Die Grünen	18	9	±0	+3
NPD	11	1	+1	±0
ABLR	60	10	+13	+4
AfD	4	2	-	-
Piraten	3	0	-	-
FW LUP	10	4	-	-
AfL	6	1	-	-
EB	9	3	+8	+3
Gesamt	405	105	+20	+19
Frauenanteil in %	25,9		22,3	

Quelle: Kreiswahlleiter 2014 und 2011.

4 Wahlergebnis

Der landesweite Trend der Wahl, die Gewinne der CDU und Verluste der SPD, zeigen sich auch im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Während die CDU deutlich gewinnt, vier Sitze und 4,3 Prozent, verliert die SPD fünf Sitze und 6,8 Prozent. Dabei können die Verluste der SPD möglicherweise auf das Fehlen des „Selling-Effektes“ zurückgeführt werden, der im Wahlkampf 2011 durch die gleichzeitige Landtagswahl wesentlich präsenter war und dem daher ein positiver Effekt auf das Wahlergebnis zugeschrieben wird.³⁷ Daher kann bei dem Ergebnis der CDU von einer gewissen Normalisierung gesprochen werden, die das schlechte Ergebnis des Jahres 2011 relativiert, welches unter Umständen durch die Wahrnehmung der CDU als verantwortliche Partei für die Kreisgebietsreform und damit verbundenen Unannehmlichkeiten zustande kam. Wolfgang Waldmüller, Landtagsabgeordneter der CDU in Schwerin und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Ludwigslust-Parchim, erklärt das gute Abschneiden der CDU dabei nicht mit dem Schwächeln der SPD, sondern mit den eigenen kommunalpolitischen Akzenten zu denen er „neben dem Kreisentwicklungskonzept, den zeitweiligen Ausschuss für Windenergie, unser Engagement für den Erhalt der Südbahn aber auch die Arbeit an der Abfallgebührensatzung“ zählt.³⁸

Die SPD verliert somit die Stellung als stärkste Fraktion im Kreistag, da sie möglicherweise für die in den letzten beiden Jahren durchgesetzten Schließungen und Streichungen verantwortlich gemacht wurde.³⁹ Dennoch ist das Ergebnis der SPD im Landesvergleich das stärkste.

Die LINKE hält ihr Ergebnis, während FDP und Bündnisgrüne Prozente und je einen Sitz abgeben müssen. Ebenso ergeht es der NPD, die zwar einen Sitz verliert, mit ihren 3,5 Prozent aber landesweit in Ludwigslust-Parchim immer noch das zweitbeste Ergebnis hinter Vorpommern-Greifswald erzielt. Im

³⁷ Vgl. Scheele, Die Kommunal und Direktwahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 124.

³⁸ CDU-Kreisverbandes Ludwigslust-Parchim: Wolfgang Waldmüller: Ziel erreicht – CDU stärkste Kraft im Kreistag und stärkste kommunale Partei, abrufbar unter: http://www.cdu-ludwigslust-parchim.de/aktuelles_artikel.php?selectedNr=37 (Stand: 01.06.2014).

³⁹ Vgl. Katharina Hennes, SPD großer Verlierer im Kreis, in: SVZ, Zeitung für Lütz, Goldberg, Plau, 27.05.2014.

Kreistag wird Marianne Pastörs damit nicht mehr vertreten sein, während für Andreas Theißen, Stefan Suhr einziehen wird. Eine wichtige Hochburg war wiederum der Wohnort des Parteichefs Pastörs, Lübtheen, dort holte die Partei 10,7 Prozent (617 Stimmen). Die NPD verliert damit, ebenso wie die FDP und Bündnis90/Die Grünen, ihren Fraktionsstatus, sodass der neue Kreistag aus nur noch vier Fraktionen bestehen wird und die restlichen sieben Parteien und Wählergemeinschaften sich zu Zählergemeinschaft zusammenschließen müssen, um so in den Ausschüssen vertreten sein zu können. Die Verluste der FDP folgen dabei einem landes- und bundesweiten Trend, wobei hervorzuheben ist, dass sie hier landesweit das beste Ergebnis erzielen konnten. Die Verluste der Bündnisgrünen können unter Umständen auf die Thematik der Installation weiterer Windkraftanlagen vor Ort zurückgeführt werden.

Die ABLR scheint die zweite Gewinnerin dieser Wahl neben der CDU zu sein: Sie gewinnt einen Sitz und erreicht damit den Fraktionsstatus. Das gute Ergebnis mit 15.606 Stimmen kann durch die umfangreiche Kandidatenliste, die Kandidierende aus den Gemeinden und nicht Spitzenkandidatinnen oder -kandidaten in den Mittelpunkt stellte, erklärt werden.

Bei den Freien Wählern, die schon 2011 als Freie Wähler Südwestmecklenburg angetreten waren, zieht Graf von Westarp in den Kreistag ein, sodass man einen Sitz im Parlament behält. Auch für die „Alternative für Ludwigslust“ (AfL) kann festgehalten werden, dass es sich zwar in dieser Form um einen Neuzugang in den Kreistag handelt, dass die AfL aber de facto die Strukturen des „Bündnis für Ludwigslust“ aufnimmt.⁴⁰ Sie werden im kommenden Kreistag einen Abgeordneten stellen, was auf Basis ihrer Verankerung im Raum Ludwigslust als Erfolg gedeutet werden kann. Alleine in Ludwigslust erlangten sie 1.500 ihrer insgesamt 3.300 Stimmen.

Tatsächliche Neuzugänge sind hingegen die Piraten und die Alternative für Deutschland (AfD), also bundesweit agierende Parteien, die nun auch ihre Vertretung im Kreistag finden. Die AfD entsendet dabei zwei Politikneulinge, Thomas de Jesus Fernandes und Dr. Alexander Kuhr. Dabei schneidet die AfD mit ihren 2,9 Prozent im Landesvergleich schlecht ab, wobei sie wiederum bei der gleichzeitigen Europawahl ein deutlich besseres Ergebnis mit 5,8 Prozent im Kreis erzielt, jedoch landesweit damit ihr schlechtestes Ergebnis holt.⁴¹

Tab. 5: Wahlergebnis der Kommunalwahl im Landkreis Ludwigslust-Parchim

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2014			Veränderung zu 2011		
	Absolut	Prozent	Sitze	Absolut	Prozentpkt.	Sitze
CDU	83718	32,0	25	+4339	+4,3	+4
Die LINKE	46463	17,8	14	-4550	±0	±0
SPD	66748	25,5	20	-25725	-6,8	-5
FDP	10276	3,9	3	-3367	-0,9	-1
Bd. 90/Die Grünen	10750	4,1	3	-5304	-1,5	-1
NPD	9284	3,5	3	-6386	-2	-1
AfD	7596	2,9	2	+7596	+2,9	+2
ABLR	15506	5,9	4	+6262	+2,7	+1
Piraten	2133	0,8	1	+2133	+0,8	+1
FW LUP	2264	0,9	1	+2264	+0,9	+1
AfL	3367	1,3	1	+3367	+1,3	+1
Sonstige & EB	3536	1,3	0	+1610	+0,6	-1
Wahlbeteiligung	51,0			-3,5		

Quelle: Landeswahlleiterin 2014 und 2011.

⁴⁰ Vgl. Lehmann, Die Kreistagswahlen 2009 in der Region Südwestmecklenburg, in: Schoon/Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009, S. 93.

⁴¹ Vgl. Landeswahlleiterin: Europawahl in Mecklenburg-Vorpommern 25. Mai 2014, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/wahlen/2014_eu_kom/2014_eu_kom/htm/E_Proz.htm (Stand: 01.06.2014).

Verpasst haben den Einzug jedoch alle angetretenen Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber, sowie die Wählergemeinschaften Wöbbelin und AWD. Es kann angenommen werden, dass die Strategie, nur in relativ kleinen Gemeinden anzutreten, nicht genug Stimmen generieren konnte. Henry Topp, der Bürgermeister von Brenz, konnte zwar in seinem Dorf 214 der 766 gültigen Stimmen erlangen, insgesamt reichte es aber nicht um über 0,2 Prozent zu kommen.

Positiv zu vermerken ist die Wahlbeteiligung, die mit 51 Prozent die höchste im Bundesland war. Eine Ausnahme ist hierbei jedoch die Wahlbeteiligung in der Kreisstadt Parchim, diese lag mit 35 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt und war damit nochmals schwächer als bei den Kommunalwahlen 2009 und 2004. Die Problematik des Wegzugs von Ämtern und Institutionen sowie der Wegfall der Südbahn hat also nicht zu einer höheren Politisierung beigetragen und ist möglicherweise Ausdruck der Enttäuschung gegenüber die Politik.

Im Vergleich der Altkreise zueinander wird deutlich, dass die Sozialdemokraten in Ludwigslust deutlich stärker sind als in Parchim und knapp vor der CDU liegen. In Parchim haben die Christdemokraten fast 16 Prozent Vorsprung vor der SPD, Die LINKE holt hier ein deutlich stärkeres Ergebnis. Damit scheint in Ludwigslust die Vorherrschaft der CDU als stärkste Kommunalpartei gebrochen. Mit Blick auf das Ergebnis von 2009 in Parchim liegen die etablierten Parteien etwa auf demselben Niveau, nur die SPD und FDP schneiden deutlich schwächer ab.

Tab. 6: Wahlergebnis der Kommunalwahl 2014 nach Altkreisen im Vergleich mit Ergebnis von 2009

Wahlvorschlag	LWL 2014 in %	LWL 2009 in %	PCH 2014 in %	PCH 2009 in %
CDU	28,9	31,7	36,1	36,7
SPD	29,2	26,8	20,5	23,7
Die LINKE	15,7	16,8	20,5	20,0
FDP	4,7	8,5	2,9	8,3
Bd. 90/Die Grünen	3,5	4,1	5,0	4,8
NPD	3,9	4,5	3,0	3,6
AfD	2,7	-	3,2	-
ABLR	6,8	5,0*	4,8	1,8***
Piraten	0,8	-	0,8	-
FW LUP	0,5	-	1,4	-
AfL	2,0	1,2**	0,3	-
EB	1,1	0,4	1,7	1,2
Wahlbeteiligung	51,9	51,4	49,9	49,6

Quelle: Eigene Berechnungen und Landeswahlleiterin 2009 und 2014. * Als BBLR, ** als BfL, *** als Agrarbündnis für den ländlichen Raum.

5 Fazit und Ausblick

Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Kreistag lassen schwere Zeiten für den Landrat erahnen, denn SPD, Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erreichen gemeinsam nur noch 37 der 39 nötigen Sitze.⁴² Durch den Einzug von insgesamt elf Parteien und Wählergemeinschaften in das Parlament, wovon allerdings nur CDU, SPD, LINKE und ABLR den Fraktionsstatus erreichen, stellt sich die Frage nach Zusammenschlüssen. Am schnellsten entschieden sich Bündnis90/Die Grünen dazu, mit dem Abgeordneten der Freien Wähler und der Piraten eine Fraktion zu bilden.⁴³

⁴² Vgl. Udo Mitzlaff, Wenig Lärm um die Kreistagswahl, in: SVZ, Parchimer Zeitung, 21.05.2014.

⁴³ Vgl. Landkreis Ludwigslust-Parchim, Kreistag Ludwigslust-Parchim startet in die fünfjährige Wahlzeit, abrufbar unter: <http://www.kreis-swm.de/Landkreis/Portal/Aktuell.jsp?&pid=78087> (Stand: 04.07.2014).

Da es im Vergleich zu 2011 keine Einzelbewerberin und kein Einzelbewerber in den neuen Kreistag schaffte, die Zahl der angetretenen Bewerberinnen und Bewerber aber deutlich gestiegen war, könnte für die kommende Wahl 2019 gemutmaßt werden, dass aus dem Misserfolg eine Strategieveränderung folgt und man sich eventuell für eine andere Kandidaturform entscheidet.

Die neuen Aufgaben des Parlamentes zeichnen sich bereits ab: Neben der Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für die Region und deren Implementierung, stehen die Themen Verkehr, Soziales und Windkraft ganz oben auf der Agenda. Auch wenn sich im Landkreis die meisten Parteien einig sind, die Südbahn erhalten zu wollen, scheinen diese Forderungen gegenüber der Schweriner Landesregierung wenig Gewicht zu bekommen. Daher wird man sich langfristig mit dem Umbau der Infrastruktur auseinandersetzen müssen. Dieses Thema betrifft neben Ludwigslust-Parchim weitere Landkreise, ebenso wie die Debatte um den Ausbau der Windenergie. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sollen dabei berücksichtigt werden, jedoch muss ein Weg des Ausgleichs zwischen angestrebter Energiewende und Ausbau der Windenergie sowie der Lebensqualität vor Ort hergestellt werden. Ob dabei Bürgerentscheide oder gemeinsame Ausschüsse der adäquate Weg sind, wird sich herausstellen.

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Maria Annemüller/Florian Lemke

1 Einleitung

Die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte standen im Mai 2014 zum zweiten Mal nach der im Jahr 2011 vollzogenen Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern und der damit einhergehenden Neugliederung des Landkreises vor der Neuwahl des Kreistages. Der zu diesem Zeitpunkt neu entstandene Landkreis Mecklenburgische Seenplatte setzt sich aus den vorherigen Landkreisen Mecklenburg-Strelitz, Demmin¹ und Müritz sowie der kreisfreien Stadt Neubrandenburg zusammen.² Diese neuen Strukturen erleichtern die Zusammenarbeit innerhalb der Kreise und der Kommunen. Sie befördern bei modernisierten „administrativen Handlungsprozesse[n]“ Leistungsfähigkeit, Bearbeitungszeiten, Kosteneffizienz, Qualitätssteigerungen³. Diese Zusammenführung ergab, dass der Landkreis der Mecklenburgischen Seenplatte nun mit insgesamt 5.469,36 km² und 50 Einwohnern pro km² einer der am dünnsten besiedelten Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns ist.⁴

Weiterhin ist der ländliche Raum der Region der Mecklenburgischen Seenplatte im Vergleich⁵ zu städtischen Regionen wie dem mittleren Mecklenburg⁶ sehr agrarisch geprägt. So können 345.702 Hektar als landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen werden.⁷ Aufstrebend ist in der Mecklenburgischen Seenplatte der Ausbau der erneuerbaren Energien, der jedoch mit der Landschaftsstruktur im Einklang steht. Entgegen der Annahme, der Großkreis Mecklenburgische Seenplatte sei ausschließlich agrarisch und touristisch geprägt, sind Großunternehmen wie die Mecklenburger Metallguss GmbH, die ein weltweit führender Hersteller für Schiffsschrauben ist, ein bedeutendes wirtschaftliches Standbein für den Kreis. Eine besondere Relevanz im Landkreis hat auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) inne, deren „Forschungsvorhaben sich [unter anderem] auf den Empfang, die Verarbeitung und Archivierung von Satellitendaten [konzentrieren]“⁸, sodass sich am Standort Neustrelitz einige wichtige Technologie- und Forschungseinrichtungen bündeln.⁹

Als vereinzelte wirtschaftliche Standorte werden Altentreptow, Dargun, Neustrelitz, Stavenhagen und Waren genannt. Jedoch wird Neubrandenburg als einziges wirtschaftliches Industriezentrum in der Mecklen-

¹ Dies betrifft den Altkreis Demmin ohne die Ämter Peenetal/Loitz und Jarmen-Tutow. Vgl. Heiko Kärger, Wahlkreis, abrufbar unter: http://www.heiko-kaerger.de/wahlkreis_kaerger.html (Stand: 12.04.2014).

² Vgl. Hans-Günter Henneke, Bis zu welcher Kreisgröße ist die bürgerschaftlich-demokratische Dimension kommunaler Selbstverwaltung noch gewahrt? Zu den Urteilen des LVerfG M-V vom 18.8.2011 (LVerfG 21-23/10); in: Deutscher Landkreistag (Hrsg.), Deutscher Landkreistag 2010/2011: Fakten – Daten – Hintergründe, Berlin 2012, S. 23.

³ Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung: Eine praxisorientierte Einführung, Bonn 2013, S. 79.

⁴ Vgl. Deutscher Landkreistag (Hrsg.), Von der Mecklenburgischen Seenplatte bis zum Main-Taunus-Kreis: Die 295 Landkreise und ihre Landräte 2012, Berlin 2012, S. 14.

⁵ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern, Landesatlas Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern 2011, Schwerin 2011, S. 21.

⁶ Dazu zählen der Landkreis Rostock und die Hansestadt Rostock. Vgl. ebd., S. 10.

⁷ Vgl. ebd., S. 21.

⁸ Technologiedatenbank Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), DLR: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. Standort Neustrelitz, abrufbar unter: <http://www.technologiedatenbank-mv.de/557/> (Stand: 09.06.2014).

⁹ Vgl. Deutsches Luft- und Raumfahrtzentrum, Der Standort Neustrelitz des DLR, abrufbar unter: http://www.dlr.de/dlr/desktopdefault.aspx/tabid-10260/318_read-216/#gallery/6293 (Stand: 09.06.2014).

burgischen Seenplatte bezeichnet.¹⁰ Die hauptsächlichen Tourismuszentren des Landkreises bündeln u.a. die Städte Waren (Müritz) und Neustrelitz.¹¹

Die gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sind für die Politik der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns von Bedeutung, da jener Kreistag bis zur Kommunalwahl im Mai 2014 mit der drittstärksten Anzahl an Abgeordneten im Landtag vertreten war.

Tab. 1: Landtagsabgeordnete Mecklenburg-Vorpommerns in ihren Landkreisen/Kreisfreien Städten als Kreistagsabgeordnete

Name des LK	Mitglieder im LT	Parteizugehörigkeit				
		NPD	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die LINKE
Vorpommern-Greifswald	9	2	4	1	0	2
Ludwigslust-Parchim	8	2	2	1	0	3
Mecklenburgische Seenplatte	7	0	3	2	0	2
Vorpommern-Rügen	6	0	4	2	0	0
Landkreis Rostock	5	0	2	2	0	1
Nordwestmecklenburg	3	0	0	2	0	1
Kreisfreie Stadt Rostock	2	0	0	0	1	1
Kreisfreie Stadt Schwerin	2	0	0	0	1	1

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage einer Anfrage an die Pressestelle des Landtags Mecklenburg-Vorpommerns vor der Kommunalwahl 2014 (06.04.2014).

2 Ausgangslage

Im Zuge der Kreisgebietsreform kam es zu Veränderungen in der Struktur der Kreisverbände. Vor allem für die Parteiorganisationen war dies eine besondere Herausforderung. So sollte sich „die Zahl der [SPD-]Kreisverbände [auf Landesebene] bis Ende des Jahres [2011] von derzeit 17 auf 8 verkleinern. [...] Die 17 CDU-Kreisverbände müssen fusionieren. [...] Zwei Monate nach der Landtagswahl im September soll es nur noch acht CDU-Kreisverbände [in Mecklenburg-Vorpommern] geben“¹². Laut Angabe von Michael Stieber, Kreistagspräsident der ersten Legislaturperiode und Mitglied des SPD-Landesvorstands sowie Vorsitzender des Kreisverbands in der Mecklenburgischen Seenplatte, zählt der SPD-Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte circa 400 Mitglieder.

Der CDU-Kreisverband ist laut Marc Reinhardt, MdL und bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, der größte flächenmäßige Kreisverband in Deutschland, hat jedoch lediglich 1.004 Mitglieder (Stand: 16. November 2013). Im Zuge der Kreisgebietsreform sollte der Gerichtsstandort Demmin vollständig aufgelöst werden. Diese Entscheidung wurde jedoch mit vielfältigem Einsatz der Parteien vor Ort bis September 2015 aufgeschoben.¹³ Aufgrund der Kreisneueinteilung kam es auch zu Fusionen anderer Kreisverbände, so beispielsweise des Kreisfeuerwehrverbandes Mecklenburgische Seenplatte, der zurzeit circa 4.500 aktive Mitglieder zählt.¹⁴

Der Kreistag der Mecklenburgischen Seenplatte bestand zur Wahlperiode von September 2011 bis Mai 2014 insgesamt aus 77 Abgeordneten. Diese vertraten die im Landkreis existierenden 14 Ämter, die sechs

¹⁰ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern, Landesatlas Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 10.

¹¹ Vgl. Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.), Welcome Center, abrufbar unter: <http://www.lk-mecklenburgische-seenplatte.de/Wirtschaft-Tourismus/Tourismus/Welcome-Center> (Stand: 06.04.2014).

¹² Thomas Volgmann, Strukturen der Parteien verändern sich: Fusionswelle erfasst Kreisverbände, SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/lokales/fusionswelle-erfasst-kreisverbaende-id4988351.html> (Stand: 09.06.2014).

¹³ CDU-Kreisparteitag 16.11.2013.

¹⁴ Vgl. Kreisfeuerwehrverband Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.), Mitglieder des Kreisfeuerwehrverband MSE, abrufbar unter: <http://kfz-seenplatte.de/verband/mitglieder/> (Stand: 09.06.2014).

amtsfreien und 159 amtsangehörigen Gemeinden.¹⁵ Die größte Partei war die SPD mit 23 Abgeordneten und hatte somit auch die Position des Kreistagspräsidenten inne. Er war vor seiner Amtszeit bereits fünf Jahre zuvor bis 2009 als sachkundiger Einwohner der SPD-Fraktion in der Stadtvertretung Neubrandenburg tätig. Zwischen 2009 und 2011 konnte er dort Erfahrungen als Vorsitzender der Stadtvertretung sammeln.¹⁶

Die CDU, mit 22 Sitzen im Kreistag, stellte unabhängig ihrer Fraktionsstärke auch den Landrat, Heiko Kärger. Dieser ist seit 1991 in kommunalpolitischen als auch wirtschaftlichen Ämtern in der Region vertreten. So war er bereits von 1991 bis 1992 Bürgermeister der Gemeinde Neuenkirchen, seit 1994 Mitglied des Kreistages des Altkreises Mecklenburg-Strelitz und ab 2009 auch Landrat jenes Kreises. Der Kreistag setzte sich weiterhin zusammen aus der Partei Die LINKE (16 Sitze), Bündnis 90/Die Grünen (5 Sitze), der NPD (4 Sitze), der FDP (3 Sitze), den Freien Wählern (3 Sitze) und der Wählergemeinschaft Ländlicher Raum¹⁷ (1 Sitz). 2011 standen die zwei Einzelbewerber Siegmund Boes und Marco Kardetzky zur Wahl, die jedoch keinen Sitz im Kreistag erhielten.¹⁸

3 Wahlkampf

Nahezu alle Parteien, ausgenommen die Wählergemeinschaften im Landkreis, legten ihren Schwerpunkt auf einen homogenen Wahlkampf, in dem sie keine besonders hervorzuhebenden Akzentuierungen trafen. So wurden beispielsweise für Bundestags- Europa- und Kommunalwahl gleiche Plakate verwendet und auf kommunale Inhalte größtenteils verzichtet. Letztere wurden vor allem mit Hilfe von Postwurfsendungen vermittelt.

Zum Kreisparteitag der SPD im Januar 2014, der als Wegweiser zur Kommunalwahl galt, wurden neben der Bearbeitung und Verabschiedung des Wahlprogramms auch Strategien des Wahlkampfs besprochen. So nutzte die SPD für die Vervollständigung ihrer Listen die Möglichkeit zur Werbung parteiloser Kandidatinnen und Kandidaten. Auf 70.000 Postwurfsendungen gab es nur 32 Rückmeldungen interessierter Bürgerinnen und Bürger.

Zu Beginn des Wahlkampfs musste sich die SPD um einen Ersatzkandidaten bemühen. Rudolf Borchert, seit 16 Jahren MdL, durfte aufgrund seines Wohnortwechsels laut Landeskommunalwahlgesetz nicht mehr für den Kreistag der Mecklenburgischen Seenplatte kandidieren. Er hatte einen Platz auf den Personenlisten für vier Wahlbereiche innerhalb der Mecklenburgischen Seenplatte inne. Die Überprüfung erfolgte durch die Kommunalaufsicht und wurde von der FDP im Kreistag angeregt.¹⁹

Zum ersten Mal trat die Piratenpartei in der Mecklenburgischen Seenplatte an. Auch die Alternative für Deutschland (AfD) und das Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau stellten sich zur Wahl.

Zur Finanzierung der Wahlwerbung nutzten die lokalen Parteiverbände vor allem Rücklagen, wie beispielsweise die SPD „Eigenbeiträge der Kandidaten, Mandatsabgaben der Kreistagsmitglieder und Einzelspenden seit der letzten Wahl“²⁰. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verzichteten unter anderem „auf Plakate an Laternen, das habe man 2011 schon genauso gehandhabt“²¹. Neben den 20.000 Euro, die dem SPD-Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte für den Wahlkampf zur Verfügung standen, verfügte unter anderem die Regionalgeschäftsstelle in Neubrandenburg über zusätzliche 8.000 Eu-

¹⁵ Vgl. Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (Hrsg.), Der Landkreis in Zahlen, abrufbar unter: <http://www.lk-mecklenburgische-seenplatte.de/Landkreis/Landkreis-in-Zahlen> (Stand: 13.04.2014).

¹⁶ Vgl. Michael Stieber (Hrsg.), Persönliches, abrufbar unter: <http://michaelstieber.blogspot.de/p/personliches.html> (Stand: 13.04.2014).

¹⁷ Im Folgenden als WGLR bezeichnet.

¹⁸ Vgl. Tab. 4: Endgültige Wahlergebnisse zu den vergangenen Kreistagswahlen im Vergleich.

¹⁹ Vgl. o. A., SPD verliert Spitzenkandidaten für Kommunalwahl, OZ, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/Mecklenburg/Mittleres-Mecklenburg/SPD-verliert-Spitzenkandidaten-fuer-Kommunalwahl> (Stand: 08.05.2014).

²⁰ Andreas Segeth, Parteien lassen sich Wahlkampf mehr als 100 000 Euro kosten, Nordkurier, abrufbar unter: http://material.spdn.de/material/20140522_NK.jpg (Stand: 01.06.2014).

²¹ Ebd.

ro.²² Bündnis 90/Die Grünen verfügen über eine ähnliche Summe (20.000 Euro). Im Gegensatz zur SPD erhielt der Kreisverband der Bündnisgrünen Unterstützung der Bundespartei.

Verglichen mit dieser Wahlkampfsomme war die CDU in der Mecklenburgischen Seenplatte mit 32.000 Euro gut aufgestellt: „Rund 5.000 Euro hat der Kreisverband dazu beigesteuert. Die restlichen Gelder stammen von den Kandidatinnen und Kandidaten selbst, aus den Ortsverbänden oder aus Spenden“²³. Der CDU-Kreisverband veröffentlichte auch eine eigens für den Landkreis erstellte Wahlkampfzeitung für die Kommunal- und Europawahl, in der eine Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellung für alle Wahlbereiche des Landkreises aufgeführt wurde. Neben Grußworten des Ministers für Inneres und Sport, Lorenz Caffier, des MdL und CDU-Generalsekretärs Mecklenburg-Vorpommerns, Vincent Kokert, und des Landrats, Heiko Kärger, gab es auch eine kurze Darstellung des Wahlprogramms. Hierbei konzentrierte sich die CDU vor allem auf generationsübergreifenden Zusammenhalt sowie die Unterstützung des gesellschaftlichen Ehrenamts, die Verbesserung der Ausstattungen in den Schulen und eine intensivere Verflechtung dieser mit kommunalen Unternehmen zur Zukunftsfachkräftesicherung im Landkreis. Ein weiteres Thema war der Ausbau des Infrastrukturnetzwerks zur Steigerung der touristischen Attraktivität sowie die Haltung und Unterstützung kultureller Aktivitäten.²⁴ Der CDU-Kreisverband setzte es sich in seinem Wahlprogramm weiterhin zur „oberste[n] Priorität, für ein wirtschafts- und investitionsfreundliches Klima Sorge [zu] tragen“²⁵.

Ein parteiübergreifendes Wahlkampfthema war der Erhalt der Südbahn, die die Städte Neustrelitz und Hagenow miteinander verbindet. Der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommerns plant ab Ende 2014 eine Teilstilllegung zwischen Parchim und Malchow aufgrund zu geringer Fahrgastzahlen und Millionen möglicher Einsparungen für den Einsatz von Bussen statt Bahnen. Für den Güterverkehr soll jedoch eine weitere Nutzung genehmigt sein.²⁶ Der Kreistag der Mecklenburgischen Seenplatte beschloss auf der letzten Sitzung der dieser Kommunalwahl vorausgegangenen Legislaturperiode am 28. April 2014 gemeinsam mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim eine Klage gegen diese Entscheidung und damit gegen die Landesregierung einzureichen.²⁷ Als Grund wird hierbei die Befürchtung genannt, dies sei der erste Schritt zur Gesamtstilllegung der Strecke. Auch dass sich der Turnus regelmäßiger Fahrtzeiten verzögert, sei eine Begründung. Im Mittelpunkt für die weitere Nutzung der Südbahn steht der Ausbau der Infrastruktur, um den weitläufigen Landkreis in alle Gebiete für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar zu machen. Auch die Wirtschaft spielt hierbei eine wichtige Rolle.²⁸

Ein weiteres parteiübergreifendes Wahlkampfthema war die kostenfreie Beförderung der Schülerinnen und Schüler innerhalb des Kreisgebiets. Mit Hilfe der Erhaltung von Schulstandorten soll eine Verlängerung der Fahrtwege vermieden werden. Auch die Auflösung des Militärflughafens der deutschen Luftwaffe in Trolenhagen und das Nachnutzungskonzept spielte eine Rolle im Wahlkampf. Dies führt zwangsläufig zu wirtschaftlichen Veränderungen.²⁹ So äußerte sich beispielsweise Die LINKE in ihrem Wahlprogramm, dass an-

²² Vgl. ebd.

²³ Ebd.

²⁴ Vgl. CDU-Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte, CDU wählen, weil wir..., in: Hier zuhause, 2014.

²⁵ Ebd.

²⁶ Vgl. o. A., Seenplatte-Kreis beschließt Klage gegen Südbahn-Teilstilllegung, Focus-Online, abrufbar unter: http://www.focus.de/regional/mecklenburg-vorpommern/verkehr-seenplatte-kreis-beschliesst-klage-gegen-suedbahn-teilstilllegung_id_3805806.html (Stand: 08.05.2014).

²⁷ Vgl. o. A., Einen Monat vor der Wahl: Seenplatte-Kreistag vor Mammutsitzung, SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/nachrichten/newsticker-nord/einen-monat-vor-wahl-seenplatte-kreistag-vor-mammutsitzung-id6375661.html> (Stand: 08.05.2014).

²⁸ Kreistagssitzung vom 28.04.2014.

²⁹ Vgl. o. A., Letzter Appell der Luftwaffe in Trolenhagen, OZ, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/Mecklenburg/Oestliches-Mecklenburg/Letzter-Appell-der-Luftwaffe-in-Trolenhagen> (Stand: 08.05.2014).

gesiedelte zivile Unternehmen bei einem Nachnutzungskonzept beachtet werden müssen.³⁰ Dahingehend wird „eine einseitige Nutzung des Standortes Trollenhagen als zivilen Flughafen“³¹ abgelehnt.

Alle Parteien legten bei der Wahlkampfwerbung einen besonderen Fokus auf die Kreisstadt Neubrandenburg. Die LINKE nutzte die Gelder von etwa 6.500 Euro vor allem für lokale Veranstaltungen, Flyer und Werbeanzeigen. Hierbei wurden die Kosten für Plakate von der Bundes- und Landespartei übernommen.³²

Die FDP startete mit 7.000 Euro in den Wahlkampf, der Kreisverband der AfD mit weniger als der Hälfte dieser Summe. Die Piratenpartei musste aufgrund personeller Probleme Abstriche beim Wahlkampf und der Sichtbarkeit in der Kreisstadt machen.³³ Die Kreisgebietsreform führte unweigerlich zu Verlagerungen in den Kompetenzen und im Verwaltungsapparat. Die Liberalen fordern beispielsweise, dass „wichtige Behördengänge direkt in den Gemeinden angeboten werden, um eine bürgernahe Verwaltung zu gewährleisten und Doppelstrukturen aus alter und neuer Landkreisordnung aufrecht [zu] erhalten“³⁴.

Eine regere Bürgerbeteiligung wurde ebenfalls als Wahlkampfthema genutzt. So forderte der Kreisverband der AfD „Schuldenabbau und angemessene Rücklagenbildung für Zukunftsinvestitionen [sowie] eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs“³⁵.

Während die demokratischen Parteien ihren Fokus auf größere Städte legten, engagierte sich die NPD auch in kleineren Gemeinden: „In vielen Dörfern hängen ausschließlich [deren] Plakate“³⁶. Laut NPD stellt die Kreisgebietsreform eine politisch-historische Spaltung zwischen Mecklenburg und Vorpommern dar, die es zu unterbinden gelte.³⁷ Der Kreisverband möchte die Mecklenburgische Seenplatte wieder attraktiver gestalten, um „Abgewanderte dazu [zu] begeistern, in die Heimat zurückzukehren“³⁸. Mit Hilfe von ausschließlich regional ausgeschriebenen öffentlichen Aufträgen für Projekte soll das Geld im Landkreis behalten werden.³⁹

Das „Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau“ galt in dem kommunalen Wahlkampf als Gegenstrom zur Diskussion zum Ausbau erneuerbarer Energien, auf den sich nahezu alle anderen Parteien im Wahlkampf stützten. Sie sind „Bürger aus der Mitte der Gesellschaft des Landkreises Mecklenburger Seenplatte [und] treten für den Erhalt von Natur, Landschaft und Lebensqualität ein“⁴⁰. Sie setzen sich vor allem „gegen das geplante Windeignungs-Gebiet in Fünfseen“⁴¹ ein.

Im Geschlechterverhältnis der Bewerberinnen und Bewerber auf den Listen der einzelnen Parteien sind Differenzen zu erkennen. So sind auf den Listen der CDU zur Kreistagswahl lediglich 12,5 Prozent der Kandidaten weiblich, während bei der Partei Die LINKE 40,68 Prozent weiblich sind. Auf den FDP-Listen waren 11,32 Prozent und bei den Bündnisgrünen 35,71 Prozent der Bewerber weiblich. Es gab keine weiblichen Einzelbewerber. Im Vergleich hierzu sind sowohl bei der SPD und bei Die LINKE nun 25

³⁰ Vgl. Die LINKE (Hrsg.), Programm zu den Kreistagswahlen: MSE – Mit uns Sozial engagiert, abrufbar unter: http://www.originalsozial.de/fileadmin/kreise/msp/banner/DIE_LINKE._MSE_Unser_Wahlprogramm_zu_den_Kreistagswahlen_am_25.05.2014.pdf (Stand: 01.06.2014), S. 5.

³¹ Ebd., S. 5.

³² Vgl. Andreas Segeth, Parteien lassen sich Wahlkampf mehr als 100.000 Euro kosten, Nordkurier.

³³ Vgl. ebd.

³⁴ FDP Mecklenburg-Vorpommern, Leitlinien liberaler Kommunalpolitik 2014, abrufbar unter: <http://www.fdp-mv.de/Leitlinien-liberaler-Kommunalpolitik-2014/1444c2335i1p15/index.html> (Stand 01.06.2014), S.1.

³⁵ Alternative für Deutschland, Kommunalpolitisches Alternative für Deutschland, abrufbar unter: http://www.afd-mse.de/downloads/pr/www.afd-mse.de/www.afd-mse.de_20140519224628_N5_Wahlprogramm_AfD-MSE.pdf (Stand: 01.06.2014), S. 3.

³⁶ Andreas Segeth, Parteien lassen sich Wahlkampf mehr als 100 000 Euro kosten, Nordkurier.

³⁷ Vgl. NPD (Hrsg.), Kreistagszeitung, abrufbar unter: http://npd-mv.de/uploads/documents/2014/2014_kreistagszeitung_mse.pdf (Stand: 01.06.2014), S. 4.

³⁸ Ebd., S. 4.

³⁹ Vgl. ebd., S. 2.

⁴⁰ Vgl. Internetauftritt des Aktionsbündnisses gegen unkontrollierten Windkraftausbau, abrufbar unter: <https://www.facebook.com/pages/Aktionsbündnis-gegen-unkontrollierten-Windkraftausbau/297033507115885?fref=ts> (Stand: 06.06.2014).

⁴¹ Carsten Schönebeck, Mächtig Gegenwind für den Landrat, Nordkurier, abrufbar unter: <http://nordkurier.de/mueritz/maechtig-gegenwind-fuer-den-landrat-156991405.html> (Stand: 17.05.2014).

Prozent der Kreistagsmitglieder Frauen. Für Die LINKE ist dies eine Verschlechterung und für die SPD eine Verbesserung des Frauenanteils: Zu Beginn der Legislaturperiode 2011 bis 2014 saßen für Die LINKE im Kreistag fünf Frauen von 16 Abgeordneten (31,25 Prozent) und für die SPD vier Frauen von 23 Abgeordneten (17,39 Prozent).⁴² NPD, FDP, das Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau, die Piratenpartei, die AfD, die Freien Wähler, die WGLR und die Einzelbewerber haben jeweils keine Frau als Mitglied im neuen Kreistag.

Tab. 2: Geschlechterverhältnis von BewerberInnen und Mitgliedern im neuen Kreistag (2014) der Mecklenburgischen Seenplatte

Parteien	BewerberInnen		Mitglieder im Kreistag	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
CDU	11	77	3	24
SPD	15	59	4	12
Die LINKE	24	35	4	12
B 90/GRÜNE	15	27	1	3
NPD	1	7	0	2
FDP	6	47	0	3
AbguWka	2	2	0	1
Piratenpartei	0	3	0	1
AfD	3	12	0	3
FW	5	16	0	2
WGLR	1	4	0	1
Ebw	0	4	0	1

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Kreiswahlleiters. *AbguWka: Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau; WGLR: Wählergemeinschaft ländlicher Raum; Ebw: Einzelbewerber.

4 Wahlergebnis

Zur Kommunalwahl im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte am 25. Mai 2014 waren 228.515 Personen wahlberechtigt. Hiervon machten 105.646 Einwohnerinnen und Einwohner Gebrauch. Dies entspricht einem Wert von 46,2 Prozent. Somit sank die Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Kommunalwahl, die mit der Landtagswahl einherging, um etwa vier Prozent.⁴³

Wie im Jahr 2009 fielen auch 2014 Kommunal- und Europawahl auf einen Wahltermin. Hiermit ist auch die relativ hohe Wahlbeteiligung zu erklären, die bei den sog. „second-order-elections“⁴⁴ deutschlandweit seit 1999 unter 46 Prozent fällt.⁴⁵ Da die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen meist noch unter diesem Trend liegt, kam die gemeinsame Terminlegung auch der Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene zugute: „Bei Landtags-, Kommunal- und Europawahlen ist die W[ahlbeteiligung] aufgrund deren als geringe perzipierten Bedeutung generell niedriger als bei Bundestagswahlen“⁴⁶.

⁴² Eigene Berechnung: Vgl. Kreiswahlleiter Mecklenburgische Seenplatte, Öffentliche Bekanntmachung, abrufbar unter: http://lk-mecklenburgische-seenplatte.de/media/custom/2037_107_1.PDF?1321013410 (Stand: 24.04.2014).

⁴³ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistische Hefte: Wahlen 2014: Wahlheft 3/2014, Schwerin 2014, S.10.

⁴⁴ Karlheinz Reif, Hermann Schmitt, Nine Second-order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, Nr. 8 (1980), S. 3–44, hier: S. 8.

⁴⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Beteiligung an Europawahlen. Entwicklung von 1979 bis 2009 in Deutschland und Europa, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/60473/wahlbeteiligung-1979-2009> (Stand 08.06.2014).

⁴⁶ Tanja Zinterer, Wahlbeteiligung, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, München 2001, S. 568–569, hier: S. 569.

Tab. 3: Wahlbeteiligung bei vergangenen Kreistagswahlen seit 1990

Gebiet	1994	1999	2004	2009	2011	2014
MSE	69,2	53,9	45,4	45,6	50,3	46,2
M-V	65,7	50,5	44,9	46,6	51,1	46,5

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern sowie nach Monique Tiedemann/Christian Martinez Schwabbauer/Florian Lescow, Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Mecklenburgische Seenplatte: Neubrandenburg, Demmin, Müritz und Mecklenburg-Strelitz, in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 53–60, hier: S. 55. * Angaben in Prozent; Daten für die MSE in den Jahren von 1990 bis 2009 sind Berechnungen aus Datensätzen der Altkreise auf dem Gebiet der MSE.

Der Trend bei den vergangenen Kreistagswahlen im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und den vorhergegangenen Altkreisen bewegt sich bis 2004 über dem Landesdurchschnitt. Seitdem liegt die Wahlbeteiligung leicht unter diesem, weicht allerdings nicht mehr als ein Prozentpunkt ab.

Tab. 4: Endgültige Wahlergebnisse zu den vergangenen Kreistagswahlen im Vergleich

Parteien	2009	2011		2014	
	Prozent	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
CDU	33,7	28,7	22	35,1	27
SPD	21,0	29,7	23	20,3	16
Die LINKE	24,1	20,9	16	21,3	16
B 90/GRÜNE	4,4	6,8	5	5,4	4
NPD	1,3	4,8	4	3,3	2
FDP	9,0	4,5	3	3,3	3
AbguWka	-	-	-	1,1	1
AfD	-	-	-	4,1	3
FW	-	3,4	3	2,9	2
PIRATEN	-	-	-	1,1	1
WGLR	-	1,0	1	0,8	1
WG	4,4	1,0	0	4,8	2
Ebw	1,8	0,1	0	1,2	1
A. Grund	-	-	-	1	1
H. Hoffmann	-	-	-	0,1	0
M. Kardetzky	-	0,1	0	0,2	0
S. Meincke	-	-	-	0,0	0

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistische Hefte: Wahlen 2014, 2014, S. 10–11; Tiedemann/Schwabbauer/Lescow, Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Mecklenburgische Seenplatte, 2009, S. 59. Eigene Darstellung. *AbguWka: Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau; WGLR: Wählergemeinschaft ländlicher Raum; WG: Wählergemeinschaften Ebw: Einzelbewerber.

Die mit 35,1 Prozent stärkste Kraft im neu gewählten Kreistag des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte ist die CDU. Im Vergleich zur Kommunalwahl 2011 nahm die CDU um knapp sieben Prozentpunkte zu. Somit besitzt die CDU mit 27 Abgeordneten nun fünf Sitze mehr im Kreistag. Während 2009 noch 33,7 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner der Mecklenburgischen Seenplatte bzw. deren Altkreise für die CDU stimmten, gab es 2011 einen Einbruch um fünf Prozent, der mit dem „Selling-Effekt“ der Landtagswahl und dem Abstrafungseffekt der schwarz-gelben Bundesregierung zu begründen ist. Das stärkste Ergebnis erlangte die CDU im Wahlbereich 11 (Amt Treptower Tollensewinkel und Amt Friedland) mit 46,9 Prozent. Ein sehr starkes Ergebnis verzeichnete die CDU ebenfalls in Wahlbereich 9 (Amt Malchin und Amt Kummerower See, Amt Stavenhagen) mit 41,8 Prozent.

Im Vergleich mit der Wahl 2009 wird deutlich, dass diese Region (Wahlbereiche 9, 10, 11) bei der damaligen Wahl im Altkreis Demmin mit 42,6 Prozent auffallend oft CDU wählte. Dieses ist unter anderem mit dem Fluss Recknitz zu begründen, der Mecklenburg und Vorpommern in traditionelle SPD- und CDU-Stammwähler teilt.⁴⁷ Daraus ergibt sich in jenem Wahlbereich ein konservatives Wählerpotential. Die

⁴⁷ Vgl. Philipp Huchel, Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 203–228, hier: S. 228.

NPD erreichte in diesem Wahlbereich ebenfalls ihr stärkstes Ergebnis (5,3 Prozent). Mit dieser historischen Trennlinie ist auch das schwächste Ergebnis der SPD im Landkreis zu begründen: Sie erreichte in Wahlbereich 9 und 11 jeweils 13,5 Prozent der Stimmen. Auch die Bündnisgrünen führen in Wahlbereich 9 mit zwei Prozent ihr schwächstes Ergebnis ein. Schon 2009 ist diese Besonderheit erkennbar: Dort erhielt die SPD im Altkreis Demmin mit 13,4 Prozent ebenfalls ihr schwächstes Ergebnis.

Das schwächste Ergebnis erreichte die CDU mit 26,8 Prozent in Wahlbereich 1 (Neubrandenburg I: Industrieviertel, Stadtgebiet Ost). Dies ist auf den allgemeinen innerstädtischen Verlust der CDU in der Mecklenburgischen Seenplatte zurückzuführen. Auf diese Weise sind auch die im Vergleich zu den in den Wahlbereichen 9 und 11 erreichten starken Ergebnissen der CDU die relativ schwachen Ergebnisse in den Wahlbereichen 1, 2 (Neubrandenburg II: Innenstadt, Katharinenviertel, Stadtgebiet Süd, Lindenbergviertel), 3 (Neubrandenburg III: Stadtgebiet West, Vogelviertel, Reitbahnviertel, Datzeviertel), 5 (Stadt Neustrelitz) und 7 (Stadt Waren (Müritz)) zu verzeichnen. Dieses Phänomen wird ebenfalls in den Wahlergebnissen von 2009 deutlich: Dort erreichte die CDU ebenfalls mit 27,62 Prozent ihr schwächstes Ergebnis.

Tab. 5: Endgültige Wahlergebnisse der Kreistagswahl in der Mecklenburgischen Seenplatte nach Wahlbereichen

Parteien	Wahlbereiche											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
CDU	26,8	27,6	28,3	35,8	29,4	35,3	27,4	33,0	41,8	39,7	46,9	40,9
SPD	22,8	22,8	23,3	19,8	22,3	22,5	34,2	16,3	13,5	14,5	13,5	23,7
LINKE	30,5	29,9	26,1	19,8	22,0	17,3	18,5	16,2	23,6	23,0	17,8	16,0
B 90/GRÜNE	4,7	6,7	7,6	5,0	5,9	7,6	4,6	11,4	2,0	2,6	2,3	4,1
NPD	3,6	2,2	2,7	3,6	3,1	2,3	1,8	2,9	3,3	3,9	5,3	4,3
FDP	2,1	2,0	2,4	3,4	4,1	7,7	4,0	3,1	3,6	1,6	3,4	1,8
AbguWka	0,8	0,7	0,7	2,6	0,3	1,0	0,4	2,0	1,2	0,5	1,5	0,9
AfD	5,6	4,9	5,1	5,2	3,4	3,0	2,6	3,0	3,2	3,2	4,6	5,0
FW	0,6	0,6	0,8	1,2	0,6	1,3	5,3	11,0	3,9	8,7	0,6	0,5
PIRATEN	1,8	1,6	1,9	1,4	1,0	0,9	0,7	1,0	0,7	0,7	1,0	1,0
WGLR	0,3	0,3	0,3	0,5	0,1	0,3	0,1	0,2	3,0	1,4	2,8	0,3
Ebw	0,5	0,8	0,8	1,7	7,7	0,8	0,5	0,1	0,1	0,2	0,2	1,4

Quelle: Endgültiges Ergebnis der Kreistagswahl am 25.05.2014; Eigene Darstellung. *AbguWka: Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau; WGLR: Wählergemeinschaft ländlicher Raum; WG: Wählergemeinschaften Ebw: Einzelbewerber.

Die SPD büßte zur Kommunalwahl 2014 im Vergleich zu 2011 insgesamt 9,4 Prozentpunkte ein, was zu einem Verlust von sieben Sitzen (aktuell: 16) geführt hat. Das Ergebnis von 20,3 Prozent stimmt in etwa mit dem von 2009 überein. Der Aufschwung von 2011 ist mit der Landtagswahl zu begründen, zu der die SPD 35,6 Prozent der Stimmen erreichte.⁴⁸ Das stärkste Ergebnis erreichte die SPD im Wahlbereich 7 mit 34,2 Prozent. Dieses kann sowohl mit der historischen Trennlinie der Recknitz, aber auch mit dem innerstädtischen Erfolg der SPD begründet werden. Auch 2009 war die SPD mit 21,3 Prozent im Altkreis Müritz aufstrebend.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Parteien ist bei der Partei Die LINKE keine Veränderung in der Sitzverteilung im Kreistag entstanden, sodass sie und die SPD nun eine gleiche Sitzverteilung aufweisen. Die LINKE ist erneut in der Mecklenburgischen Seenplatte nun die zweitstärkste Kraft. Im Vergleich zu 2009 musste die Partei jedoch einen Verlust von circa drei Prozent in Kauf nehmen. Das stärkste Ergebnis der LINKEN ist in Wahlbereich 1 (30,5 Prozent) und Wahlbereich 2 (29,2 Prozent) erreicht worden. Auch dies steht in engem Zusammenhang zum innerstädtischen Erfolg. Es deckt sich ebenfalls mit den Erwartungen, die man im Zuge der Kommunalwahl 2009 in der kreisfreien Stadt Neubrandenburg verzeichnete. Dort fuhr die LINKE mit 28,7 Prozent ihr stärkstes Ergebnis ein. Das schwächste Ergebnis der LINKE liegt im Wahlbereich 12 (Gemeinde Feldberger Seenlandschaft, Amt Woldegk, Amt Stargarder Land) mit 16 Prozent, was mit dem starken Ergebnis der CDU zu begründen ist (40,9 Prozent).

⁴⁸ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistische Hefte: Wahlen 2011: Wahlheft 1/2012, Schwerin 2012, S. 15.

Mit einem Verlust von einem Prozentpunkt und einem Sitz im Kreistag führen Bündnis 90/Die Grünen ein Ergebnis von 5,4 Prozent ein. Dies ist im Vergleich zu 2009 eine Steigerung um ein Prozent. Der stärkste Wahlbereich der Bündnisgrünen ist Wahlbereich 8 (Amt Seenlandschaft Waren, Amt Malchow). Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass in der dort gelegenen Region Fünfseen aufgrund des Windeignungs-Gebietes erneuerbare Energien im Fokus stehen. Vergleichsweise erreichten die Bündnisgrünen auch 2009 im Altkreis Müritz mit 7,7 Prozent ihr stärkstes Ergebnis. Aus diesem Grund fuhr dort das Aktionsbündnis für unkontrollierten Windkraftausbau mit 2 Prozent ihr zweitstärkstes Ergebnis ein; das Stärkste erlangten sie im Wahlbereich 4 (Amt Penzliner Land, Amt Neustrelitz Land, Amt Neverin) mit 2,6 Prozent. Die Wählergemeinschaft ist zu dieser Kommunalwahl das erste Mal angetreten und erlangte auf Anhieb einen Sitz im Kreistag. Da das Aktionsbündnis im ländlichen Raum vergleichsweise stark ist, erhielt es in Wahlbereich 5 mit 0,3 Prozent ihr schwächstes Ergebnis. Daraus resultiert, dass sowohl Gegner als auch Befürworter der Windenergie in der Region Fünfseen von der Wählergunst profitieren.

Die WGLR ist bereits zum zweiten Mal auf kommunaler Ebene angetreten und hat trotz einem Verlust von 0,2 Prozentpunkten ihren Sitz im Kreistag halten können. Ihr stärkstes Ergebnis erreichten sie in Wahlbereich 9 mit 3 Prozent. Auch dies konnte man bereits 2009 beobachten, da sie zum damaligen Zeitpunkt im Altkreis Demmin 2,7 Prozent erhielten. Ihr schwächstes Ergebnis, auf den städtischen Raum zurückzuführen, führen sie in Wahlbereich 5 und 7 mit 0,1 Prozent ein.

Mit 0,5 Prozentpunkten (nun: 2,9 Prozent) und einem Sitz Verlust (nun: 2 Sitze) zogen die Freien Wähler (FW) wieder in den Kreistag der Mecklenburgischen Seenplatte ein. 2009 traten sie nicht zur Kommunalwahl an. Das stärkste Ergebnis erreichten die FW in Wahlbereich 8 mit 11 Prozent. Eine Begründung hierfür und für das schwächste Ergebnis in Wahlbereich 12 mit 0,5 Prozent ist nicht möglich, da im gesamten Landkreis eine sehr ungleichmäßige Verteilung zu verzeichnen ist. In der letzten Legislaturperiode bildeten die FW, die WGLR und die FDP eine gemeinsame Fraktion. Auch nach dieser Kommunalwahl scheint dies möglich zu sein, da neben FW und WGLR auch die FDP mit 3,3 Prozent und 3 Sitzen in den Kreistag eingezogen ist. Im Vergleich zu 2011 verlor die FDP zwar einen Prozentpunkt, behielt allerdings die gleiche Sitzanzahl bei. Im Jahr 2009 hingegen erreichte die FDP noch 9 Prozent der Stimmen. Das stärkste Ergebnis erreichte die FDP in Wahlbereich 6 (Amt Röbel-Müritz, Amt Mecklenburgische Kleinseenplatte) mit 7,7 Prozent, während in Wahlbereich 10 mit 1,6 Prozent das schwächste Ergebnis eingefahren wurde.

Tab. 6: Berechnungen der endgültigen Wahlergebnisse der Kreistagswahl 2014 auf die Gebiete der Altkreise in der Mecklenburgischen Seenplatte

Parteien/ Altkreise	Neubrandenburg	Demmin	Müritz	Mecklenburg-Strelitz
	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
CDU	27,6	42,6	31,9	34,3
SPD	23,0	13,4	25,6	21,3
Die LINKE	28,7	21,8	16,7	19,5
B 90/GRÜNE	6,5	2,3	7,7	5,5
NPD	2,8	3,6	2,5	3,6
FDP	2,2	3,0	3,1	4,9
AbguWka	0,7	1,1	1,9	0,7
AfD	5,2	3,7	2,9	4,4
FW	0,7	16,7	6,1	0,6
PIRATEN	1,8	0,8	0,9	1,1
WGLR	0,3	2,7	0,3	0,3
Ebw	0,7	0,2	0,3	3,8

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, eigene Berechnung und Darstellung. * Die Ämter Peenetal/Loitz und Jarmen-Tutow wurden in der Berechnung vernachlässigt. *AbguWka: Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau; WGLR: Wählergemeinschaft ländlicher Raum; WG: Wählergemeinschaften Ebw: Einzelbewerber.

Die AfD, angesichts ihres Gründungsdatums das erste Mal bei der Kommunalwahl im Landkreis angetreten, erhielt auf Anhieb drei Sitze im Kreistag (4,1 Prozent). Mit 5,6 Prozent und dem daraus resultierenden

stärksten Ergebnis der AfD in Wahlbereich 1 steht die Partei somit in der Kongruenz zur CDU-Schwäche. Schwächstes Ergebnis erlangte die AfD in den Wahlbereichen 6 und 8 mit 3 Prozent.

Das Gesamtergebnis der NPD im Landkreis beträgt 3,3 Prozent, aus denen sich zwei Sitze im Kreistag ergeben. Ihre Sitzverteilung hat sich im Vergleich zu 2011 somit halbiert. Verglichen mit dem Ergebnis vom 2009 (1,3 Prozent) stieg die Prozentzahl um zwei Punkte. Am Schwächsten ist die NPD in Wahlbereich 7 vertreten (1,8 Prozent), was auf den „Lokalen Aktionsplan“ zur Rechtsextremismusprävention in der Stadt Waren (Müritz) zurückzuführen ist.⁴⁹ Auch 2009 erlangte die NPD dort mit 2,5 Prozent ihr schwächstes Ergebnis.

Der Kreisverband der Piratenpartei erhielt auf Anhieb einen Sitz im Kreistag (1,1 Prozent). Das stärkste Ergebnis ist mit 1,9 Prozent in Wahlbereich 3 und 1,8 Prozent in Wahlbereich 1 zu verzeichnen, was ebenfalls auf die innerstädtische Kohortenbildung zurückzuführen ist. Das schwächste Ergebnis erlangte die Piratenpartei in den Wahlbereichen 7, 9 und 10 mit jeweils 0,7 Prozent.

Die Einzelbewerber erhielten 1,2 Prozent der Gesamtstimmen. Der parteilose Einzelbewerber Andreas Grund ist Bürgermeister der Stadt Neustrelitz, weshalb in Wahlbereich 5 mit 7,7 Prozent das stärkste Ergebnis der Einzelbewerber erreicht wurde. Aus diesem Grund ist die Stadt Neustrelitz als Ausreißer zu bezeichnen.

Zur letzten Legislaturperiode waren sieben Abgeordnete des Kreistags der Mecklenburgischen Seenplatte Mitglieder des Landtags.⁵⁰ Sechs der Landtagsabgeordneten sind erneut zur Kommunalwahl 2014 angetreten; diese wurden nochmals in den Kreistag gewählt. Dies trifft nicht auf den SPD-Abgeordneten im Landtag Manfred Dachner zu, der sich nicht erneut für die Kreistagswahl aufstellen ließ.

5 Fazit und Ausblick

Im Kreistag der Mecklenburgischen Seenplatte werden sich nach der Kommunalwahl nun einige Änderungen ergeben. So hat sich die Besetzung des Kreistagspräsidenten verändert.⁵¹ Die SPD, die in der vorherigen Legislaturperiode diese Position übernahm, ist nicht mehr die stärkste Kraft im Kreistag. Da nun die CDU die meisten Abgeordneten stellt, übernimmt diese den Posten des Kreistagspräsidenten. Daher ist eine intensivere und aktivere Haltung und Zusammenarbeit mit dem Landrat der Mecklenburgischen Seenplatte, Heiko Kärger (CDU), zu erwarten. Seit der konstituierenden Sitzung des Kreistags der Mecklenburgischen Seenplatte am 30. Juni 2014 steht Thomas Diener (CDU) als Kreistagspräsident neben dem 1. Stellvertreter Andreas Butzki (SPD) und der 2. Stellvertreterin Elke-Annette Schmidt (Die LINKE) an der Spitze des Kreistags.⁵²

Das Parteienspektrum im Kreistag bewegt sich von den etablierten Parteien im Landkreis, CDU, SPD, Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, Piratenpartei und NPD über die bisher nicht etablierten Parteien wie der AfD bis hin zu neuen Bürgerbewegungen wie dem Aktionsbündnis gegen unkontrollierten Windkraftausbau. Auch die Wählergemeinschaft Ländlicher Raum kann einen Abgeordneten stellen. Erstmals seit der Kreiszusammenlegung ist ein Einzelbewerber in den Kreistag der Mecklenburgischen Seenplatte eingezogen. In der konstituierenden Sitzung des Kreistags der Mecklenburgischen Seenplatte kam es zugleich zu einer Besonderheit in der Fraktionsbildung bei der sich die drei gewählten Vertreter der FDP zwei unterschiedlichen Fraktionen anschlossen. Zum Einen verbündete sich Jörg Lange (FDP) mit den Abgeordneten der Freien Wähler und der AfD, zum Anderen Gerhard Kresin und Karlo

⁴⁹ Vgl. CJD Waren, LAP Müritz: Toleranz fördern, Kompetenz stärken, abrufbar unter: <http://www.lap-mueritz.de/index.php/lap-mueritz/projekte-und-projekttraeger/projekte-und-projekttraeger-2013b> (Stand: 08.06.2014).

⁵⁰ Vgl. Tabelle 1: Landtagsabgeordnete Mecklenburg-Vorpommerns in ihren Landkreisen/kreisfreien Städten als Kreistagsabgeordnete.

⁵¹ Vgl. o. A., Diener führt den Kreistag, Nordkurier: Treptower Tageblatt, 01.07.2014.

⁵² Vgl. Andreas Segeth, Das ist der neue Kreistag der Seenplatte, Nordkurier: Neubrandenburger Zeitung, 02.07.2014.

Schmettau (beide FDP) mit den Vertretern der Piratenpartei und dem des Aktionsbündnisses gegen unkontrollierten Windkraftausbau zusammen mit dem Einzelbewerber Andreas Grund.⁵³

Es ist weiterhin anzunehmen, dass aufgrund der Mitgliedschaft Andreas Grunds und seiner Personalunion als Bürgermeister der Stadt Neustrelitz die Bedürfnisse dieser eine Relevanz in der Arbeit des Kreistages erhalten. Neue und weitere Aufgaben des Parlaments liegen in dem weiteren Vorgehen gegen die Teilstilllegung der Südbahn sowie die gemeinsame Klage der Landkreise Mecklenburgische Seenplatte und Ludwigslust-Parchim gegen jene. Aus jenem Grund ist auch eine erhöhte Zusammenarbeit dieser zu erwarten. Weiterhin werden der Ausbau der Infrastruktur sowie die Auseinandersetzung mit dem Aufbau von Windkraftanlagen zu weiteren Diskussionen führen. Der Trend zur Kommunalwahl 2014 und die daraus resultierenden Thesen bestätigen sich im Vergleich zu 2009. Hiermit kann ein langfristiger Trend erkannt werden.

Es ist zu vermuten, dass die im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte verlaufende historisch-geographische Grenze, welche durch die Recknitz natürlich gegeben ist, zu einem Spannungsfeld führen wird, das weiterhin die regionale Trennlinie zwischen verschiedenen politischen Kulturen die intraregionale Diversität aufrechterhält.

⁵³ Vgl. ebd.

Landeshauptstadt Schwerin

Philipp Huchel

1 Einleitung

Die Wahlperiode 2004 bis 2009 war durch zahlreiche Skandale in der Schweriner Kommunalpolitik geprägt gewesen. Ihren Höhepunkt erreichten diese zunächst 2007 im Rücktritt des Stadtpräsidenten Andreas Lange (CDU)¹ und 2008 im Volksentscheid zur Abberufung des Oberbürgermeisters Norbert Claussen (CDU).² In diesem Zusammenhang gesehen, standen die Wahlen zur Schweriner Stadtvertretung 2009 unter besonderen Vorzeichen und können wohl als Ausnahmewahl bezeichnet werden.

Für die Wahlen 2014 in Schwerin ergab sich damit eine interessante Konstellation. Würde die CDU nach ihren starken Verlusten 2009 wieder zu alter Stärke zurückkehren können? Traditionell ist die CDU die bestimmende kommunale Kraft, gilt Mecklenburg-Vorpommern doch als Land mit „rote[m] Kopf und schwarze[n] Füße[n]“³. Gleichzeitig weist die Union jedoch gerade in den großen Städten und im Westen des Landes grundsätzlich Schwächen auf. Würde die LINKE nach ihren kommunalpolitischen Erfolgen, sowohl bei der Oberbürgermeisterwahl als auch der Wahl zur Stadtvertretung an ihre Erfolge in Schwerin anknüpfen können? So bilden die ehemaligen Bezirksstädte traditionell die Hochburgen der Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig kann die Wahl 2014 auch als erste Abstimmung über die Oberbürgermeisterin gesehen werden. Würde Die LINKE davon profitieren, dass sie die Oberbürgermeisterin stellt, oder würde sich der „Midterm-Blues“⁴ einstellen und sich negativ auswirken? Würde die SPD an ihre landesweiten Erfolge bei den Kommunalwahlen 2011 anknüpfen und sich auch in Schwerin als kommunalpolitische Kraft etablieren können, oder sollte der, durch die gleichzeitig stattfindende Landtagswahl entstandene, „Selling-Effekt“ vollständig verpuffen? Oder würde die prekäre finanzielle Lage der Stadt Schwerin möglicherweise dafür sorgen, dass sich neue Wählervereinigungen etablieren können?

2 Ausgangslage

Die Kommunalwahlen des Jahres 2009 ergaben für die Zusammensetzung der Schweriner Stadtvertretung deutliche Veränderungen zur vorangegangenen Wahlperiode.⁵ Die Union verlor 9,1 Prozentpunkte und stellte nach der Wahl auf gleichem Niveau gemeinsam mit der SPD nur noch die zweitstärkste Kraft in der Schweriner Stadtvertretung nach der Partei Die LINKE. Während sowohl die Bündnisgrünen als auch die FDP geringe Verluste hinnehmen mussten, konnte auch erstmals die NPD einen Stadtvertreter entsenden. Nachdem die 4 Einzelbewerber die Fraktion Unabhängige Bürger (UB) in der Wahlperiode ab 2004 begründet hatten, wurde diese während der Wahlperiode durch die Übertritte von Silvio Horn aus der CDU und Jan Szymik aus der FDP verstärkt. Bei den Wahlen 2009 traten diese dann gemeinsam in

¹ Andreas Lange musste im Folge der sogenannten „Laptop-Affäre“ – sein Dienstlaptop war bei einer Polizeirazzia bei einer Prostituierten gefunden wurden – zurückgetreten; vgl. Mathias Gröckel, Politiker auf Distanz zu Lange, in: SVZ, 12.12.2007.

² Die Abberufung Claussens kam im Zuge des bundesweit rezipierten Falls der verhungerten Lea-Sophie und dem im Zuge dessen vorgeworfenen Missmanagements Claussens zustande; vgl. u.a. Mathias Gröckel, Gramkow löst Claussen als OB ab, in: SVZ, 31.12.2008.

³ Nikolaus Werz, Die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/U.a. (Hrsg.), Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Nr. 15, Rostock 2001, S. 7–22, hier: S. 13.

⁴ Unter dem sogenannten „Midterm-Blues“ versteht man die Schwäche der regierenden Parteien bei Wahlen in der Mitte der Wahlperiode.

⁵ Im Detail zur Wahl: Vgl. Christian Kobsda/Erik Lohse, Die Kommunalwahl 2009 in der Landeshauptstadt Schwerin, in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 31–40.

der Wählergemeinschaft Unabhängige Bürger an und konnten sich mit 11 Prozent als vierte Kraft in der Stadtvertretung etablieren.⁶

Tab. 1: Ergebnisse der Kommunalwahlen in Schwerin von 1990 bis 2009 (in Prozent)

	WBT	CDU	PDS/ LINKE	SPD	B 90/ Grüne	FDP	NPD	UB	Ebw.	Sonstige
1994	64,6	15,4	34,0	31,1	7,4	3,7	1,4	-	-	7,0
1999	42,3	30,7	30,0	22,2	6,1	1,9	-	-	3,9	5,1
2004	38,6	31,1	23,7	17,4	10,0	6,8	-	-	11,0	-
2009	40,8	22,0	25,7	22,0	9,3	6,4	2,8	11,0	0,8	-

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, Ebw.: Alle Einzelbewerber, UB: Unabhängige Bürger.

Mit 12 Stadtvertretern konnte zunächst die Partei Die LINKE die stärkste Fraktion in Schwerin stellen. Kurz nach der Wahl schlossen sich jedoch CDU und FDP, die mit 3 gewählten Vertretern keine eigene Fraktion bilden konnte, zu einer gemeinsamen Fraktion zusammen und stellten mit 13 Stadtvertretern die stärkste Fraktion.⁷ Auch um sich strategisch günstig zur Wahl für das Präsidium der Stadtvertretung sowie für die Sitze in den Ausschüsse zu positionieren, bildeten SPD und Bündnis 90/Die Grünen zunächst eine Zählgemeinschaft.⁸ War die LINKE zwar zunächst als eindeutiger Sieger aus der Wahl hervorgegangen, sah sie durch diese Zusammenschlüsse ihren „Einfluss in einer Vielzahl von Gremien erheblich geschwächt“⁹, so ihr Fraktionsvorsitzender Gerd Böttger. Dies spiegelte sich dann auch unmittelbar bei den Wahlen zum Präsidium der Stadtvertretung wider. Nachdem die Partei Die LINKE aufgrund massiver Proteste aus den anderen Fraktionen auf die Nominierung eines Kandidaten verzichtet hatte,¹⁰ konnte sich Stephan Nolte (CDU) bei der Wahl durchsetzen und bekleidete wie bereits seit 2007 das Amt des Stadtpräsidenten.¹¹ Ausgangssituation der Wahlperiode bildeten also 5 Fraktionen und ein fraktionsloser Vertreter, was sich jedoch bis zum Jahr 2014 deutlich verändern sollte.

Zunächst löste sich bereits 2010 die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen durch den Fraktions- und Parteiaustritt des langjährigen Fraktionsvorsitzenden Manfred Strauß auf.¹² Dabei machte er nach seinen Worten wenig diplomatisch, den „Machthunger und [die] Inkompetenz“¹³ der Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Silke Gajek, für sein Ausscheiden geltend. In einem Interview verteidigte sich Gajek und beschwor den politischen Zusammenhalt der Grünen in Schwerin. So sei das Ausscheiden „nicht politisch, sondern [...] persönlich begründet“¹⁴ gewesen. In Folge des Verlusts des Mandats konnten die Grünen keine eigene Fraktion mehr bilden und schlossen sich der SPD-Fraktion unter dem Namen SPD/Bündnis 90/Die Grünen (SPD/Grünen) an. Diese war mit ihren 13 Vertretern nun genauso groß wie die bis dahin stärkste Fraktion von CDU/FDP.¹⁵ Weitere Veränderungen innerhalb der Fraktion ergaben sich dann im Zuge der Landtagswahl 2011. Silke Gajek konnte ihrer Partei erstmals in den Schweriner Landtag einziehen und legte infolgedessen ihr Stadtvertretermandat nieder.¹⁶ René Zeitz folgte ihr als Nachrücker.¹⁷ Dieser verblieb jedoch nicht lange in der Fraktion. So trennten sich Zeitz und die Fraktion

⁶ Vgl. ebd., S. 31.

⁷ Vgl. Timo Weber, Liberale und CDU bilden gemeinsame Fraktion, in: SVZ, 04.07.2009.

⁸ Vgl. Mathias Gröckel/Timo Weber, Nolte oder Pelzer, in: SVZ, 10.07.2009.

⁹ Ebd.

¹⁰ Vgl. Timo Weber, LINKE will alle Top-Posten in der Stadt, in: SVZ, 13.06.2009.

¹¹ Vgl. Bernd Schüttelz, Nolte ins höchste Amt gewählt, in: SVZ, 14.07.2009.

¹² Vgl. Timo Weber, Grüne Stadtfraktion löst sich auf, in: SVZ, 10.11.2010.

¹³ Angela Hoffmann, „Sachliche Klärung ist leider nicht gelungen“, in: SVZ, 10.11.2010.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Vgl. Timo Weber, Schweriner Grüne schließen sich SPD an, in: SVZ, 12.11.2010; Vgl. o. A., Neue Fraktion trägt Namen von SPD und Bündnisgrünen, in: SVZ, 15.11.2010.

¹⁶ Vgl. o. A., Silke Gajek nicht mehr Stadtvertreterin, in: SVZ, 15.10.2011.

¹⁷ Vgl. o. A., Rene Zeitz neuer Stadtvertreter, in: SVZ, 19.10.2011.

von SPD/Grünen „in gegenseitigem Einvernehmen“¹⁸. Von Seiten der Fraktion wurde dabei der Vorwurf des Desinteresses und der schweren Erreichbarkeit geäußert, während sich Zeitz bei verschiedenen Themen von der Fraktion im Stich gelassen fühlte.¹⁹ Ende 2013 verließ dann Karla Pelzer ortswechselbedingt die Fraktion und wurde durch Olaf Karger ersetzt.²⁰

Bereits in der ersten Jahreshälfte 2013 hatten die FDP-Stadtvertreter die gemeinsame Fraktion mit der CDU verlassen, wodurch die FDP den Fraktionsstatus verlor und die Union nur noch dritte Kraft hinter der Partei Die LINKE und der SPD/Grünen Fraktion war.²¹

Auch innerhalb der Partei Die LINKE gab es mehrere Veränderungen. So löste Martin Frank Hannelore Drexler und Martina Simon Michael Strähnz als Stadtvertreter ab.²² Letztere schied dann Ende 2013 ohne Angabe von Gründen aus der Fraktion aus.²³ Mit dem Verlust von einem Sitz waren damit die Partei Die LINKE nach der SPD/Grünen Fraktion nur noch zweitstärkste Kraft zu Beginn des Wahlkampfes.

Auch der Vertreter der NPD absolvierte nicht die gesamte Wahlperiode. Im Jahr 2011 gab der NPD-Stadtvertreter sein Mandat auf und Günther Wohlerth rückte nach.²⁴

In Folge dieser Verschiebungen in den Fraktionen ergab sich zum Ende des Jahres 2013 bereits eine stark gewandelte Stadtvertretung. Statt fünf existierten nur noch vier Fraktionen und sieben statt einem Vertreter waren fraktionslos. Mehr als 10 Prozent der ursprünglich gewählten Volksvertreter war nicht mehr in der Stadtvertretung präsent.²⁵

Mit dem Einzug des NPD-Vertreters Bern Wulf kam zu Beginn der Wahlperiode die Diskussion um den zukünftigen Umgang mit der NPD in der Stadtvertretung auf, wobei der „Schweriner Weg“²⁶ diskutiert wurde, generell alle Anträge abzulehnen.²⁷ Der Einzug Wulfs in den Hauptausschuss und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen wurde dann auch erfolgreich durch die gesamte Stadtvertretung verhindert.²⁸ In Folge des Einzugs positionierten sich Schwerin und die Stadtvertreter deutlich im Kampf gegen Rechtsextremismus und schlossen sich u.a. der Kampagne „Kein Ort für Neonazis“ an.²⁹

Bereits zu Beginn der Wahlperiode wurde klar, dass vor allem die finanzielle Lage der Stadt die kommenden fünf Jahre bestimmen würde. So forderte Innenminister Lorenz Caffier (CDU) bereits kurz nach der Wahl von der Stadtvertretung Sparmaßnahmen ein.³⁰ Die finanzielle Situation sollte dann auch alle Themen überlagern bzw. bestimmen. Auch die Beziehung zwischen Stadtvertretung und Oberbürgermeisterin wurde stark dadurch geprägt. Nachdem die vergangene Wahlperiode durch zahlreiche Skandale geprägt war, schien sich die Arbeitsatmosphäre als auch das Verhältnis zwischen Oberbürgermeisterin und Stadtvertretung deutlich gebessert zu haben.³¹ Jedoch sollte sich ab Ende 2010 die Situation zwischen Teilen der Stadtvertretung und Oberbürgermeisterin, aber auch innerhalb der Stadtvertretung zusehends ver-

¹⁸ Vgl. o. A., Der seltsame Fall des René Zeitz, in: SVZ, 10.10.2012.

¹⁹ Vgl. Juliane Händschke, René Zeitz verlässt Fraktion: Als Stadtpolitiker überfordert?, in: SVZ, 08.08.2012.

²⁰ Vgl. o. A., Neuer Stadtvertreter: Olaf Karger verstärkt SPD-Grüne-Fraktion, in: SVZ, 05.10.2013.

²¹ Vgl. o. A., FDP-Stadtvertreter verlassen gemeinsame Fraktion mit der CDU, in: SVZ, 24.05.2013.

²² Vgl. Gert Steinhagen, Stadtvertretung schon jetzt fast neu: Die Zusammensetzung des Kommunalparlaments hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verändert, in: SVZ, 15.11.2013; vgl. o. A., Martina Simon rückt in die Stadtvertretung nach, in: SVZ, 26.03.2012.

²³ Vgl. Gert Steinhagen, Stadtvertretung schon jetzt fast neu: Die Zusammensetzung des Kommunalparlaments hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verändert, in: SVZ, 15.11.2013.

²⁴ Vgl. o. A., NPD-Stadtvertreter legt sein Mandat nieder, in: SVZ, 07.09.2011.

²⁵ Vgl. Steinhagen, Stadtvertretung schon jetzt fast neu, in: SVZ.

²⁶ Als „Schweriner Weg“ wird das gemeinsame Auftreten aller demokratischen Parteien gegenüber der NPD bezeichnet, bei dem u.a. jeder Antrag der NPD gemeinsam durch einen Abgeordneten abgelehnt wird. Erstmals wurde dieses Verfahren durch die Fraktionen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im Anschluss an den Einzug der NPD 2006 in den Schweriner Landtag etabliert.

²⁷ Vgl. Timo Weber, NPD-Mandat nervt Makler Wulf, in: SVZ, 19.06.2009.

²⁸ Vgl. Timo Weber, Stadtpolitik arbeitsfähig, in: SVZ, 15.07.2009.

²⁹ Vgl. o. A., Schwerin positioniert sich gegen Rechts, in: SVZ, 16.11.2012.

³⁰ Vgl. o. A., Caffier fordert Sparkurs, in: SVZ, 22.07.2009.

³¹ Vgl. Timo Weber, Neue Qualität in der politischen Arbeit, SVZ, 27.10.2010.

schlechtern. So wurde die Verabschiedung des Haushalts zunächst durch Angelika Gramkow verzögert, da sie eine Ablehnung in der Stadtvertretung befürchtete. Der anschließend zwischen Oberbürgermeisterin, der Fraktion der Partei Die LINKE und der SPD/Grünen Fraktion ausgehandelte Kompromiss wurde dann ebenfalls massiv durch CDU, FDP und UB kritisiert.³² Mehrere Auseinandersetzungen u.a. über den Neubau einer Schwimmhalle,³³ ein Bildungs- und Teilhabepaket³⁴ oder die Entscheidung der Oberbürgermeisterin zur Teilnahme von Stadtbediensteten an einem Streik³⁵ ließen manche Beobachter bereits Mitte 2012 von „Schweriner Verhältnisse[n]“³⁶ sprechen.³⁷ Den vorläufigen Höhepunkt bei der Auseinandersetzung über die finanziellen Lage der Stadt Schwerin stellte die Entscheidung Innenminister Caffiers dar, der Oberbürgermeisterin einen beratenden Beauftragten zur Seite zu stellen, der Vorschläge für Einsparungen unterbreiten sollte.³⁸

3 Wahlkampf

Zu den Kommunalwahlen 2014 in der Landeshauptstadt Schwerin traten acht Parteien und 6 Einzelbewerberinnen und -bewerber an. Insgesamt kandidierten 180 Personen, fünf weniger als noch 2009, zur Stadtvertretung. Erstmals bewarben sich die Alternative für Deutschland (AfD) und die Aktion Stadt und Kulturschutz [ASK] für die kommunale Vertretung. Nachdem die NPD 2009 noch mit drei Kandidaten antrat, verzichtete sie bei der Wahl 2014 komplett auf eine Kandidatur. Die NPD schien in Schwerin nicht in der Lage zu sein, einen ihrer Anhänger zur Kandidatur bewegen zu können. Die Aussage, dass die „starke örtliche Präsenz der NPD durch ihre Landtagsfraktion [...] sich aus Sicht der Partei nicht erfolgreich auf die kommunale Ebene Schwerins auszuwirken“³⁹ scheint, kann damit bestätigt werden.

Thematisch wurde der Wahlkampf, wie bereits die gesamte vergangene Wahlperiode, durch die prekäre finanzielle Lage Schwerins geprägt.⁴⁰ Außerdem sollte die Klatt-Affäre vor allem den Beginn des Wahlkampfes bestimmen.⁴¹ Der Vorwurf Norbert Klatt, Geschäftsführer des Schweriner Nahverkehrs, habe seine Tochter und seinen Sohn bei der Einstellung und Beförderung bevorzugt behandelt, wurde Ende des Jahres 2013 publik.⁴² Kurz bevor eine Verlängerung des Geschäftsführer-Vertrages durch die Stadtvertretung erfolgen sollte, mahnte das Innenministerium eine Prüfung der Vorwürfe an.⁴³ In Folge dessen wurde die Beauftragung eines externen Prüfers durch die Stadt beschlossen. Die Prüfung kam zum Ergebnis, dass der Geschäftsführer keinen Schaden für das Unternehmen herbeigeführt hatte, aber teilweise seine Informationspflichten verletzt hatte.⁴⁴ Oberbürgermeisterin Gramkow und die Partei Die LINKE hatten sich bereits früh für Klatt eingesetzt. Vor allem SPD und Bündnisgrüne nahmen dabei die sogenannte Klatt-Affäre auf und kritisierten im Zuge dieser auch die Oberbürgermeisterin stark, was diesen Parteien den Vorwurf, Wahlkampf auf Kosten von Klatt zu betreiben, einbrachte.⁴⁵ Das Thema Finanzen sollte thematisch deutlich überwiegen. Nachdem sich die Fraktionen von SPD/Grünen, CDU und die Partei Die LINKE zwar Anfang des Jahres 2014 auf einen Finanzplan hatten einigen können, sollte dies jedoch das bestimmende Wahlkampfthema bleiben.⁴⁶ Zusätzlich wurde dieses Thema noch durch die

³² Vgl. o. A., „Schwarzer Tag für Schwerin“, in: SVZ, 14.01.2011.

³³ Vgl. Mathias Gröckel, Ton im Schwimmhallen-Streit wird rauer, in: SVZ, 07.09.2010.

³⁴ Vgl. o. A., Schweriner OB verliert gegen Stadtvertretung, in: SVZ, 13.12.2011.

³⁵ Vgl. Timo Weber, Kommunalpolitiker sprechen Gramkow ihre Missbilligung aus, in: SVZ, 02.05.2012.

³⁶ O. A., Schweriner Verhältnisse, in: SVZ, 25.07.2012.

³⁷ Vgl. o. A., Umfrage: Politik bereit zum Sparen, in: SVZ, 18.12.2010.

³⁸ Vgl. Max Stefan Koslik, Innenminister schickt Gramkow Sparkommissar, in: SVZ, 31.07.2013.

³⁹ Robert Nagy, Schwerin, in: Hubertus Buchstein/u. a. (Hrsg.), Die NPD im Kommunalwahlkampf 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald 2010, S. 55–65, hier: S. 65.

⁴⁰ Vgl. Gert Steinhagen, Der Wahlkampf ist eröffnet – leider, in: SVZ, 20.11.2013.

⁴¹ Vgl. Timo Weber, Der unrühmliche Fall Norbert Klatt, in: SVZ, 25.01.2014.

⁴² Vgl. Christian Koepke, Nahverkehr – eine große Familie, in: SVZ, 24.10.2013.

⁴³ Vgl. Timo Weber, Ministerium bremst Vertragsverlängerung für Nahverkehrs-Chef, in: SVZ, 06.11.2013.

⁴⁴ Vgl. Timo Weber, Klatt soll Chef des Nahverkehrs bleiben, in: SVZ, 09.01.2014.

⁴⁵ Vgl. Timo Weber, Fall Klatt spaltet die Stadtpolitik, in: SVZ, 11.01.2014.

⁴⁶ Vgl. Timo Weber, Politiker einigen sich auf Finanzplan, in: SVZ, 23.01.2014.

Vorschläge des Beauftragten des Innenministeriums besonders in den Vordergrund gerückt.⁴⁷ Bei verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen sollte sich diese Beobachtung bestätigen. So wurden auf einem Unternehmerfrühstück weniger die Wirtschaftspolitik, sondern vielmehr die Finanzpolitik diskutiert.⁴⁸ Ähnliches gilt für eine Podiumsdiskussion der Kulturpolitischen Gesellschaft Schwerins, in der vor allem die Frage der Finanzierung der kulturellen Projekte in Schwerin behandelt wurde.⁴⁹ Am Ende des Wahlkampfes versuchten sich die großen Parteien, SPD, CDU und Die LINKE, als staats- oder vielmehr stadtragend hervorzutun, indem sie in einer gemeinsamen Erklärung zu einer Fortsetzung des Konsolidierungskurses nach den Wahlen aufriefen.⁵⁰ Wolfgang Leiste, Kandidat der Unabhängigen Bürger, bezeichnete dies als „Wahlkampfspielchen“⁵¹, da diese Politiker unmittelbar auch zur finanziellen Situation beigetragen hätten.

Thematisch setzten die Parteien auf verschiedene Schwerpunkte. Die LINKE setzte unter dem Slogan „Gut für Schwerin“ in ihrem Wahlprogramm schwerpunktmäßig auf Bildung, Kultur und soziale Gerechtigkeit.⁵² Die CDU setzte in ihrem Wahlprogramm auf eine stärkere Bürgernähe, solide Finanzen und eine Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus.⁵³ Auf ihren Wahlplakaten setzte die CDU auf eine starke Reduktion und einfache Botschaften. So traten die Kandidierenden unter dem Slogan „Wir bleiben dran“ an und die thematischen Wahlplakate waren mit den Botschaften „Wirtschaft entwickeln“, „Bildung fördern“, „Haushalt sichern“ und „Ordnung schaffen“ versehen. Das SPD Wahlprogramm konzentrierten sich auf soziale Gerechtigkeit, eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes, Erhaltung der Lebensqualität durch den Schutz der Umwelt und einen Erhalt der kulturellen Landschaft ein.⁵⁴ Bündnis 90/Die Grünen setzten in ihrem umfangreichen Wahlprogramm auf eine Vielzahl von Themen.⁵⁵ Dabei standen vor allem die Themen Umweltschutz, solide Finanzen und der Erhalt der kulturellen Vielfalt in Schwerin im Vordergrund. Die FDP betonte in ihrem Wahlprogramm die Themen Transparenz, solide Finanzen sowie die Vielfalt im Kultur- und Bildungsbereich.⁵⁶ Die Unabhängigen Bürger setzten sich in ihrem Wahlprogramm für eine Konsolidierung der Finanzen, Familienfreundlichkeit und ein vielfältiges Sport- und Kulturleben ein.⁵⁷ Die AfD setzte in ihrem Wahlprogramm einen Schwerpunkt auf Transparenz, Bürgerbeteiligung, Sicherheit und einer stärkeren Unterstützung von Familien mit Kindern ein.⁵⁸ Die [ASK] legte ihren thematischen Schwerpunkt auf Bürgerbeteiligung und den Erhalt der Kulturlandschaft.⁵⁹

Personell setzte Die LINKE mit Helmut Holter und Henning Foerster zwei erfahrene Landespolitiker auf die vorderen Plätze ihrer Kommunalwahlliste.⁶⁰ Mit dem Fraktionsvorsitzenden der Partei Die LINKE im Schweriner Landtag Helmut Holter setzte die Partei auf ein politisch erfahrenen und einen der landesweit bekanntesten Politiker.⁶¹ Ziel der Nominierung schien es hier die starke Position der Partei Die LINKE in Schwerin zu erhalten und damit auch für „Rückendeckung für Oberbürgermeisterin Angelika Gram-

⁴⁷ Vgl. Gert Steinhagen, Sparen: Stadtpolitik nennt Tabus, in: SVZ, 21.03.2014.

⁴⁸ Vgl. Bert Schüttpelz, Unternehmer prüfen Kandidaten, in: SVZ, 09.04.2014.

⁴⁹ Vgl. Bert Schüttpelz, Kulturstadt zwischen Träumen und Zwängen, in: SVZ, 07.05.2014.

⁵⁰ Vgl. Bert Schüttpelz, Finanzpolitiker: Nach Wahl Kurs halten, in: SVZ, 20.05.2014.

⁵¹ Timo Weber, UB-Kandidat kritisiert „Wahlkampfspielchen“, in: SVZ, 21.05.2014.

⁵² Vgl. Die LINKE Schwerin (Hrsg.), Wahlprogramm zu den Kommunalwahlen 2014, Schwerin 2014.

⁵³ Vgl. CDU Schwerin (Hrsg.), Programm der CDU Schwerin zur Kommunalwahl 2014, Schwerin 2014.

⁵⁴ Vgl. SPD Schwerin (Hrsg.), Wahlprogramm StadtvertreterWAHL – 25. Mai 2014, Schwerin 2014.

⁵⁵ Vgl. Grüne Schwerin (Hrsg.), Grün für ein lebenswertes Schwerin: Kommunalwahlprogramm 2014-2019, Schwerin 2014.

⁵⁶ Vgl. FDP Schwerin (Hrsg.), Das liberale Kommunalwahlprogramm 2014, Schwerin 2014.

⁵⁷ Vgl. Wählergemeinschaft Unabhängige Bürger Schwerin (Hrsg.), Wer wir sind - Was wir wollen, Schwerin 2014.

⁵⁸ Vgl. AfD Kreisverband Mecklenburg-Schwerin (Hrsg.), Kommunalpolitisches Programm Alternative für Deutschland, Schwerin 2014.

⁵⁹ Vgl. Aktion Stadt und Kulturschutz (Hrsg.), Wahlprogramm der „Aktion Stadt und Kulturschutz“, Schwerin 2014.

⁶⁰ Vgl. o. A., Henning Foerster führt LINKE als Spitzenkandidat in Wahlkampf, in: SVZ, 25.02.2014

⁶¹ Holter war u.a. bei den Landtagswahlen 2011 als Spitzenkandidat der LINKEN angetreten; vgl. Michael Maser/Christopher Scheele, Letzte Chance: Modernisierung – Die LINKE, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 55–66, hier S. 60–61. Zur Bekanntheit Holters in Mecklenburg-Vorpommern: Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 WahlREPORT, Berlin 2011, S. 32.

kow“⁶² in der Stadtvertretung zu sorgen. Insgesamt gelang es der Partei jedoch nicht, wie im Jahr 2009, die hohe Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern für eine Kandidatur zu gewinnen. 2014 traten statt 40 nur noch 33 Kandidatinnen und Kandidaten für die Partei Die LINKE an, wovon nach knapp 45 Prozent 2009 auch nur noch ein Frauenanteil von 27 Prozent im Jahr 2014 erreicht wurde.

Mit 45 Personen nominierte die CDU die meisten Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl in Schwerin. Im Vergleich zur letzten Kommunalwahl konnte die CDU ihren Frauenanteil von 22 Prozent auf 29 Prozent steigern. Als Spitzenkandidaten setzte die Union auf den seit 2007 amtierenden Stadtpräsidenten Stephan Nolte und den Fraktionsvorsitzenden Sebastian Ehlers, die jeweils die Listen in den drei Wahlbereichen anführten.⁶³

Die SPD setzte auf den Fraktionsvorsitzende der Schweriner Stadtvertretung Daniel Meslien, der in zwei Wahlbereichen die Kommunalwahlliste der SPD anführte. Im Durchschnitt setzten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf das jüngste Kandidatinnen- und Kandidatenteam.⁶⁴

Bündnis 90/Die Grünen traten traditionell mit einer Doppelspitze zu den Kommunalwahlen an.⁶⁵ Cornelia Nagel und Frank Fiedler führten dabei die Listen in den einzelnen Wahlbereichen ab. Die Parität zwischen den Geschlechtern zieht sich dabei durch die komplette Liste der Bündnisgrünen, die mit 50 Prozent neben den Unabhängigen Bürgern den größten Frauenanteil bei den antretenden Parteien und Wahlvereinigungen aufwies.

Die FDP setzte mit Michael Schmitz und Stev Ötinger auf zwei erfahrene Stadtvertreter und bildete neben der SPD und Bündnis 90/Die Grünen das jüngste Kandidatinnen- und Kandidatenteam.⁶⁶ Auf Platz drei der Kommunalwahlliste konnte sich die Deutsch-Französin Cécile Bonnet auf der Liste platzieren, die ebenfalls als Spitzenkandidaten zur Europawahlen für die Liberalen in Mecklenburg-Vorpommern kandidierte.⁶⁷

Bei den Unabhängigen Bürgern traten Silvio Horn, Rolf Steinmüller und Dr. Sabine Bank jeweils auf Platz eins der Wahllisten in den einzelnen Wahlbezirken an.⁶⁸ Anfang 2014 hatte sich Manfred Strauß, der 2010 die Grünen Fraktion verlassen hatte, den Unabhängigen Bürgern angeschlossen und kandidierte für diese dann auch bei der Wahl zur Stadtvertretung.⁶⁹ Mit einem Durchschnittsalter von 58 bildeten die Unabhängigen Bürger das älteste Kandidatenteam neben der [ASK], stellten aber neben den Grünen mit 50 Prozent den höchsten Anteil an Frauen bei ihren Kandidaten auf.

Die AfD setzte in Schwerin auf den Kreisvorsitzenden des erst im Januar gegründeten Kreisverbandes Mecklenburg-Schwerin Klaus-Ulrich Schulz.⁷⁰ Dieser hatte bereits politische Erfahrungen im Neuen Forum und in der CDU, für die er in den 1990er Jahren in der Stadtvertretung saß, gesammelt.⁷¹ Mit gerade einmal einer Frau in ihrer Listeen, nominierte die AfD prozentual die wenigsten Frauen. Nach den Unabhängigen Bürgern und der [ASK] bildete sie außerdem eines der ältesten Teams.

Die [ASK] setzte eigenen Angaben nach bewusst auf keinen Spitzenkandidaten. In der Liste der Aktion fand sich mit Rene Zeitz jedoch ein Kandidat, der bereits in der vergangenen Wahlperiode in der Schweriner Stadtvertretung gesessen hatte. Zeitz war in der vergangenen Wahlperiode als Nachfolger von Silke

⁶² Stefan Ludmann, Holter will in der Lokalpolitik mitmischen, in: ndr.de, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/kommunalwahl2014/Holter-will-in-der-Lokalpolitik-mitmischen,holter143.html> (Stand: 22.06.2014).

⁶³ Vgl. o. A., Stephan Nolte und Sebastian Ehlers führen CDU in Kommunalwahl, in: SVZ, 24.02.2014.

⁶⁴ Vgl. o. A., Kommunalwahl: SPD stellt ihre Kandidaten und Ziele vor, in: SVZ, 21.01.2014.

⁶⁵ Vgl. o. A., Bündnisgrüne gehen mit Doppelspitze in den Wahlkampf, in: SVZ, 21.02.2014.

⁶⁶ Vgl. o. A., Michael Schmitz führt FDP in Wahlkampf, in: SVZ, 18.01.2014.

⁶⁷ Vgl. o. A., Nordost-FDP will mit Cécile Bonnet in den Europawahlkampf ziehen, in: focus.de, abrufbar unter: http://www.focus.de/regional/rostock/wahlen-nordost-fdp-will-mit-cecile-bonnet-in-den-europawahlkampf-ziehen_id_3555735.html (Stand: 23.06.2014).

⁶⁸ Vgl. o. A., Horn, Bank und Steinmüller führen die Unabhängigen an, in: SVZ, 24.01.2014.

⁶⁹ Vgl. o. A., Manfred Strauß nun bei Unabhängigen Bürgern, in: SVZ, 29.01.2014.

⁷⁰ Vgl. o. A., AfD gründet Kreisverband, in: SVZ, 07.01.2014.

⁷¹ Vgl. AfD Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin gründet Kreisgruppe, Schwerin 2014, abrufbar unter: <http://www.alternative-mv.de/index.php/84-news/pressemitteilungen/105-schwerin-gruendet-kreisgruppe.html> (Stand: 25.06.2014).

Gajek in die Stadtvertretung eingezogen und hatte die SPD/Grünen Fraktion nach Meinungsverschiedenheiten verlassen.⁷² Die [ASK] stellte zusammen mit den UB im Durchschnitt die ältesten Kandidatinnen und Kandidaten auf.

Tab. 2: Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten, Frauenanteil und Altersdurchschnitt 2009 und 2014

	Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten		Frauenanteil (in Prozent)		Altersdurchschnitt (in Jahren)	
	2009	2014	2009	2014	2009	2014
CDU	56	45	22 %	29 %	47	51
Die LINKE	40	33	45 %	27 %	48	54
SPD	33	33	29 %	27 %	48	45
B 90/Grüne	15	16	40 %	50 %	52	47
FDP	20	16	18 %	25 %	44	48
NPD	3	-	0 %	-	38	-
UB	15	16	33 %	50 %	52	58
AfD	-	6	-	17 %	-	55
[ASK]	-	9	-	33 %	-	58
Ebw.	3	6	0 %	17 %	47	55
Gesamt	185	180	25 %	29 %	47	50

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben: Stadtanzeiger. Amtliches Bekanntmachungsblatt der Landeshauptstadt Schwerin. Ausgabe 08/2009 und 7/2014; UB: Unabhängige Bürger, Ebw.: Einzelbewerber; [ASK]: Aktion Stadt und Kulturschutz. Stand für das Alter: 31.12.2014.

4 Wahlergebnis

Das Ergebnis der Wahlen zur Schweriner Stadtvertretung brachte im Wesentlichen kaum Veränderungen zu der Wahl 2009. Die CDU konnte sich mit 0,2 Prozentpunkten Vorsprung knapp vor der Partei Die LINKE als stärkste Kraft etablieren. Die LINKE wird jedoch genauso viele Stadtvertreter wie die CDU entsenden. Hinter CDU und der Partei Die LINKE gelangt mit geringen Verlusten die SPD, die wie bereits in der vorherigen Wahlperiode 9 Stadtvertreter stellt. Während die Bündnisgrünen geringe Verluste und künftig vier Vertreterinnen und Vertreter, können die Unabhängigen Bürger geringe Gewinne erzielen können und wie bereits in der vergangenen Wahlperiode 5 Vertreter schicken. Die FDP muss hohe Verluste einstecken und kann nur noch einen Abgeordneten in die Stadtvertretung entsenden. Mit 5,9 Prozent kann die AfD erstmals in die Stadtvertretung einziehen und kann damit auch die höchsten Zugewinne aller Parteien verbuchen. Auch die Aktion Stadt und Kulturschutz kann erstmals in die Stadtvertretung einziehen. Zukünftig werden also acht statt sieben Parteien bzw. Wählervereinigungen in der Schweriner Landeshauptstadt die Bürger vertreten. Davon haben drei nicht genügend Sitze um eine Fraktion zu bilden.⁷³

Die CDU geht auch wie im restlichen Landesteil als Sieger aus der Kommunalwahl in Schwerin hervor. Durch leichte Zugewinne von 2,8 Prozentpunkten verfügt sie mit 11 Sitzen in der kommenden Wahlperiode über einen Vertreter mehr als in der letzten. Drei neue Mitglieder, die zuvor noch nicht in der Stadtvertretung waren, wird die Union in ihrer Fraktion haben. Mit gerade einmal einer Frau und damit einem Anteil von 9 Prozent weist die Union im Vergleich mit den anderen größeren Parteien deutlich den geringsten Frauenanteil auf. Auffällig ist sowohl der hohe Unterschied zwischen dem Wahlergebnis in Schwerin im Vergleich mit dem Ergebnis auf Landesebene, als auch die Unterschied zwischen dem Ergebnis zur Kommunalwahl und dem der Europawahl. Hier wird die doppelte traditionelle Schwäche der

⁷² Vgl. o. A., Wählergemeinschaft Kulturschutz stellt Kandidaten-Team vor, in: SVZ, 01.03.2014.

⁷³ Zur Bildung einer Fraktion werden in der Kommunalvertretung Schwerins mindestens vier Sitze benötigt; Vgl. Landeshauptstadt Schwerin (Hrsg.), Geschäftsordnung für die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin, Schwerin 2009, S. 2.

CDU zum einen in Mecklenburg bzw. dem Westen des Landes, zum anderen in den ehemaligen Bezirkstädten deutlich.⁷⁴ Ähnliches gilt ebenfalls für die Hansestadt Rostock, wo die CDU noch schlechter abschnitt als in Schwerin.⁷⁵ Stadtweit kann die CDU ungefähr gleich abschneiden.

Tab. 3: Stimmen- und Sitzverteilung der Kommunalwahl und Ergebnis der Europawahl in der Landeshauptstadt Schwerin 2014

	Stimmen (absolut)	Stimmverteilung (in %)	Sitze	Veränderung zu 2009 (in pp)	Diff. zw. Landesergebnis (in pp)	Stimmverteilung Europawahl (in %)
CDU	25 534	24,8	11	+2,8	-8,2	27
LINKE	25 316	24,6	11	-1,1	+4,9	21,4
SPD	20 094	19,5	9	-2,5	+0,6	26,6
B 90/Grüne	7 977	7,8	4	-1,5	+2	7,2
FDP	3 121	3,0	1	-3,4	-0,3	2,1
NPD	-	-	-	-2,8	-3,2	1,9
UB	11 543	11,2	5	+0,2	+10,6	-
AfD	6 034	5,9	3	+5,9	+1,7	7,2
[ASK]	1 783	1,7	1	+1,7	+1,6	-
Ebw.	1 455	1,4	-	+0,6	-1,2	-

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Die LINKE muss leichte Verluste von 1,1 Prozentpunkten hinnehmen. Sie kann mit ihren 24,8 Prozent jedoch genauso viele Sitze wie die CDU in der künftigen Stadtvertretung besetzen. Mit einem Anteil von 36 Prozent verfügt sie im Vergleich zu den anderen großen Parteien über den höchsten Frauenanteil. Im Vergleich zur Landesergebnis kann sie deutlich, im Vergleich zur Europawahl etwas stärker bei den Kommunalwahlen abschneiden. Schwerin bildet als ehemalige Bezirksstadt traditionell eine Hochburg der Partei Die LINKE.⁷⁶ Zusätzlich dazu ist das gute Abschneiden der Partei mit dem Antritt Helmut Holters begründbar. Allein Helmut Holter konnte mit knapp 8.000 Stimmen fast ein Drittel aller Stimmen auf seine Person vereinigen.⁷⁷ Auffällig am Ergebnis der LINKE ist die Verteilung der Stimmen in den einzelnen Wahlbezirken. Während sie im Wahlbereich 2 gerade einmal 18,9 Prozent erreichen kann, holt sie im Wahlbereich 3 mit 30,4 ein deutlich höheres Ergebnis. Dieser Wahlbereich ist durch Wohngebiete mit vielen Plattenbauten und einer hohen Arbeitslosigkeit, z. B. in Lankow, Mueßer Holz und Neu Zippendorf, geprägt.⁷⁸ Mit Blick auf die Altersstruktur und Arbeitslosenstatistik wird deutlich, dass die Alterskohorte der Über-60-Jährigen in diesem Wahlbereich etwas stärker als im Schweriner Durchschnitt vertreten und die Arbeitslosigkeit deutlich stärker ausgeprägt ist.⁷⁹ Grundsätzlich ist die Wählerschaft der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern jedoch nicht den sozial Schwächeren zuzuordnen, wohingegen vor allem die 44- bis 59- und die Über-60-Jährigen die größten Wählergruppen bilden.⁸⁰ Ein Faktor für das gute Abschneiden dürfte hier also die Altersstruktur des Wahlbereichs spielen.

⁷⁴ Vgl. Steffen Schoon, Wählerverhalten und politische Tradition in Mecklenburg und Vorpommern (1871-2002): Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee, Düsseldorf 2007, S. 120; vgl. Philipp Huchel/Stefan Rausch, Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 55–85, hier: S. 76.

⁷⁵ Siehe den Beitrag von Hein/Flügge in diesem Band.

⁷⁶ Vgl. Schoon, Wählerverhalten, 2007 S. 120–121.

⁷⁷ Vgl. Timo Weber, Wähler mit Feingefühl, in: SVZ, 27.05.2014.

⁷⁸ Vgl. Juliane Haendschke, Schwerin: Lankow bald sozialer Brennpunkt?, in: SVZ, 02.01.2013; vgl. Henning Strüber, Einst Perle, nun Problemviertel, in: ndr.de, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/dreesch219.html> (Stand: 15.06.2014).

⁷⁹ Nach Angaben der Stadt Schwerin, Quelle: LH Schwerin Amt für Bürgerservice und Fachbereich für Hauptverwaltung.

⁸⁰ Vgl. Christopher Scheele, Die PDS/LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, S. 87-108, hier: S. 99–100.

Die SPD verliert ebenfalls leicht und fällt unter 20 Prozent. Sie ist zukünftig die dritte Kraft und kann 9 Stadtvertreterinnen und -vertreter entsenden. Durch den Vergleich mit dem landesweiten Ergebnis der Kommunalwahlen und der Europawahl wird deutlich, dass die SPD nicht nur in Schwerin kommunalpolitisch deutlich schwächer ist als CDU und die Partei Die LINKE.⁸¹ Bei der Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Wahlgebiete lassen sich keine Hochburgen identifizieren. Könnte die SPD in der vergangenen Wahlperiode mit Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam eine Fraktion bilden und so zeitweise die stärkste Fraktion bilden, scheint dies für die kommende Wahlperiode vorerst ausgeschlossen, da die Bündnisgrünen mit vier Sitzen selbst eine Fraktion bilden können.

Tab. 4: Stimmen- und Sitzverteilung nach Wahlbereichen

	Wahlbereich 1		Wahlbereich 2		Wahlbereich 3	
	Stimmverteilung (in Prozent)	Sitze	Stimmverteilung (in Prozent)	Sitze	Stimmverteilung (in Prozent)	Sitze
CDU	24,9	4	25,2	4	24,4	3
Die LINKE	25,9	4	18,3	3	30,2	4
SPD	20,7	3	19,0	3	18,9	3
B 90/Grüne	5,2	1	13,9	2	3,7	1
FDP	2,7	0	3,8	1	2,6	0
UB	12,4	2	10,5	2	10,7	1
AfD	5,6	1	5,1	1	7,0	1
[ASK]	1,3	0	2,7	1	1,2	0
Ebw.	1,3	0	1,5	1	1,5	0
WBT	48,1%		47,7%		39,2%	

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben: Stadt- und Gemeindevorsteher der Stadt Schwerin. Wahlbereich 1: Friedrichsthal, Lankow, Neumühle, Sackthagen, Warnitz, Weststadt; Wahlbereich 2: Altstadt, Feldstadt, Lewenberg, Medewege, Ostorf, Paulsstadt, Schelfwerder, Werdervorstadt, Wickendorf, zu Mueß; Wahlbereich 3: Gartenstadt, Göhrener Tannen, Görries, Großer Dreesch, Krebsförden, Mueß, Mueßer Holz, Neu Zippendorf, Wüstmark, Zippendorf.

Bündnis 90/Die Grünen erleiden ebenfalls leichte Verluste, entsenden aber wieder vier Abgeordnete wie zu Beginn der letzten Wahlperiode. Damit sind sie in der Lage eine eigene Fraktion zu bilden. Im Landesvergleich können sie in Schwerin mit einem Unterschied von 2 Prozentpunkten deutlich besser abschneiden. Dies ist vor allem auf die traditionelle Stärke der Partei in den urbanen Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns zurückzuführen.⁸² Als Hochburg lässt sich in Schwerin der Wahlbereich 2 identifizieren. In diesem schneiden sie doppelt so gut wie im Wahlbereich 1 und dreimal so gut wie im Wahlbereich 3 ab.

Die FDP verliert in Schwerin deutlich und kann als eindeutiger Wahlverlierer angesehen werden. Hier scheint sich nach wie vor der negative Bundestrend auch auf die kommunale Ebene auszuwirken. Mit nur einem Sitz wird der FDP kaum etwas anderes übrig bleiben, als sich einer Fraktion anzuschließen. Die deutsch-französische Spitzenkandidatin für Mecklenburg-Vorpommern bei der Europawahl Cecile Bonnet kann bei dieser Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die bundes- bzw. landesweite Aufmerksamkeit durch diese Nominierung könnte letztlich dazu geführt haben, dass sie mehr Stimmen erhalten konnte, als profilierte FDP-Kommunalpolitiker wie Michael Schmitz oder Stev Ötinger. Gleichzeitig zeigt das kommunal bessere Ergebnis, dass auf dieser Ebene noch Verankerungen trotz des Negativ-Trends bestehen, die für einen Neuaufbau genutzt werden könnten.

Die Unabhängigen Bürger können eine leichte Verbesserung ihres Wahlergebnisses verbuchen. Mit 11,2 Prozent stellen sie bereits wie 2009 und 2004, damals noch als Einzelbewerber, die vierte Kraft in der Schweriner Kommunalpolitik und können als fest etabliert betrachtet werden. Mit 5 Sitzen verfügen sie über

⁸¹ Vgl. Timm Flügge/Benjamin Hein, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, S. 25–53, hier: S. 52.

⁸² Vgl. Michael Koch/Franziska Struck, Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, in: ebd., S. 109–126, hier: S. 121.

genauso viele Sitze wie in der vergangenen Wahlperiode und können neben den drei großen Parteien und den Grünen ebenfalls selbstständig eine Fraktion bilden. Die Unabhängigen Bürger sind im Durchschnitt deutlich die älteste Fraktion und besitzen alle bereits Erfahrungen in der Schweriner Stadtvertretung.

Orientiert man sich am Europawahlergebnis der NPD in Schwerin, hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, dass diese wie bereits 2009 einen Stadtvertreter hätte stellen können.

Die AfD kann als Gewinner der Kommunalwahl angesehen werden. Mit 5,6 Prozent kann sie aus dem Stand ein recht hohes Ergebnis erzielen. Vor allem der 49-jährige Arzt Andreas Ohling konnte eine hohe Anzahl von Stimmen auf sich vereinen, was deutlich zum guten Abschneiden der AfD beigetragen hat.⁸³ Mit künftig drei Sitzen kann sie jedoch keine Fraktion bilden, was ihren Einfluss in den Ausschüssen deutlich minimieren dürfte. In Schwerin kann die AfD im Landesvergleich etwas besser abschneiden, bleibt im Vergleich zu ihrem Europawahlergebnis jedoch etwas zurück. Hieran wird auch deutlich, dass die AfD vor allem vom Bundestrend profitieren kann.

Auch die [ASK] trat zur Kommunalwahl erstmals an. Sie konnte mit 1,3 Prozent in die Stadtvertretung einziehen und verfügt zukünftig über einen Sitz. Die [ASK] wird mit René Zeitz bereits über einen erfahrenen Stadtvertreter verfügen, der in der vergangenen Wahlperiode nach seinem Ausscheiden aus der Fraktion SPD/Bündnis 90/Die Grünen fraktionslos in der Vertretung mitwirkte. Dies spricht dafür, dass sich zukünftig Zeitz eher keiner Fraktion anschließen dürfte.

Tab. 5: Alters- und Geschlechtsstruktur der Stadtvertretung

	CDU	LINKE	SPD	B 90/ Grüne	FDP	UB	AfD	[ASK]	Gesamt
Durchschnittsalter (in Jahren)	50,5	50,3	48,1	50,8	32	61,4	53,7	42	50,8
Anteil nach Geburtsjahrgängen Absolut (in %)									
1940-1949	-	1 9%	2 22%	-	-	2 40%	1 33%	-	6 13%
1950-1959	6 55%	3 27%	1 11%	2 50%	-	2 40%	-	-	14 31%
1960-1969	2 18%	4 36%	2 22%	1 25%	-	1 20%	2 67%	1 100%	13 29%
1970-1979	1 9%	2 18%	2 22%	1 25%	-	-	-	-	6 13%
1980-1989	2 18%	1 9%	2 22%	-	1 100%	-	-	-	6 13%
Frauenanteil									
absolut	1	4	3	1	1	1	1	0	12
in Prozent	9 %	36 %	33 %	25 %	100 %	20 %	25 %	0 %	27 %
Erstmals in der Stadtvertretung									
absolut	3	5	5	3	1	0	3	0	20
in Prozent	27,2%	45,4%	55,6%	75%	100%	0%	100%	0%	44,4%

Quelle: Eigene Darstellung nach: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern; Amtliches Bekanntmachungsblatt der Landeshauptstadt Schwerin. Ausgabe 08/2009 und 7/2014.

Die Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber erreichen zusammen gerade einmal 1,3 Prozent aller Stimmen. Stärkster Einzelbewerber wurde Jan Szymik, ehemals Mitglied bei den Unabhängigen Bürgern, der mit 0,7 Prozent jedoch den Einzug in die Stadtvertretung verpasst.

⁸³ Vgl. Timo Weber, CDU gewinnt hauchdünn die Wahl: Knappe Entscheidung: Linkspartei, SPD und Grüne verlieren Stimmen, Christdemokraten legen zu, AfD zieht in die Stadtvertretung ein, in: SVZ, 26.05.2014.

Insgesamt wird die neue Stadtvertretung ein durchschnittliches Alter von knapp 51 Jahren aufweisen. Die stärkste Alterskohorte bilden mit rund 60 Prozent die in den 1950er Jahren und den 1960er Jahren Geborenen. Diese ist damit knapp doppelt so stark repräsentiert wie im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.⁸⁴ Der Frauenanteil liegt mit 27 Prozent ungefähr genauso hoch wie bei den letzten Kommunalwahlen und weist ein ähnliches Bild wie im bundesweiten Durchschnitt auf.⁸⁵ Auffällig ist hier, dass der prozentuale Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Bewerber mit 29 Prozent ähnlich hoch ist, wie der der künftigen Stadtvertretung. Sollten die Parteien also künftig wirklich ein, wie zu Beginn der letzten Wahlperiode geäußert, Interesse daran haben, dass mehr Frauen in der Stadtvertretung mitwirken,⁸⁶ sollten sie künftig ihre Wahllisten in dieser Hinsicht ausgeglichener gestalten. Auffällig ist ebenfalls mit 44,4 Prozent der hohe Anteil von Stadtvertreterinnen und -vertretern, die in der vergangenen Wahlperiode noch nicht in der Stadtvertretung gesessen haben. Dies könnte in der kommenden Wahlperiode ein gewisses Problem für die Arbeit der Stadtvertretung aufgrund der fehlenden Erfahrungen der Neumitglieder mit sich bringen. Einige neue Mitglieder der Stadtvertretung bringen jedoch bereits politische Erfahrungen auf kommunaler Ebene, beispielsweise aus Ortsbeiräten, oder auf Landesebene mit.⁸⁷

Tab. 6: Entwicklung der Wahlbeteiligung in Schwerin

Jahr/Wahl	Wahlbeteiligung (in Prozent)
1994 Kommunalwahl	64,6
1994 Landtagswahl	74,8
1994 Bundestagswahl	75,2
1998 Landtagswahl	78,9
1998 Bundestagswahl	79,1
1999 Kommunalwahl	42,3
2002 Landtagswahl	72,9
2002 Bundestagswahl	72,8
2004 Kommunalwahl	38,6
2005 Bundestagswahl	71,8
2006 Landtagswahl	64,1
2008 Abwahl Norbert Claussen	44,0
2008 OB-Wahl, 1. Wahlgang	43,8
2008 OB-Wahl, 2. Wahlgang	41,3
2009 Kommunalwahl	40,8
2009 Bundestagswahl	65,8
2011 Landtagswahl	55,9
2013 Bundestagswahl	68,1
2014 Kommunalwahl	44,8

Quelle: Eigene Darstellung nach: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Anhand der Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Landeshauptstadt wird deutlich, dass die Kommunalwahlen nach wie vor eine geringere Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger als die Landes- oder Bundestagswahlen haben. Seit den Kommunalwahlen von 2004 lässt sich außerdem ein Anstieg der Wahlbeteiligung beobachten, die sich bei um die 44 Prozent einzupendeln scheint.

⁸⁴ Knapp 30 Prozent der Schweriner sind den genannten Alterskohorten zuzuordnen; Vgl. Stadtverwaltung Schwerin (Hrsg.), Statistische Nachrichten 2013, 4. Quartal 2013, S. 4.

⁸⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen: Kurzfassung, Berlin 2011, S. 5.

⁸⁶ Vgl. Maren Ramünke-Hoefer, Keine Lust auf Machtkämpfe?, in: SVZ, 23.06.2009.

⁸⁷ Vgl. Timo Weber, 45 Stadtvertreter gewählt: Viele neue Gesichter, in: SVZ, 27.05.2014.

5 Fazit und Ausblick

Für die Zusammensetzung der Schweriner Stadtvertretung ergeben sich kaum Veränderungen zur vorangegangenen Wahlperiode. Die Parteien entsenden fast die gleiche Anzahl an Stadtvertreterinnen und -vertreter wie bereits 2009. Vorerst werden die Vertreter von AfD und [ASK] voraussichtlich fraktionslos bleiben, während sich Cecile Bonnet von der FDP bereits kurz nach der Wahl der Unionsfraktion angeschlossen hat, die damit die größte Fraktion in Schwerin bildet.⁸⁸ Die LINKE wird damit die zweitstärkste Fraktion in Schwerin stellen und hat auch bei dieser Wahl ihre traditionelle Stärke in der ehemaligen Bezirksstadt behaupten können. Einen großen Beitrag hat hier Helmut Holter geleistet, der eine Vielzahl von Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die SPD fällt hingegen auf unter 20 Prozent, wodurch wiederum deutlich wird, dass die SPD kommunalpolitisch auch in Schwerin im Vergleich mit der CDU und der Partei die LINKE nur dritte politische Kraft ist. Diese Machtverhältnisse haben sich auch bei der Wahl zum neuen Stadtpräsidium bestätigt. So wird Stephan Nolte, wie bereits seit 2007, auch in der künftigen Wahlperiode das Amt des Stadtpräsidenten bekleiden.⁸⁹

Nach der Wahl zur Stadtvertretung ist außerdem vor der Wahl zum Oberbürgermeisteramt. Wird die Wahl zum Oberbürgermeister 2016 vor dem Hintergrund dieser Kommunalwahlen betrachtet, ergibt sich eine interessante Konstellation. Während das linke Lager um Die LINKE, SPD und die Bündnisgrünen um die 52 Prozent, können das konservativ-liberale Lager um CDU, FDP, UB und AfD knapp 45 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Ergibt sich hier ein leichter Vorteil für das linke Lager, muss jedoch beachtet werden, dass es vor allem während der sogenannten Klatt-Affäre SPD und Bündnis 90/Die Grünen waren, die die Oberbürgermeisterin kritisierten. Außerdem wird bei der kommenden Wahl auch viel davon abhängen, inwieweit die finanziellen Probleme der Stadt bewältigt werden konnten und ob es gemeinsame Kandidatinnen und Kandidaten der politischen Lager geben wird oder ob, wie es der Fall in Rostock 2011 war, eine Flut von Bewerberinnen und Bewerber aufgestellt wird.

⁸⁸ Vgl. Gert Steinhagen, FDP-Frau verstärkt CDU-Fraktion, in: SVZ, 12.06.2014.

⁸⁹ Vgl. Gert Steinhagen, Die Arbeit für Schwerin kann losgehen, in: SVZ, 24.06.2014.

TEIL III: Die Wahl zur Bürgerschaft in der Hansestadt Rostock

Grußwort zum Abschluss der 5. Wahlperiode der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock

Karina Jens

„Du hast die Worte (die Macht) bekommen, um die Welt zu ändern.

Du hast ein Leben lang befürchtet, das Falsche zu sagen.

Du hast ein Herz so kräftig wie ein Löwe,

also komm...!“

Sehr geehrte Festversammlung,

so heißt es in dem Lied „read all about it“, mit dem Jente Lukoschek von der Welt-Musik-Schule „Carl Orff“ der Hansestadt Rostock e.V. (am Klavier: Tim Schneider) die Veranstaltung eröffnet hat. Dieser Eingangstext ist durchaus bewusst für die heutige festliche Abschlussveranstaltung einer intensiv gelebten Legislaturperiode gewählt worden. Er ist als Motivation und als Ermunterung gedacht, sich der Verantwortung zu stellen. Ein freiheitlicher Staat stützt sich auf das Recht seiner Bürgerinnen und Bürger und Sie, meine Damen und Herren sind die gewählte Stimme der Bürgerinnen und Bürger in den letzten fünf Jahren gewesen. Ebenso ist es der Auftrag vieler unter Ihnen, dies auch in Zukunft zu sein!

Ich begrüße Sie, die Mitglieder der Bürgerschaft und die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, die in der vergangenen Wahlperiode 2009 bis 2014 in der Bürgerschaft und deren Gremien mitgewirkt haben, sehr herzlich.

Mein Gruß gilt ebenso den Vorsitzenden der Ortsbeiräte, der Verwaltungsspitze, mithin dem Oberbürgermeister, den Amtsleiterinnen und Amtsleitern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Fraktionen, die durch ihr Wirken unmittelbar mit den Aufgaben der Bürgerschaft im Rahmen der geschäftsführenden Begleitung oder der Betreuung verbunden waren.

Ihnen allen möchte ich für Ihr Engagement danken. Selbstverständlich gilt mein Dank besonders den mir nachgeordneten Mitarbeiterinnen. Für die Zeit, die Sie alle aufgewandt haben, die Kraft, den Mut und die Ausdauer, mit der Entscheidungen vorbereitet, vorangetrieben und getroffen wurden - oftmals zu Lasten Ihrer Familien, Ihrer Freizeit oder anderer Interessenslagen, wobei insbesondere der ehrenamtliche Einsatz unverändert hoch zu würdigen ist.

Lassen Sie mich meinen Dank mit einer kritischen Selbstreflektion frei nach den Worten eines ehemaligen Bundesministers verbinden:

„Falls ich jemandem auf die Zehen getreten bin, so war es nicht immer Absicht!“

Besonders, meine sehr geehrten Damen und Herren, freue ich mich, dass wir nunmehr seit dem Jahre 2004 mit dem Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Rostocker Universität einen Partner gefunden haben, der die Arbeit der Bürgerschaft auf seine Weise betrachtet. Dies kann natürlich nur punktuell erfolgen, eröffnet aber die Möglichkeit, ein stückweit Bilanz über die vergangenen fünf Jahre kommunale Selbstverwaltung zu ziehen. Für die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit bedanke ich mich sehr herzlich und begrüße an dieser Stelle Herrn Prof. Dr. Nikolaus Werz und Herrn Christopher Scheele.

Der Begriff Kommunale Selbstverwaltung, sehr geehrte Festversammlung, stammt aus dem 19. Jahrhundert, ist mithin historisch betrachtet relativ jung und wird erstmals 1816 in der Konstitutionsergänzungsakte der Stadt Frankfurt am Main erwähnt. Rostocks erste demokratische Stadtverfassung, entworfen von

Hugo von Sawitz, wurde vor fast 100 Jahren am 16.6.1919, von der Ende 1918 in allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen entstandenen Bürgerversammlung angenommen.

Nach den dunklen Zeiten in der deutschen Geschichte, in denen Selbstverwaltung und Selbstbestimmtheit bestenfalls zu Worthülsen verkamen, erlebte die kommunale Selbstverwaltung, die heute in Art. 28 Abs. 2 GG garantiert ist, mit der Wende in der ehemaligen DDR eine Renaissance und fand ihren formal rechtlichen Ausdruck in den Kommunalwahlen vom Mai 1990.

Damals umfasste die erste frei gewählte Bürgerschaft noch 130 Mitglieder.

Inzwischen erscheint uns die Legitimation der Ausübung politischer Macht durch Wahlen - so gerade geschehen am 24.5.2014 mit der Wahl zur 6. Bürgerschaft - ganz selbstverständlich.

Städte und Gemeinden schaffen eine Basis für die Arbeit vor Ort, um den Menschen hier Raum für eigenes Engagement und eigene Anliegen zu geben. Gerade in der Kommune besteht gegenüber dem Land und dem Bund eine wesentlich intensivere Partizipationsmöglichkeit für den Souverän, mithin für den Bürger. Kommunale Selbstverwaltung ist über die Zeit ein Erfolgsmodell geworden.

Dies lässt sich auch an der Vielzahl der Entscheidungen der Bürgerschaft erkennen, die oftmals über die Fraktionsgrenzen hinweg von einer sehr großen, immer mal wechselnden, Mehrheit getragen wurden. Unmöglich sie alle hier aufzuzeigen. Erinnert sei aber dennoch neben der Vielzahl von Beschlüssen z.B. im Bereich der Stadtentwicklung an:

- die Einführung der Ehrenamtskarte,
- die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Dr. Joachim Gauck, unseren Bundespräsidenten,
- das gemeinsame Begehen von Stadt- und Universitätsjubiläum 2018/2019,
- die Bildung der AG Gedenken und die Schaffung des Gedenkortes für das NSU-Opfer Mehmet Turgut in Dierkow,
- die Standortentscheidung zum IGA-Park sowie die Verabschiedung des Entwicklungskonzeptes IGA 2003 GmbH.

Auch die Beschlüsse zur Unterstützung des F.C. HANSA Rostock e. V. oder zur Beendigung des Verandastreits in Warnemünde seien hier erwähnt. Wobei letztere, wie auch leider andere, noch der verwaltungsmäßigen Umsetzung harren!

Darüber hinaus war in der endenden Wahlperiode ein offensichtlich größeres Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den plebiszitären Möglichkeiten einer direkten Demokratie wie Bürgerbegehren/ Bürgerentscheide zu konstatieren.

Dies betraf den „Erhalt der Kopflinden in Warnemünde, den „Erhalt des Barnstorfer Waldes“ im Zusammenhang mit dem Bau des Darwineums und die „Diskussion zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes“.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Hansestadt Rostock handelt durch ihre zwei von einander unabhängigen Organe: Die Bürgerschaft, nach unserer Verfassung das höchste Beschluss- und Entscheidungsorgan und die hauptamtliche Verwaltung, mit dem Oberbürgermeister an ihrer Spitze. Die vielfältigen kommunalen Aufgaben können dem Grunde nach nur im Zusammenspiel dieser beiden Organe bewältigt werden.

Zwar bestehen feste Regularien im Miteinander. Aber die politische Steuerung im Auftrag des Souveräns, dem Bürger, durch eine ehrenamtliche Bürgerschaft birgt gegenüber einer hauptamtlichen Verwaltung bei der Größe unserer Stadt immer auch die Gefahr einer „Herrschaft der Bürokratie“ und bleibt ein Grundproblem.

Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung vereinzelt der Eindruck entsteht, dass den Entscheidungsträgern wichtige wiederentdeckte Tugenden der demokratischen Kultur abhanden gekommen seien, darf ich aus meiner präsidialen Erfahrung in der Rückschau feststellen, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen die politisch Verantwortlichen in Rostock überwiegend professionell agierten, indem sie mehr Gemeinsamkeiten suchten, statt Trennendes in den Vordergrund zu stellen, indem sie miteinander statt übereinander redeten und durchaus Sachkompetenz statt Selbstdarstellung wählten.

Politik, meine Damen und Herren, hat die Aufgabe, das Zusammenleben der Menschen anhand der Richtschnur „des Gemeinwohls vor Ort“ optimal zu gestalten. In dem Maße, wie dies gelingt, wird die Demokratie als Staats- und Lebensform zum unabdingbaren Wert und erreicht dadurch die erforderliche ständig zu erneuernde Legitimation durch ihre Bürger. Insoweit darf die Wahlbeteiligung an sich nicht aus den Augen verloren werden.

Ohne das Thema der juristischen Rechtsmittel heute strapazieren zu wollen, zumal ich sicher bin, dass Herr Michael Ruschke, den ich an dieser Stelle herzlich begrüße, in seiner kabarettistischen Aufbereitung eine pikante Note für die „Rostocker Besonderheiten“ finden wird, möchte ich dennoch für die Zukunft darauf verweisen, dass unverändert die Kommunikation das Geheimnis des Erfolges bleibt.

Neben einem transparenten Handeln, dem Leistungs- und Gestaltungswillen sind gerade auch Kritik und politischer Diskurs tragende Elemente einer lebendigen Demokratie.

Ziel bleibt es, dass die Menschen ihre Belange selbst in die Hand nehmen, um das städtische Leben aktiv zu gestalten.

Dabei handelt es sich nicht nur um ein probates Mittel gegen Politikverdrossenheit, sondern es fördert auch die Grundlagen für eine leistungsfähige Selbstverwaltung, die Entwicklungsmöglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner, mithin die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

In diesem Sinne sollten wir uns weiterhin daran orientieren – Bürgerschaft und Verwaltung – möglichst wirkungsvoll und effizient die gemeinsamen Aufgaben wahrzunehmen. Lassen Sie mich Ihnen noch ein Zitat von Alexis Tocqueville mit auf den Weg geben:

„Und doch ruht die Kraft der freien Völker, in der Gemeinde. Die Gemeindeinstitutionen sind für die Freiheit, was die Volksschulen für die Wissenschaft sind. Sie machen sie dem Volke zugänglich. Ohne Gemeindeinstitutionen kann sich ein Volk eine Regierung geben, aber den Geist der Freiheit besitzt es nicht.“

Im Rückgriff auf das eingangs zitierte Lied wünsche ich uns mit den Worten:

„Du hast die Kraft bekommen etwas zu ändern. Tu es und ergreife die Chance!“,

eine erfolgreiche 6. Legislaturperiode der Bürgerschaft, wobei insbesondere die Politik niemals vergessen darf: „es geht darum Recht zu schaffen, nicht Recht zu behalten“.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Karina Jens, Präsidentin der Bürgerschaft anlässlich der festlichen Abschlussveranstaltung der Wahlperiode 2009-2014, am 18.6.2014, 17.00 Uhr im Festsaal des Rathauses)

Zur Entwicklung der Bürgerschaft in einer Hansestadt

Nikolaus Werz

1 Einleitung

Nach 1990 haben Rostocker Bürger die traditionsreiche Einrichtung der Bürgerschaft ins Leben gerufen und den Begriff Stadtverordnetenversammlung aufgegeben. Am 15. März des gleichen Jahres hat sie Rostock den Beinamen „Hansestadt“ gegeben¹ und sich damit selbst in eine große Tradition gestellt, die in den Darstellungen anderer Hansestädte mit einiger Emphase gefeiert wird.² Auch im ersten Heft der Reihe „Neue Demokratie“ ist von einem „neu erwachten Selbstbewußtsein der Rostocker Bürgerinnen und Bürger“ die Rede. Die hanseatische Verortung zeigte sich damals u. a. in der Anwesenheit des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft und weiterer Mitglieder bei der Sondersitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock am 2. Oktober 1990 zur Verwirklichung der deutschen Einheit. Die vorläufige Kommunalverfassung und die Beiträge in den ersten Ausgaben der „Neuen Demokratie“ knüpften an die von Rechtsanwalt Dr. Hugo Sawitz (1885-1922) ausgearbeitete und am 16. Juni 1919 verabschiedete Stadtordnung an. Sie löste die korporativ geprägten Verfassungsverhältnisse der Hansestadt ab, in denen die alten Handelsfamilien und das aufstrebende Unternehmertum dominierten, und ermöglichte dadurch den Anschluss an moderne Kommunalverfassungen.³ Von einem Traditionsbewusstsein kündigt auch die Übernahme der Bezeichnung Oberbürgermeister und 1994 der Satz von Dieter Schröder in seiner „Bewerbungsrede“ vor der Bürgerschaft, „daß der Schlüssel zum Schweriner Schloß in Rostock liegt.“⁴

Bei der Durchsicht der im Stadtarchiv so übersichtlich geordneten Literatur zu Rostock fällt indessen auf, dass viele Darstellungen zum Hafen, zu Hansa Rostock, zur lokalen Technik- und Industriegeschichte, zur Arbeiterklasse und den sozialen Konflikten, zu Bahnhof und Zoo, zur Universität – u. a. eine zweibändige reich bebilderte Geschichte der Zahnheilkunde –, zum Handballverein, zu Bau- und Kunstdenkmälern, zu literarischen Streifzügen sowie selbst zu Sparkasse und Eurawasser vorliegen, aber allenfalls Verstreutes zur Bürgergesellschaft und zur Geschichte des Bürgertums. Über die Mandatsträgerinnen und -träger in Stadtvertretungen und Bürgerschaft, zur Funktionselite und zur realen Elite, wissen wir nach wie vor relativ wenig.⁵

Hinzu kommt eine weitere Schwierigkeit: Im Bürgerinformationssystem müssen seit 2009 eine Reihe von Angaben nicht mehr gemacht werden. Dies bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger nicht mehr unmittel-

¹ Im Februar 1990 war im Kloster zum Heiligen Kreuz die internationale Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte „Die Hanse – Lebenswirklichkeit und Mythos“ eröffnet worden. Eine Chronik der Hansestadt Rostock für die Jahre 1990 bis August 2013 in: Karsten Schröder (Hrsg.), Rostocks Stadtgeschichte von den Anfängen bis in die Gegenwart, Rostock 2013, S. 367–432.

² „Die Geschichte der Hamburger Bürgerschaft spiegelt den Kampf der Bürger der Stadt um politische Rechte und Beteiligung wider“, beginnt eine Publikation zur Hamburger Bürgerschaft und weiter: „Die Bürgerschaft als das Landesparlament Hamburgs repräsentiert das Staatsvolk der Hansestadt. Der Name ‚Bürgerschaft‘ bringt hamburgischen Traditionsstolz zum Ausdruck und umschreibt trefflich das Prinzip repräsentativer Demokratie.“ Joachim Wege, Die Bürgerschaft: Geschichte, Aufgaben und Organe des Hamburger Landesparlamentes, Hamburg 1984, S. 7 und S. 11. Ausführlich dazu auch die wissenschaftlichen Beiträge in: Manfred Asendorf u. a. (Hrsg.), Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft: 125 Jahre gewähltes Parlament, Berlin 1984. Ähnlich in Bremen: „Die Freie Hansestadt Bremen blickt auf eine über 1200-jährige Geschichte und auf eine jahrhundertealte Tradition als selbständiges Staatswesen zurück.“ So Konrad Elmhäuser, Bremen – ein Bundesland mit Geschichte, in: Lothar Probst (Hrsg.), Politische Institutionen, Wahlen und Parteien im Bundesland Bremen, Berlin 2011, S. 7. Von „Lübeck als geistiger Lebensform“ wird in Anlehnung an einen berühmten Vortrag von Thomas Mann gesprochen. Vgl. Antjekathrin Graßmann (Hrsg.), Lübeck-Lexikon: Die Hansestadt von A bis Z, Lübeck 2006.

³ Vgl. Wolfgang März, 80 Jahre demokratische Kommunalverfassung in Rostock – Bausteine der verfassungsrechtlichen Entwicklung, in: Neue Demokratie, Nr. 4 (o.J.), S. 8–9.

⁴ Vgl. Dieter Schröder, Von Politik und dummen Fragen: Beobachtungen in Deutschland, Rostock 2002, S. 285.

⁵ Im überschaubaren Greifswald sieht es etwas besser aus: Helge Mathiessen, Greifswald in Vorpommern: Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900-1990, Düsseldorf 2000.

bar erfahren, ob der oder die Betreffende im Norden oder im Süden geboren wurde, welchen Beruf er oder sie ausübt und ob er oder sie einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachgeht. Glücklicherweise gibt es einzelne Abgeordnete, die aus freien Stücken vorbildlich die entsprechenden Angaben machen.

Fast 25 Jahre nach 1989 kann auf die Anfänge der Bürgerschaft und die seit dem erfolgte Entwicklung zurückgeblückt werden. Eingangs sei an den politischen Umbruch 1989 erinnert. Zweitens folgen Ausführungen zur Bürgerschaft sowie drittens ein Ausblick.

2 Rostock 1989: Der politische Umbruch an der Küste

Vor gut 25 Jahren begann das Aufbegehren der Bürgerinnen und Bürger im Süden der DDR. Nach den großen Demonstrationen in Leipzig erschienen im Nordosten Plakate mit der Aufschrift „Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft“. Mit leichter Verzögerung setzten dann im Oktober 1989 die Fürbittandachten und Demonstrationen in Rostock ein.⁶

Mecklenburg-Vorpommern besitzt eine ländliche Prägung, die selbst im Oberzentrum des Landes ihre Spuren hinterlässt. Zu DDR-Zeiten und besonders nach dem Mauerbau 1961 war die Stadt an der Warnow das selbsternannte „Tor zur Welt“ des zweiten deutschen Staates. Aus Ost-Berlin flossen Gelder für den Ausbau des Hafens und zur Finanzierung des Volkstheaters. Rostock mit seinen damals 252.000 Einwohnerinnen und Einwohnern war Heimathafen der Handelsflotte der DDR. Von hier gingen die Waren nach Übersee, auf den Werften bauten 14.000 Werk tätige Schiffe, die in die damalige Sowjetunion und Volksrepublik Polen geliefert wurden.

Der 1419 gegründeten ältesten Universität Nordeuropas wurde 1976 anlässlich des 100. Geburtstages des ersten Präsidenten der DDR der Name „Wilhelm-Pieck-Universität“ verliehen. Vielleicht lag es auch am Geist des Namensgebers, dass die eigentlichen Impulse für den politischen Umbruch weniger von den Hörsälen, sondern von den Kirchen ausgingen.

Im Sommer 1989 begann sich eine zunächst überschaubare Zahl von Bürgerinnen und Bürger in der Petrikirche zu treffen. „Wir bleiben hier!“, lautete die Parole – auch in Absetzung von den Menschen, die über Ungarn den Weg in den Westen gesucht hatten. Bald wurden es immer mehr, weshalb die Fürbittandachten im größten Gotteshaus der Stadt, der Marienkirche, stattfanden. Nach Henry Lohse avancierte Pfarrer Joachim Gauck zum Sprecher der Bürgerbewegten. „Wir sagen unserer Angst ‚Auf Wiedersehen‘“, hieß es in einer seiner Ansprachen. Dann verließ die Menge am 19. Oktober 1989 den geschützten Raum der Kirche und trat in die Öffentlichkeit hinaus. Es war der Beginn einer Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger.

Von der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 ist die nach der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 einsetzende Transformation zu trennen. Durch die Möglichkeit eines Beitritts zur alten Bundesrepublik Deutschland ergab sich ein Sonderweg, erfolgte die Übernahme eines *ready made state*, wie es der Politikwissenschaftler Richard Rose genannt hat.⁷ Andere osteuropäische Gesellschaften mussten demnach die Transformation selbst gestalten, in den neuen Ländern wurden nach einem Beitritt zum Grundgesetz formal viele Regelungen der alten Bundesrepublik übernommen. Dies förderte allerdings bei einigen Ostdeutschen in der Phase der Transformation den Eindruck, so etwas wie Bürgerinnen und Bürger zweiter

⁶ Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der Verzögerungseffekt weniger ausgeprägt war als angenommen: Lothar Probst, „Der Norden wacht auf“: Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock im Herbst 1989, Bremen 1993; Kai Langer, „Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft...“ Zur Geschichte der „Wende“ in den drei Nordbezirken der DDR, Bremen 1999. Zum Umland: Michael Heinz, „Der Kampf um die Hirne und Herzen der Menschen tobt...“ Friedliche Revolution und demokratischer Übergang in den Kreisen Bad Doberan und Rostock-Land, Rostock 2009.

⁷ Vgl. Richard Rose/Christian Haerpfer, *The Impact of a Ready-made State: Die privilegierte Position Ostdeutschlands in der postkommunistischen Transformation*, in: Helmut Wiesenathal (Hrsg.), *Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*, Frankfurt am Main/New York 1996, S. 105–140.

Klasse zu sein. Im Übrigen stimmt die Annahme von dem fertigen Modell so nicht, denn wer genauer hinschaut, erkennt, dass manche Abläufe anders funktionieren als in den alten Ländern.

Mit der deutschen Vereinigung setzte eine rasante De-Industrialisierung ein. Bald hatten die mittlerweile privatisierten und hochmodernen Werften weniger als 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach mehrfachen Besitzerwechseln gehören sie derzeit einem russischen Investor, ihre Zukunft gilt immer mal wieder als ungewiss. Rostock, das eigentliche wirtschaftliche Oberzentrum des neu gegründeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, wurde nicht zur Landeshauptstadt ernannt, sondern die beschauliche Residenzstadt Schwerin. Der Nordosten Deutschlands, wo zu DDR-Zeiten mit staatlichen Maßnahmen eine maritime Industrie entstand und die Bevölkerung zunahm, erlebte einen gefühlten Bedeutungsverlust. Nach der Öffnung der Grenzen sahen sich die bislang abgeschottet lebenden Bewohnerinnen und Bewohner obendrein mit den Widersprüchen der Marktwirtschaft konfrontiert. Während die Zahl der Arbeitslosen stieg, tauchten gleichzeitig Asylbewerberinnen und -bewerber aus Ländern auf, die die meisten Rostockerinnen und Rostocker allenfalls im Erdkundeunterricht kennengelernt hatten. Man kannte bis dato allenfalls die „Vertragsarbeiter“ aus sozialistischen Bruderstaaten, die am Ende ihres Vertrages wieder ausreisten.

Die Spannungen entluden sich 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Bewohnerinnen und Bewohner eines Plattenbauviertels und angereiste Rechtsradikale griffen ein Asylbewerberheim mit Molotow Cocktails an. Polizei und Verwaltung hinterließen damals einen kläglichen Eindruck, während die Bilder von den mehrtägigen Ausschreitungen weltweit im Fernsehen erschienen. Nordamerikanische Reiseführer bezeichneten vorübergehend einzelne Stadtteile Rostocks als *no go areas*. Es ist nicht zuletzt auf die beharrliche Arbeit des langjährigen Ausländerbeauftragten Wolfgang Richter zurückzuführen, dass sich das negative Bild Rostocks wieder gewandelt hat. 20 Jahre nach der ausländerfeindlichen Randalie von Rostock-Lichtenhagen haben sich die demokratischen Parteien der Bürgerschaft bei den Opfern entschuldigt und erneut eine Gedenkveranstaltung mit Ausländervereinen durchgeführt. In der Hansestadt erzielt die seit 2006 im Landtag vertretene rechtsextreme NPD relativ niedrige Ergebnisse und der Ausländeranteil ist aufgrund der Universität und neuer Industrieansiedlungen vergleichsweise hoch.

Nach wie vor bestehen geteilte Erinnerungen mit Blick auf 1989 und die 1990er Jahre: Zehn bzw. zwanzig Jahre danach wurde jeweils an die Ereignisse erinnert, die ihren sichtbaren Ausgang in der Marienkirche nahmen.⁸ So machten sich zum Beispiel am 19. Oktober 2009 rund 2000 Rostockerinnen und Rostocker erneut in einem gestalteten Demonstrationzug auf den Weg durch die Innenstadt. In Würdigung der ersten Demonstration wurde dem Protest gegen die SED-Diktatur und für eine friedliche, demokratische Neuordnung gedacht. An Stationen, wie zum Beispiel dem ehemaligen Gebäude der Staatssicherheit, wurden Film- und Tonaufnahmen von 1989 gezeigt. Unter dem Motto „Demokratie stärken durch Erinnern“ wurde die Brücke zur Gegenwart geschlagen und zum zivilgesellschaftlichen Engagement ermutigt. Im Anschluss fand in der Marienkirche eine Andacht statt: Erinnern – Deuten – Ermutigen, so lautete das Motto. Joachim Gauck, 1989 Mitglied des Neuen Forums Rostock und Sprecher der Demonstrierenden, ergriff das Wort. Die von der Norddeutschen Philharmonie zuvor, d. h. 2009, gespielte Musik sei schön gewesen, aber der „Trauermarsch aus Saul“ von Georg Friedrich Händel ein wenig zu pessimistisch. Die Demonstranten hätten auch gelacht als sie ihre Angst überwandten. „Erinnerung ist ein therapeutischer Prozess. Nur so kann man lernen“, betonte Gauck, der von 1990 – 2000 Sonderbeauftragter für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR war. Denn der Herbst 1989 sei vor allem ein Aufbruch in die Freiheit, die es zu gestalten gelte. Er erinnerte an die damals aufge-

⁸ 1999 erhielt Gauck die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät. Vgl. Ehrenpromotionen der Theologischen Fakultät 1999: Akademischer Festakt in der Aula der Universität am 20. Januar 1999, Rostock: Univ., 1999 (Rostocker Universitätsreden: N. F. 3). Joachim Gauck, Die Wende 1989-Demokratischer Neubeginn in Rostock, abgedruckt in: Neue Demokratie, Nr. 5 (o. J.); Ingo Richter/Werner Müller/Wolfgang Grahl (Hrsg.), Herbst '89 – Die Wende in Rostock: Zeitzeugen erinnern sich, Universität Rostock 1999.

kommene Parole „Wir sind das Volk“ und setzte hinzu: „Wenn wir das Volk sind, bin ich ein Bürger. Wir trainierten, auf der Straße ein Bürger zu sein.“⁹

Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Und die beiden bekanntesten Rostocker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind nicht bei allen beliebt: Der 2007 verstorbene Walter Kempowski zeichnete in seinen Romanen das Bild einer bürgerlichen Stadt. Nach einer mehrjährigen Haft im Sowjetischen Speziallager Nr. 4 im früheren Zuchthaus Bautzen blieb er Zeit seines Lebens Antikommunist. Auch nach dem Fall der Mauer kehrte er nur zu Besuchen nach Rostock zurück, sein Archiv ging an die Akademie in Berlin. Und der bereits erwähnte Joachim Gauck als vormaliger „Herr der Akten“ ist zumindest bei denen nicht populär, die gegen eine Überprüfung durch die Behörde für die Stasi-Unterlagen waren. Nach einer Umfrage der *Ostseezeitung* war eine knappe Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger 2012 nicht mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde einverstanden.

Indessen hat die Wahl von Joachim Gauck zum Bundespräsidenten eine Neubewertung der Ereignisse von 1989 in einer breiteren Öffentlichkeit eingeleitet. War zunächst allgemein von der „Wende“ die Rede oder von einem politischen Umbruch, in einigen Texten auch von einer demokratischen oder Bürgerrevolution,¹⁰ so sprechen nun die Bürgerbewegten selbstbewusst von einer Friedlichen Revolution.¹¹

3 Gesellschaftliche Entwicklung und Bürgerschaft

Die Transformation hinterließ ihre Spuren. Über sie und die „Hafenwelt“ in Rostock liegen in vergleichender Perspektive einzelne Studien vor.¹² In den vergangenen beiden Jahrzehnten verlor die Stadt 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner, von denen ein Teil in den Westen, viele aber in den Speckgürtel des heutigen Landkreises Rostock zogen. Dort entstanden teilweise in kollektiver Heimarbeit Einfamilienhäuser und Wohnanlagen mit Mittelklasse-Autos vor der Haustür. Der Stadt entgehen dadurch und durch die Gewerbeansiedlungen vor den Toren Rostocks wichtige Steuereinnahmen, die bei der Finanzierung von Theater und Museen fehlen.

Mit der guten weltwirtschaftlichen Konjunktur von 2003 bis 2008 verbesserte sich jedoch die Lage im Nordosten, besonders in der Küstenregion. Dank dem Ausbau der Ernährungswirtschaft kamen Betriebe ins Land, und beim Tourismus werden die höchsten Zuwachsraten in Deutschland erreicht. Nicht weit von Rostock entfernt liegt das älteste, 1793 gegründete deutsche Seebad Heiligendamm, wo 2007 das jährliche Gipfeltreffen der acht großen Industriestaaten (G8) stattfand. Der Grund für die Ortswahl war auch ein politischer: Seit 2005 amtiert mit Angela Merkel eine Nordostdeutsche als erste weibliche Kanzlerin der Bundesrepublik; ihr Wahlkreis Stralsund, Rügen, Nordvorpommern liegt nicht weit entfernt.

Das Zentrum der 1161 erstmals schriftlich erwähnten späteren Hansestadt erstrahlt im restaurierten Glanz, die Infrastruktur ist im Vergleich zu etlichen westdeutschen Städten modern. Die Straßenbahn fährt nun sogar unter dem Bahnhof durch, und wer es mit dem Auto eilig hat, der kann nach Bezahlung einer Gebühr den Warnowtunnel nehmen. FC Hansa Rostock, einer der wenigen ostdeutschen Fußballvereine in der ersten, zweiten und seit 2012 in der dritten Bundesliga, hat seit 2001 ein neues Spielgelände, wobei die Umbenennung des traditionsreichen Ostseestadions 2007 in DKB-Arena auf Unmut stieß. Über die küstennahe Autobahn A 20, die demnächst bis ins polnische Stettin führen soll, lässt sich die Stadt nicht nur von den Sportfans gut erreichen.

⁹ So in seiner Rede in der Marienkirche 2009. Weitere Reden zum Thema in: Joachim Gauck, Nicht den Ängsten folgen, den Mut wählen: Denkstationen eines Bürgers, München 2013. Zu seiner Rostocker Zeit auch: Joachim Gauck, Winter im Sommer – Frühling im Herbst: Erinnerungen, München 2009.

¹⁰ Vgl. Uta Stolle, Der Aufstand der Bürger: Wie 1989 die Nachkriegszeit in Deutschland zu Ende ging, Baden Baden 2001.

¹¹ Die friedliche, freiheitliche und demokratische Revolution Rostock '89: Erlebnisberichte der Akteure und Photographien von Siegfried Wittenburg, o.O. 2009. Zur Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution 25 Jahre danach siehe das Sonderheft: Aufbruch '89, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 24-26 (2014).

¹² Vgl. Helmuth Berking/Jochen Schwenk, Hafenstädte: Bremerhaven und Rostock im Wandel, Frankfurt/New York 2011. Ferner in polnischer Sprache die vergleichende Analyse von Adam Jarosz zu Rostock und Thorn.

Anders als in anderen Hansestädten fehlt ein starkes und selbstbewusstes Bürgertum.¹³ Die Firmensitze liegen in Hamburg oder andernorts, wo auch etliche der neuen Pendler wohnen, die in wirtschaftlichen Führungspositionen oder an der Universität tätig sind. Zudem ist die Stadt de facto in einen Kernbereich und die Neubauviertel geteilt, die wiederum aufgrund ihrer Sozialstruktur den kulturellen Anforderungen kaum gerecht werden können. Die Schwäche des Mäzenatentums und des bürgerlichen Engagements zeigt sich nicht zuletzt darin, dass mehr als zwanzig Jahre nach 1989 über ein Konzept für die Museen und das Theater diskutiert wird. Dabei hatte sich die Bürgerschaft bei den Kommunalwahlen 2009 verjüngt und die Wahlbeteiligung stieg um fast 8 Prozent – dies mag auch Ausdruck der Zugereisten sein, die die Kröpeliner Tor Vorstadt zu einem der lebendigsten Orte im eher ruhigen McPomm gemacht haben. Dieser Trend im Wahlverhalten hat sich 2014 nur teilweise fortgesetzt (vgl. die Beiträge von Christopher Scheele sowie Timm Flügge und Benjamin Hein). Auswärtige Autoren merken dazu mit kritischem Unterton an: „Der Slogan ‚Leben, wo andere Urlaub machen‘ richtet sich dann eher appellativ an die eigene Bevölkerung, statt an die zu erwartenden Touristen, fast als solle den Rostockern Bürgern vermittelt werden, dass sie es gar nicht so schlecht haben und deshalb ruhig fröhlich in die touristische Zukunft Rostocks blicken können.“¹⁴

4 Perspektiven für das 21. Jahrhundert

Ein Vergleich mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts bietet sich an. Damals wie heute gab und gibt es Zeichen des Aufschwunges, die im 21. Jahrhundert jedoch ohne nationalpatriotischen Überschwang auskommen.¹⁵

Die Ehrenbürgerschaften und die Erinnerung an 1989 wurden hier zumindest kurz geschildert. Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmerschaft versuchen ihrerseits alte Traditionen wieder zu beleben. Nach ihrem erzwungenen zeitweiligen Ende im Ergebnis des Krieges und den damit verbundenen Entwicklungen im Osten Deutschlands wurde die Jahresköste zu Beginn der 1990er Jahre mit neuem Leben versehen. Ihrer Verantwortung bewusste Vertreterinnen und Vertreter des Rostocker Wirtschaftslebens verfolgten damit das Ziel, das ökonomische, kulturelle und historische Ansehen der Stadt über die Region hinaus zu befördern sowie Kontakte zum Wohle ihrer Menschen auf- und auszubauen. Aus ihrem gemeinnützigen Selbstverständnis heraus unterstützt die Jahresköste der Kaufmannschaft seit 1995 kulturelle und soziale Vorhaben in Rostock.

Es lohnt sich einen Vergleich mit der Situation Anfang des vergangenen Jahrhunderts zu ziehen. Laut Bericht des Rostocker Anzeigers erinnerte Bürgermeister Clement 1911 an den Städtebund der Hanse;¹⁶ er erwähnte den Stahlhof in London, die Gesellschaft der Kaufleute zu Visby, den Petershof zu Nischny-Nowgorod, den Markt zu Brügge und schließlich an das Rostocker Stadtbild mit den sieben Türmen – eindrucksvolle Bilder der "Kraft des Bürgertums im Kampfe gegen die Gewalt der Fürsten". Es waren Bekenntnisse zum alteuropäischen Stadtrepublikanismus und zu bürgerlichem Selbstbewusstsein, wie sie in den einschlägigen Büchern zu Bremen, Hamburg und Lübeck auftauchen.

¹³ Im Unterschied zu Greifswald ist dieser Bereich nur wenig erforscht. Vgl. Helge Matthiessen, Greifswald in Vorpommern: Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900-1990, Düsseldorf 2000. Erste Ansätze bei: Nikolaus Werz, Die Bürger- und Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern, in: Herbert Quandt-Stiftung (Hrsg.): Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl: Begünstigende und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, Gedanken zur Zukunft, Band 26, Bad Homburg 2013, S. 116–135.

¹⁴ Berking/Schwenk, Hafenstädte, 2011, S. 148.

¹⁵ „Rostocker gehören zu den Glücklichen in Europa“ titelte die OZ am 3. Juli 2014 auf der Grundlage einer Befragung von Eurostat.

¹⁶ Dazu: Kersten Krüger, Gewollte Tradition: Die Gründung der Jahresköste der Rostocker Kaufmannschaft 1911, Joachim Lehmann: Zur Geschichte der Jahresköste der Kaufmannschaft zu Rostock und Ingo Richter: Zur Wiederbegründung der Korporation der Kaufmannschaft im Jahre 1994, abrufbar unter: <http://www.jahreskoeste.de/files/geschichte.htm> (Stand: 17.07.2014).

Dann ergriff Bankdirektor Kästner das Wort. Er verwies auf den Aufschwung um die Jahrhundertwende. Mit dem alten Wahlspruch hilf dir selbst, dann hilft dir alle Welt mahnte er Unternehmergeist an, setzte sich dann jedoch für Konkurrenzbegrenzung ein und forderte Solidarität des Handels:

„Und wir haben die Kraft, um uns und mit uns unsere Stadt vorwärts zu bringen, wir müssen sie nur erkennen und richtig verwenden, nicht aber in kleinlichen Konkurrenzkämpfen verzetteln. Gewiß, Konkurrenz muß sein, aber halten wir uns vor Augen, daß dieses Wort eigentlich 'Gleichstreben, Miteinanderstreben' nicht 'Gegeneinanderstreben' bedeutet. Lassen Sie uns unsere Geschäfte nicht mit kleinlichem Krämergeiste, sondern im Sinne des Königlichen Kaufmanns der Hansa betreiben. [...] Und wenn wir die kleinliche Scheelsucht, den Neid auf die Erfolge des andern in uns überwinden, wenn wir das Trennende in unseren Bestrebungen zurücksetzen hinter dem unendlich vielen, was uns gemeinsam ist, dann bilden wir einen Kaufmännischen Bund, eine Korporation, eine Hanse, die in der Blüte Rostocks ihren Erfolg sehen muß. Solidarität heißt das Schlagwort, das ich allen Kaufleuten zurufen möchte.“

Die Zeiten haben sich geändert, in der 2014 gewählten Bürgerschaft sitzen nur drei Personen, die sich als Unternehmer bezeichnen, dafür aber mindestens sechs Politikwissenschaftler – was natürlich kein Vorwurf ist. Diese Veränderungen entsprechen dem gesellschaftlichen Wandel und der aktuellen Phase der Globalisierung. Allerdings haben sich die Aufgaben nicht unbedingt geändert. In der Vergangenheit haben die Kaufleute die internationalen Kontakte hergestellt und gepflegt, heute obliegen solche Aufgaben dem Rathaus, auch den Mitgliedern der Bürgerschaft und der Universität. Der Handel erfolgt mittlerweile weniger malerisch als in der Vergangenheit, sondern über Containerschiffe und Fähren, aber der Umsatz ist mittlerweile wieder so hoch bzw. höher wie in der Endphase der DDR (1989 – 20,8 Millionen Tonnen; 2012 – 21,3). Und mit den Kreuzfahrern und Tagestouristen haben wir neue Besucherinnen und Besucher und Einnahmequellen; AIDA Cruises war 2010 mit 5.100 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern, die Hanse Sail ist ein Tourismusmagnet. Seit 2012 hat das Marine-Kommando, die höchste Behörde der Bundesmarine, ihren Sitz in Rostock.

Wenn also in den Bürgerschaften des 21. Jahrhunderts keine alteingesessenen Kaufleute und Konsuln mehr sitzen, sondern Menschen „wie Du und ich“, dann heißt es aber auch, dass die anfallenden Aufgaben von der Bürgerschaft und ihren Mitgliedern übernommen werden müssen. Sie repräsentieren Rostock in seiner Vielfalt und seinen Widersprüchen, aber auch in seiner Leistungsfähigkeit.

Für die weitere Entwicklung braucht es Vorhaben und - besser noch - gelebte Verhaltensweisen, von denen nur einige erwähnt werden sollen, die wahrscheinlich die Mehrheit der Anwesenden ohnehin teilen:

- Weltoffenheit muss im selbsternannten „Tor zur Welt“ an erster Stelle genannt stehen. Dies gilt sowohl für eine Willkommenskultur für ausländische Studierende und Migrantinnen und Migranten als auch für ein notwendiges Interesse an den Herausforderungen und Chancen, die sich in der aktuellen Globalisierung eröffnen.
- „Vom Rand in die Mitte“, so wird die Lage Rostocks an der Ostsee seit 1989 ein wenig euphorisch beschrieben, denn seit dem Ende des Kalten Krieges befindet sich die Stadt in einer neuen Position. Mit Hamburg, das in sein Konzept der Metropolregion 2012 auch Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg aufgenommen hat, besteht ein gewichtiger Partner und Konkurrent. Insofern ist es gut, dass in dem neuen Universitätsentwicklungsplan zumindest eine Juniorprofessur für „Politik im Ostseeraum“ vorgesehen ist, denn das Thema drängt sich in MV auf.
- Der Trend von der Stadt ins Umland scheint vorerst gestoppt, es sind neue Bebauungsgebiete erschlossen worden, die die Ansiedlung von Familien und durchaus kaufkräftigen Bewohnerinnen und Bewohnern z. B. rund um den Friedrich-Franz-Bahnhof am Rande der Altstadt eröffnen. Die dort Ansässigen könnten auch Theater und Museen bevölkern und sich stärker ins städtische Leben einbringen.
- Bei der Kulturszene erfolgten mit der Frida, dem neuen Spielort des Liwu und der Musikschule in den letzten Jahren wichtige Veränderungen, die vom Engagement neuer Generationen getragen

wurden. Sicherlich wird die neue Bürgerschaft nicht zögern, diese löblichen Initiativen nach Kräften zu unterstützen.

- Das Stadtjubiläum beflügelt Vorhaben, wie etwa ein Rostock-Lexikon, die unser Wissen über die Stadt vermehren werden. Auch zur Steintorvorstadt ist ein Buch in Arbeit, welches unsere Kenntnisse über dieses Viertel komplettieren dürfte.
- Das Universitätsjubiläum 2019 bietet mit dem noch etwas genauer auszufüllenden Stichwort „Hafen der Wissenschaften“ ein Verbindungsglied zwischen Stadt und Universität; übrigens sollte sich Rostock endlich klar als Universitätsstadt bezeichnen, wie dies kleinere Mittelstädte, beispielsweise **Tübingen**, **Marburg** oder **Greifswald**, tun.
- Rostock ist mehr als ein „Verkehrsknotenpunkt“, die Besucherinnen und Besucher sollen sich natürlich länger in der Stadt aufhalten, aber sie könnten mit der Bahn durchaus etwas schneller hierher kommen oder nach Berlin fahren können.

Im Chor der Hansestädte besitzt Rostock die bevorzugte Lage mitten in der Ostsee, darüber hinaus stehen die erwähnten Jubiläen an. Zu den Unterschieden und Herausforderungen gehört nach wie vor die Einkommenslage: Hamburg (53.611) und Bremen (43.085) besitzen das höchste Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik, Mecklenburg-Vorpommern liegt bei 22.817 Euro. Darin und in den spezifischen Formen des Staatssozialismus im 20. Jahrhundert sehen kritische Beobachter auch die Gründe dafür, dass sich „Rostock als geistige Lebensform“ von anderen Hansestädten unterscheidet.¹⁷ Hier bleibt also noch viel Raum für Bürger- und Unternehmergeist.

¹⁷ Olaf Reis, Rostock als geistige Lebensform, in: Stadtgespräche, Nr. 1 (1995), S. 9–15.

Herausforderungen der kommunalen Ebene am Beispiel der Hansestadt Rostock

Christopher Scheele

1 Einleitung

Das oft bemühte, mehrfach umformulierte und interpretierte, aber letztlich nicht belegte, Zitat Bismarcks, dass Mecklenburg-Vorpommern meist 50 bis 100 Jahre hinter der Entwicklung stünde, verlor nach der friedlichen Revolution von 1989 sehr schnell seine Berechtigung; Mecklenburg-Vorpommern wurde zum Laboratorium der Berliner Republik.¹ Kultureller, politischer und nicht zuletzt struktureller Wandel erforderten neue Ideen und Konzepte. Die Schwächen des „Landes am Rand“ und ein daraus resultierender Zeitmangel waren gleichzeitig der besondere Antrieb bei der Ideenfindung und der Bewältigung der Herausforderungen. Nicht zuletzt die Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern mit Rostock nur über ein wirkliches Oberzentrum verfügt, führte dazu, dass die Hansestadt im Nordosten als ehemaliges „Tor zur Welt“ der DDR stets im besonderen Fokus stand.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht rückte Rostock besonders in den Blick als sich 2005 ein parteiloser Oberbürgermeister gegen die Kandidatinnen und Kandidaten der etablierten Parteien durchsetzen konnte und in den Jahren danach mit zahlreichen Wählergemeinschaften eine neue politische Konkurrenz in der Hansestadt entwickelte. Doch auch mehr Auswahl auf dem Wahlzettel führte nicht dazu, dass die Wahlbeteiligung in der Stadt an der Warnow signifikant anstieg. Im Jahr 2014 standen besonders Wahlbeteiligung, ehrenamtliches Engagement und der politische Generationswechsel im Interesse der öffentlichen Betrachtung und Diskussion. Die Hansestadt Rostock als größte Stadt des Landes ist geradezu prädestiniert für eine genaue Betrachtung der genannten Faktoren. Urbane Zentren sind gemeinhin für viele, latent vorhandene Herausforderungen der Gesellschaft ein Katalysator. Eine große Rolle spielt dabei bspw. die tendenzielle Anonymität in der Masse der Einwohnerinnen und Einwohner. Zum anderen zeigen sich Effekte und Phänomene weitaus stärker, da sie ausgeprägter und mehr Personen von ihnen betroffen sind. Soziale Gefälle werden deutlicher und die Bürgerinnen und Bürger sehen die Wirkung ihres Engagements deutlich schwächer als in kleinen Gemeinden. Bei 50 Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Stimme des Einzelnen 2 Prozent der Gesamtheit, bei 200.000 Einwohnern wie in Rostock sind es nur noch 0,0005 Prozent.

2 Wahlbeteiligung und Ehrenamt

Diese Situation ist vor allem im Bereich der Wahlbeteiligung und des ehrenamtlichen Engagement bemerkbar. So sind die Zahlen hier in der Stadt meist deutlich niedriger als auf dem Land. Aktuelle Studien belegen dabei einen signifikanten Zusammenhang mit der Sozialstruktur. Auch in Mecklenburg-Vorpommern kann dies seit 1994 beobachtet werden.²

Studien im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 wiesen einen Zusammenhang zwischen sozialem Status und der Wahlbeteiligung nach. Dabei ließ sich ein positiv gerichteter Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit, Bildungsgrad und Einkommen mit der Wahlbeteiligung nachweisen. Je höher also das

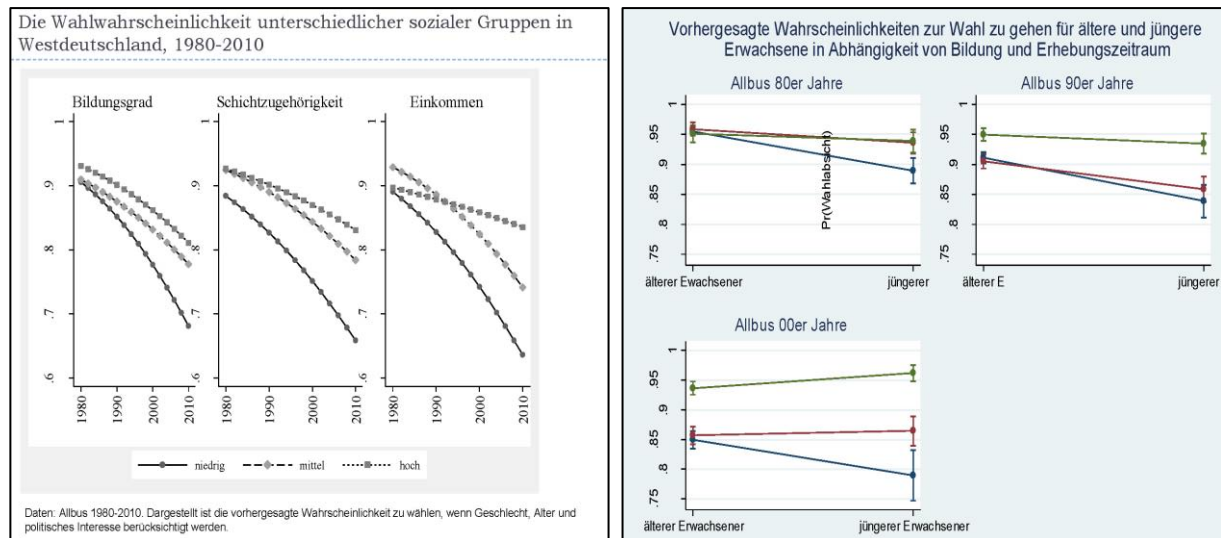
¹ Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele, Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern – Politik und Parteienwettbewerb im Spiegel der Transformation, in: dies. (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 11–23, hier: S. 11.

² Vgl. Christopher Scheele, Die kommunale Ebene in Mecklenburg-Vorpommern; in: Koschkar/Nestler/Scheele, Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 2013, S. 269–300, hier: S. 282.

Einkommen, je höher die soziale Schicht und vor allem je höher der Bildungsgrad desto höher ist die Wahlbeteiligung.³

Abb. 1: Die Wahlwahrscheinlichkeit unterschiedlicher sozialer Gruppen in Westdeutschland (links)

Abb. 2: Wahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit von Bildung und Erhebungszeitraum (rechts)



Quelle: Sigrid Schäfer/Armin Roßteutscher, Wer sind die Nichtwähler? AK Wahlen und politische Einstellungen, DVPW-Kongress 2012, Tübingen.

Betrachtet man die Langzeitentwicklung, so wird deutlich, dass dieses Phänomen einer Entpolitisierung offensichtlich in Abhängigkeit der Sozialisation steht. Der Längsschnitt über drei Jahrzehnte zeigt eine immerwährende, niedrigere Wahlbeteiligung jüngerer Alterskohorten, die sich mit zunehmenden Lebensalter der Wahlberechtigten ausgleicht und allmählich nivelliert. Jedoch zeigt dieser Längsschnitt auch, dass dieser Mechanismus an Wirkung verliert und nur noch in der höchsten Bildungsschicht besteht. Betrachtet man die mittleren und niedrigen Bildungsabschlüsse, so wird deutlich, dass sich die Segregation zwischen den drei betrachteten Bildungsschichten verstärkt und die niedrigen und mittleren Segmente auf niedrigem Niveau zusammentreffen und stagnieren. Es gibt keinen gemeinsamen Endpunkt mehr wie noch in den 1980er Jahren und auch der Abstand ist im Vergleich zu den 1990er Jahren weiter angewachsen. Dies unterstreicht nochmals die Sozialisationsthese und die Bedeutung der politischen Bildung.

Aufgrund der Tatsache, dass die Wahlbeteiligung in der Hansestadt traditionell niedriger ausfällt, bietet sich eine Untersuchung der Situation in Rostock an. Zur Hypothesenprüfung werden dabei die Daten zur Wahlbeteiligung in den einzelnen Stadtteilen mit Arbeitslosen- und ALG-II-Quoten in Abgleich gebracht. Dabei wird bereits bei der ersten Betrachtung offenbar, dass, je höher die Arbeitslosenquote und die jeweilige ALG-II-Quote sind, desto niedriger die Wahlbeteiligung im entsprechenden Quartier ist. Vergleicht man bspw. Biestow und Dierkow-Neu miteinander, wird der Unterschied besonders markant hervorgehoben. Die in diesem Zusammenhang immer wieder vermutete Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und Zweitstimmen-Ergebnissen der rechtsextremen NPD wird hier ebenfalls sichtbar.

In einer von der Universität Rostock durchgeführten repräsentativen Umfrage konnte zudem ermittelt werden, dass sich die Ergebnisse der Vorstudien nicht nur auf das politische Ehrenamt, welches nur 3,5 Prozent des gesamten Ehrenamtssektors ausmacht, angewendet werden können, sondern auf den gesamten Ehrenamtsbereich übertragbar sind. So wurde deutlich, dass die Höhe des Bildungsabschlusses einen positiven Einfluss auf die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, hat. Diese Forschungsergebnisse

³ Thomas Petersen/Dominik Hirlemann/Robert Vehrkamp/Christopher Wratil, Gespaltene Demokratie, Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013, S. 52.

können gleichzeitig Anlass zur Hoffnung sein, da vermutlich durch intensive Bildungsarbeit diese Kausalkette durchbrochen werden kann.

Tab. 1: Auswahl von Wahldaten in Rostock im Vergleich mit ALG- und ALG-II-Quote

	Wahlbeteiligung			NPD	ALG-I-Quote		ALG-II-Quote	
	Kommunalwahl	OB-Wahl		Zweitstimmen Landtag				
Stadtteil	2009	2014	2012	2011	2009	2012	2009	2011
Warnemünde	45,2	35,6	37,3	4,2	5,8	4,7	4,4	3,8
Rostock-Heide	46,9	39,0	39,7	5,3	7,4	6,1	5,9	4,5
Lichtenhagen	32,1	25,8	26,0	6,4	12,0	12,1	20,3	19,3
Groß Klein	27,7	23,0	21,2	7,6	16,2	14,7	28,3	25,3
Lütten Klein	33,9	25,2	27,1	6,1	14,8	13,9	20,5	19,5
Evershagen	33,0	25,8	25,5	6,4	13,9	12,9	23,0	22,0
Schmarl	27,8	21,0	20,6	6,7	16,0	14,0	27,5	27,9
Reutershagen	40,2	32,8	34,5	4,2	8,3	6,8	10,3	9,1
Hansaviertel	43,8	38,3	35,3	2,9	5,4	4,8	7,8	6,2
Gartenst./Stw.	49,3	43,7	39,0	3,2	3,6	3,0	2,8	2,5
K'TV	43,2	38,3	32,1	2,3	6,3	5,3	9,6	7,5
Südstadt	39,4	33,2	34,1	3,7	6,9	6,1	7,6	6,5
Biestow	58,6	51,5	52,8	2,5	3,1	1,8	1,5	1,5
Stadtmitte	43,6	38,4	33,5	2,6	5,7	4,4	8,0	6,2
Brinckmansdorf	48,9	41,5	43,6	3,5	4,1	3,5	3,1	2,5
Dierkow-Neu	25,5	21,0	18,2	8,1	16,2	14,6	30,4	28,4
Dierkow-Ost	40,2	34,1	33,8	3,2	4,9	5,1	3,4	1,9
Dierkow-West	43,7	37,0	39,1	4,1	4,2	3,2	3,3	3,1
Toitenwinkel	27,6	21,3	20,8	5,7	13,8	13,7	25,9	23,5
Gehlsdorf	41,1	33,5	40,5	3,3	3,0	2,8	3,3	2,3
Rostock-Ost	38,7	28,6	25,6	4,8	3,8	5,5	3,9	3,3
Rostock gesamt mit Briefwahl	43,2	40,5	36,6	4,1	10,0	8,9	15,1	13,8

Quelle: Daten Statistikstelle Hansestadt Rostock, eigene Darstellung.

3 Der politische Generationswechsel

Die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 waren nicht nur der Beginn der Auflösung der DDR, sondern auch für Viele der Start eigener kommunalpolitischer Aktivitäten bis hin zur Kandidatur bei den Kommunalwahlen vom 18. März 1990 – den ersten freien Wahlen auf dem Gebiet der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone. Doch viele Bürgerbewegte zogen sich alsbald wieder aus dem politischen Tagesgeschäft zurück. Dies hatte verschiedene Gründe. Zum einen ging es vielen nicht um eine Auflösung der DDR, sondern um Reformen. Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik ging diesen ihre politische Heimat verloren. Zum anderen fehlte für viele Bürgerbewegte das integrierende Moment nach der deutschen Vereinigung. Zu unterschiedlich waren die Vorstellungen, zu zahlreich die Gruppierungen, so gaben manche resigniert auf. Die Parteien versuchten, wie im Fall der CDU, die Gruppen aufzunehmen, was in einer Vielzahl der Fälle zu einem spurlosen Verschwinden der Einzelnen in der großen Partei führte. Andere Parteien wie

die SPD sperrten sich zunächst gegen einzelnen Gruppierungen und auch ehemalige SED-Mitglieder bis hinein in die 1990er Jahre, als 1994/1995 die Parteiführung den Weg für die Neumitglieder freimachte, war das Interesse dieser im überwiegenden Maße erloschen.⁴

Auch die Nachwirkungen des Blockparteienapparats, die Besetzung hoher Positionen in Verwaltung und Politik mit Eliten aus der Bonner Republik und die Erfahrung der DDR-Bürgerinnen und Bürger, dass unpolitisches Verhalten zumindest nicht von Nachteil sein kann, führten dazu, dass die Parteien vor allem von ihren älteren, meist verbliebenen, Mitgliedern lebten und gerade in der jungen Generation, die zum Teil unpolitisch sozialisiert worden war, keine neuen Aktiven fanden. In Konsequenz führte dies dazu, dass in vielen Fällen die Kommunalpolitikerinnen und -politiker von 1989/90 bis zum Jahr 2014 weiter dabei blieben. Die Enttäuschungen der Nachwendezeit taten ihr übriges und so feierte nicht nur die friedliche Revolution ihr 25-jähriges Jubiläum, sondern auch viele Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Aufgrund dessen stellt sich die Frage nach dem politischen Nachwuchs. Dass die Parteien, auch aufgrund von taktischen Überlegungen, durchaus unterschiedlich vorgehen zeigt sich wiederum am Beispiel Rostock.⁵

In Rostock entsandte Die LINKE, im Vergleich zu den etablierten Parteien, das jüngste Kandidatenteam in den Kommunalwahlkampf. SPD und FDP hingegen hatten im Schnitt die ältesten Kandidatinnen und Kandidaten der großen Parteien. Der Seitenblick zu den Wählergemeinschaften verdeutlicht den Befund, dass viele parteilose Kommunalpolitikerinnen und -politiker noch aus der Wendegeneration entstammen. Die Altersschnitte sind zum Teil nochmals deutlich über denen der Parteien. Dieser Unterschied wird besonders deutlich, wenn man diese mit der AfD vergleicht. Schaut man in die Wahlbereiche der Hansestadt wird die Disparität zwischen den Parteien umso deutlicher. Die Parteien stehen dabei, gerade vor dem Hintergrund ihrer schwachen Verankerung, vor dem Dilemma, dass man zum einen wenig Zugriff auf geeignetes Personal für kommunale Aufgaben hat und zum anderen dadurch die parteiinterne Konkurrenz eher gering ausgeprägt ist. Gerade das kommunale Wahlsystem unterstützt dabei diese Zwickmühle für die Parteien, da sowohl Personenstimmen als die aufsummierten Parteistimmen zum Tragen kommen. Daher werden von den Parteien gerne bekannte Kandidaten auf möglichst allen Listen der Wahlbereiche verteilt, damit diese mit ihrer Bekanntheit Stimmen für die Partei generieren. Die LINKE nutze dies bspw. in Person von Steffen Bockhahn. Das Beispiel der LINKEN zeigt zudem weitere Besonderheiten. So ist sie, die einzige Partei in Rostock, deren neu nominierte Kandidatinnen und Kandidaten im Schnitt älter waren als die wiederholt Kandidierenden.

Wenn jedoch nur die prominentesten Kandidatinnen und Kandidaten sichtbar werden, wird es gerade auf der kommunalen Ebene, wo die Wahlkampfetats der Kandidatinnen und Kandidaten noch im deutlich dreistelligen Bereich liegen und damit relativ niedrig sind, bereits für die Kandidatinnen und Kandidaten ab Listenplatz 3 nahezu unmöglich werbewirksam wahrgenommen zu werden. Damit kann jedoch auch kein flächendeckender „Neuaufbau“ der Parteistrukturen stattfinden, da man im Zielkonflikt zwischen Stimmenmaximierung und Personalrekrutierung gefangen ist.⁶

Dabei erhalten die Parteien bei der Personalsuche Konkurrenz von Wählergemeinschaften. Während in kleinen Kommunen die Wählergemeinschaften, auch vor dem Hintergrund der Mitgliederschwäche der Parteien, seit Jahrzehnten eine alltägliche Erscheinung sind, greifen diese nun in großen Kommunen zunehmend ins Geschehen ein. Dies ist mit Blick auf Rostock insofern erstaunlich, als dass aufgrund der Größe der Stadt und ihrer Funktion als Oberzentrum ein besonderer Fokus der Parteien vorhanden ist.⁷

⁴ Ulrich Brümmer, *Parteiensystem und Wahlen in Sachsen*, Wiesbaden 2006, S. 116–117.

⁵ NDR 1 Radio MV, *Selling enttäuscht, Caffier zufrieden*, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Selling-enttaeuscht-Caffier-zufrieden,kommunalwahlmv112.html> (Stand: 21.07.2014)

⁶ NDR 1 Radio MV, *Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern*, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/kommunalwahl2014/Kreistagswahlen-in-Mecklenburg-Vorpommern,kreistagemv101.html> (Stand: 21.07.2014).

⁷ Rolf Prigge/Thomas Schwarzer, *Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation*, Wiesbaden 2006, S. 87.

Tab. 2: Altersschnitte der Kandidaten gerundet nach Jahrgängen, aufgeschlüsselt nach Wahlbereichen

	Bereich	WB1		WB2		WB3		WB4		WB5	
Partei	gesamt	65+	74+	65+	74+	65+	74+	65+	74+	65+	74+
AfD	40,1 J	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Auf.09	50,5 J	25,0%	-	25,0%	-	25,0%	-	25,0%	-	25,0%	-
CDU	45,5 J	7,1%	-	15,4%	-	14,3%	-	7,1%	-	21,4%	-
LINKE	43,4 J	14,3%	-	7,1%	-	21,4%	-	7,1%	-	14,3%	-
FDP	48,6 J	28,6%	7,1%	28,6%	-	28,6%	7,1%	21,4%	7,1%	28,6%	7,1%
Graue	66,2 J	60,0%	20,0%	60,0%	20,0%	60,0%	20,0%	60,0%	20,0%	60,0%	20,0%
Grüne	40,4 J	14,3%	-	-	-	-	-	-	-	7,1%	-
NPD	37,0 J	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ros.B.	61,3 J	35,7%	21,4%	42,6%	14,3%	42,9%	21,4%	50,0%	21,4%	50,0%	21,4%
SPD	46,6 J	28,6%	21,4%	21,4%	14,3%	42,9%	28,6%	21,4%	14,3%	28,6%	21,4%
UFR	53,3 J	57,1%	7,1%	35,7%	7,1%	-	-	35,7%	7,1%	14,3%	-

Quelle: Daten Statistikstelle Hansestadt Rostock, eigene Darstellung und Berechnung.

An der Warnow leitet jedoch inzwischen nicht nur seit 2005 ein parteiloser Oberbürgermeister die Verwaltung, sondern auch der Stimmenanteil von Wählergemeinschaften stieg von 2004 bis 2014 auf 14,2 Prozent und lag im Jahr 2009 mit 15,4 Prozent auf dem höchsten Niveau seit 1990. Gleichzeitig sank der Anteil der etablierten Parteien (CDU, Die LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP) auf 77,8 Prozent im Jahr 2014.

Tab. 3: Vergleich Stimmenanteil Parteien und Wählergemeinschaften in Rostock

	1994	1999	2004	2009	2014
Etablierte Parteien	91,8	95,9	85,4	77,9	77,8
Wählergemeinschaften	-	-	7,7	15,4	14,2

Quelle: Daten Statistikstelle Hansestadt Rostock, eigene Darstellung und Berechnung.

4 Fazit und Ausblick

Das Beispiel der Hansestadt zeigt, dass die drei vorgestellten Bereiche fast schon eine Einheit bilden und auch über die Grenzen der Stadt an der Warnow für ganz Mecklenburg-Vorpommern Gültigkeit besitzen. Eine Gesellschaft muss diese Entwicklungen sowohl aushalten als auch in Teilen geschehen lassen, ohne jedoch dabei untätig zu bleiben. Der Ruf nach dem Staat wird schnell laut, jedoch ist der Staat erst der Zweite, der reagieren muss, die erste Reaktion muss von der Gesellschaft kommen. Dabei ist explizit nicht ausgeschlossen, dass eine Gesellschaft auch in sich reagiert. Die letztliche legislative Umsetzung des normativen Diskurses obliegt dem Souverän selbst, die Ausführung dann dem Staat.

Diesem ist es freilich auch nicht verwehrt, sondern er ist geradezu dazu verpflichtet, auch allen Bürgern die Möglichkeit zu eröffnen an diesem normativen Diskurs teilzunehmen und ihn vor allem zu verstehen. Die Klage über das um sich greifende politische Desinteresse sollte dabei nicht vorzeitig als übertriebener Kulturpessimismus abgewiegelt werden, sondern vielmehr als Warnsignal, dass politische Zusammenhänge in der breiten Masse nicht mehr verstanden werden können, weil die Anknüpfungspunkte fehlen. Neben der klassischen politischen Bildungsarbeit ist es daher auch die Forderung an die Medien, wieder auf mehr Information zu setzen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in erster Linie einen Informations-

auftrag und keinen Unterhaltungsauftrag, er wird ja gerade gebührenfinanziert, um den Blick auf die Quote zu vermeiden. Jedoch sind auch die privaten Radio- und Fernsehstationen in der Pflicht, wieder seriösen Journalismus zu betreiben, wurden sie doch 1984 unter der Bedingung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu unterstützen, überhaupt erst zugelassen.

Gleichzeitig gilt aber auch weiterhin, dass nichts teurer ist als Einsparungen im Bildungssektor. Eine demokratische Grundbildung bereits in der Grundschule stattfinden. Bildungsforscher haben nachgewiesen, dass gerade in dieser Zeit noch alle Kinder auf einem ähnlichen Lernniveau sind und hier effektive Grundlagen gelegt werden können. Der bisherige, schulische Einstieg in die politische Bildung scheint zu spät zu erfolgen, denn er fällt in eine Phase, in der die Kinder – pubertär geprägt – meist auf Konfrontationskurs zu bestehenden Normen und Werten sind.

Auch die Kommunalwahlen 2014 haben noch einmal klar gezeigt, dass demographischer Wandel nicht bedeuten kann, dass man Altersgrenzen unbegrenzt nach hinten verschiebt. Gerade im politischen Tagesgeschäft wie auch dem Ehrenamt ist es daher wichtig, bei Zeiten einen sanften Übergang einzuleiten und so auch auf die jungen politisch Aktiven Rücksicht zu nehmen. In völliger Übereinstimmung, dass der Erfahrungsschatz der älteren Generation nicht verloren gehen darf, so bedarf es doch auch einer Basis, die eben genau diesen Erfahrungsschatz nutzen und weiterführen kann. Die Altersstrukturen der Parteien im Land zeigen dabei parteiübergreifend großes Potential, eine generationengerechte Verteilung zu etablieren. Jedoch suchen auch die zahlreichen Vereine und Verbände händeringend Nachwuchs, die Politik hat dieses Themenfeld bereits erkannt und fördert den Ehrenamtssektor zunehmend.

Der politikwissenschaftliche Blick auf das Rostock des Jahres 2014 unterstreicht dabei nochmals den Ruf nach mehr und früherer politischer Bildung. Die Losung der Zukunft muss heißen: Nicht die da oben, sondern einer/eine von uns. Steigendes gesellschaftliches Engagement in welcher Form auch immer, führt sowohl zu einer Entlastung des Staates, als auch der Bürger selbst. Denn alle Aufgaben, die nicht mehr abgedeckt werden können, entfallen entweder oder müssen von Unternehmen bzw. dem Staat im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge übernommen werden, das dies nicht kostenlos geschehen kann liegt in der Natur der Sache.

Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2014

Timm Flügge/Benjamin Hein

1 Einleitung

Spätestens seit der Wahl des parteilosen Roland Methling zum Stadtoberhaupt der freien und Hansestadt Rostock im Jahr 2005 herrscht ein erbitterter Machtkampf zwischen den beiden von der Bevölkerung gewählten Gemeindeorganen: Oberbürgermeister und Bürgerschaft. Dieser grundlegende Konflikt wird durch die seit 1999 implementierte Kommunalverfassung – in der Tradition süddeutscher Ratsverfassungen – begünstigt.¹ Konsequenz der Reform war im Allgemeinen eine Stärkung des Bürgermeisteramtes, welche sich unter anderem in der direkten Legitimation durch die Bevölkerung zeigt. Mit „der Präsidialisierung [ging] folglich eine (weitere) Schwächung des Rates oder ‚De-Parlamentarisierung‘ des kommunalen Entscheidungssystems einher.“² Diese Konstellation ist allerdings kein Automatismus, mit dem sich die bestehenden Auseinandersetzungen in der Hansestadt allein rechtfertigen lassen. Der Übergang vom potenziellen zum tatsächlichen Konflikt begründet sich vor allem mit der Parteilosigkeit Methlings, die einen geringen parlamentarischen Rückhalt zur Folge hat, hinzukommen nicht zu vernachlässigende persönliche Animositäten.³

Für den weiteren Verlauf des Konfliktes ist die Zusammensetzung der am 25. Mai neu gewählten Bürgerschaft von elementarer Bedeutung. Um die 53 Bürgerschaftsmandate konkurrierten insgesamt 190 Bewerber (davon drei Einzelbewerber). Dabei werden keine Kandidatenlisten sondern Einzelkandidaten mit der Möglichkeit des Panaschierens und Kumulierens (drei Stimmen) auf fünf Jahre gewählt. Damit sind, entgegen der medialen Berichterstattung,⁴ die Aussichten auf einen Wahlerfolg theoretisch unabhängig von der Listenposition. Seit der Wahl 2004 haben sich außerdem die Erfolgchancen für kleinere Wählervereinigungen und Einzelbewerber durch den Wegfall der 5-Prozent-Hürde deutlich verbessert.

2 Ausgangslage

Die Bürgerschaftswahlen des Jahres 2009 ergaben für die Zusammensetzung des Rostocker Stadtparlaments einige Veränderungen: In erster Linie zeichnen sich Fragmentierungsprozesse ab, zu denen der Einzug der Parteien FÜR Rostock – pro OB, AUFBRUCH 09, Die Grauen und die NPD beigetragen hat. Unter diesen sticht FÜR Rostock – pro OB aus mehreren Gründen besonders hervor. Zum einen konnte diese Wählergruppe aus eigener Kraft und im ersten Anlauf den Fraktionsstatus (mindestens vier Abgeordnete) erlangen. Zum anderen wollte die Wählervereinigung explizit an das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl (58,2 Prozent im ersten Wahlgang) anknüpfen und warb überraschend offensiv mit Roland Methling. Normalerweise versuchen Parteien den Eindruck zu vermeiden ein Kanzlerwahl- bzw. in diesem Fall Bürgermeisterwahlverein ohne zusätzliche eigene Inhalte zu sein. Die sehr hohen Zielsetzungen konnten jedoch nicht erreicht werden (7,9 Prozent).⁵

¹ Vgl. Johannes Saalfeld, Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2009: Experimentaldemokratie und ihre Ursachen, in: Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009, S. 19–30, hier: S. 19.

² Sabine Kuhlmann, Reformen lokaler Politik in Deutschland: Direkte und kooperative Demokratie, in: politische bildung, Nr. 1 (2010), S. 45–63, hier: S. 46.

³ Hier seien exemplarisch die persönlichen Differenzen zwischen Sybille Bachmann und Roland Methling genannt vgl. Saalfeld, Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2009, in: Schoon/Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009, S. 22.

⁴ Vgl. o. A., Bleibt Rostock die Präsidentin erhalten?, in: NNN, 07.04.2014.

⁵ Vgl. Saalfeld, Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2009, in: Schoon/Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009, S. 21.

Stärkste Bürgerschaftsfraktion der abgelaufenen Legislaturperiode war Die LINKE gefolgt von SPD und CDU, die deutliche Verluste hinnehmen mussten. Die kleineren Wählergemeinschaften konnten den Fraktionsstatus teils über einen Zusammenschluss in der Bürgerschaft erreichen (Rostocker Bund, AUFBRUCH 09, Die Grauen). Als Auffälligkeit lässt sich überdies der weitere Abwärtstrend der drei „großen“ Parteien konstatieren, die zusammengenommen nicht einmal mehr 60 Prozent (-10,1 Prozentpunkte) der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Karina Jens (CDU) wurde erneut zur Bürgerschaftspräsidentin gewählt und übte dieses Amt bis zur Wahl 2014 aus.

Die bereits angesprochene Krise zwischen Bürgerschaft und Verwaltung zog sich durch die gesamte Legislaturperiode, da die Oberbürgermeisterwahl von 2012 Methling im Amt bestätigte. Mit 53,8 Prozent der abgegebenen Stimmen setzte sich der Amtsinhaber erneut im ersten Wahlgang klar gegen seine Mitbewerber Ait Stapelfeld (13,9 Prozent/SPD), Kerstin Liebich (13,8 Prozent/Die LINKE), Bürgerschaftspräsidentin Karina Jens (7,3 Prozent/CDU), Christian Blauel (5,4 Prozent/Die Grünen), Sybille Bachmann (4,7 Prozent/Rostocker Bund) und Toralf Vetter (1,0 Prozent/parteilos) durch. Obschon Methling der Bürgerschaft gleich im Anschluss symbolisch die Hand zum Neuanfang reichte, zeigten sich sowohl Abgeordnete⁶ als auch politische Beobachter⁷ skeptisch. Rückblickend ist diese Skepsis als angebracht einzuschätzen, denn die Krise zwischen Parlament und Methling setzte sich fort und nahm sogar noch neue Facetten an. Neben den inhaltlichen Differenzen, die sich beispielsweise in der Frage des Volkstheaters, dem Umgang mit der Causa Büchner, den Wegen zum Schuldenabbau und dem „Verandastreit“ in Warnemünde zeigten,⁸ sind verschiedene juristische Verfahren anhängig, die im Wesentlichen Personalia zum Gegenstand haben. Eine besonders ungewöhnliche Auseinandersetzung wird um die Senatorenposten geführt, die nach dem Weggang von Liane Melzer (SPD/Soziales) und Georg Scholze (CDU/Finanzen) vakant geworden waren. Gleich gegen zwei Neubesetzungen legte der OB Widerspruch beziehungsweise Klage ein und das, obwohl die kommunale Rechtsaufsicht des Innenministeriums keinerlei Beanstandungen sah. Sogar Innenminister Lorenz Caffier (CDU) meldete sich persönlich zu Wort.⁹ Das Widerspruchsrecht Methlings hat eine Kontrollfunktion für etwaige rechtswidrige Beschlüsse der Bürgerschaft. „Das sei in beiden Fällen gegeben. Denn Müller [Finanzsenator; Anm. d. Autoren] sei erst nach Ablauf der Bewerbungsfrist von der SPD nominiert worden. Und Bockhahn [Sozialsenator; Anm. d. Autoren] sei gewählt worden, noch bevor andere Kandidaten überhaupt angehört werden konnten.“¹⁰ Zuvor hatte Methling bereits erfolglos zu verhindern versucht, dass die Bürgerschaft die Zahl der Senatoren auf vier erhöht.¹¹ Diese juristischen Auseinandersetzungen dominieren seither die Bürgerschaftssitzungen und Berichterstattungen, was zu einer spürbaren Verdrängung der inhaltlichen Arbeit aus der Öffentlichkeit geführt hat.

Im Gegensatz zur vorigen Legislaturperiode zeichnete sich diese durch Themen aus, deren Strahlkraft teilweise weit über die Rostocker Stadtgrenzen beziehungsweise sogar die Landesgrenzen hinausging. In erstere Kategorie fällt die marode Finanzlage des ehemaligen Fußballbundesligisten FC Hansa Rostock und die dadurch notwendig gewordene öffentlichkeitswirksame Vergabe einer Bürgerschaft durch die Bürgerschaft.¹² Auch die seit 2005 bestehenden Probleme rund um das Rostocker Volkstheater wie zum Beispiel den Neubau oder verschiedene Finanzierungskonzepte sind hier einzuordnen. In die zweite Kategorie fallen definitiv die Veranstaltungen im Umfeld des 20. Jahrestages der Pogrome von Rostock-

⁶ Vgl. beispielsweise die Aussage von Dieter Neßelmann (CDU) in: o. A., Rostocker Wahl: Wer reicht OB die Hand?, in: Nordkurier, 07.02.2012.

⁷ Vgl. o. A., Wahl in Rostock: Methling bleibt im Amt, in: Nordkurier, 06.02.2012.

⁸ Vgl. dazu die außerordentlich hohe Zahl von Widersprüchen (60 zum Zeitpunkt des Artikels) durch den OB gegen Entscheidungen der Bürgerschaft: Anja Levien, „Widersprüche des OB bremsen die Stadt“, in: OZ, 29.01.2014.

⁹ Vgl. o. A., Innenminister macht Ernst: Methling muss ernennen, in: OZ, 15.04.2014.

¹⁰ Torben Hinz, Innenministerium stimmt der Bockhahn-Wahl zu, in: NNN, 08.04.2014.

¹¹ Das Verwaltungsgericht Schwerin bestätigte die Bürgerschaftsentscheidung vgl. Levien, „Widersprüche des OB bremsen die Stadt“, in: OZ, 29.01.2014.

¹² Vgl. o. A., Politiker retten Hansa: Bürgerschaft stimmt einem Hilfspaket für den Traditionsclub zu, in: NNN, 02.01.2013.

Lichtenhagen im Sommer 2012. Die tendenziell negative Resonanz der überregionalen Medien ließ die Stadt sowie Bürgerschaft und Verwaltung nicht in einem guten Licht erscheinen. Besonders die Idee der Friedenseiche (ursprünglich logistische Beweggründe) wurde als ambivalentes Symbol wahrgenommen.¹³ Für überregionales Aufsehen sorgte des Weiteren die nicht unumstrittene Ernennung von Bundespräsident Joachim Gauck zum Ehrenbürger der Stadt Rostock am 04. April 2012.¹⁴

3 Wahlkampf

Der Wahlkampf um die Plätze in der Rostocker Bürgerschaft war begleitet von den zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Mitunter war kaum zu unterscheiden, auf welche der beiden Abstimmungen ein Wahlplakat beziehungsweise Wahlkampfveranstaltungen Bezug nahmen. Eine der wenigen Parteien bei denen diese Abgrenzung für die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt sehr klar erkennbar war, ist die SPD. Diese setzte auf kommunaler Ebene inhaltlich besonders auf bezahlbaren Wohnraum („Bezahlbare Miete statt hohe Rendite.“) und positionierte sich gegen die Privatisierung von kommunalem Eigentum. Letzteres bezog sich sowohl auf die kommunale Wohnungsgenossenschaft WIRO als auch auf das Südstadt-Klinikum. Neben diesen inhaltlichen Komponenten dominierte der Personenwahlkampf in der Strategie der Sozialdemokraten, was sich angesichts einer reinen Personenwahl aufdrängte. So warb die SPD in jedem Wahlbereich mit individualisierten Wahlplakaten für die jeweils ersten Listenplätze. Während die Themen auf Großplakaten visualisiert wurden, fanden sich die Kandidatinnen und Kandidaten auf unzähligen Plakaten der Standardgröße wieder. Besonders hervorzuheben ist der Wahlkampf des Sozialdemokraten Christian Reinke: Jener akkumulierte im Rahmen eines Crowdfunding-Prozesses Kapital in nicht unerheblicher Höhe. Dieses ermöglicht ihm die Produktion und die Verteilung von circa 500 eigenen Plakaten und 11.000 Wahlkampfflyern. Letztere waren überdies weitaus umfangreicher und qualitativ hochwertiger als die der übrigen Genossen. Dieser Materialeinsatz steht in starkem Kontrast zu seinem hinteren (elften) Listenplatz. Üblicherweise stehen eigene Plakate nur den ersten vier Listenplätzen zu (SPD).

Eine grundsätzlich andere Strategiewahl ließ sich bei den Christdemokratinnen und Christdemokraten erkennen. Sie setzten einerseits das Medium der Plakatwerbung bezüglich der Kommunalwahl in wesentlich geringerem Maße ein und fokussierten sich andererseits auf den Themenwahlkampf. Die beiden Sujets waren regionale Wirtschaft und innere Sicherheit. In puncto Sicherheit wurde bezüglich der Ausschreitungen zum 1. Mai oder auch hinsichtlich der Spiele des Fußballvereins Hansa Rostock der zaghafte Versuch des Agenda-Settings betrieben, der medial jedoch keine Durchschlagskraft entwickeln konnte. Offensichtlich versuchte die CDU in Rostock den Rückenwind des Europawahlkampfes und der Bundeskanzlerin zu nutzen. Personell warb sie in der letzten Wahlkampfphase unter anderem mit der bekannten Bürgerschaftspräsidentin Karina Jens („Hanseatisch gut“) und dem Kandidaten Helmut Schmidt.

Eine ähnliche Strategie in puncto Personenwahlkampf verfolgte Die LINKE, die bisher stärkste Fraktion in der Rostocker Bürgerschaft. Ebenfalls komparabel war die schwerlich auszumachende Abgrenzung zur Europawahlkampagne. Erwartungsgemäß setzten sich diese Analogien bei den Inhalten nicht fort. Strukturell fällt besonders die hohe Anzahl verschiedener Themen ins Auge: Kunst und Kultur, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, kostenfreie Kitas und höhere Bürgerbeteiligung. Zu Beginn des Wahlkampfes überwogen die für die Partei typischen kleinen Plakate mit relativ kleiner, weißer Schrift auf rotem Grund, wohingegen in der letzten Phase auch Großplakate zu den genannten Themen geklebt wurden (Bsp. Kultur: „Mephisto darf nicht siegen. Mehr Kultur wagen!“). Obschon der Wahlkampf, wie bereits erwähnt, hinsichtlich der Plakate nicht personalisiert war, dominierte der ehemalige Bundestagsabgeordnete und zum Sozialsenator der Stadt gewählte Steffen Bockhahn den Wahlkampf.

¹³ Vgl. Lenz Jacobsen, Rostock trifft nur schwer den richtigen Ton, in: ZEITonline, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-08/rostock-lichtenhagen-gauck>, (Stand: 01.05.2014).

¹⁴ Vgl. Karina Jens, Vorwort der Präsidentin der Bürgerschaft, in: Hansestadt Rostock (Hrsg.), 20 Jahre Bürgerschaft – 20 Jahre kommunale Selbstverwaltung, Rostock 2012, S. 3–5, hier: S. 4.

Einen mit erheblich weniger Aufwand geführten Wahlkampf betrieben die Bündnisgrünen in der Hansestadt. Kommunalpolitisch wurde von Beginn an mit dem Rostocker Bundestagsabgeordneten Harald Terpe, der bisherigen Fraktionsvorsitzenden Simone Briesche-Finke und der Bildungsreferentin Susan Schulz geworben. Verstärkte inhaltliche Akzente wurden erst in der letzten Wahlkampfphase visualisiert. Unter diesen stachen der öffentliche Personennahverkehr (Campuslinie), der Ausbau von Radwegen und das Engagement für eine tolerantere und demokratischere Stadt besonders hervor. Wie auch die anderen Parteien des linken Spektrums traten sie öffentlichkeitswirksam für bezahlbaren Wohnraum ein. Insgesamt lässt sich damit eine strategische Konzentration auf das studentische Stammwählermilieu erkennen.

Eine Rostocker Besonderheit ist und bleibt das Wählerbündnis UFR – Unabhängige Bürger Für Rostock des Rostocker Oberbürgermeisters Methling. Dieses betrieb – wie schon 2009 –¹⁵ einen finanziell sehr aufwendigen Wahlkampf. Das lässt sich anhand verschiedener Indikatoren nachvollziehen: Neben einer hohen Anzahl von Klein- und Großplakaten schaltete das Wählerbündnis mehrere Anzeigen. Besonders hervorzuheben ist dabei die zwei Seiten umfassende Anzeige im Warnow Kurier am Mittwoch und Samstag vor der Wahl.¹⁶ Teile des Inserats sind auf der Titelseite nicht sofort als solche zu identifizieren, da die gesamte Seite im Layout der sonst üblichen Publikation gehalten ist. Infolgedessen erscheinen auch einige Texte auf den ersten Blick als normale journalistische Artikel. Trotz der offensichtlich finanziell guten Ausstattung erscheint die Wahlkampfstrategie ambivalent und nicht konsequent. Während die UFR sich anfangs von der letztmaligen Strategie des „Kanzlerwahlvereins“¹⁷ distanzierte, was sich unter anderem durch den Verzicht auf den Namenszusatz „Pro OB“ zeigte, kehrte sie gegen Ende des Wahlkampfes unter dem Motto „Unabhängige Bürger unterstützen Roland Methling“ zu eben jener Strategie zurück. Aus diesem Grunde wurden Vorstöße und Diskussionen rund um das Stadtoberhaupt stets auch in Verbindung mit der UFR gesehen. Dazu zählen die so genannte Dienstwagenaffäre und der erneute Olympia-Vorstoß, der in den Medien offen als Unterstützung für sein Wählerbündnis gewertet wurde.¹⁸ Für Aufsehen sorgte auch die Verteilung von gefälschten Flyern. Unbekannte führten hiermit einen Angriffswahlkampf gegen die UFR und Methling, der sie als rechtsextremistisch, autoritär und undemokratisch verunglimpfte.¹⁹ Thematisch verstieg sich die UFR primär darauf, über Parteienfilz und Vetternwirtschaft zu wettern und polarisierte damit die Rostocker Bürgerinnen und Bürger.²⁰ Während die inhaltliche Dimension sehr stark kanalisiert war, bot sich auf der personellen Ebene ein sehr weit gefächertes Bild. Ähnlich wie bei den Sozialdemokraten setzte auch die UFR auf viele verschiedene Kandidaten auf den Plakaten, die jeweils die Kernbotschaft des Wählerbündnisses vortrugen.

Deutlich geringere finanzielle Mittel standen scheinbar dem Wahlbündnis Rostocker Bund zur Verfügung. Die Vertreter recycelten deutlich erkennbar die Wahlplakate aus der letzten Bürgerschafts- und Oberbürgermeisterwahl. Dies führte zu dem kuriosen Umstand, dass einige Plakate gar nicht dem Rostocker Bund zuzuordnen waren, da nur die Spitzenkandidatin Sybille Bachmann beworben wurde.²¹ Die Qualität der Plakate hatte jedoch schon bei den letzten Wahlen für viel Spott und Häme gesorgt.²² Dementsprechend konnten keine neuen inhaltlichen Impulse erwartet werden, der Rostocker Bund trat nach wie vor für Werte wie Transparenz, Demokratie, Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit ein. AUFBRUCH 09, die bisher

¹⁵ Vgl. Saalfeld, Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2009, in: Schoon/Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009, S. 22.

¹⁶ Vgl. beispielsweise: o. A., Senatorenwahl – Parteiengekungel par excellence, in: Warnow Kurier, 24.05.2014.

¹⁷ Vgl. Saalfeld, Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2009, in: Schoon/Lehmann (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009, S. 21–22.

¹⁸ Vgl. André Wornowski, Dienstwagen-Affäre: OB prüft Strafanzeige, in: OZ, 17./18. 05.2014; vgl. Frank Pubantz, Olympisches Dorf auf Mittelmole: Rostock will die Spiele 2024, in: OZ, 22.05.2014 und vgl. Christian Lüsich, Mut zur Vision, in: OZ, 22.05.2014.

¹⁹ Vgl. o. A., Wählerbündnis UFR empört über gefälschte Flyer, in: OZ, 20.05.2014.

²⁰ Vgl. dazu u.a. Micheal Kaufmann, Leserbrief: Parteien im Wahlkampf, in: NNN, 19.05.2014.

²¹ Sybille Bachmann war eine Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2012, scheiterte jedoch.

²² Vgl. Labor für Politik und Kommunikation, Berliner Agentur zerlegt Rostocker Wahlplakate, in: OZ, 23.01.2012. Darin heißt es unter anderem: „Handwerklicher Pfusch, dieses Plakat muss in Heimarbeit entstanden sein. Hoffentlich mussten Sie dafür kein Geld bezahlen.“

zusammen mit dem Rostocker Bund und den Grauen eine Fraktion bildeten, verzichteten nach eigener Aussage „im Interesse der Umwelt und Stadtbildes [bewusst] auf Plakatwerbung.“²³ Inhaltliche Schwerpunkte waren Familie, Demokratie und Umweltschutz.²⁴

Die FDP setzte, in dem mit wenig Aufwand betriebenen Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl, fast ausschließlich auf Personen. Als ein inhaltlicher Akzent fiel die Kulturpolitik auf.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist mit ihrer Euro-kritischen Ausrichtung keine Partei von großen kommunalpolitischen Themen.²⁵ Folglich versuchte sie in noch stärkerem Maße als die CDU den prognostizierten positiven Europawahlrend zu nutzen. In vielen Anzeigen beschränkte sie sich daher auf den Hinweis auch kommunal wählbar zu sein. Es gab de facto keinen klaren Bezug zur Hansestadt im Wahlkampf, weder inhaltlich noch personell.

Ähnlich wie schon bei diversen anderen Wahlen recycelte die NPD auch zur Bürgerschaftswahl ein Konglomerat an Wahlplakaten, die sich teilweise noch auf Themen wie Hartz IV und die Mehrwertsteuererhöhung beziehen. Dieses Vorgehen ist vor dem Hintergrund der chronischen finanziellen Schieflage der Partei zu sehen.²⁶ Weder personelle noch thematische Neuaufstellungen waren dementsprechend auszumachen.

4 Wahlergebnis

Das Ergebnis der Wahlen zur Rostocker Bürgerschaft sorgte für keine tiefgreifenden Veränderungen in den Mehrheitsverhältnissen. Die LINKE konnte ihren Spitzenplatz verteidigen und zog neben zehn weiteren Gruppierungen in das Stadtparlament ein. Gemeinsam mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird sie auch weiterhin über eine Mehrheit der Abgeordneten verfügen. Die kleineren Parteien und Wählergruppen vermochten sich in der Regel zu behaupten, sodass die Bürgerschaft auch in den nächsten fünf Jahren ein stark fragmentiertes Bild abgeben wird.

Ein Gewinner der Wahl war zweifellos Die LINKE, die bei Zugewinnen von 2,7 Prozentpunkten nunmehr 26,4 Prozent erreichte und dadurch 14 Abgeordnete (+1) in der künftigen Bürgerschaft stellt. Stimmenmagnet ist und bleibt Steffen Bockhahn, der allein 28.519 Stimmen seiner Partei auf sich vereint. Das entspricht einem Anteil von gut 53 Prozent. „Damit wäre er alleine hinter CDU (41.315) und SPD (34.230) die drittstärkste Fraktion in der Stadtvertretung.“²⁷ Die zweitstärkste Kandidatin in der Hansestadt, Eva-Maria Kröger (auch: Die LINKE), ist mit 8.370 Stimmen schon weit abgeschlagen. Regional variiert das Ergebnis zwischen 33,7 Prozent im Wahlbereich 2 (Lütten Klein, Evershagen, Schmarl) und 22,1 Prozent im Wahlbereich 4 (Hansaviertel, KTV, Stadtmitte). Ungeachtet der Diskrepanzen ist Die LINKE in jedem der fünf Wahlbereiche stärkste Kraft. Offen bleibt die Frage, ob das Ergebnis auf die inhaltliche Ausrichtung des Wahlkampfes oder lediglich die enorme Strahlkraft Bockhahns zurückzuführen ist.

Die größten Zugewinne (+3,1 Prozentpunkte) der bisher im Parlament vertretenen Parteien konnten die Christdemokratinnen und Christdemokraten für sich verbuchen. In der Konsequenz konnte die Partei die SPD überflügeln und stellt mit nunmehr elf Sitzen (+2) die zweitgrößte Fraktion. Die meisten Stimmen für die CDU konnten Dieter Neßelmann (7.712) und Helmut Schmidt (6.135) auf sich vereinen. Lokal zeichnet sich das Ergebnis durch eine relativ hohe Konstanz bei einem maximalen Abstand von circa fünf Prozentpunkten zwischen den einzelnen Wahlbereichen aus. Die Strategie, den Windschatten der Europawahl zu nutzen, scheint aufgegangen zu sein. Darüber hinaus profitierte die CDU höchstwahrscheinlich von den deutlichen Verlusten der FDP.

²³ o. A., Flyer: AUFBRUCH 09. Für Vielfalt und Mitbestimmung.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Siehe hierzu den Beitrag von Nestler/Schütt in diesem Band.

²⁶ Vgl. dazu u.a. o. A., Entscheidung in Karlsruhe: NPD muss vorerst auf staatliche Finanzierung verzichten, Spiegel-online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-muss-vorerst-auf-staatliche-finanzierung-verzichten-a-933021.html> (Stand: 29.05.2014).

²⁷ André Wornowski, Super-Bockhahn fliegt allen davon – und wird Senator, in: OZ, 11.06.2014.

Tab. 2: Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in der Hansestadt Rostock

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2014			Veränderung zu 2009		
	Absolut	Prozent	Sitze	Absolut	Prozentpkt.	Sitze
CDU	41.315	20,5	11	+3.988	+3,1	+2
Die LINKE	53.261	26,4	14	+2.477	+2,7	+1
SPD	34.230	17,0	9	-5.142	-1,4	-1
FDP	5.041	2,5	1	-12.900	-5,9	-3
B 90/Die Grünen	23.070	11,4	6	+1.621	+1,4	+1
NPD	3.507	1,7	1	-2.986	-1,3	-1
AfD	8.902	4,4	2	+8.902	+4,4	+2
AUFBRUCH 09	3.035	1,5	1	-1.080	-0,4	±0
Die Grauen	1.549	0,8	1	-1.130	-0,4	±0
UFR	16.321	8,1	4	-553	+0,2	±0
Rostocker Bund	9.285	4,6	3	-974	-0,2	±0
Sonstige (Parteien & EB)*	2.159	1,0	0	./.	./.	-1
Wahlbeteiligung	40,4			-2,8		

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Hansestadt Rostock. Eigene Berechnungen. * Sonstige nicht mit 2009 vergleichbar.

Weniger erfolgreich waren die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Mit einem Minus von 1,4 Prozentpunkten sind sie nur noch die drittstärkste Fraktion. Der Verlust von circa 5.000 Stimmen entsprach dem Verlust eines Mandates. Stimmstärkster Kandidat der SPD war Steffen Wandschneider (4.623). Das vergleichsweise schlechte Abschneiden der Partei zieht sich flächendeckend durch die gesamte Hansestadt bei einer Spannweite von nur 2,6 Prozentpunkten. Dementsprechend lassen sich weder Hochburgen noch Diaspora-Gebiete konstatieren. Auffällig ist nur, dass der relativ aufwändige Wahlkampf seitens Reinke zum Erfolg geführt hat. Die vergleichsweise hohe Diskrepanz (4,8 Prozentpunkte) zum Ergebnis der Europawahl in der Hansestadt lässt sich durch die strukturelle kommunale Schwäche der Partei erklären. Sie ist und bleibt in Mecklenburg-Vorpommern „kommunal kaum konkurrenzfähig“.²⁸

Während die SPD ein Mandat verlor, konnten Bündnis 90/Die Grünen ein Mandat hinzugewinnen. Mit insgesamt 11,4 Prozent (+1,4) erzielten sie in Rostock ihr landesweit bestes Ergebnis bei den Kommunalwahlen. Drittstärkster Kandidat in der Hansestadt war der grüne Bundestagsabgeordnete Harald Terpe (7.757). Der hohe und steigende Studentenanteil der Stadt sowie die Ausrichtung des Wahlkampfes auf eben jenes Milieu brachten den gewünschten Erfolg. Dies lässt sich exemplarisch mit der Hochburgenbildung verdeutlichen. So erreichten sie im Wahlbereich 4 (Hansaviertel, KTV, Stadtmitte) mit 19,3 Prozent deutlich ihr bestes Ergebnis und wurden zweite Kraft. Die Spannweite beträgt somit fast 13 Prozentpunkte (schlechtestes Ergebnis im Wahlbereich 1: 6,5 Prozent).

Gemessen an der eigenen Zielsetzung der UFR, die ihre Ergebnisse auch im Verhältnis zur OB-Wahl betrachtet, ist diese Wählervereinigung als Verlierer einzustufen. Wie schon 2009 gelang ihr auch in diesem Jahr mit 8,1 Prozent (+0,2) nicht der erhoffte Durchbruch, absolut gesehen verlor sie sogar Stimmen. Die anschließende Wählerschelte durch den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Malte Philipp, der gleichzeitig mit 3.595 Stimmen der erfolgreichste Kandidat des Wahlbündnisses war, erscheint skurril.²⁹ Auch der Einzug von Annegret Methling, Gattin des Oberbürgermeisters, wirkt im Hinblick auf die geforderte Unabhängigkeit fehl am Platz. Die Ergebnisse für die UFR schwanken zwischen 6,3 Prozent (Wahlbereich 2)

²⁸ Timm Flügge/Benjamin Hein, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 25–53, hier: S. 52.

²⁹ Vgl. o. A., Kommunalwahl 2014: Die Machtverhältnisse in Rostocker Bürgerschaft bleiben gleich, in: OZ, 26.05.2014. Philipp: „Wir wollten den Rostockern die Augen öffnen. Doch sie setzen weiter auf Parteiengeklün- gel.“

und 12,7 Prozent (Wahlbereich 5). Weder die allgemeine Kritik am Parteienfilz noch die Popularität Mehtlings konnten als Wahlkampflokomotive genutzt werden.

Eindeutiger Verlierer der Rostocker Bürgerschaftswahl ist die FDP, die mit nur noch einem Mitglied (Jan-Hendrik Hammer; -3) ihren Fraktionsstatus einbüßte. Mit einem Verlust von 5,9 Prozentpunkten haben mehr als zwei Drittel ihrer Wähler der Partei den Rücken gekehrt. Das schlechte Abschneiden ist im Falle der FDP unzweifelhaft vor dem Hintergrund des historisch schlechten Bundestrends zu sehen, der auch bei der Europawahl voll durchschlug.

Von den Verlusten der Liberalen konnte unter anderem auch die Alternative für Deutschland profitieren. Diese schaffte aus dem Stand 4,4 Prozent und verfügt damit künftig über zwei Abgeordnete. Auffallend ist lediglich das vergleichsweise schlechte Wahlergebnis im Wahlbereich 4 (3,4 Prozent). Das starke Europawahlergebnis von 7,7 Prozent konnte nicht vollständig auf die kommunale Ebene übertragen werden. Das hängt wohl maßgeblich damit zusammen, dass die AfD per se keine kommunale Partei ist und auch im Wahlkampf nicht dementsprechend aufgetreten ist.

Die übrigen kleineren Parteien (Rostocker Bund, AUFBRUCH 09, Graue, NPD) mussten allesamt mehr oder weniger starke Verluste hinnehmen, konnten ihre Position im Parlament jedoch behaupten. Lediglich die rechtsextreme NPD büßte ein Mandat ein. Die Erklärungsansätze sind im mit wenig finanziellen Ressourcen geführten Wahlkampf zu suchen. Die mit Abstand erfolgreichste Kandidatin der kleineren Parteien ist und bleibt Sybille Bachmann mit 5.620 Stimmen, die sie für den Rostocker Bund erringen konnte.

Der Einzelbewerber Nils Burmeister verpasste den Einzug in die Bürgerschaft nur knapp. Zeitweise zeichnete sich sogar ein möglicher Erfolg ab.³⁰

Die Verteilung der Abgeordneten hinsichtlich des Geschlechts (39,6 Prozent Frauen) ist nahezu konstant geblieben. Zwischen den Fraktionen tun sich in dieser Frage jedoch deutliche Unterschiede auf. Beispielsweise verfügt die CDU bei elf Mitgliedern nur über zwei Frauen, während bei den Bündnisgrünen vier der sechs Abgeordneten weiblich sind. Einzig für Die LINKE ergab sich eine Gleichverteilung zwischen den Geschlechtern. Von den 53 zukünftigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern bringen 32 bereits Erfahrungen aus der abgelaufenen Legislaturperiode mit. Besonders hoch ist der Anteil neuer Mitglieder bei der Partei Die LINKE (8 von 14).

5 Ausblick

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Schon kurz nach dem Votum der Bürger meldet Die LINKE aufgrund ihrer Fraktionsstärke Anspruch auf das Amt des Bürgerschaftspräsidenten an.³¹ Doch auch Amtsinhaberin Karina Jens (CDU) deutet das Ergebnis als Wählerauftrag zur Fortsetzung ihres Engagements: „Die Rostocker sind mit meiner Amtsführung zufrieden – da bin ich gerne bereit, weiterzumachen.“³² An diesem ersten Konflikt wird sich zeigen, ob die linke Mehrheit im Parlament stabil genug für eine langfristige Zusammenarbeit ist. Seitens der kleinen Parteien stellt sich vor allem die Frage nach der Fraktionsbildung. Neben dem Rostocker Bund fehlen auch AfD, FDP, NPD, AUFBRUCH 09 und Graue die notwendigen vier Mandate. Erfahrungsgemäß zeichnet sich ein Zusammengehen von Rostocker Bund, AUFBRUCH 09 und Graue ab. Während für AfD und NPD quasi keine realistische Möglichkeit der Fraktionsbildung besteht, konnte der FDP-Abgeordnete Hammer noch Teil des Bündnisses um Sybille Bachmann werden. Diese hatte noch am Wahlabend eine solche Gemeinschaft ins Spiel gebracht. Rechnerisch würde eine solche Fraktion mit Bündnis 90/Die Grünen gleichziehen können.³³ Tatsächlich kam es jedoch überraschenderweise zu einer Übereinkunft mit der UFR, die den FDP-Abgeordneten in ihre Fraktion mit auf-

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Vgl. Stefan Homann, Jetzt dreht sich das Personalkarussell, in: NNN, 27.05.2014.

³² Ebd.

³³ Vgl. ebd.

nehmen.³⁴ Überraschend war dieser Schritt deshalb, weil die UFR im Wahlkampf deutlich Stellung gegen die etablierten Parteien bezog.

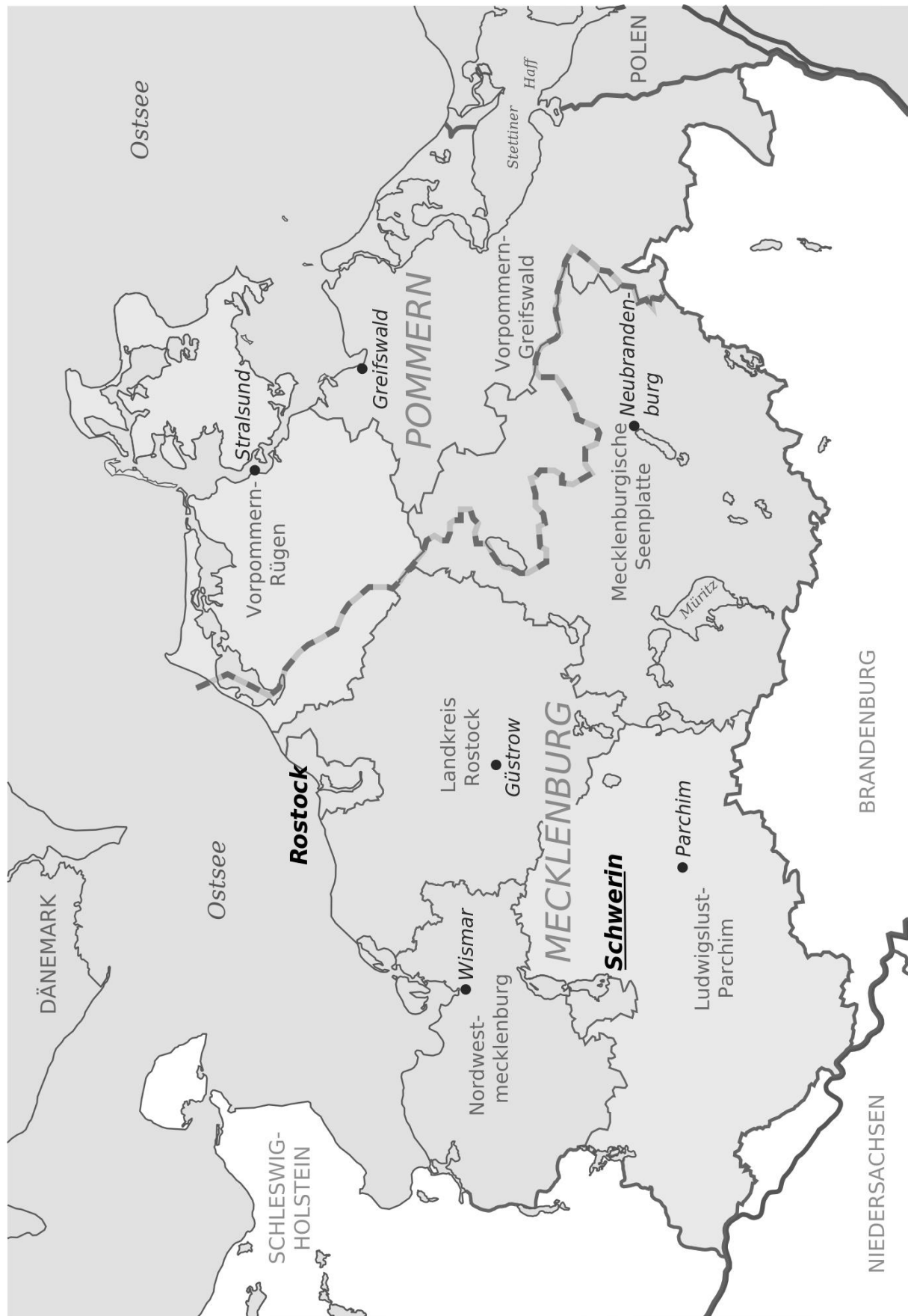
Viel kontroverser als die Zusammenarbeit innerhalb der Bürgerschaft dürfte sich der Umgang mit dem institutionalisierten Dualismus in puncto Oberbürgermeister gestalten. Dem interessierten Zeitungsleser bietet sich dieser Tage ein Déjà-vu der besonderen Art. Wie schon im Abschnitt zur Ausgangslage dargelegt, reichte Methling der Bürgerschaft 2009 unmittelbar nach der Wahl symbolisch die Hand zum Neuanfang. 2014, zwei Tage nach der Wahl, zeigt sich exakt dasselbe Bild.³⁵ So äußerte sich Roland Methling: „Das Ergebnis ist ein Anfang für Gespräche und die Wiederaufnahme des von beiden Seiten etwas abgebrochenen Dialogs.“³⁶ Gleichzeitig möchte der Oberbürgermeister die regelmäßigen Gesprächsrunden mit den Fraktionsvorsitzenden wieder einführen, um die hohe Zahl von Widersprüchen und Blockadesituationen zu senken.³⁷ Nach den enttäuschenden Erfahrungen der letzten fünf Jahre sollte man sich jedoch nicht zu viele Hoffnungen machen. Im schlechtesten Fall blockieren sich Verwaltung und Parlament weitere fünf Jahre. 2019 sind Oberbürgermeisterwahlen und der Amtsinhaber darf kein weiteres Mal antreten. Was dann mit seinem Wählerbündnis UFR passiert, bleibt fraglich.

³⁴ Vgl. André Wornowski, UFR und FDP sind Fraktion, in: OZ, 24.06.2014.

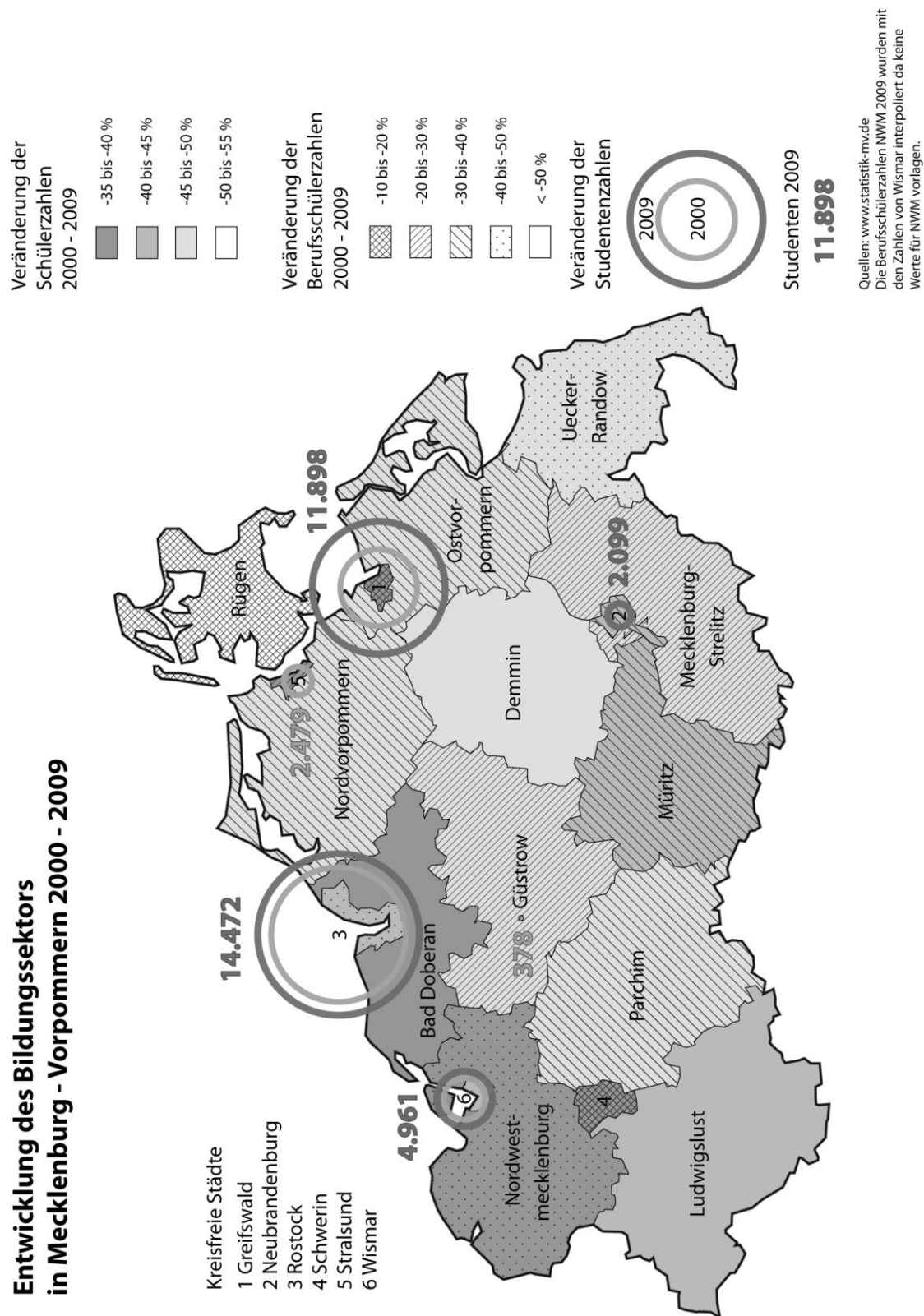
³⁵ Vgl. André Wornowski, Rostocker Bürgerschaft und OB Methling reichen sich die Hand, in: OZ, 27.05.2014.

³⁶ Ebd.

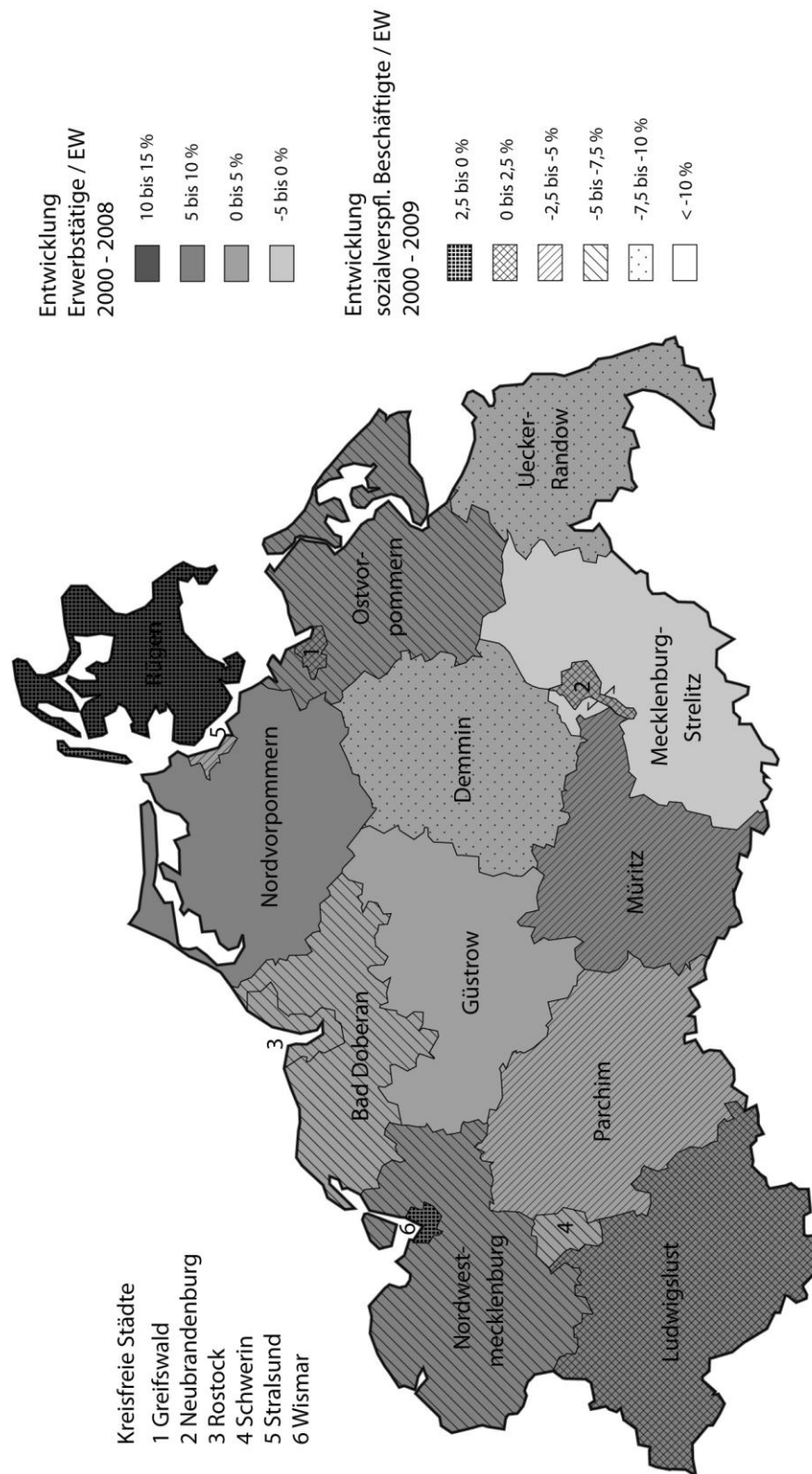
³⁷ Vgl. o. A. Methling will Gespräche mit Fraktions-Chefs, in: NNN, 27.05.2014.

Mecklenburg-Vorpommern mit den neuen Kreisen und der historischen Landesgrenze

Entwicklung des Bildungssektors in Mecklenburg - Vorpommern 2000 - 2009



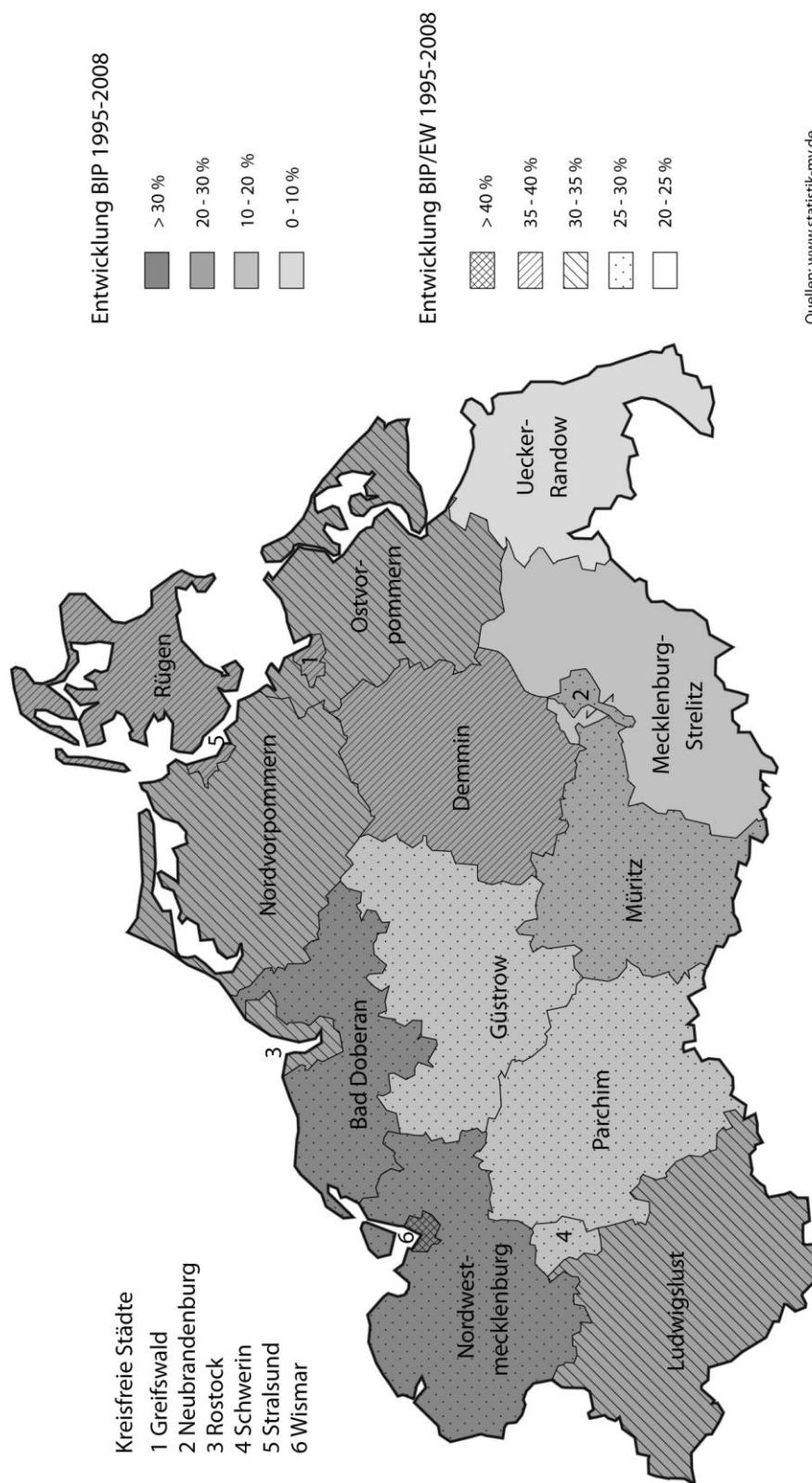
Entwicklung des Arbeitsmarktes in Mecklenburg - Vorpommern 2000 - 2008/09



Quellen: www.statistik-mv.de

Entwicklung des BIP bzw. BIP/EW
1995 bis 2008
in Mecklenburg - Vorpommern

Entwicklung BIP in Mecklenburg - Vorpommern 1995 - 2008



Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ (Auswahl, nach Erscheinungsjahr gelistet)

a) Einzelveröffentlichungen/Sammelbände

KOSCHKAR, Martin; NESTLER, Christian; SCHEELE, Christopher (Hrsg.): Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013.

KOSCHKAR, Martin; SCHEELE, Christopher (Hrsg.): Die Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 31).

SCHOON, Steffen; LEHMANN, Arne (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 29).

HESS, Katharina: Migration und Integration in Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg 2008.

SCHOON, Steffen: Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg und Vorpommern (1871-2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee. Mit einer CD-ROM: Text, Abbildungen und Tabellen, Wahldaten, statistische Analysen und Wahlkarten. Düsseldorf 2007 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 151).

SCHOON, Steffen; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2007 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 27).

BONIN, Jenny; WERZ, Nikolaus u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock.. Rostock 2006 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 26).

SCHOON, Steffen; SAß, Britta; SAALFELD, Johannes: Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern. hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, München 2006.

HEINRICH, Gudrun (Hrsg.): Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 25).

WERZ, Nikolaus u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 24).

HENNECKE, Hans Jörg (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 21).

SCHOON, Steffen u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22).

WERZ, Nikolaus; NUTHMANN, Reinhard (Hrsg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg-Vorpommern. Wiesbaden 2004.

HEINRICH, Gudrun; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 18).

JAHN, Detlef; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum. München: Olzog 2002.

WERZ, Nikolaus u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15).

WERZ, Nikolaus; HENNECKE, Hans Jörg (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick. München 1998.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 6).

b) Aufsätze/Artikel

WERZ, Nikolaus: Land Mecklenburg-Vorpommern; in: ANDERSEN, Uwe; WOYKE, Wichard (Hrsg.) Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 7. Auflage, Wiesbaden 2013. S. 384-390.

KOSCHKAR, Martin; WERZ, Nikolaus, 20 Jahre Bürgerschaft, in: Hansestadt Rostock (Hrsg.), 20 Jahre Bürgerschaft – 20 Jahre kommunale Selbstverwaltung (Neue Demokratie, 10), Rostock 2013, S. 27-44.

SCHOON, Steffen: Gefestigt und Begrenzt – Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Betrachtung anhand der Landtagswahl 2011, in: Deutschland Archiv, Jg. 45 (2012), S. 16-23.

KOSCHKAR, Martin; SCHOON, Steffen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2011 – Bestätigung der großen Koalition mit sozialdemokratischem Zugewinn, in: ZParl, Jg. 43 (2012), H. 1, S. 3-18.

SCHOON, Steffen: Mecklenburg-Vorpommern – Pragmatismus und Kontinuität bei struktureller Schwäche, in: KOST, Andreas; RELLECKE, Werner; WEBER, Reinhold (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern, München 2010, S. 242-254.

SCHWIEBELMANN, Christian: Blockflöten im Parteienkonzert? Das Beispiel der Nordost-CDU von der Gründung bis zur Gegenwart, in: Deutschland Archiv, 42. Jg. (2009) H. 3, S. 414-424.

LANGER, Kai; LEHMANN, Arne: 18 Monate Populismus und Provokation, in: BRODKORB, Mathias; SCHLOTSMANN, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008. S. 63-96.

SCHOON, Steffen: Das Parteiensystem in Ostdeutschland - regionalisiert, fragmentiert und funktionsgestört, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20 (2008), H. 1, S. 37-46.

SCHOON, Steffen: Parteiendemokratie und demografischer Wandel am Beispiel Ostdeutschlands, in: WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Demografischer Wandel. Baden-Baden 2008 (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft [DGfP]; 25), S. 93-110.

SCHWIEBELMANN, Christian: Die politische „Wende“ 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR, in: Zeitgeschichte regional 2/2008, S. 89-104.

HEINRICH, Gudrun; SCHOON, Steffen: The 2006 Landtag Election of Mecklenburg-Western Pomerania, in: German Politics, Volume 16 (2007), Issue 4, p. 526 - 533.

WERZ, Nikolaus; SCHOON, Steffen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 38 (2007), H. 1; S. 67-83.

SCHWIEBELMANN, Christian: Norddeutsch, protestantisch, liberal - Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Bd. 13 (2006), S.25-46.

SCHOON, Steffen; WERZ, Nikolaus: Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern, in: Deutschland Archiv, Jg. 38 (2005), H. 6, S. 972-980.

HEINRICH, Gudrun: Die PDS als Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern, im Spagat zwischen Oppositionsspielweise und Regierungsalltag, in: Vorgänge, Jg. 43 (2004), H. 4, S. 92-100.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 34 (2003), H.1, S. 60-79.

SCHOON, Steffen: Zwischen „Ostkompetenz“ und Entzauberung. Die PDS und ihre Wähler in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1994 und 1998, in: Deutschland Archiv, 34. Jg. (2001), H.5, S. 777-784.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 30 (1999), H.1, S. 97-116.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten. Die Stabilisierung eines Dreiparteiensystems in Mecklenburg-Vorpommern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.1998, S. 15.

WERZ, Nikolaus: Nach den Wahlen. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur aufgeschoben, in: Gegenwartskunde, (1998), H. 4, S. 419-424.

SCHMIDT, Jochen; WERZ, Nikolaus: Das Dilemma der SPD. In Mecklenburg-Vorpommern gelingt es den Sozialdemokraten nur schwer, zwischen CDU und PDS Fuß zu fassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.1994, S. 12.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Jürgen Rüland: Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien. Rostock 1994.
- Heft 2** Christian Wagner: Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien. Rostock 1995
- Heft 3** Peter Birle/Nikolaus Werz: Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock. Rostock 1995.
- Heft 4** Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüland: Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. Rostock 1995.
- Heft 5** Jürgen Rüland: The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship? Rostock 1996.
- Heft 6** Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996.
- Heft 7** Christian Wagner: Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien. Rostock 1997.
- Heft 8** Conchita Hübner: Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1997.
- Heft 9** Martina Zellmer-Bjick: Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit. Rostock 1997.
- Heft 10** Falko Brinner/Michael Storck: Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten. Rostock 1998.
- Heft 11** Johann-Friedrich Engel: Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1999.
- Heft 12** Friedrich Welsch/Nikolaus Werz: Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela. Rostock 1999.
- Heft 13** Yves Bizeul/Matthias Schulz: Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand. Rostock 2000.
- Heft 14** Conchita Hübner-Oberndörfer: Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Rostock 2001.
- Heft 15** Nikolaus Werz u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern Rostock 2001.
- Heft 16** Dieter Schröder u.a.: Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin. Rostock 2002.
- Heft 17** Yves Bizeul u.a.: 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostock 2002.

- Heft 18** Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003.
- Heft 19** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostock 2004.
- Heft 20** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostock 2004.
- Heft 21** Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte. Rostock 2004.
- Heft 22** Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004.
- Heft 23** Dörte Ahrendt-Völschow: Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995. Rostock 2004.
- Heft 24** Nikolaus Werz u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005.
- Heft 25** Gudrun Heinrich u.a.: Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005.
- Heft 26** Jenny Bonin/Nikolaus Werz u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock. Rostock 2006.
- Heft 27** Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2006.
- Heft 28** Arne Lehmann: Gründe und Folgen des Brain Drain in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Abwanderung in einem ostdeutschen Flächenland. Rostock 2008.
- Heft 29** Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009.
- Heft 30** Mykola Myhailovich Izha/Friedhelm B. Meyer zu Natrup: Politik und Verwaltung. Rostock 2010.
- Heft 31** Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2011.
- Heft 32** Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt. Rostock 2012.
- Heft 33** Christian Nester/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2014.

Die Reihe als PDF:

<http://www.wiwi.uni-rostock.de/publikationsreihe-rostocker-informationen-zu-politik-und-verwaltung/>

Die Autorinnen und Autoren

Maria Annemüller	Geboren 1994 in Bad Salzungen, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und der Kommunikations- und Medienwissenschaft, Studentin am IPV.
Carlo Eckert	Geboren 1991 in Neubrandenburg, Lehramtsstudent für Gymnasien: Philosophie und Sozialwissenschaften, Student am IPV.
Timm Flügge	Geboren 1990 in Güstrow, 1. Staatsexamen für Gymnasien (Deutsch, Geschichte), Studium der Sozialwissenschaften am IPV.
Benjamin Hein	Geboren 1991 in Güstrow, 1. Staatsexamen für Gymnasien (Mathematik und Sozialwissenschaften), Referendar am Internatsgymnasium Torgelow.
Gudrun Heinrich	Dr. phil. , geboren 1965 in Frankfurt am Main, Arbeitsstelle für Politische Bildung am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
Tino Höfert	Geboren 1989 in Rostock, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft, studentische Hilfskraft an der Arbeitsstelle für Politische Bildung und Student am IPV.
Philipp Huchel	B.A. , geboren 1989 in Neubrandenburg, Masterstudent der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.
Mandy Hupe	Geboren 1993 in Hannover, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und Philosophie, Studentin am IPV.
Karina Jens	Geboren 1958 in Bremervörde/Niedersachsen, Senatorin a.D., Präsidentin der Bürgerschaft von 2009 bis 2014.
Florian Lemke	Geboren 1992 in Eberswalde, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Anglistik/Amerikanistik, Student am IPV.
Jan Müller	M.A. , geboren 1987 in Schwerin, Doktorand am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
Tobias Müller	M.A. , geboren 1986 in Frankfurt/Oder, Mitarbeiter der Fraktion Die LINKE im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.
Christian Nestler	M.A. , geboren 1984 in Rostock, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.
Franziska Pietsch	Geboren 1992 in Stralsund, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft, Studentin am IPV.

- Josefine Roggenbuck** Geboren 1991 in Schwedt/Oder, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und der Kommunikations- und Medienwissenschaft, Studentin am IPV.
- Robert Rusch** Geboren 1991 in Ribnitz-Damgarten, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Soziologie, Student am IPV.
- Christopher Scheele** **M.A.**, geboren 1982 in Hannover, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.
- Steffen Schoon** **Dr. rer. pol.**, geboren 1974 in Malchin, Referent in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern.
- Sarah Schütt** Geboren 1989 in Geesthacht, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und der Soziologie, Studentin am IPV.
- Nikolaus Werz** **Prof. Dr.**, geboren 1952 in Bonn, Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.